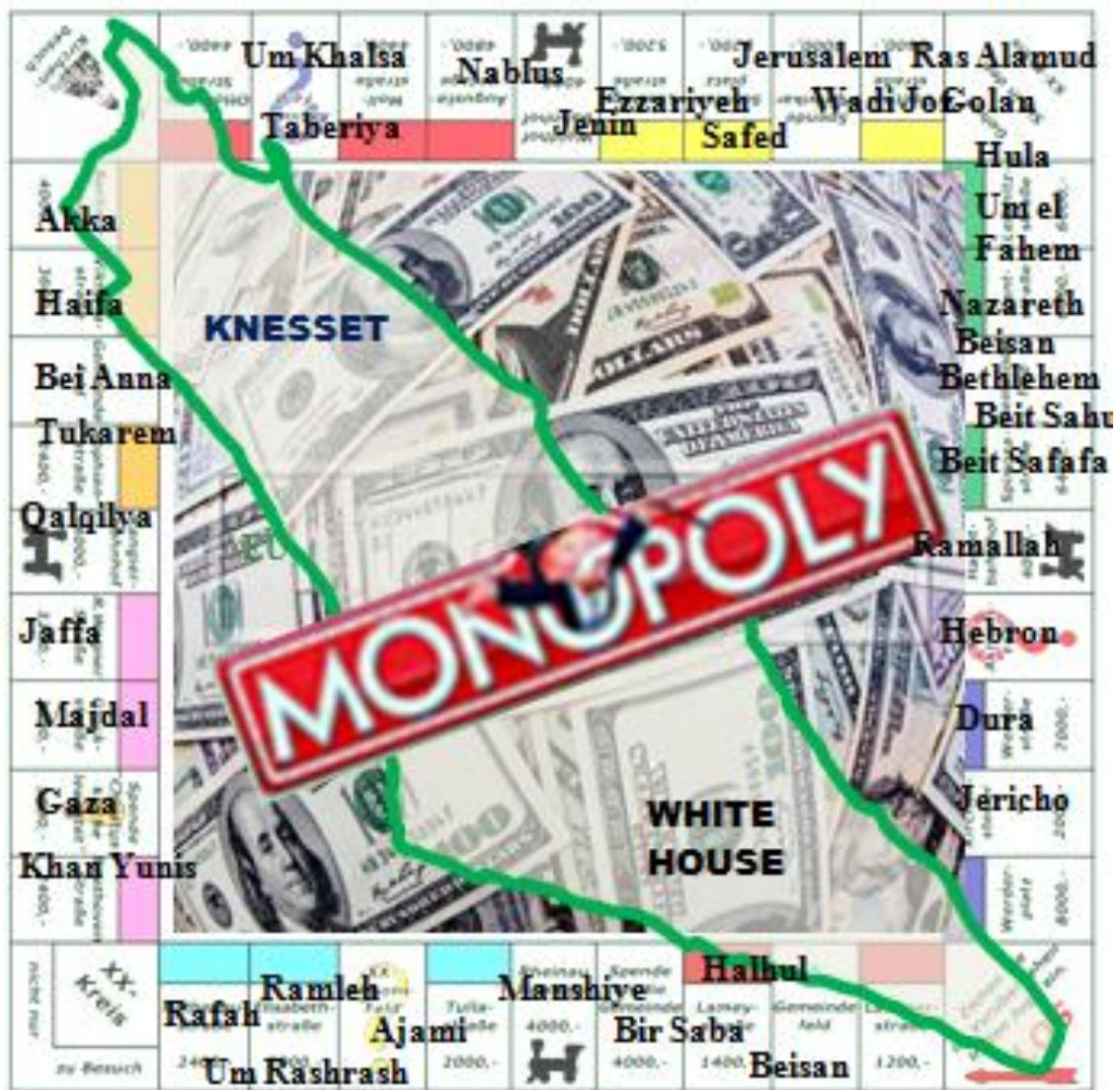


Viktoria Waltz

# ISRAEL

Politische Raumplanung Ethnozentrismus Rassismus

## MONOPOLY OHNE GRENZEN



© Viktoria Waltz



## Kurzfassung

Israel ist das Produkt eines Raumplanungsprozesses, der einem riskanten Monopoly gleicht: höchste Einsätze um Boden, Besiedlung und Bevölkerung. Raumplanung entpuppt sich dabei als ein umfassendes Herrschaftsinstrument zur Sicherung des Monopols über Palästina.

Israel ist das Ergebnis eines zionistischen Großraumprojekts, dessen Ergebnis heute eine rassistische Gesellschaft ist, die sich jüdisch national definiert und einen ethnisch reinen, jüdischen Staat anstrebt. Um den bestehenden jüdischen Staat ‚reinen Blutes‘ zu halten, hetzen fundamentalistische Rabbiner ihre jüdischen Landsleute auf, keine Heirat mit Nicht-Juden einzugehen, keine Häuser und Wohnungen an Araber zu vermieten, usw.<sup>1</sup> Die Regierung, besonders das zionistische Regime in seiner jüngsten Ausprägung, setzt sämtliche ihr zur Verfügung stehenden Mittel ein, um die in Israel lebenden Palästinenser kaltzustellen und die in den besetzten Gebieten lebenden Palästinenser zu drangsalieren, um schließlich möglichst alle zu vertreiben. Das zionistische Regime – voran die zentralen Institutionen World Zionist Organization (WZO), Jewish Agency (JA) und Jewish National Fund (JNF), im Einklang mit fanatischen Siedlern, die eine ‚End-Erlösung‘ im jüdischen Sinne aktiv betreiben wollen - ist dabei, die zionistisch-jüdische Herrschaft auf das gesamte Gebiet Palästinas auszudehnen, wie es zu Mandatszeiten versprochen wurde und die Palästinenser so weit zu demütigen, dass sie entweder freiwillig gehen, sich zum Zionismus „bekehren“ oder schlimmstenfalls, wenn das unmöglich werden würde, sich mit einem unwürdigen Leben in Bantustans oder Ghettos in Einem Staat, Israel, zufrieden zu geben.

Die vorliegende Darstellung will deutlich machen, dass dieser seit mehr als hundert Jahren andauernde Prozess nicht die logische Konsequenz aus den Ereignissen der uns als Holocaust bekannten Tragödie der Europäischen Juden ist und auch nicht Ergebnis von falschen Entscheidungen unkluger oder unfähiger Politiker, sei es auf der zionistischen, sei es auf der arabischen Seite. Sie wird deutlich machen, dass die vorerst letzte Etappe einer von langer Hand im 19. Jahrhundert akribisch geplanten Strategie zur Errichtung genau dieses Staates im Nahen Osten ist, mit all den Konsequenzen, die wir heute erkennen können: Massaker, Kriege, Zerstörung und Vertreibung des dort lebenden autochthonen Volkes, eingebettet in eine Strategie des ‚Teile und Herrsche‘ bei den umgebenden arabischen Nachbarn. Es wird deutlich werden, dass die Errichtung des jüdischen Staates auf den Ruinen Palästinas vor allem ein konkretes Kolonialprojekt ist und Bestandteil der Hegemonialansprüche der westlichen Imperien auf diese Ressourcen reiche Region: Israel ‚chartered‘ für imperiale globale Interessen an diesem Raum, ‚Charter Staat‘.<sup>2</sup> Eine weitere Triebkraft für dieses Projekt, ebenso alt wie die zionistische Idee, wird dabei nur gestreift werden: die jüdisch-christlichen Interessenten an diesem Projekt,

<sup>1</sup> Siehe Cook, Jonathan 2010: Israel's right-wing rabbis pour forth 'hateful ideas', in: The National, December 9, 2010.

<sup>2</sup> Analog des Konzepts ‚Charter City‘ von Paul Romer, US Ökonom, siehe weiter unten Anmerkungen 6 und 10.

die in bemerkenswerter Symphonie vom gleichen Streben nach einem jüdischen, religiösen Staat gelenkt sind und vor allem Jerusalem als Ort der ‚Erfüllung‘ im Focus sehen. Es ist dabei immer im Blick zu behalten, dass alles, was die zionistischen Funktionäre und Israel seit dem UN-Beschluss der Teilung Palästinas 1947 an Landraub, Zerstörung und Vertreibung auf der einen Seite und Okkupation, Neubesiedlung und Änderung der Besitz- und demographischen Verhältnisse auf der anderen Seite systematisch betrieben haben, gegen internationales Recht verstößt und illegal ist, wie hunderte von UN-Beschlüssen belegen.<sup>3</sup> Nach wie vor besteht der Mandatsauftrag von 1923, einen arabisch-palästinensischen Staat in Palästina zu errichten, der vielleicht, wenn nicht die USA und Israel auch diesen Versuch verhindern, im September 2011 von der UN-Generalversammlung vollzogen wird.

Der vorliegende Text verfolgt den roten Faden der Gewaltanwendung, des Betrugs und der Täuschung, also den Plan, der sich durch das Projekt Israel zieht und der bis heute von führenden Kräften der Zionistischen Bewegung gewoben und gelenkt wird. Dies wird am deutlichsten, wenn die Eroberung Palästinas als Prozess der Raum-Ergreifung betrachtet und die vielfältigen Mittel der Planung dazu untersucht und aufgezeigt werden. Raumplanung im weitesten Sinne ist als d a s zentrale Instrument der Kolonialisierung zum Einsatz gekommen. Die Darstellung geschieht entlang der zentralen Etappen der Staatwerdung Israels, also vom ‚Vormärz‘ der ersten Zionistischen Kolonien in Palästina um 1890 bis zur Mandatszeit, über die Zeit des Staatsaufbaus nach 1948 bis in die Zeit der Besetzung der Westbank und des Gaza Streifens bis heute, der Phase des so genannten Friedensprozesses.

Eine zentrale These dieser Arbeit ist, dass Israel sich von einem kolonialen Charter-Projekt darüber hinaus zu einem Projekt des rassistisch-religiösen Fundamentalismus entwickelt hat, der allerdings in einem scheinbar demokratischen Gewand daherkommt.

Die methodische Vorgehensweise ist die Präsentation von Fakten und ihre Interpretation aus dem theoretischen Zusammenhang. Der theoretische Zusammenhang erklärt sich aus einer Sicht der Geschichte als eines Prozesses, der von Widersprüchen geprägt im Kern politökonomisch zu interpretieren ist. Es geht um das materielle Geschehen, das die soziale und politische Verfasstheit der Gesellschaft bestimmt und wiederum auf die realen Entwicklungen Einfluss nimmt. Die Fakten sprechen – sie zu erklären und zu verstehen ist unsere Aufgabe, wenn wir als verantwortungsvolle Intellektuelle den Konflikt beurteilen und zu einem Verständnis der zugrunde liegenden Motive und Ziele beitragen wollen.<sup>4</sup>

Die folgende Darstellung versucht dies, indem sie den Prozess der Kolonialisierung nachzeichnet und die Instrumente und Methoden der Planung als Teil der politischen Ökonomie interpretiert. *Übersichten (außer 4a, 7a und 26b) sind eigenhändige Produkte der Verfasserin, sie hat das Copyright. Zugrundeliegende Informationen sind dem Kontext der jeweiligen Kapitel zu entnehmen. Da Zahlen grundsätzlich je nach Quelle divergieren, wurden sie jeweils angeglichen oder abgerundet. Insofern sind die Übersichten systematische, nicht präzise Bilder der räumlichen Entwicklung.*

---

<sup>3</sup> Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen z.B. hat zwischen 1947 und 2003 200 Resolutionen zum Konflikt verabschiedet. Ein kleiner Überblick über zentrale UN-Beschlüsse siehe Jeffery, Simon 2003: Key UN resolutions on the Israeli-Palestinian conflict, in: guardian.co.uk, Wednesday 22 October 2003.

<sup>4</sup> Oder wie Chomsky formuliert: „Die Intellektuellen haben die Verantwortung, die Wahrheit zu sagen und die Lügen aufzudecken.“, in: Chomsky, Noam 2008: Die Verantwortlichkeit der Intellektuellen. Zentrale Schriften zur Politik, Verlag Antje Kunstmann, München, S. 14.

## **Gliederung**

Kurzfassung

Vorwort L. Watzal

Vorbemerkung der Verfasserin

Einführung – Das Phänomen Israel - Begründungsaspekte

- I Der Anfang – die Charter-Gesellschaft
  - II Kolonisierung unter der Mandatsmacht England
  - III Kolonisierung im zionistischen Staat - Entwicklungsprogramme in Israel nach 1948 in den ‚Green Line Grenzen‘
    - 1. Die Machtfrage
    - 2. Die Bevölkerungsfrage
    - 3. Die Bodenfrage
    - 4. Die Besiedelungsfrage
      - 4.1 Nationale Planung
      - 4.2 Ressource Wasser – lebensnotwendig und begrenzt
      - 4.3 Masterpläne und Baugenehmigungen – zweierlei Maß
    - 5. Die Beduinen und die ‚nicht anerkannten palästinensischen Orte‘
      - 5.1 Beduinen
      - 5.2 ‚Nicht anerkannte Orte‘
    - 6. Judaisierung der Städte – Mixed Cities
      - 6.1 Jaffa – Braut des Mittelmeeres
    - 7. Die Hebräisierung der Landkarte
    - 8. Israel vor dem nächsten Krieg 1967
  - IV Kolonisierung der Westbank und des Gaza Streifens unter zionistischer Besatzung: nach internationalem Recht illegal
    - 1. Westbank und Gaza - einfach zu pflücken
    - 2. Krieg und Besatzungsstatus – Rahmenbedingungen der fortschreitenden Kolonisierung Palästina
    - 3. Kolonisationspläne von Allon bis Sharon – die Besiedelungsfrage
      - 3.1 Westbank: ein Netz von Großkolonien
      - 3.2 Kolonisierung des Gaza Streifens – vor allem Kontrolle
    - 4. Judaisierung der Städte
      - 4.1 Hebron – zwischen Siedlergruppen in der Altstadt und der Kolonie Kiryat Arba
      - 4.2 Jerusalem – Europäisierung und Judaisierung von West nach Ost
    - 5. Israel und die besetzten Gebiete am Vorabend des Friedensprozesse
  - V Kolonisierung und Friedensprozess – Israel und/oder Palästina nach Oslo
    - 1. ABC der Kolonisierung. Zonierung und Fragmentierung
    - 2. Sharon, Intifada und die Mauer
    - 3. Boden, Bevölkerung, Besiedlung zehn Jahre nach Beginn des Mauerbau
- Schlussbemerkung

Anhang

Bibliographie

Liste der Übersichten

## Ludwig Watzal

Die Entstehungsgeschichte Israels hat weder etwas mit den biblischen Legenden vom „auserwählten Volk“ noch mit den Versprechen Gottes an Abraham zu tun; dies sind religiöse Legenden, wissenschaftlicher Rationalität nicht zugänglich und bloße Glaubenspostulate. Auch wurde Israel nicht gegründet, weil der deutsche eliminatorische Antisemitismus unter der Nazi-Barbarei ein kolossales Menschheitsverbrechen am europäischen Judentum begangen hat. Viel wichtiger war jedoch die Diplomatie der zionistischen Bewegung, die sich auf dem Ersten Zionistischen Kongress 1897 in Basel eine politische Organisationsform gegeben hat.

Wer das Buch der ehemaligen wissenschaftlichen Mitarbeiterin am Institut für Raumplanung an der Universität Dortmund, Viktoria Waltz, liest, erlebt eine völlig andere Entstehungsgeschichte des Staates Israel. Ihrer zentralen These folgend, ist das „Projekt Israel“ einem schlichten Planungsprozess geschuldet, der bis heute noch nicht abgeschlossen ist. Er konzentriert sich auf das Land eines anderen Volkes, des palästinensischen, dessen Existenz im Begriff ist, völlig zerstört zu werden. Es geht um die Schaffung eines „reinen jüdischen Staates“, in dem kein Platz für die indigene Bevölkerung ist, weil sie als „fünfte Kolonne“ und als „existentielle Bedrohung“ wahrgenommen wird.

Das „Expropriationswerk“, wie es einst der Gründungsvater des Zionismus, Theodor Herzl, genannt hat, läuft nicht im Geheimen, sondern vor den Augen der Weltöffentlichkeit ab. Jeder sieht es, aber niemand protestiert dagegen, obgleich dieser Vorgang nichts mit Demokratie, Rechtsstaatlichkeit oder Völkerrecht zu tun hat. Der Westen, der immer wieder eine gemeinsame Wertebasis zwischen ihm und Israel betont, sollte einmal hinter die Kulissen dieser rhetorisch-politischen Luftblasen schauen. Sollten es tatsächlich die gemeinsamen Werte sein, welche die westlichen Demokratien mit der selbstdefinierten „einzigen Demokratie des Nahen Ostens“ verbindet, sollte dann der Westen nicht seine Werte überdenken oder gegebenenfalls revidieren?

Die israelisch-politische Elite meint, Israel sei ein „jüdischer und demokratischer“ Staat. Dass dies ein Widerspruch in sich ist, scheint jedem Zoon Politikon evident zu sein. Tatsächlich ist Israel eine „Ethnokratie“ (Felicia Langer), bestenfalls eine „jüdische Demokratie“ oder eine „Demokratie sui generis“. Für alle nicht-jüdischen Staatsbürger gelten nicht die gleichen Rechte, bzw. sie können sie nicht in Anspruch nehmen, weil sie nicht-Juden sind. Hinzukommt, dass Israel seit 44 Jahren ein brutales Besatzungs- und Unterdrückungssystem über das palästinensische Volk aufrechterhält, das ihnen ihr Land unter fadenscheinigen Rechtskonstruktionen ganz „legal“ unter den Füßen wegzieht; diese „rechtlichen“ Machenschaften sprechen allen westlichen Werten Hohn. In den von Israel besetzten palästinensischen Gebieten herrscht Besatzungsrecht, aber die in den besetzten Gebieten lebenden jüdischen Kolonisatoren unterliegen „selbstverständlich“ israelischem Recht, obgleich ihr Dasein wider das Völkerrecht ist.

Dies alles hat sich nicht einfach zufällig entwickelt, sondern scheint von Beginn der zionistischen Kolonisierung an geplant gewesen zu sein, wenn man das Buch von Viktoria Waltz gelesen hat. Die Autorin vertritt darin keine gängige Meinung. Sie wird dafür viel Widerspruch ernten. Auch ich könnte viele Einwände formulieren. Aber es geht um das Recht auf Meinungsfreiheit nach Artikel 5 Grundgesetz generell. Ich bin

überzeugt, dass jede wohlbegründete wissenschaftliche Meinung legitim ist, obwohl wir in einer Zeit leben, in der Meinungen, die nicht der herrschenden politischen Auffassung entsprechen, der politischen Verleumdung anheimfallen. Bei diesen Verleumdungskampagnen spielt die „Israellobby“ (Mearsheimer/Walt) eine mehr als unrühmliche Rolle.

In dieser Komposition ist das Buch ein absolutes Novum und ein „eye-opener“ für jeden Nahost-Interessierten. Eine überaus spannende Lektüre.

Dr. Ludwig Watzal, Bonn, im September 2011

## Vorbemerkung der Verfasserin

Um das Abenteuer Israel zu verstehen, gibt es viele Zugänge und Begründungen: Faschismus und Holocaust, Kolonialismus und Rassismus, Globalisierung und Imperialismus, christlicher und jüdischer Fundamentalismus – lauter Ismen, die Dogmatismus und nichts Gutes vermuten lassen. Um diese verschiedenen Triebkräfte zu verstehen, könnte man folgende einfache Fragen stellen, als ob es im 19. und 20. Jahrhundert für Europas Juden eine subjektive Wahl gegeben haben könnte:

- Was würden Sie tun, wenn Sie zu einer tödlich verfolgten Gruppe gehörten und Ihnen ein Land versprochen wird, in dem Sie in Sicherheit wären?
- Was würden Sie tun, wenn in diesem Land noch andere Menschen lebten, denen Sie den Raum zum Leben wegnehmen müssten, um in Sicherheit zu sein?
- Was würden Sie tun, wenn Sie Ihren Lebensstil und die Ressourcen, die dazu dringend benötigt werden, durch Gesellschaften gefährdet sehen, die Ihren Lebensstil und Ihre Werte verachten und Terror anwenden, um Ihnen alles zu nehmen – und aus diesem Land und dieser Gesellschaft kommen?
- Was würden Sie tun, wenn Sie als ‚erwecker‘ Christ oder Jude nach der Bibel leben wollen und fest davon überzeugt wären, dass das Ende der Welt nahe und die Erlösung der Menschheit bevorstehe, und zwar in dem Land, in das Sie flüchteten, und auch nur dann, wenn die Vorsehung sich genau dort erfüllt?

Würden Sie nicht das Angebot annehmen, dorthin gehen und

- die Erinnerung an die einstige Gefahr und an das einst gegebene Versprechen wachhalten, damit es nur keinen Zweifel und keine Änderungen gibt?
- alles tun, damit die ‚Eingeborenen‘ ihnen nichts anhaben, am besten verschwinden und Ihre Sicherheit niemals gefährden können?
- alles tun, damit alles so bleibt und mit allen Gesellschaften und Mächten zusammenarbeiten, die die gleichen Interessen und Werte haben und den ‚Feind‘ bekämpfen mit allen verfügbaren Mitteln – auch in diesem versprochen Land?
- alles tun, damit die Vorsehung in diesem Land in Erfüllung geht, mit allen Gruppen und Mächten, die diese Perspektive teilen, zusammenarbeiten und alles daran setzen, dass diese Bedingungen erfüllt werden?

Welcher dieser Zugänge im nationalen und im internationalen Zusammenhang entscheidend das Abenteuer Israel beeinflusst hat und noch beeinflusst, ist nicht einfach zu entscheiden. Die vorliegenden Hinweise und Fakten dazu sind nicht immer klar und schwer zu entwirren. In jedem Falle aber ist eine Konsequenz für alle diese Zugänge gleich: die Notwendigkeit der Vertreibung der ‚Eingeborenen‘ -

sei es, weil ihre Anwesenheit an das ihnen angetane Unrecht gemahnt,  
sei es, weil sie die individuelle und die nationale Sicherheit der neuen dorthin immigrierten Gesellschaft gefährden,  
sei es, weil sie den Erhalt der Grundlagen ihrer Wertegemeinschaft bedrohen oder  
sei es, weil sie die Erfüllung der Vorsehung gefährden oder gar unmöglich machen.

Koloniale, zionistische, eschatologische und imperiale Interessen treffen aber damit sämtlich in einem zusammen:

- der Errichtung eines jüdischen Staates in Palästina auf Kosten der dort lebenden autochthonen Bevölkerung, der Palästinenser und deren Vertreibung koste es, was es wolle.

Sie müssten sich dann aber auch diese Frage gefallen lassen:

- Würden Sie, wenn Sie das erkannt haben stillhalten, Unrecht nicht Unrecht nennen und die Vertreibung zulassen oder gar aktiv mit betreiben?

Denn dass diese Konsequenz nichts mit den proklamierten westlichen Werten und internationalen Postulaten der Einhaltung von Menschen- und Grundrechten zu tun haben kann, ist wohl nicht zu leugnen.

Diesen Prozess als das, was er ist – ein international gewollter Zerstörungsakt gegenüber einem geschwächten Volk zur Sicherung imperialer Interessen – zu dokumentieren und die dazu verwendeten Mittel offenzulegen, ist Anlass dieses Buches über die Etappen räumlicher Planung in Palästina seit Beginn des zionistischen Abenteuers bis heute.

Damit wird auch der verbreiteten und anderes fast ausschließenden Meinung widersprochen, dass das Abenteuer Israel vor allem ein Akt der Notwendigkeit im Sinne einer Wiedergutmachung an den Juden Europas sei. Die Entstehung des jüdischen Staates Israel beruht auf weit mehr Hinter-Gründen als auf dieser Notwendigkeit. Konsequenterweise müsste der Prozess für die Lösung des angeblichen Konflikts zwischen Israelis und Palästinensern „um ein und dasselbe Land“ auch anders aussehen, als es bisher mit dem Friedensprozess geschieht: die Aufteilung des Landes zwischen zwei gleichberechtigten souveränen Völkern. Im Gegensatz dazu ist es den international involvierten Mächten und der international agierenden Zionistischen Bewegung inzwischen gelungen, die Judaisierung und Zerstückelung Palästinas soweit voranzutreiben, dass zwei souveräne Staaten nebeneinander immer unwahrscheinlicher werden – faktisch gibt es den ‚Einen Staat‘ der Apartheid: Israel. Die zionistischen Führungskräfte haben nie Zweifel daran gelassen, dass sie keinen arabischen Staat neben sich zulassen werden – und die fundamentalistischen religiösen Kräfte brauchen ihren rein jüdischen Staat für die Erfüllung ihrer Endzeitvision. Die ‚Charter‘-Mächte<sup>5</sup>, voran die USA brauchen diesen Staat, um Unruhe und Konflikte zwischen den Ländern aufrechtzuerhalten, die die wichtigste Ressource der ‚westlichen‘ Industrie-Länder, das Öl, umgeben. Es geht um die Sicherung der Ausbeutung dieser Ressourcen und um einen nützlichen Nebeneffekt: Waffenexport, der einer der wichtigsten Wirtschaftszweige dieser Länder, Israel eingeschlossen, geworden ist.<sup>6</sup>

Die Palästinenser sind dabei vor allem Opfer einer globalen imperialen Politiklinie, die den gesamten Nahen und Mittleren Osten betrifft, sei sie kolonialistisch, imperialistisch, eschatologisch oder nur auf die nationale Sicherheit Israels

<sup>5</sup> Die nach Romer Land anderer Völker aufkaufen, um darauf den ‚unterentwickelten‘ modellhafte Strukturen vorzusetzen, eine ‚Charter City‘ oder in diesem Fall ein ganzes ‚Charter Land‘.

<sup>6</sup> Nach dem SIPRI-Bericht von 2011 war die BRD zwischen 2006 und 2010 der drittgrößte Lieferant weltweit von konventionellen Waffen mit einem Anteil von 11%, gefolgt von den USA und Russland. Hauptabnehmerländer waren Griechenland, Südafrika und die Türkei (S. 12). Israel ist Nummer 5 bei den weltweiten Waffenverkäufen mit insgesamt 6,3 Billionen \$\$ (S. 11); bei den Atommächten sitzt Israel 2011 an achter Stelle mit 80 Sprengköpfen (S. 14), in: SIPRI Stockholm International Peace Institute 2011: SIPRI Yearbook 2011 Summary. Link: <http://www.sipri.org>, Die Zusammenfassung dort als sipriyb11summary.pdf.



ausgerichtet – die arabischen ‚Brüder‘ und ihre eigenen Führungskräfte sind Teil dieses Spiels.

Die Rechte des Palästinensischen Volkes auf ein Leben in Unabhängigkeit und Würde sind eine Angelegenheit der Völkergemeinschaft, denn diese hat einst für das Kolonialprojekt Israel die Weichen gestellt. Ihr Rückkehrrecht ist unverhandelbar. Die Verantwortung für die Zerstörung Palästinas liegt bei uns allen – w i r müssen aktiv werden, das Recht der Völker auf Souveränität und Freiheit auch für Palästina in Solidarität mit dem Palästinensischen Volk durchzusetzen. Die ‚staatliche Zukunft‘ können schließlich nur die Palästinenser selbst bestimmen.<sup>7</sup>

---

<sup>7</sup> Was eine Absage an die von einigen Gruppen in der deutschen Palästina Solidaritäts-Bewegung dogmatisch geführte Debatte ‚Ein- oder Zweistaatenlösung‘ bedeutet, die die ‚Einstaatenlösung‘ als Kampfbegriff ausgab und mehr Unheil als Klärung angerichtet hat, wie der Beschluss der Partei die ‚Linke‘ zeigt, die in ihrem ‚Maulkorbbeschluss‘ von Juni 2011 ihren Parlamentariern verbieten wollte, sich an der BDS-Kampagne, an der Gaza-Flottille und der Einstaatenlösungsdiskussion zu beteiligen.

## Einführung

### **Das Phänomen Israel - Begründungsaspekte**

Bleiben wir auf der Ebene der Phänomene, dann müssen wir erstaunt konstatieren, dass es der Zionistischen Bewegung innerhalb von nicht einmal hundert Jahren gelungen ist, die Idee ‚Schaffung eines jüdischen Staates‘ in einem fernen Land zu verwirklichen, und dies darüber hinaus fast in den erstrebten Grenzen zwischen dem Jordantal und dem Mittelmeer. Wir müssen wohl davon ausgehen, dass hinter dieser ‚starken Idee‘, dem Zionismus, auch starke internationale Kräfte gestanden haben und noch stehen, die dieses Projekt ermöglicht haben.

Ist das Projekt Israel nun ein einmaliges Experiment, die ‚Verwirklichung eines Traumes‘, ein verspätetes Kolonialabenteuer oder eine Form der ‚Charter-Gesellschaft‘?<sup>8</sup> Letzteres liegt nahe und ist ja nicht nur ein Gespinnst der damaligen Begründer wie Theodor Herzl, sondern ein höchst aktuelles Modell. Charter-City, Charter-Country – ein Modell im Sinne der Nutzung eines fremden Stück Landes für einen so genannten ‚guten Zweck‘ für sowohl die Kapitalanleger auf diesem Fleck Land, als auch für die eigentlichen Besitzer des anvisierten Landes, die es ohne die großzügige Initiative kapitalkräftiger Gönner nicht alleine schaffen würden, ihre Rohstoffe zu veredeln oder ihre Landwirtschaft zu qualifizieren.<sup>9</sup> Als ein erfolgreiches Modell wird Honkong herangezogen, das für eine begrenzte Zeit durch organisierte Landnahme in einem fremden Territorium zu Diensten Englands war und heute einen angeblich positiven vermittelnden Status zwischen Vorbesitzern (England) und den eigentlichen Besitzern (China) wahrnehmen soll, eine mögliche Transferstelle zwischen westlicher und östlicher Wirtschaftsform(?).

### *Israel - Charter-Land?*

Theodor Herzl, der zionistische ‚Visionär‘, erklärte das ganze Kolonialunternehmen als ein Geschäft unter einsichtigen, intelligenten Geschäftsleuten und als eine Frage des Geldes und des Verhandlungsgeschicks. Eine „*Jewish Company*“ sollte das Geschäft erledigen, „...nach dem Vorbilde der grossen Landnahme-gesellschaften gedacht – eine jüdische **Chartered Company**, wenn man will. Sie ist ein rein geschäftliches Unternehmen...“<sup>10</sup>. Die interessierten Geschäftspartner gab es schon, Herzl hätte sich das Deutsche Reich gewünscht, aber England, vor allem die Evangelikalen auf Regierungsebene konnten sich eine solche Charter-Bastion im ‚Heiligen Land‘ schon lange gut vorstellen. Zumal Herzl auch nicht wenig versprach: „Für Europa würden wir dort ein Stück des Walles gegen Asien bilden, wir würden den Vorpostendienst der Cultur gegen die Barbarei besorgen.“<sup>11</sup> Und wie Paul

<sup>8</sup> ‚charter‘ im englischen: u.a. ein verliehenes Recht, Vorrecht, Privileg, Gesellschaftsvertrag etc.. Freibrief, Gründungsurkunde (eigene Übersetzung); insofern kann ‚Charter Society‘ eine sein, der diese Vorrechte zuerkannt werden, bzw. eine, die sich diesen Freibrief auf Vorrecht nimmt, und die ‚Charter Company‘ ist dann die Organisation, die dieses Unternehmen stützt oder gilt als die Macht oder Vereinigung, die dieses ‚Recht‘ verleiht etc.;, also aktiv und passiv verwendbar ; nach Webster Dictionary 7.7.2011. Link: <http://www.merriam-webster.com/dictionary/charter>.

<sup>9</sup> Himmelreich, Laura 2010: Entwicklungshilfe. US-Ökonom empfiehlt Deutschland als Kolonialmacht, in: Spiegel-online 25.01.2010. Siehe besonders Romer, Paul 2009: Charter Cities. A Solution to Global Poverty. Columbia University.

Link: <http://www4.gsb.columbia.edu/chazen/journal/topics/worldbusiness>; sowie Held, Gerd 2008: Die gute Kolonie, in: Die Welt, 7.8.2008; zu aktuellen Landnahmeprojekten siehe Vidal, John 2010: How food and water are driving a 21st-century African land grab. Zitat: „...The 1,000 hectares of land which contain the Awassa greenhouses are leased for 99 years to a Saudi billionaire businessman, Ethiopian-born Sheikh Mohammed al-Amoudi, one of the 50 richest men in the world. His Saudi Star company plans to spend up to \$2bn acquiring and developing 500,000 hectares of land in Ethiopia in the next few years...“. Link: <http://www.guardian.co.uk/environment/2010/mar/07/food-water-africa-land-grab>; siehe auch Berger, Thomas 2011: Große Landnahme, in: Junge Welt, 4.7. 2011, S. 10; dort geht es um indische Agrarkonzerne, die in Äthiopien 27.000 ha des dringend für die eigene Versorgung benötigten Landes aufkaufen, neben Ägypten und der oben genannten Saudi Star; selbst Djibouti hat sich 3.000 ha gesichert.

<sup>10</sup> Herzl, Theodor 1896: Der Judenstaat. Versuch einer modernen Lösung der Judenfrage, Leipzig-Wien. S. 33 ff.

<sup>11</sup> Herzl, Theodor 1896: S. 29.

Romer, der die Charter-City weltweit als Lösung für die Probleme armer Länder propagiert, sah Herzl das Projekt als „*Wohlfahrt*“ für den anvisierten „Aufnahmestaat“, aber auch als Supergeschäft für die europäischen Mächte der Zeit – eine gute Investition jedenfalls schien es Wert zu sein und ist es bis heute.<sup>12</sup>

Von Beginn an war Herzl auch klar, dass es sich um ein Kolonialprojekt in einem fremden Land handeln würde und dass es einer europäischen (Kolonial-) Macht mit eigenen und gemeinsamen Interessen bedurfte, um es ins Werk zu setzen.

Der Hunger auf mehr Einfluss auf das ‚Heilige Land‘ mit seiner strategischen Position zwischen Europa, Afrika und dem mittleren Orient war angesichts des schwächelnden Osmanischen Reiches groß und vereinte gleichermaßen die christlich-imperialen Mächte Europas, vor allem die protestantischen unter ihnen, Deutschland und England. Christlich-missionarische und diplomatische Missionen öffneten zunächst die ‚Pforte‘. Im Jahre 1841 wurde das protestantische Bistum in Jerusalem als deutsch-englisches Gemeinschaftswerk gegründet. Im Jahre 1869 erhielt Preußen den ‚Muristan‘, Baugrund in der Altstadt für die Erlöserkirche, vom türkischen Sultan geschenkt. Hunderte sozialer Einrichtungen, Schulen, Werkstätten und Krankenhäuser im Namen der Mildtätigkeit gegenüber den Einheimischen, ein ‚friedlicher Kreuzzug‘ vieler ‚Erweckungsgesellschaften‘ ergänzten und verklärten die dahinter stehenden Machtinteressen.<sup>13</sup> Herzl war nicht der letzte, der dies erkannte und zu nutzen wusste. Auch die nachfolgenden Zionisten befanden sich im geschäftlichen Einklang mit den europäischen Machthabern, sogar mit den Interessen der Deutschen faschistischen Regierung nach 1933. Bereits kurz nach Regierungsbeginn der Nationalsozialisten, am 25. August 1933, trat das ‚Transfer‘- oder ‚Ha‘avara‘-Abkommen<sup>14</sup> zwischen der Jewish Agency, der Zionistischen Vereinigung für Deutschland und dem deutschen Reichsministerium für Wirtschaft in Kraft, nach dem die Emigration deutscher, vor allem wohlhabender Juden nach Palästina erleichtert werden sollte, um gleichzeitig darüber den deutschen Export in Richtung Nahost zu fördern. Die Zionistische Vereinigung für Deutschland also auch eine ‚Charter-Company‘ für nationalsozialistische, deutsche und zionistische, jüdische Interessen? Es spielten weitere, mächtigere europäische Kräfte mit, und die zionistischen Planer suchten und fanden die zukünftigen Investoren und planten mit ihnen so weit, wie es gemeinsam ging, das Unternehmen Israel von langer Hand. Die

---

<sup>12</sup> Dazu auch Herzl, Theodor 1902: *Altneuland*. Wenn Ihr wollt, ist es kein Märchen, Leipzig.

<sup>13</sup> Siehe Mejer, Helmut, Schölch, Alexander (Hrsg.) 1981: *Die Palästina Frage 1917-1948*, Paderborn; siehe auch Elan, Shlomo 1984: *Deutsche in Jerusalem von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum 1. Weltkrieg*. Historischer Verein e.V., Wertheim; ebenso Lagerlöf, Selma o.J. (1902?) *Jerusalem*. Vollständige Ausgabe in einem Bande, Straßburg-Leipzig.

<sup>14</sup> Ha‘avara = ‚Transfer‘. Ha‘avara-Abkommen: Palästina-Auswanderern stellte die Reichsbank die für das ‚Kapitalistenvisum‘ benötigten 1000 LP (Lira Palestinit) zum offiziellen Kurs zur Verfügung. Ab 1935 mussten diese Gelder über die Ha‘avara transferiert werden. Die Auswanderer mit größerem Kapital waren ebenso wie die nationalen (Auswanderungs-)Fonds und die Jewish Agency daran interessiert, zusätzliche Beträge zum Ankauf von Boden für Siedlungen in Baumaterialien und in anderen Waren aus Deutschland zu transferieren. . . Die Führer der zionistischen Bewegung, besonders Dr. Chaim Arlosoroff, der Leiter der politischen Abteilung der Jewish Agency, hatten den Wert für den Aufbau des Landes durch Einfließen von Einwanderern mit Kapitalien klar erkannt und befürworteten eine direkte Beteiligung ihrer Vertreter an den Verhandlungen mit den deutschen Behörden. Link <http://www.hagalil.com/israel/deutschland/jeckes.htm>; gegründet wurde die HOG in Tel Aviv im Februar 1932 als "Histadruth Olej Germania". Eine merkwürdige Parallele : die damalige Vertretung, die mit den Nationalsozialisten verhandelte, nannte sich bereits ‚Vereinigung der Juden in Deutschland‘ (als Gegnerin der Vereinigung der **deutschnationalen** Juden, die sich als Deutsche verstanden) wie sich der heutige Zentralrat der Juden Deutschlands, nicht ‚Zentralrat der deutschen Juden‘ benennt – man versteht sich als Teil des Jüdischen Volkes und damit verbunden mit Israel und nicht mit Deutschland und grenzt sich damit deutlich von der so genannten ‚Assimilation‘ ab, die damals von den Zionisten bekämpft wurde bis zur Durchsetzung des Verbots der deutschnationalen Vereinigung auf ihren Wunsch durch die nationalsozialistischen Behörden. Siehe Shahak, Israel 2009: *Jüdische Geschichte und Jüdische Religion*. Israel – eine Utopia für Auserwählte?, Neu Isenburg. S. 132 ff.

Sicherung des Projektes, politisch, militärisch und wirtschaftlich ist bis heute mit Hilfe dieser Mächte ‚gelungen‘.<sup>15</sup>

### *Planungsvorbereitung – die Machtfrage, die Raumfrage und die demografische Frage*

Das Projekt Israel bedurfte einer langfristigen Planung und konkreter Vorstellungen über das Wie und Was, um die entsprechenden Mächte zu gewinnen. Theodor Herzl entwarf Visionen, reiste viel und korrespondierte mit wichtigen Persönlichkeiten der infrage kommenden Mächte, auch des Osmanischen Reiches und buhlte in den jüdischen Gemeinden Europas um finanzielle und propagandistische Unterstützung.

Wie die Besiedelung des fremden Raumes vor sich gehen könnte, hat Franz Oppenheimer, deutscher Zionist, auf einem der ersten Zionistenkongresse, im Jahre 1903 formuliert:

„Nun, meine Freunde, wir wollen ein Netz von Bauernkolonien über das Land spannen, das wir erwerben wollen. Wenn man ein Netz spannen will, so schlägt man zuerst an den Stellen die Haken ein, zwischen denen das Netz entstehen soll. Dann spannt man zwischen den Stricken stärkere Fäden und stellt derart ein grobes Maschenwerk her, das man dann nach Bedarf durch das Dazwischen-wirken feinerer Fäden zu immer feineren Maschen ausgestaltet. Genauso haben wir, meine ich, vorzugehen.“<sup>16</sup>

Die für solche und weitere Vorhaben notwendig erscheinende Maßnahmen und Institutionen wurden 1897 auf dem I. Zionistischen Weltkongress in Basel erdacht, in aller Kürze etabliert und in den folgenden Jahren weiter geschaffen. So wirken weltweit noch bis heute:

- Eine ‚Jewish Company‘ als Charter Company, bis heute international wirkend in Form der **World Zionist Organisation (WZO)**;
- ein Verhandlungspartner als quasi Staatliche Vertretung, in Form der ‚**Jewish Agency**‘ (JA), die heute die fortgesetzte Immigration nach Israel betreibt;<sup>17</sup>
- eine Landkauforganisation, in Form des ‚**Jewish National Fund**‘, (JNF=Keren Kajemet), die bis heute für die so genannte Landerschließung zuständig ist;
- eine Landverwaltungsbehörde, in Form des ‚**Keren Hayesot**‘, (KH), heute zusammengefasst in der ‚**Israel Land Administration**‘ (ILA), die den national-jüdischen Besitz am Boden mit dem JNF verwaltet;
- eine Form von militärisch organisierter Sicherung der Kolonien, verschiedene Milizen (Irgun, Palmach, Haganah...), heute die ‚**Israel Defence Forces**‘, (IDF)

---

<sup>15</sup> Ab 1952 bis z.B. 2003 sind etwa 500 Mrd. DM an so genannter Wiedergutmachung und später Entwicklungshilfe von Deutschland an Israel gezahlt worden. Nachum Goldmann erklärte 1976: „Ohne die deutsche Wiedergutmachung würde der Staat Israel nicht die Hälfte seiner gegenwärtigen Infrastruktur besitzen: Jeder Zug in Israel ist deutsch, die Schiffe sind deutsch, ebenso die Elektrizität, ein großer Teil der Industrie. Hinzu kommen regelmäßige militärische Güter...“ „Finanziert wurde Israels bisherige Atom-Flotte zum großen Teil von den deutschen Steuerzahlern. Sie trugen mit 1,1 Milliarden D-Mark (etwa 560 Millionen Euro) 85 Prozent der Anschaffungskosten der drei Schiffe, die 1999 und 2000 geliefert wurden“, in: Putz, Ulrike 2003: Rüstungsexport: Deutschland hat Israel Abschussrampen für Atomraketen geschenkt, siehe auch SPIEGEL ONLINE - Politik - 14.10.2003. Link: <http://www.spiegel.de/politik/deutsch...> Die USA zahlten von 1949 bis 2008 von insgesamt 103,614.67 Milliarden Dollar die Hälfte, nämlich 56.024.0 Milliarden Dollar an Rüstungsgütern, in: Mac Arthur, Shirl 2008: A Conservative Estimate of Total Direct U.S. Aid to Israel: Almost \$114 Billion, in: Washington Report On Middle East Affairs, November 2008. Link: <http://www.wrmea.com/component/content/article/245-2008-november/3845-congress-watch-a-conservative-estimate-of-total-direct-us-aid-to-israel-almost-114-billion.html>.

<sup>16</sup> Oppenheimer, Franz 1903 : Rede auf dem VI. Zionistenkongress in: Stenographisches Protokoll der Verhandlungen auf dem VI. Zionistenkongress in Basel, 23.-28. August 1903, Wien, S. 188.

<sup>17</sup> 1952 garantierte die Knesset der WZO durch ein Gesetz einen speziellen Status und anerkannte WZO und Jewish Agency als die Institutionen, die autorisiert sind, im Staat Israel weiterhin für die Entwicklung und Besiedlung des Landes, die Aufnahme der Einwanderer und die Koordination der Aktivitäten jüdischer Organisationen auf diesem Gebiet in Israel tätig zu sein, in: Badi, Joseph 1961: Fundamental Laws of Israel, New York.

mit ihren Brigaden, die, wie die in Israel bis heute berühmte ‚Golani Brigade‘,<sup>18</sup> in der Tradition radikaler Milizen als Eliteeinheiten eingesetzt werden, wenn es besonders brennt;

- neue ländliche jüdische Gemeinden, noch heute Kibbuzim und Moschawim, und Neue jüdische Städte, zunächst Tel Aviv, später ‚30 New Towns‘;
- eine Form jüdischer Arbeitsorganisation, die Einheitsgewerkschaft Histadruth, die zur fundamentalen gesellschaftlichen Stütze des zionistischen Projektes gehörte und noch gehört, weil sie sich schon früh dafür einsetzte, dass die so genannte ‚arabische Arbeit‘ für den jüdischen Arbeitsmarkt ausgeschlossen wurde.<sup>19</sup>

Allen Verantwortlichen und auch Theodor Herzl war von Beginn des Projektes an klar, dass die ‚Schaffung eines jüdischen Staates‘ auf diesem bewohnten Erdball nur auf Kosten oder nur unter freiwilliger oder erzwungener Zustimmung einer anderen auf dem gewünschten Erdteil ansässigen Bevölkerungen möglich war – sei das in Argentinien, Uganda oder Palästina, wollte man nicht auf dem Süd- oder Nordpol siedeln. Es kam aber aus historisch-religiöser Sicht nur Palästina infrage.<sup>20</sup>

Die Macht zu haben, war eine zentrale Frage des Anfangs, die nur mit Unterstützung europäischer Mächte zu lösen war. Die demographische Frage war ebenso zentral – es mussten jüdische Mehrheiten geschaffen werden, sollte die ‚Heimstätte‘ jüdisch sein. Dafür sorgten die in den jeweiligen Staaten nach und nach gegründeten zionistischen Organisationen.<sup>21</sup> Theodor Herzl bemühte verschiedene Argumentationsstränge, die gleichermaßen die Investoren wie auch die Juden, die für eine Übersiedelung nach Palästina gewonnen werden mussten, überzeugen sollten. Er benutzte sie spielend und wie selbstverständlich religiöse-, ideologische- und (welt-)politische Gründe für Palästina, und gerade ihre Vermischung hat Methode:

- *Juden ein Volk*: das biblisch benannte ‚auserwählte Volk‘ Israel musste zunächst überhaupt zu einem ‚modernem‘ Volk umdefiniert werden, und das ‚Jüdische Volk‘ wurde von Theodor Herzl und den zionistischen Vordenkern<sup>22</sup> entsprechend erfunden, das wie andere im 19. Jahrhundert um Souveränität kämpfende Völker ein Recht auf einen Staat zu reklamieren hätte;
- *Juden ewig verfolgtes Volk*: die in Europa in Pogromen verfolgte jüdische Bevölkerung konnte damit zu einer eigenen Rasse im genetischen Sinne definiert werden, die – laut Theodor Herzl und zionistischer Maxime - mit

---

<sup>18</sup> Tihur‘, ‚Bihur‘, oder auch ‚Nikkuy‘, – verschieden gebrauchte hebräische Worte für ‚ethnic cleansing‘ (Reinigung) - war die offizielle Parole für die Milizsoldaten der Alexandroni-, der Golani- und der Carmeli-Brigaden der Irgun und Hagana Milizen, die allein in der ‚Operation Hametz‘ am 29. April 1948 die Dörfer Beit Dajan, Kfar Ana, Abbasiyya, Yahuddiyya, Saffuriya, Khayriyya, Salama und Yazur in der Region Jaffa und in Jaffa selbst die Vororte Jabalya und Abu Kabir zerstörten und die Bevölkerung töteten oder vertrieben, in: Pappé, Ilan 2006: The ethnic cleansing in Palestine, Oxford. S. 139 f. Mitglieder der heutigen Golani Brigade waren maßgeblich an allen größeren israelischen Übergriffen auf palästinensische Gebiete beteiligt, z.B. in Gaza, Jenin, Tulkarem oder bei der Bombardierung der ‚Muqata‘, dem Amtssitz Yassir Arafats in Ramallah; siehe Waltz, Viktoria 2009: Golani Brigade. Soldaten töten in alter Tradition. Link: <http://zionismus-israel-raumplanung.blogspot.com/2009/01/golani-brigade-soldaten-tten-in-alter.html>.

<sup>19</sup> Zum Ausschluss der arabischen Arbeit und zur Rolle der Kibbuz-Bewegung in diesem Zusammenhang siehe Diner, Dan 1980: Israel in Palästina, Königstein/Taunus.

<sup>20</sup> Nach dem Beschluss des 1. Zionistenkongress in Basel 1897 sprach man sich für Palästina aus, Alternativen oder Zwischenlösungen wie Argentinien oder Uganda wurden von den folgenden Kongressen, z.B. auf dem 6. 1903 in Basel, strikt abgelehnt.

<sup>21</sup> Wie die 1894 als ‚National-Jüdische Vereinigung‘ in Köln gegründete Organisation, die sich 1897 in ‚Zionistische Vereinigung für Deutschland‘ umbenannte.

<sup>22</sup> Z.B. Moses Hess, Moses 1862: Rom und Jerusalem. Die letzte Nationalitätenfrage. Briefe von Moses Hess, Tel Aviv 1935. Erstausgabe im Jahre 1862 /Ungekürzte Neuauflage 1935; z.B. auch Leo Pinsker. Pinsker, Leo 1882 :

Auto-Emancipation, Brünn 1913<sup>3</sup>. Link: <http://www.mideastweb.org>.

niemandem zusammenleben könne und deshalb einen eigenen Staat als Rettung benötige;<sup>23</sup>

- *Juden Biblisches Volk in einem versprochenen Land*: das Jüdische Volk würde mit einem modernen und ethnisch-jüdischen Staat Israel mehreres realisieren können: religiöse ‚Heimkehr‘, (Er-)Lösung und sichere ‚Heimstätte‘.

Damit sind die Grundstrukturen dieses zukünftigen Staates bereits benannt: er basiert auf der Idee einer eigenen und dazu höher-stehenden Rasse mit einer besonderen Mission und benötigt die strukturelle Verfolgung, das Pogrom, als Begründung. Darüber hinaus lässt sich religiöse ‚Heimkehr‘ mit dem jüdischen Mythos verbinden, dass ‚Heimkehr‘ die Rückkehr nach Jerusalem bedeute und die in der Eschatologie vorausgesagte Wiedererrichtung des Tempels ermögliche und gleichzeitig die Notwendigkeit einer sicheren ‚Heimstätte‘ mit dem immer wiederkehrenden Argument und der Bedeutung der Sicherheit.<sup>24</sup> Der ‚liberale‘ David Grossmann sprach in seiner Dankesrede im Oktober 2010 zur Friedens-Preisverleihung des deutschen Buchhandels in der Paulskirche in Frankfurt am Main von einem Bedürfnis nach Frieden, um ‚endlich in Frieden heimkehren‘ zu können – selbst für ‚liberale‘ israelische Juden ist dies also ein noch immer nützlicher Begründungszusammenhang für das historische Recht auf diesen religiös definierten und begründeten Staat.<sup>25</sup>

Mit diesem Argumentationsbündel – im Einklang mit den realen weltpolitischen Ereignissen, aber auch mit den ideologischen und philosophischen Strömungen der Zeit, inklusive sozialer Missionsideen wie die von Moses Hess, der in der jüdischen Nation in einem zukünftigen Staat den Träger weltweiter sozialer Erneuerung sah - konnte es gelingen, seit Ende des 19. Jahrhunderts Europäische Juden, religiöse, sozialistische und später durch die Pogrome und den wachsenden Faschismus verängstigte und mit dem Leben bedrohte, für die Einwanderung nach Palästina zu gewinnen, notfalls, wie man gesehen hat, in Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten.

Historisch gesehen war diese Region im Dreieck zwischen Afrika, Europa und dem fernen und mittleren Osten in all den vergangenen Jahrhunderten von strategischer Bedeutung und Besatzungs- und Durchgangsgebiet diverser große Reiche gewesen.

Im 19. Jahrhundert, vor allem in der zweiten Hälfte, deuteten die internationalen politischen Begleitumstände schon auf zukünftige Interessenslagen und Konflikte hin: Europa rang um Einfluss im Nahen Osten und um die reiche Erbschaft des Osmanischen Reiches, und man wusste bereits um die Bedeutung des Öls.<sup>26</sup> Die zionistischen Drahtzieher wie Theodor Herzl boten ihre Mithilfe dazu an, wie man den Tagebüchern Herzls unschwer entnehmen kann, die zugleich ein aussagekräftiges Dokument seiner weitreichenden Ideenspielchen darstellen.<sup>27</sup>

Hinzukommt die Lage der Juden in Europa, insbesondere in Osteuropa. Bei der Verfolgung von Juden kam es vor allem dort zu neuen Exzessen. Pogrome in

---

<sup>23</sup> Dies geschah noch bevor die Nationalsozialisten die Juden als Rasse ausmachten und verfolgen ließen; siehe Herzls Tagebücher und Herzls *Der Judenstaat*.

<sup>24</sup> Wie Israel Shahak feststellt, ist der Gebrauch des Ausspruchs ‚Nächstes Jahr in Jerusalem‘ als angeblicher Beleg für die Voraussagung eher ein Missbrauch, denn der bezieht sich auf den Vorabend des Passahfestes und das wiederkehrende Schlachten des Schafes. in: Shahak, Ausgabe 2009: S 183,184.

<sup>25</sup> Im WDR3 wiedergegebene Rede am 10. Oktober 2010 in der Frankfurter Paulskirche aus Anlass der Friedenspreisverleihung des Deutschen Buchhandels.

<sup>26</sup> Bereits 1868 wird Öl in Ägypten, Ende des 19. Jahrhunderts in Indien und 1908 im Iran gefunden und durch englische Firmen vertraglich erschlossen.

<sup>27</sup> Siehe Herzl, Theodor 1923: *Theodor Herzls Tagebücher 1895-1904*, 3 Bände, Berlin.

Osteuropa (1881/82) zogen Auswandererströme nach Westeuropa nach sich und gefährdeten das Ansehen der durch die sozial und politisch sicherer gewordene Lage bürgerlicher, seit langem ‚assimilierter‘ Juden durch ihre Armut, ihre mittelalterlich anmutende Erscheinung und ihre mitgebrachte religiöse Orthodoxie.<sup>28</sup> Die Zionistische Bewegung empfahl sich (auch) als Antwort darauf. Herzl vertrat diese These vom Jüdischen Volk und seiner Unversöhnlichkeit mit anderen Völkern, die einen eigenen, nationalen jüdischen Staat notwendig mache im Gegensatz zu den Vorstellungen der meisten westeuropäischen Juden. Kolonien mit zionistischem Hintergrund gab es zwar bereits, allerdings keine umfassende Strategie – sie wurde erst durch die genannten Umstände möglich.<sup>29</sup> Der erste Baseler Kongress der Zionistischen Bewegung 1897 brachte jedoch den Durchbruch der zionistischen Idee und eine Wende.<sup>30</sup>

### *Raum, Boden, Bevölkerung – ist der Jüdische Staat geschaffen?*

Während die räumliche Frage seitdem und im Laufe der letzten hundert Jahre mit Hilfe der verschiedenen oben genannten Institutionen und einer ausgeklügelten internationalen wie später auch nationalen Politikstrategie bis heute mehr oder weniger gelöst zu sein scheint,<sup>31</sup> ist die Frage des ‚Jüdischen Staates‘, also sein ‚Jüdischer Charakter‘ bis heute und absolut gesehen, nicht wirklich gesichert.

In dem Gebiet Palästinas, das gern ‚Kernland Israel‘ genannt wird, also in dem Gebiet der Staatsgründung Israels von 1948, wuchs die im Rahmen der geplanten Vertreibung zwischen 1947 und 1950 stark dezimierte palästinensische Bevölkerung<sup>32</sup> und macht heute inzwischen etwa 20 Prozent der Gesamtbevölkerung Israels aus. Die Jüdische Bevölkerung von ‚Samaria und Judäa‘ – das gelobte Land des ‚Königreichs Davids‘<sup>33</sup> - die Siedler der Westbank, Jerusalem eingeschlossen, machen dagegen heute mit fast einer halben Million noch immer nicht einmal 10 Prozent aus. Israels Bedrohungsszenarien sagen eine palästinensische, arabische Mehrheit<sup>34</sup> in absehbarer Zeit voraus. Israelische Regierungen suchen immer hektischer nach Möglichkeiten, diese Entwicklung zu verhindern – sei es durch weitere Kriege, Vertreibung oder vollständige Unterwerfung. Aktuell sollen sich die Palästinenser in Israel und die palästinensische Autonomiebehörde auf den ‚Jüdischen Charakter Israels‘ verpflichten.<sup>35</sup> Solche ‚Kotaus‘ wiederum kann die palästinensische Seite kaum akzeptieren, würde sie doch den Respekt in der

<sup>28</sup> Ausführlich behandelt in Shahak: 2009.

<sup>29</sup> Bekannte Persönlichkeiten, die bereits zum Ende des 19. Jahrhunderts Kolonien errichten, sind Sir Moses Montefiore, der 1855 ein Stück Land zur Kolonisierung erwirbt und Baron Edmund de Rothschild, der 1882 bekannt wird durch die Unterstützung der Siedlung Petah Tikwa. Die ersten Siedler der ersten Welle jüdischer Kolonisierung stammen aus Rumänien und Russland.

<sup>30</sup> Der Kongress sollte nach Herzls Wunsch in München stattfinden. Allerdings war die dortige Kultusgemeinde überhaupt nicht davon angetan, da sie um die Reputation ihrer nationalen Zuverlässigkeit besorgt war. Der Vorstand teilte Herzl mit, "... daß für die von Ihnen geleitete Bewegung bei den Glaubensgenossen unserer Stadt nicht die geringsten Sympathien bestehen..."; in: Zeit-online 1997: Der schönste Mann. Ein Portrait des Dandys und Kämpfers Theodor Herzl. Link: [http://www.zeit.de/1997/36/Der\\_schoenste\\_Mann](http://www.zeit.de/1997/36/Der_schoenste_Mann).

<sup>31</sup> Eine Umkehrung von 6% jüdischem Besitz in gesamt Palästina bis 1948 zu nicht viel mehr als 6% palästinensischem Bodenbesitz heute ist inzwischen erfolgt.

<sup>32</sup> Siehe Pappé: 2006.

<sup>33</sup> Die Namen „Judäa“ und „Samaria“ sind biblisch-historische Bezeichnungen. Durch sie wird aus zionistischer Sicht das fragliche Gebiet als jüdisches Interessengebiet gekennzeichnet.

<sup>34</sup> In 2050 soll sie auf 31% ansteigen, in: Soffer, Arnon 2001: Israel Demography 2000-2020, Haifa.

<sup>35</sup> Die Knesset verabschiedete im März 2011 zwei vor allem die arabische Minderheit diskriminierende Gesetze: 1. die Erinnerung an die ‚Nakbe‘ stellt Personen, Städte, Institutionen, die die Nakbe behandeln, unter Strafe bis zum Verlust der Staatsbürgerschaft; 2. Gemeinden unter 400 Familien ist gestattet, so genannte Zulassungskomitees ‚admissions comitees‘ einzurichten, nach denen sie ‚unsuitable persons‘, unerwünschten Personen, den Einzug verweigern können; beide Gesetze gelten als Gesetze zur Sicherung des ‚jüdischen Charakters des Staates Israel‘ und meinen nach allgemeiner Interpretation die arabischen Bürger Israels, ein Fünftel der Gesellschaft heute. Siehe Middle East Policy Council vom 12. April 2011. Link: <http://www.mepc.org/articles-commentary/commentary/knesset-passes-nakba-law-targeted-its-arab-citizens>; ebenso Sanders, Edmund 2011: New Israeli laws will increase discrimination against Arabs, critics say, in: Los Angeles Times, 24. 3. 2011. Link: <http://articles.latimes.com/2011/mar/24/world/la-fg-israel-arab-laws-20110324>.

eigenen Bevölkerung vollends verlieren, weil dies die Aufgabe international anerkannter, nationaler Rechte bedeuten würde, vor allem Ansprüche an eine Rückkehr der Flüchtlinge und eine Kompensation erlittener Verluste, die vor allem von den exilierten Palästinenser eingefordert werden.<sup>36</sup> Darüber hinaus würde jeder Anspruch auf das Land hinfällig werden, weil man sich der Definition Israels vom so genannten „Eretz Israel“, das auch die besetzten Gebiete umfasst, anerkennen würde. Folglich hätten die Palästinenser keinerlei Existenzberechtigung mehr in ihrem eigentlichen Heimatland.

Die zionistischen Planer machen deshalb beharrlich weiter, betreiben weiterhin eine vorausschauende räumliche Planung, verharmlosend ‚Siedlungspolitik‘ genannt und schaffen weitere Fakten. Das, was 1897 vorbereitet und dann praktisch umgesetzt wurde, hat sich sichtlich bewährt: die schrittweise Kolonisierung Palästinas mit Hilfe eines breiten Systems von Gesetzen, Plänen und Projekten – gepaart mit einem umfassenden Unternehmen, die restliche Welt mit der „Holocaust-Keule“ und dem „Sicherheitsargument“ an dieses Projekt und mit allen Mitteln an sich und die regionalen Ziele der großen Mächte zu binden. Dafür gibt es die israelischen Interessengruppen in den USA zunächst, in Europa und inzwischen besonders aktiv auch in Deutschland. Unvorstellbare Finanz- und Militärhilfe an Israel ist das eine Ergebnis, die Unterdrückung berechtigter Kritik an der Kolonisierungspolitik das andere, und dies geschieht mit Hilfe von ‚Brainwashing‘, Drohungen, Erpressungen, Denunziationen und Lügen.<sup>37</sup>

Die *Machtfrage* hat sich vor allem in der Westbank – trotz oder auch wegen der Friedensverhandlungen zu einer militärischen Unterdrückungsstruktur entwickelt, auch weil durch den Friedensprozess die Stärke und das Band gemeinsamen Handelns der Palästinenser zerstört worden ist: die Einheit in der PLO mit ihren vielen Untergruppen.<sup>38</sup>

#### *Zum Instrument der räumlichen Planung*

Raumplanung ist ein modernes staatliches Instrument zur Sicherung der Verteilung der diversen Bodennutzungen. In einer von der Studentenschaft angebrachten Wandschrift am Gebäude der Fakultät Raumplanung, der ersten Bildungsinstitution für eine umfassende, interdisziplinäre Planerausbildung,<sup>39</sup> wird noch immer als Aufgabe der Raumplanung beschwörend proklamiert: *„Raumplanung ist ...die demokratische Entwicklung von Städten, Dörfern und Regionen ....zum Lebensraum für eine menschliche Gesellschaft“*. Weitaus technokratischer formuliert die offizielle Webseite der Fakultät: *„Aufgabe und Ziel der Raumplanung ist es, unterschiedliche Anforderungen, Konflikte und Chancen der Raumnutzung zu analysieren und darauf aufbauend Konzepte, Lösungswege und Strategien aufzuzeigen sowie deren Umsetzung zu begleiten ... , und dies auf den verschiedensten räumlichen Ebenen ....und mit Hilfe verschiedener Instrumente“*. Immerhin wird damit ausgedrückt, dass es offenbar unterschiedliche Nutzungsanforderung und Konflikte um die Raumnutzung gibt, wobei Raumplanung eine Art Vermittlerrolle spielt und die

<sup>36</sup> Die jüngsten von Al Jazeera veröffentlichten „Palästina Papiere“ zeigen, dass die Vertreter bereits so weit sind, diese Rechte zu verkaufen.

<sup>37</sup> Z.B. AIPAC American Israel Public Affairs Committee in den USA oder Zentralrat der Juden in Deutschland, die Deutsch-Israelischen Gesellschaften, die Deutsch-Israelische Parlamentariergruppe im Deutschen Bundestag u. v. a. m. besonders auffällig verhält sich die rechtszionistisch-extremistische Organisation mit Namen ‚Honestly Concerned‘ in der BRD. Zu AIPAC siehe Mearshamer, John, Walt, Stephen 2006: The Israel Lobby, Chicago-Boston; zur Bedrohung der Demokratie in der BRD durch die Israellobby siehe Melzer, Abraham, in: Der Semit, [http://www.arendt-art.de/deutsch/palestina/Semit%2009\\_12-18.pdf](http://www.arendt-art.de/deutsch/palestina/Semit%2009_12-18.pdf).

<sup>38</sup> Z.B. GUPS, General Union Palästinensischer Studenten, GUPA, General Union Palästinensischer Arbeiter, sowie Künstler etc.

<sup>39</sup> Siehe Webseite der Fakultät Raumplanung, TU Dortmund. Link: <http://www.raumplanung.tu-dortmund.de/rp/fakultaet.html>.



Technik dazu liefert. Peter Marcuse drückt es deutlicher aus: „*Es gibt eigentlich keine ungeordnete oder ungeplante Stadt – die Frage ist nur, auf wessen Befehl, wessen Plan und für welchen Zweck?*“, und damit kommt er zum Kern: Raumplanung als Herrschaftsinstrument – auf Anordnung der Politik, im Interesse bestimmter Fraktionen in der Gesellschaft und zur möglichst rationalen, profitablen Nutzung des Raumes. Denn grundsätzlich gilt es zu bedenken, dass alle Raum-Planung an den vorhandenen, nicht vermehrbaren Boden gebunden ist, auf dem die materiellen Ergebnisse der Planung, Wohnbauten, Infrastruktur und Produktionsstätten errichtet werden.

Die israelische Planung, der fortgesetzte Siedlungsbau und die fortschreitende Kolonialisierung greifen dabei auf das historisch vorgefundene und weiter entwickelte Instrumentarium zurück, das heute in allen Staaten die räumliche Planung ausmacht: nationale Entwicklungspläne, Regionalpläne, Masterpläne, thematische Pläne, Programme und Projekte. Dazu sind alle Bereiche nützliche Handlungsfelder: Landwirtschaft, Industrie, Städtebau, Wohnungsversorgung, Infrastruktur, Umweltschutz, Naturschutz, Archäologie, Denkmalschutz, Wasserschutz. Eine entsprechende nationale Bodenpolitik und Planungs-Gesetzgebung liefert dafür die Basis.

Man könnte einwenden, dass dies normal und Planung in modernen Gesellschaften notwendig sei sowie räumliche Verbesserungen schließlich einer Gesamtbevölkerung nutzen würde. Aber dieses Argument ist auch unter normalen Umständen in unseren modernen Industriestaaten nicht die einzige Wahrheit und nicht wirklich überzeugend. Unter kapitalistischen Verhältnissen, wie sie heute die Weltentwicklung bestimmen, dient räumliche Planung immer und vor allem dem Schutz der Interessen des Privateigentums und der bestmöglichen (Aus-) Nutzung des Bodens. Es gibt höchstens und im besten Fall demokratischer Planung einen Ausgleich zwischen divergierenden Interessen des Anlagekapitals und gegebenenfalls sozialer und ökologischer Belange – schließlich ist dies bisher der Anspruch in den bundesdeutschen Planungsgesetzen.<sup>40</sup>

Was den Unterschied zu dem israelischen Projekt ausmacht, ist die Tatsache, dass dafür im Planungsprozess nicht soziale, ökonomische, ökologische oder kulturelle sowie andere gemeinschaftliche Interessen in Ausgleich gebracht werden sollen (und wenn, dann *höchstens für jüdische Bürger*), sondern Planung zu allererst zionistischen Zielen unterworfen ist. Planung und die Planungsgesetzgebung dienen ausdrücklich dazu, die Vorherrschaft und Übermacht einer Teilgesellschaft, der jüdischen, zu sichern und auszubauen bis zur physischen Marginalisierung und Eliminierung der anderen, der palästinensischen Teilgesellschaft.<sup>41</sup> Israelische und damit zionistische räumliche Planung ist in dieser Hinsicht von ihrer Absicht seit 1897 bis zur heutigen Planungsrealität für den langsamen räumlichen und kulturellen Genozid des Palästinensischen Volkes verantwortlich. Gewalt und Kriege sind dabei weitere extremere Spielarten der Planung.

---

<sup>40</sup> So sieht das Bundesbaugesetz verpflichtend in der Bauleitplanung die Bürgerbeteiligung in BauGB § 3 vor. Selbst Verfahren mit hohem Demokratieanspruch, etwa eine vorgezogene Bürgerbeteiligung für ein städtisches Großprojekt, kommen schließlich nicht ohne diese „Abwägung“ der Interessen aus, die allerdings zumeist zugunsten ökonomischer Interessen ausfällt. Dies jedenfalls lässt aus der erst kürzlich geführten Auseinandersetzung um das Stuttgart 21-Projekt schlussfolgern –weitere Folgen, etwa Änderungen in der Planungsgesetzgebung, Einschränkung des möglichen Widerstands etc., sind noch gar nicht abzusehen.

<sup>41</sup> Z.B. Yiftachel, Khamaisi u.a. nennen dies Ethnokratische Planung; Pappé spricht ausdrücklich von Genozid. Siehe Pappé 2006, (siehe auch Anmerkung 143).

### *Die Macht des Faktischen*

Soweit wir bis heute beobachten können, ist Israel darüber hinaus engstens mit den Interessen der USA und Europas verbunden. Keine noch so offensichtliche Verletzung der Menschenrechte und fehlender Respekt vor internationalen Schiedssprüchen und internationalem Recht bringt diese Verbündeten dazu, Israel auch nur ein Haar zu krümmen und/oder Israel von seinem militanten und rassistischen Weg abzubringen - als ob Israel ein Staat ‚out of law‘ sei, eine Ausnahme.

Im Gegenteil, Israel kann mit jedweder Unterstützung rechnen, finanziell und militärisch, sobald die Frage der ‚Sicherheit‘ aufgeworfen wird. Kritiker Israels, vor allem deutsche, müssen mit heftigstem Widerspruch rechnen, sogar gesetzlichen Maßnahmen, wenn Kritik den inflationären Missbrauch des Begriffs Holocaust einschließt.<sup>42</sup> Kritik an Israel kann sogar verfolgt werden. Also bleibt die Frage „Israel - ein Charter-Staat“ und die Frage, welche Mächte dahinterstehen weiterhin offen. Ob ein Charter-Abenteuer allerdings 100 Jahre à la Honkong dauern kann, sollte bezweifelt werden. 1948 ist nicht 1900, Israel nicht Honkong, und die Großmächte können nicht mehr so unbehelligt agieren wie vielleicht um 1900 und die Rechte anderer, unterdrückter Völker, unbemerkt mit Füßen treten.<sup>43</sup>

Worauf es heute ankommt ist, die Gefahren dieser Interessenverquickung zu erkennen. Um Schaden für alle Seiten abzuwenden, ist eine Änderung der Beurteilung Israels notwendig und z. B. von der Weltstaatengemeinschaft zu fordern:

- *Sicherheit?* Nur in sicheren Grenzen für alle Seiten;
- *gerechte Lösungen?* Nur für beide Seiten gerecht und unter Berücksichtigung des gesamten Prozesses;
- *Menschenrechte?* Sie sind unteilbar und unverzichtbar im Umgang der Menschen miteinander – auch der Regierungen;
- *rechtmäßiges Handeln?* Das gilt für alle Regierungen - Planen und Bauen zum Wohle einer gesamten Gesellschaft ist eine notwendige Verpflichtung aus dem Völkerrecht, die für alle Nationen und Völker gilt.

Israel zeigt, wie Planen und Bauen pervertiert werden – dem gezielten Missbrauch anheimfallen und sich den Interessen der Macht unwidersprochen unterwerfen kann. Ethnische Säuberung und ein langsamer Genozid werden in Kauf genommen, sind beabsichtigt – Menschenrechte werden auch von Architekten und Planern missachtet. Unter dem Label der ‚Modernisierung‘ werden wissentlich und willentlich Kulturen vernichtet, das Recht auf angemessenes Wohnen verweigert und gegebenenfalls werden Umwelt- und Naturschutz rassistischen Interessen geopfert. Da die Wurzel ist schon faul ist, lässt sich der Rest nur noch mit falscher Tünche als ‚normal‘ verkaufen.

Die Israelischen Architekten und Planer, die die Großsiedlungen, das separierende Straßennetz und eine Mauer planen, sind die ‚Zeichentischtäter‘, die - wie andere vor ihnen - sich nicht auf ‚Befehlsnotstand‘ berufen können. Sie wussten und sie wissen,

---

<sup>42</sup> Das geht so weit, dass die Sicherheit und das Existenzrecht Israels wie ein Gesetz behandelt wird, dem jede/r Deutsche zu gehorchen habe, Holocaust–Leugnung zieht Haftstrafen nach sich und wer wie der bekannte Musiker Gilad Atzmon auch nur (In-)Fragen stellt, wird zum Antisemiten gestempelt.

<sup>43</sup> Wie das zunächst überraschende Aufbegehren der Völker im Jahr 2011 in den diversen arabischen Ländern wie Ägypten zeigt.

was sie tun.<sup>44</sup> Mit der Darlegung dieser Zusammenhänge und Fakten wird auch ein Mythos zu beseitigen sein, der zum Selbstverständnis vieler deutscher Architekten gehört: die beteiligten Bauhaus Architekten waren nicht nur Opfer des Nazi-Regimes, das sie zwang, ihre Heimat zu verlassen und in Israel Zuflucht und wieder Arbeit zu finden.<sup>45</sup> Viele von ihnen kamen bereits vor dem Nazi-Regime, begeistert das ‚Neue‘ aufbauend. Leicht entzückt vom arabischen Charakter der vorhandenen Städte und Dörfer – bauten sie unbedenklich die ‚Weiße Stadt‘ Tel Aviv konkurrierend zur Nachbarschaft der historischen Stadt Jaffa, kleine und große jüdische Kolonien auf dem fremden Territorium, strategisch gelegen, oft schon angelegt als Wehrdörfer, und sie hatten keine Bedenken, sich formal und sozial von dem in Palästina üblichen und dem Klima angemessenen Bauen abzugrenzen.<sup>46</sup>

Parallelgesellschaft? Ganz sicher! Bewusst und mit weit vorausschauender Absicht. Charter-Country? Es sieht ganz so aus. Kein englisches Protektorat à la Hongkong, aber heute vielleicht ‚chartered‘ im Interesse einer ebenso rücksichtslosen Weltmacht wie vorher England und Frankreich, ‚chartered‘ durch die USA und seine Vasallen oder Nutznießer, England, Frankreich, Deutschland. Oder Endzeiterfüllung? Also ‚chartered‘ im Interesse mächtiger Evangelikaler und Rabulisten?<sup>47</sup>

Das kann in der heutigen Welt nur unter Missachtung anerkannten Rechts, Missbrauch der Macht und Verletzung der Menschenrechte und demokratischer Werte erfolgen. Jüdischer Staat - Gottesstaat? Es gibt offensichtlich Kräfte in und außerhalb Israels, die daran ein Interesse haben – aber noch leben fast fünf Millionen Nicht-Juden in dem gesamten Palästina, zwangsweise in einem Staat, der sie nicht einfach vertreiben oder umbringen kann.

Dieser nun 114 Jahre andauernde ‚Frevel‘ in einem immer noch aktiven Kolonisierungsprozess mit Hilfe von Planung und Architektur ist Thema dieses Bandes. Zentrale Untersuchungsaspekte des zionistischen Transformationsprozesses betreffen

- die Beherrschung des Landes,
- die Bodenbesitzverhältnisse im Land,

---

<sup>44</sup> Es gibt entsprechende diverse Israel-kritische israelische Einzelpersonen und Organisationen wie z.B. bimkom; viele der Einzelpersonen unter ihnen leben nicht mehr in Israel und kritisieren von außen und fördern die Informationen über die Rechtsverletzungen und Übergriffe von dort aus für die außerisraelische Öffentlichkeit, weil dies ihnen in Israel unmöglich gemacht wird. Zum Beispiel Weizman, Eyal 2008: Sperrzonen. Israels Architektur der Besatzung, Hamburg. Kommentar dazu siehe Waltz, Viktoria 2010: Israels Architektur - Krieg den Palästinensern mit anderen Mitteln? Link: <http://zionismus-israel-raumplanung.blogspot.com/2010/01/israels-architektur-krieg-den.html>.

<sup>45</sup> Nicht ist zu vergessen, dass die Türkei sehr viele verfolgte oder zu Untätigkeit verdamnte deutschsprachige Architekten und Planer aufnahm, die dort Arbeit fanden, also nicht Zionisten werden mussten; u.a. Bruno Taut, Clemens Holzmeister, Margarete Schütte-Lihotzky, Ernst Egli u.a.. Siehe Bern, Nicolai 1998: Moderne und Exil. Deutschsprachige Architekten in der Türkei 1925–1955, Berlin.

<sup>46</sup> Siehe Warhaftig, Myra 2007: They laid the foundation. Lives and works of German speaking Jewish Architects in Palestine 1918-1948. Second edition, revised and enlarged. Berlin. Kommentar dazu bei Waltz/ Viktoria 2010: Israels Architektur - Krieg den Palästinensern mit anderen Mitteln? Link: <http://zionismus-israel-raumplanung.blogspot.com/2010/01/israels-architektur-krieg-den.html>.

<sup>47</sup> Es geht mir nicht um den Beweis, sondern darum, auf den Kern der vielen Möglichkeiten und Interessen hinzuweisen; polit-ökonomisch geschult, kann ich der eschatologischen Vision nichts abgewinnen, sondern setze auf die Interpretation des Geschehens über die materiellen Interessen der ‚chartering‘ Mächte. Nur scheint diese Idee doch eine, wenn auch absurde Rolle zu spielen, und diverse Gruppen sind dabei, diese Endzeitvision heute vorzubereiten, so z.B. die ‚Temple Mount Faithful‘-Gruppe, deren Ziel ist: „... The goal of the Temple Mount and Land of Israel Faithful Movement is the building of the Third Temple on the Temple Mount in Jerusalem in our lifetime in accordance with the Word of God and all the Hebrew prophets and the liberation of the Temple Mount from Arab (Islamic) occupation so that it may be consecrated to the Name of God.“ Link: <http://www.templemountfaithful.org/>; siehe auch: Gershon Salomon, orthodoxer Rabbiner und Gründer der Temple Mount Faithful: "I believe this is the will of God. It (The Dome of the Rock) must be moved. We must, you know, take it from the place. And today we have all the instruments to do it, stone by stone, very carefully, and then to put it in a package and mail it back to Mecca, the place from where it was brought. Those two buildings, the Mosque al-Aksa and The Dome of The Rock are symbols of Arab imperialistic occupation. Even if it was done before one thousand and three hundred years, it is still an imperialistic act against the will of God and the history of the most holy place of the Israeli people and other nations. It must be moved. You ask me how? I can answer very shortly. And even that answer must be long. God is together with Israel now. We must trust God. You know we trusted him in the short history of Israel, forty-five years, seven wars; a little minority against a big majority. People ask how can you do it. We did it. God did it. So as long as God is the general of the Israeli army, believe me, it will be very simple to move those two buildings. Together with God, we shall always be the majority.", in: This Week in Bible Prophecy. Link: <http://www.hope-of-israel.org/temple.htm>.

- die Besiedlungsverhältnisse im Land, inklusive der Nutzungsverteilung bei den Ressourcen des Landes wie Wasser, Mineralien und landwirtschaftlicher nutzbarer Boden, und
  - die Bevölkerungsverteilung im Land, also die demographischen Verhältnisse.
- Dazu mehr in den folgenden Kapiteln.



## I Der Anfang

Theodor Herzl gab wichtige Impulse für die Idee eines Staates der Juden. Seine Tagebücher sind eine reiche Quelle für die Gedanken eines Mannes, der strategisch dachte und sich zu allen Seiten des Projektes etwas einfallen ließ – etwa von der Staatsform über den Achtsturentag, über die Entlohnung der Arbeiter und Bauern, über Feiertage bis hin zu konkreten Fragen des zukünftigen Städtebaus usw.<sup>48</sup> Er war sich der Widersprüche und Gefahren bewusst, mit denen zu rechnen war und fand auch dafür eine Lösung, z. B. wenn es um die Einheimischen ‚Barbaren‘ ging, die man nach anfänglichem Nutzen über die Grenze zu verfrachten gedenke oder um die Art des Landkaufs, nämlich die Eigentümer zu prellen und ‚nichts, aber auch nichts‘ zurück zu verkaufen.<sup>49</sup>

Über die Grenzen des zukünftigen Staates in Palästina drückte er sich vielfältig und kalkuliert äußerst nebulös aus.<sup>50</sup>

Seine zentralen Vorstellungen sind in den beiden Veröffentlichungen ‚Der Judenstaat‘ und ‚Alt-Neuland‘<sup>51</sup> zu finden. Die Trivialität vor allem des letzteren in Romanform geschriebenen Entwurfs für den jüdischen Staat kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass hier der Kern der Ideologie des Zionismus in seiner idealisierten Vorstellung von der jüdischen Zukunft zu finden ist. Er erdenkt eine genuin jüdische Gesellschaft, in der Nicht-Juden allenfalls Randfiguren sind und Araber höchstens als solche Figuren toleriert werden, wenn sie zur Elite gehören und große Bewunderung für die Leistungen des jüdischen Staates zeigen. (*Zu dem tatsächlichen Bevölkerungs- und Bodenverhältnis zwischen Juden und Palästinensern vor der zionistischen Einwanderung siehe Übersicht 1 am Ende des Kapitel I*).

Zunächst klingen die Beschlüsse der Zionistischen Aktivisten auf dem Ersten Zionistischen Weltkongress in Basel im Jahr 1897 moderat und vor allem die erste Förderzusage Englands 1917 in der so genannten Balfour Erklärung in Einklang mit demokratischen Vorstellungen von einem erstrebten Zusammenleben der zionistischen Eindringlinge mit den autochthonen Bewohnern Palästinas.<sup>52</sup>

---

<sup>48</sup> Siehe Herzl 1898.

<sup>49</sup> „Die Immobilienbesitzer sollen glauben, uns zu prellen, uns über dem Wert zu verkaufen. Aber zurückverkauft wird ihnen nichts“, in: Herzl Tagebücher Bd. I., 1895, S. 98.

<sup>50</sup> „Wir müssen wegen unseres Handels am Meer liegen ... und für unsere Landwirtschaft weite Flächen ‚haben...‘ „Wir verlangen was wir brauchen, je mehr Einwanderer desto mehr Land“.. „Als Ruf auszugeben: Palästina wie zu Davids und Salomonis Zeit!“...

„Gebiet: vom Bach Ägyptens bis zu dem Euphrat“ (Herzl Tagebücher Bd. I :150., 1895, Bd. II: 160, 1898, Bd. I: 391, 1896.

<sup>51</sup> Siehe Herzl 1902.

<sup>52</sup> Dort heißt es auch: „...it being clearly understood that nothing shall be done which may prejudice the civil and religious rights of existing non-Jewish communities in Palestine, or the rights and political status enjoyed by Jews in any other country.“, in: Yapp, Malcolm, Edward 1987: The Making of the Modern Near East 1792-1923, London, S. 290.

## 1897 Basel

Der erste Zionistische Weltkongress 1897 in Basel fasste einen folgenschweren Beschluss:

„Der Zionismus erstrebt für das jüdische Volk die Schaffung einer öffentlich rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina. Zur Erreichung dieses Ziels erwägt der Kongress folgende Maßnahmen:

- die Förderung der Kolonisation Palästinas durch jüdische Einwanderer aus Landwirtschaft und Industrie nach sachgemäßen Richtlinien,
- die Organisation und den Zusammenschluss des Gesamtjudentums durch entsprechende lokale und internationale Einrichtungen, welche mit den Gesetzen der jeweiligen Länder in Einklang stehen,
- die Stärkung und Pflege des zionistischen Volksgedankens und – Bewusstseins,
- erste Schritte mit dem Ziel, die Genehmigungen der Regierungen zu erlangen, sofern diese den Zielen des Zionismus notwendig erscheinen.“<sup>53</sup>

Der Beschluss sagt dennoch bereits alles:

- Wille ist, in eine fremdes Territorium einzudringen und es zu ‚kolonisieren‘;
- Wille ist, dieses Territorium zu judaisieren;
- Wille ist, sich als Sprecher des gesamten Judentums zu verstehen und es in dem zu schaffenden Staat zu versammeln;
- Wille ist, das im europäischen Judentum eigentlich nicht vorhandene rassische, nationalistische und völkische Bewusstsein erst zu schaffen und zentral zu beeinflussen, Andersdenkende passen nicht dazu;
- Wille ist auch, dies alles mit Hilfe einer willigen Macht in Europa durchzusetzen.

Dieser Beschluss war und ist eine Kriegserklärung an alle nicht zionistischen Juden und an Palästina und die Palästinenser.

Nicht nur zeigt sich hier schon der rassistische Charakter des Unternehmens, in dem Mehrheiten und die Zahl der Köpfe eine Rolle spielen werden. Das Unternehmen wird auch von Beginn an mit den Interessen anderer Staaten verknüpft.

Mit dem ersten Zionistischen Kongress von 1897 konnte die nun übernational organisierte Zionistische Bewegung auch durch die Beharrlichkeit Theodor Herzls ihren ersten praktischen Erfolg verbuchen: die Umsetzung einer organisierten Kolonisierung Palästinas war vorstellbar und greifbar.

Herzls Bemühungen und die seiner Kollegen konnten nun konkreter werden

- a. eine internationale Unterstützung für das Projekt jüdischer Staat in Palästina zu erhalten - „*Wir brauchen ein Protektorat, das **deutsche** wäre uns demnach das liebste*“<sup>54</sup> – dafür reiste er nach Istanbul, traf sich mit Botschaftern, Bankern und sonstigen einflussreichen Europäern – schließlich konnte er einflussreiche Zionisten und Evangelikale in England von der Bedeutung des Projekts überzeugen;

---

<sup>53</sup>Herzls Tagebücher, Bd. II: S. 111, 1898.

<sup>54</sup>Ebd.

- b. die räumliche Orientierung war von nun an konkret festzulegen; zunächst geschah dies auf Nebengleisen, wie z. B. durch den Vorschlag, ein Stück Land in Argentinien zu kaufen oder in Uganda zu siedeln, um dann sich ganz auf Palästina zu konzentrieren, dessen ‚friedliche Übernahme‘ Herzl in seinem Roman ‚Alt-Neuland‘ aufs Trivialste beschrieb,<sup>55</sup>
- c. die Details und die Art und Weise der Raumergreifung waren nun weiter zu entwickeln: Herzl schwebte ein sauberer und ordentlicherer, rechtlich und international garantierter Deal vor, so wie er auch Jerusalem gerne ‚sauber‘ bekommen hätte: „*Der neue Judenstaat muss anständig gegründet werden.*“<sup>56</sup>

Als zentraler Erfolg galt aber, wie in Punkt 4 der Resolution festgehalten, die europäische Macht zu finden, die dieses Unternehmen ‚chartern‘ würde.

### *1917 Das Ende des Osmanischen Reiches - England wird die Charter-Macht*

Das abzusehende Ende des ersten Weltkriegs, der Zusammenbruch des Osmanischen Reiches und die Interessen Europas an seiner Aufteilung brachte England endgültig ins Spiel. England versprach der Zionistischen Bewegung mit der Balfour Erklärung<sup>57</sup> seine Hilfe beim Aufbau einer ‚Jüdischen Heimstätte‘ in Palästina – schon in der Gewissheit, dass England das Mandat über diesen Raum bekommen würde.

Ein neuer Player, die USA, waren mit der King/Crane-Kommission in die Debatte um die Zukunft der Region eingestiegen. Die Herren King und Crane bereisten 1919 die Großregion und sprachen mit Notabeln und vielen anderen Vertretern der von den Osmanen ‚befreiten‘ Bevölkerung über ihre staatlichen Vorstellungen: Vereinigtes Königreich, Großsyrien, einzelne Nationalstaaten oder Mandatsstatus waren die genannten Optionen. Die Ergebnisse gingen als Bericht 1920 an den Völkerbund und sprachen deutlich gegen eine Mandatsregelung, vor allem gegen England (Palästina) und Frankreich (Libanon) als Mandatsmacht und für Unabhängigkeit. Die Befragten wollten Palästina vereint unter einem Großsyrischen Dach unter dem damaligen und angesehenen König Faisal von Syrien und Irak. Alle Befragten, aber vor allem die Palästinenser sprachen sich vehement gegen eine weitere Unterstützung des zionistischen Projekts aus, so auch der King/Crane-Bericht, der zu einer Überprüfung des Vorhabens riet. Die in Palästina lebende Bevölkerung hatte bereits seit Ende des 19. Jahrhunderts gegen die zionistische Einwanderung protestiert und sich gegen Landkäufe und die osmanische Genehmigungspraxis in den Medien beschwert und Delegationen nach Istanbul geschickt, um eine Änderung von Politik und Praxis zu erreichen. Dass die Kolonisierung Palästinas bevorstand und sowohl das palästinensische Eigentum an seinem Land und an seinen Ressourcen, vor allem

<sup>55</sup> Zu Argentinien: Argentinien hatte gerade einen Genozid an den Indios und Mestizen hinter sich und dabei viel ‚leeres Land‘ produziert und erlebte um die Jahrhundertwende einen Wirtschaftsboom, der Hunderttausende, darunter auch organisierte jüdische Einwanderer aus Europa anlockte; zu Uganda: seit 1896 Britisches Protektorat, das mit Hilfe der einheimischen Aristokratie, den ‚Chiefs‘ Teile Ugandas in eine Monokultur von Baumwolle und Kaffee verwandelt hatte, was auf der einen Seite zur Verelendung vieler Menschen führte und auf der anderen Seite zu einem Wirtschaftsboom, der Tausende, damals vor allem asiatische Einwanderer anzog. Siehe Mahoney, James 2010: Colonialism and Postcolonial Development: Spanish America in Comparative Perspective, Cambridge/Mass; sowie The ecological and political impact of colonialism in the third world during the nineteenth and twentieth centuries. Link: <http://www.mapofnigeria.info/2011/01/27/the-ecological-and-political-impact-of-colonialism-in-the-third-world-during-the-nineteenth-and-twentieth-centuries.html>.

<sup>56</sup> Siehe Herzl 1898, S. 78.

<sup>57</sup> Der Text vom 2.11.1917: Foreign Office. ”Dear Dr. Rothschild, I have much pleasure in conveying to you, on behalf of His Majesty’s Government, the following declaration of sympathy with Jewish Zionist aspirations which has been submitted to, and approved by the Cabinet: His Majesty’s Government view with favour the establishment in Palestine of a national home for the Jewish people, and will use their best endeavours to facilitate the achievement of this object, it being clearly understood that nothing shall be done which may prejudice the civil and religious rights of existing non-jewish communities in Palestine, or the rights and political status enjoyed by Jews in any other country. I should be grateful if you bring this declaration to the knowledge of the Zionist Federation. Yours sincerely, Arthur James Balfour”

beim Wasser bedroht waren, war bereits erkennbar und hatte entsprechende Reaktionen hervorgerufen.<sup>58</sup>

Gegen diese ‚Fakten‘ der ‚fact finding mission‘ von King/Crane entschieden sich die Großmächte jedoch auf dem Lausanner Nachkriegskongress<sup>59</sup> für die Mandatsregelung, und der Völkerbund bestätigte 1923 offiziell England, das Palästina bereits militärisch verwaltete, als die Mandatsmacht über Palästina, und ebenso rücksichtslos wurde Frankreich als Mandatsmacht für den Libanon bestellt. Die Balfour Erklärung wurde entgegen der Empfehlung sogar in die Mandatsentscheidung für Palästina übernommen.

Nach dem Ende des Osmanischen Reiches konnte die Zionistische Bewegung davon ausgehen, dass das geplante Unternehmen und die Kolonisierung Palästinas für eine ‚Jüdische Heimstätte‘ gesichert war und zielorientiert in die Weg geleitet werden konnte. Die Planung der Besiedelung und der Einwanderung war nun oberstes Gebot – die ersten Grundsteine waren bereits gelegt worden.

### **Konkrete Vorbereitungen**

Franz Oppenheimer formulierte 1903 die Art und Weise der Kolonisierung in Anlehnung an die Erfahrung der Osteroberung Preußens<sup>60</sup> auf dem 6. Zionistischen Kongress in Basel ganz deutlich: „Nun, meine Freunde, wir wollen ein Netz von Bauernkolonien über das Land spannen, das wir erwerben wollen. Wenn man ein Netz spannen will, so schlägt man zuerst an den Stellen die Haken ein, zwischen denen das Netz entstehen soll. Dann spannt man zwischen den Stricken stärkere Fäden und stellt derart ein grobes Maschenwerk her, das man dann nach Bedarf durch das Dazwischen-wirken feinerer Fäden zu immer feineren Maschen ausgestaltet. Genauso haben wir, meine ich, vorzugehen.“<sup>61</sup> Dies ist bis heute das gängige Muster zionistischer Planung.<sup>62</sup>

Die Zionisten Kongresse als Beschlussorgan der Zionistischen Welt Organisation (World Zionist Organisation=WZO) hatten schon vor der Mandatszeit Schritt für Schritt die notwendigen Institutionen bestimmt.<sup>63</sup>

- 1898, die ‚*Jewish Colonial Trust Society*‘; später die ‚*Colonial Bank*, die den Transfer von europäischen Geldern nach Palästina besorgen sollte;
- 1901, der ‚*Jewish National Fund*‘ (JNF), der die zentrale Einrichtung für den Landerwerb der Zionisten werden sollte; der JNF war für den Kauf,

---

<sup>58</sup> Diese ‚Fact Finding‘ Kommission wurde 1919 von den USA als Mitglied der ‚Peace Conference Interallied Commission on Mandates in Turkey‘ in das ehemals osmanische Gebiet Großsyrien geschickt und befragte Vertreter Palästinas in Jerusalem, Jaffa, Gaza, Jenin, Nazareth, Bethlehem, Akka, Hebron, Bersheba, Ramallah, Haifa, Lyd, Ramleh, Safed, Tiberias sowie Tel Aviv und Rishon le Zion, um Meinungen über die zukünftige Staats- und Regierungsform zu ermitteln. Originaltext siehe im Link: [http://wwi.lib.byu.edu/index.php/The\\_King-Crane\\_Report](http://wwi.lib.byu.edu/index.php/The_King-Crane_Report).

<sup>59</sup> Bereits 1920 in Sèvres war die Mandatsreglung für Palästina beschlossen worden; der endgültige Abschluss der Verhandlungen über die Aufteilung des Osmanischen Reiches fand 1922/23 in Lausanne statt; vor allem die Entstehung der modernen Türkei geht auf diese Schlussrunde zurück, nachdem Mustafa Kemal, später Atatürk, militärisch gegen die fast vollständige Reduktion auf eine Mini-Türkei vorgegangen und militärisch erfolgreich war, musste in Sèvres nachverhandelt werden. Link: Oxford Dictionary of British History: Lausanne conference, <http://www.answers.com/library/British%20History-cid-14977538>.

<sup>60</sup> Siehe Diner 1980.

<sup>61</sup> Rede auf dem VI. Zionistenkongress in Basel 1903.

<sup>62</sup> Nach der Devise des führenden Zionisten Borochoy 1918: „... Schafft Tatsachen (...), das ist der Grundstein politischer Weisheit. Tatsachen überzeugen besser als Gedanken. Taten wirken nachhaltiger als Losungen. Opfer haben eine größere Werbkraft als Resolutionen...“, Zitiert nach Meier-Cronemeyer, Hermann 1997: Geschichte des Staates Israel, Schwalbach/Ts., S. 47. Siehe Link: <http://www.hagalil.com/archiv/2010/06/22/zionismus-3/>.

<sup>63</sup> Die WZO ist bis heute die führende zionistische Vereinigung, die weltweit die Sache des Zionismus für Israel vertritt und stützt, ebenso wie der JNF noch heute die Aufgabe der Bodenbeschaffung und Besiedlung für Israel innehat und ein Symbol für den Apartheidstaat darstellt; siehe Lehn, Walter, Davis Uri 1988: The Jewish National Fund., London.



Verwaltung und die Registrierung des Bodens und für die Kolonisierung zuständig; es wurde bereits damals festgelegt, dass der im JNF registrierte Boden unveräußerbares Eigentum des Jüdischen Volkes ist, jüdisch sei;<sup>64</sup>

- 1902, die 'Anglo Palestine Bank' (APB) um Kredite vergeben zu können;
- 1907, das 'Palestine Office', das in Jaffa eröffnet wurde und die Rolle einer nationalen Agentur spielte, später Jewish Agency (JA) benannt; diese Jüdische Agentur nahm die Rolle der politischen Vertretung für die wachsende jüdisch-zionistische Siedlergesellschaft ein und konnte in der Zeit der englischen Mandats Herrschaft, die zunächst von einem bekannten Zionisten, Sir Herbert Samuel, geleitet wurde, den Kolonisierungsprozess vorantreiben.
- 1907, die 'Palestinian Land Development Company' (PLDC), die das Land und seine Ressourcen, wie z. B. die wichtigsten Wasservorräte der Region zu erkunden hatte und Vorschläge für zu erwerbende Gebiete machte, die aus strategischen oder rein praktischen Gründen von Bedeutung waren, und dadurch bereitete sie den Landerwerb vor.<sup>65</sup>

Damit waren wichtige Instrumente für die Kolonisationspläne geschaffen:

- eine wissenschaftliche Einrichtung zur Erkundung des Bodens, der *Bodennutzung* und seiner Ressourcen;
- eine entsprechende Strategie der Besiedlung, konkreter als Kolonisierung formuliert;
- die Finanzierung des *Bodenerwerbs* und der *Besiedlung* bekam den entsprechenden legalen Rahmen;
- eine politische Selbstverwaltung im Lande zur Vorbereitung der *Machtfrage* war im Entstehen;
- eine international wirkende Interessenvertretung konnte handeln, um die möglichen *Charter-Mächte* zur Unterstützung des Charter-Projekts zu gewinnen, und
- mit der Gründung von zionistischen Gesellschaften in den diversen Ländern konnte die Werbung für die Migration nach Palästina unter den dortigen Juden gezielt und damit ein Einstieg in die ‚Lösung‘ der *Bevölkerungsfrage* beginnen.

Die meisten dieser Institutionen tun noch heute ihren Dienst im weltweit agierenden zionistischen Interessensverband.

Gleichzeitig stand die palästinensische Gesellschaft ohne eine solche strategische Institution dar. Das Ende der Osmanen hätte ihnen die geforderte Unabhängigkeit und ein eigenständiges Vorgehen gegen die beginnenden zionistischen Landkäufe verschaffen können.<sup>66</sup> Aber betrogen durch England und Frankreich im Zusammenhang mit dem Syke-Picot-Abkommen,<sup>67</sup> der Balfour Erklärung und der letzten Völkerbundsentscheidung in Lausanne für die Errichtung von

---

<sup>64</sup> Dies gilt bis heute, so genannte ‚Israel Böden‘ sind per Gesetz unerreichbar für Nicht-Juden – eine Bestimmung, die auch erklärt, warum es in Israel kaum Privateigentum gibt – außer dem noch marginal vorhandenen der Palästinenser. Siehe Granovski, Abraham 1925: Probleme der Bodenpolitik in Palästina, Berlin, S. 116; ebenso Diner 1980, darin: nach dem Basic Law über ‚Israel Land‘ von 1960 kann staatlicher Boden nicht veräußert werden, nur verpachtet und nicht an Nicht-Juden.

<sup>65</sup> Elazari-Volkani, Yitzhak 1932: Jewish Colonization in Palestine, in: Annals of the American Academy of Political and Social Science, Vol. 164.84.99 November 1932.

<sup>66</sup> 1908 bereits wenden sich die ersten unabhängigen arabischen Zeitungen wie Al-Kamil aus Haifa gegen Landverkäufe an Zionisten. Siehe PASSIA Palestinian Academic Society for the Study of International Affairs 2001: Hundred Years of Palestinian History. A 20th Century Chronology, Jerusalem, S. 9.

<sup>67</sup> Im Syke-Picot-Abkommen teilen Frankreich und England den ‚Fruchtbaren Halbmond‘, also den Nahen Osten, unter sich auf bei gleichzeitiger Erklärung, dass sie unabhängige arabische Staaten oder Föderationen anerkennen und unterstützen werden; vollständiger Text und Karte siehe Link: [http://news.bbc.co.uk/2/hi/in\\_depth/middle\\_east/2001/israel\\_and\\_the\\_palestinians/key\\_documents/1681362.html](http://news.bbc.co.uk/2/hi/in_depth/middle_east/2001/israel_and_the_palestinians/key_documents/1681362.html).

Mandatsgebieten in willkürlich gezogenen Grenzen erwiesen sich die formierten oppositionellen Kräfte in Palästina als macht- und einflusslos.<sup>68</sup>

Die Palästinensische Nationalbewegung besaß vor allem aber keine internationalen Fürsprecher, war in Widersprüchen gefangen zwischen Tradition und Moderne, sowie einem noch gültigen Clanwesen und demokratischem Nationalbewusstsein.

Die räumliche Eroberung der Zionistischen Bewegung konnte gezielt und zunächst relativ hindernisfrei ihren Lauf nehmen.

---

<sup>68</sup> Im November 1918 wenden sich die muslimisch/christlichen Vereinigungen in Jaffa und später Jerusalem gegen die Errichtung einer ‚Jüdischen Heimstätte‘; im Januar 1919 tritt der ‚Erste Palästinensische Kongress‘ zusammen und fordert die Eingliederung in Groß-Syrien. Siehe PASSIA 2001: S. 25.

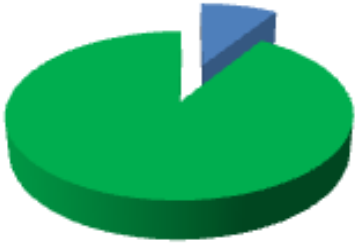
# Übersicht 1

## Lage in Palästina um 1880

Zentrale palästinensische Städte

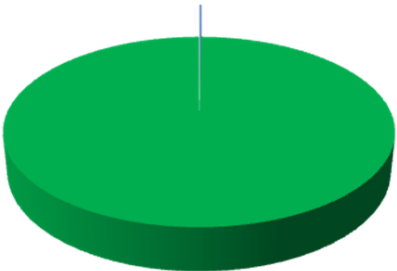


Bevölkerungsverhältnis  
palästinensisch ca. 92% (grün)  
jüdisch ca. 8% (blau)



© Viktoria Waltz

Bodenverteilung  
palästinensisch ca. > 99% (grün)  
jüdisch ca. < 1% (blau)



© Viktoria Waltz



## II Kolonisierung unter der Mandatsmacht England

Die Balfour Erklärung war Inhalt der Mandatsregelung geworden, und die Zionistische Bewegung konnte sich von nun an der ‚charter‘-Unterstützung Englands sicher sein. Der erste britische Gouverneur, Sir Herbert Samuel, war ein Zionist, er tat sein Bestes. Die jährlich an den Völkerbund gerichteten Berichte über die Situation der Mandatsgebiete sind ein Beleg für die generell positive Haltung der englischen Berichtersteller. Begeistert wurde von den jüdischen Aufbauleistungen der 1920er und beginnenden 1930er Jahre gesprochen, der Zunahme an Ausfuhrsgütern, wie zum Beispiel Zement, der in großen Mengen in den neu aufgebauten jüdischen Firmen hergestellt wurde, oder von neuen Zitrusplantagen im Küstengebiet.

Aber auch Konflikte wurden zunehmend vermerkt, etwa um die Bodenverkäufe, um erhöhte Steuern, das heißt, um wirtschaftliche und soziale Probleme. Schließlich führten die wachsenden Proteste der palästinensischen Bauern gegen die zionistische Einwanderung und bedrohlichen Landkäufe zu heftigen Protesten<sup>69</sup> und zu so genannten Weißbüchern<sup>70</sup> bis zum endgültigen Rückzug Englands 1948 – ohne dass die Interessen der Palästinenser berücksichtigt, ihr Verlangen nach der versprochenen Souveränität und Unabhängigkeit erfüllt und die entstandenen Probleme auch nur im entferntesten gelöst worden wären. Die Bodenfrage blieb der Kern der Auseinandersetzungen, weil dem palästinensischen Widerstand schon damals klar war, dass es um die widerrechtliche Aneignung ihres Landes ging.

---

<sup>69</sup> Bekannt sind die großen Streiks um 1936; aber bereits 1921 in den so genannten Jaffa-Aufständen gab es eine Welle von Protesten, zu denen sich das Kolonialbüro Englands in Berichten an die englische Regierung äußern musste, und worin deutlich wurde, dass die so genannten antijüdischen gewaltsamen Proteste schon damals etwas mit der Empörung über die zionistische Einwanderung und die entsprechende englische Hilfspolitik zu tun hatten. Siehe The High Commissioner for Palestine to the Secretary of State for the Colonies 1921: Interim report by the Commission of Inquiry on the Khedera raid 6th May, 1921; sowie Report by the Commission of inquiry into the Jaffa riot; ebenso The Secretary of State for the colonies to the High Commissioner for Palestine. His Majesty's stationary Office London 1921: Palestine. Disturbances in May 1921. Report of the Commission of Inquiry. With Correspondence Relying Hitherto. Presented to Parliament by Command of His Majesty. October 1921. London. Link: <http://www.archive.org/stream/palestinedisturb00grearich#page/n1/mode/2up>.

<sup>70</sup> Weißbücher waren Grundsatzberichte, bzw. Erklärungen der Englischen Regierung zur Situation z.B. 1921 benannt nach Haycraft; dem folgte 1922 das Churchill Weißbuch, das zwar die Unterstützung jüdischer Einwanderung bestätigte, aber wegen der Proteste erklärte, die Britische Regierung wünsche nicht, dass Palästina so "jüdisch werde, wie England englisch sei", sondern strebe eher die Gründung eines Zentrums an, "für das sich das gesamte jüdische Volk aufgrund seiner Religion und Rasse interessiert, und worauf es stolz sein könne." Der Hope-Simpson-Bericht von 1930 wurde aus ähnlichem Anlass verfasst, darin war die Situation der landlos gewordenen palästinensischen Bauern zentrales Thema; die Peel-Kommission von 1936/37 empfahl schließlich die Teilung Palästinas und da sie um die Ausgewogenheit in der Bevölkerung im zukünftigen jüdischen Staat bemüht war, schlug die Kommission sogar einen Bevölkerungstransfer vor; 1938/39 wurden weitere Kommissionen entsandt; schließlich plädierte die Woodhead-Kommission, die die Teilung Palästinas als undurchführbar verworfen hatte, für eine neue Vorgehensweise in Palästina; im anschließenden "MacDonald Weißbuch" von 1939 wurde die Gründung eines einheitlichen palästinensischen Staates innerhalb eines Zeitraumes von zehn Jahren vorgeschlagen. Die Grenzen dieses Staates sollten das Mittelmeer und der Jordan sein, nach einem Fünfjahresplan für die Einwanderung sollten insgesamt noch 75.000 Juden kommen können, weitere Einwanderungen sollten nur mit arabischer Zustimmung gestattet werden. 1940 beschränkte England in einer Grundsatzklärung zusätzlich Landtransfer und Landkauf; nach dem Ende des Weltkrieges wurde die Einwanderung von 100.000 jüdischen Flüchtlingen durch eine amerikanisch/englische Kommission zur Hauptfrage; 1946 schlug England noch einmal eine Teilungslösung in Kantone oder Föderationen vor; schließlich beschlossen die UN am 29. November 1947 den bis heute nicht widerrufenen Teilungsplan, und England entschied sich für die Rückgabe des Mandats bis zum 14. Mai 1948. Link: <http://www.jafi.org.il/JewishAgency/English/Jewish+Education/German/Israel+und+Zionismus/Konzepte/Britisches+Mandat/Britisches+Mandat.htm>.

Wollte man nun einen fremden Raum durch organisierten Landkauf zunächst ‚friedlich‘ erobern, dann musste man offensichtlich vor allem drei Dinge ‚beherrschen‘:

- Kenntnis des vorhandenen Bodenrechts,<sup>71</sup>
- Kenntnis der vorhandenen Boden- und Eigentumsverhältnisse sowie der Bodennutzung und
- Kenntnis der sozio-kulturellen Charakteristika der ‚Ureinwohner‘, also der Bevölkerungsverhältnisse und der Möglichkeiten daneben eine eigene Bevölkerung anzusiedeln.

Die Instrumente dazu waren, wie oben dargestellt, bereits geschaffen.

### *Zum Bodenkauf*

Bodenkauf und Besiedlung des palästinensischen Landbesitzes waren keine einfache Sache. Die Ziele der zionistischen Käufer waren vielen Palästinensern bereits bekannt und wurden später sogar durch so genannte Fatwas<sup>72</sup> sanktioniert. Das bis dahin geltende osmanische Bodenrecht ließ ebenfalls keinen großen Spielraum zu. Es war an historische islamische Eigentumsvorstellungen geknüpft und nur zu Teilen und erst seit dem Ende des 19. Jahrhunderts europäisiert und damit säkularisiert worden. Erst durch den Land Code von 1856 und später den Code Civil von 1868 und eine seitdem langsam voranschreitende Modernisierung des Bodenrechts bis zum Ende des Osmanischen Reiches war es überhaupt möglich, dass nicht-osmanische Bürger, also Europäer, zumindest so genanntes Staatsland kaufen konnten. So genanntes Waqf-Land, Stiftungsland für religiöse und/oder soziale Zwecke, war und ist bis heute unveräußerbar und nur in Pacht und nur für einen bestimmten Zeitraum zu vergeben, was für christliche Einrichtungen, wie Kirchen, Schulen, Krankenhäuser oder Klöster galt und von den interessierten europäischen Organisationen genutzt werden konnten.<sup>73</sup>

Vor allem galt das für Jerusalem, in dem im frühen 19. Jahrhundert nur die Altstadt städtisch besiedelt war und in der es nach dem alten Recht keinen Privatbesitz gibt, sondern nur Waqf der heiligen Stätten (aller Religionen) und einen so genannten Familien-Waqf in Verwaltung der großen alten Jerusalemer Familien – beides war unveräußerbar.<sup>74</sup> Die genannten Reformen hatten partiell auch die Registrierung des Bodenbesitzes in einem Bodenkataster eingeführt; viele Palästinenser waren darin

---

<sup>71</sup>Chaim Weizmann forderte schon im November 1918 England dringend auf, die bestehenden Landkataster zu schließen, um Preisspekulationen zu stoppen und forderte in einem Brief an Robert Cecil, damaliger Untersekretär im Außenministerium, unter anderem die Bildung einer Land-Kommission, die sämtliche Eigentumsfragen an Böden studieren sollte; es ging ihm besonders um das Ermitteln von ‚Staatsland‘ und von ‚unbebauten Land‘, dessen Definition vage war. Schließlich wurden bis 1947 nur ca. 20% registriert, und dies vor allem dort, wo der Jüdische Staat entstehen sollte; das übrige Land galt sowieso als arabisch. Gavish, Don 2005: A Survey of Palestine under the British Mandate, 1920-1948, Oxford, S. 32-33.

<sup>72</sup>Der so genannte Landkauf war sowieso zu einem großen Teil nur durch trickreiche Nutzung der Begriffe und Definitionen im Landkatasster erworben worden; 1935 sprachen die versammelten muslimischen Vertreter in Jerusalem eine so genannten ‚Fatwa‘ aus gegen den Ausverkauf von palästinensischem Land, nach der den entsprechenden Personen religiöse Hilfe versagt und die Zusammenarbeit mit ihnen untersagt wurde. Siehe PASSIA 2001, S 52; siehe auch Link: <http://unispal.un.org/UNISPAL.NSF/0/08E38A718201458B052565700072B358>.

<sup>73</sup>Dies betrifft bis heute Orte wie den Auguste Viktoria Komplex oder die Auferstehungskirche; diese wären demnach schon nicht mehr im Besitz der deutschen Pachtnehmer, weil die 100 Jahre längst vorbei sind; nur durch die Hilfe Israels und die Besatzung sind sie weiterhin Herren dieser Einrichtungen und des Bodens; eigentlich handelt es sich um Islam Waqf, der zurückgegebene werden müsste oder eine Pachtverlängerung erforderte, was bis heute nicht geschehen ist; daraus wird auch verständlich, warum diese Institutionen im Kern nicht gegen die Besatzung sind.

<sup>74</sup>Ihre Aufgabe und Verpflichtung ist es nach dem Waqf Status, den Jerusalemer Boden zu verwalten mit der Verpflichtung, die religiösen Einrichtungen zu versorgen, Pilger aufzunehmen, für Gasthäuser zu sorgen, Tee und Zucker zu reichen etc.... Ihsan Attiyeh, Forscherin am Orient Housein bestätigte dies in einem Gespräch 1986 im Orient House; sie begleitete als Kind ihren Vater bei diesen Aufgaben, z.B. gingen sie regelmäßig in das so genannte Afrikanische Viertel, für dessen Versorgung ihre Familie die Verpflichtung übernommen hatte.

eingetragen und hatten entsprechende Eigentumsdokumente – aber längst nicht alle.<sup>75</sup>

Es blieb also den zionistischen Organisationen, vor allem dem JNF, zunächst nur das so genannte Staatsland in Form von ‚Miri‘- oder ‚Mewat‘- und ‚Metruki‘-Land.<sup>76</sup> Dies zu erwerben, war während der Mandatszeit eine zentrale Strategie, und die neue Mandatsmacht war dabei gemäß ihrer Erklärung auch behilflich, vor allem jene Vertreter, die bekannte und bekennende Zionisten waren wie der erste Gouverneur. Neue Verordnungen wurden im Laufe der Mandatszeit erlassen, die die urbane und ländliche Entwicklung beeinflussten.

### *Die Nutzung der Bodengesetze*

*Mulk*, der osmanische Land Code von 1859, hatte neben der Vergabe von Eigentumstiteln auf Boden als so genanntes *Mulk*-Land eine Kategorisierung von quasi privater Bodennutzung neue Möglichkeiten geschaffen, die Einfluss auf die räumliche Entwicklung und Planung nahmen:

*Miri*, außerhalb des bebauten Landes der Dörfer und Städte und generell Staatsland, war seit jeher vom Staat an Bauern zur Pacht und zur privaten Nutzung vergeben worden und durch den Land-Code von 1859 geregelte erweiterte Nutzungsrechte sollten die landwirtschaftliche Produktion und damit das Steueraufkommen fördern. Wurde *Miri* nicht entsprechend genutzt, fiel es an den Staat als Eigentümer zurück. Der Staat bzw. die Landbehörde konnte das Stück Land dann im Rahmen dieser Verordnung in Auktionen an den meist Bietenden veräußern.

*Mewat*, Teil von *Miri*, das brach und (etwa 1,5 Meilen) entfernt von Dörfern und Städten lag, konnte durch die neuen Gesetze zunächst einfach genutzt und schließlich gegen Bezahlung rechtmäßig gepachtet und bearbeitet bzw. bebaut werden. Nach erfolgreicher Nutzung konnte es zu *Mulk* werden, also nutzbar wie Privatland. Diese Möglichkeit des Landerwerbs wurde generell intensiv von allen Boden-Interessenten genutzt und führte auf dem Lande zu erhöhter landwirtschaftlicher Produktion und in den Städten zu raschem Wachstum. In der englischen Verwaltungs- und Mandatszeit wurde die Nutzung von *Mewat* durch die ‚Mewat Land Anordnung‘ von 1921 nur nach vorausgegangener Genehmigung erlaubt, die davor noch mögliche quasi Privatisierung durch schlichte Nutzung wurde als ungesetzlich verboten. Dabei konnte es geschehen, dass die zionistischen Bodenkäufer unter den gegebenen Interessenlagen bei der Vergabe von Genehmigungen bevorzugt wurden.

Eine weitere Kategorie, *Metruki* Land, wurde erst seit der Reform für öffentliche Zwecke vorgehalten, für Straßenbau, freie Plätze, Heilige Stätten, Gemeindeweiden und Gemeindewald. Es konnte weder privatisiert noch in eine andere Kategorie verwandelt werden.

---

<sup>75</sup> Im letzteren Falle galt das historische Recht auf den Boden, den eine Familie seit Generationen bearbeitet und bebaut hatte, und die tatsächliche Nutzung des Bodens verlieh ihr im Rahmen von Landreformen schließlich auch das Recht der Vererbung oder Veräußerung; umgekehrt, verliehener Boden, also ursprünglich Staatsland, das über einen längeren Zeitraum (7 Jahre) nicht bebaut oder benutzt worden war, fiel als Staatsland an die Vertreter der Macht zurück und konnte erst dann neuen Nutzern zugeführt werden. Wir werden noch sehen, dass diese alte Bestimmung später zur Enteignung der palästinensischen Bauern und Landbesitzer führte, vor allem auch deshalb, weil die Begriffe nicht so eindeutig waren und später extensiv interpretiert worden sind. Siehe Abu Sitta, Salman 2009: The denied inheritance: Palestinian Land Ownership in Beer Sheba. Paper presented to the international fact finding Mission 11.6.2009, initiated by RCUV Regional Council of the Unrecognized Villages. Link: <http://www.plands.org/store/pdf/BS%20Cte%20Paper.pdf>.

<sup>76</sup> Die Begriffe werden unterschiedlich geschrieben. Diese Unterschiede resultieren aus der Übertragung des osmanischen-türkischen ins englische; siehe Details im folgenden Abschnitt.

Die Bodengesetze und -regeln der letzten Phase des Osmanischen Reiches hatten damit eine Entwicklung befördert, die dazu führte, dass

- mehr Eigentumstitel vergeben wurden,
- mehr Boden bebaut wurde,
- die landwirtschaftlich nutzbaren Flächen klar definiert waren und sowohl einer geplanten Raumentwicklung dienten als auch vorherige ‚wilde‘ Nutzungen einschränkten,
- die besiedelten Flächen zunahmen mit der Folge beschleunigter Urbanisierung sowie
- die örtlichen Verwaltungen und Kommunen Boden für die räumliche, soziale und wirtschaftliche Entwicklung vorhalten sollten, Boden, der damit einer privaten Nutzung generell entzogen war.

Die Zionistische Bewegung war an einer konkreten Übersicht über die Bodenverhältnisse enorm interessiert und versuchte bereits, die englische Militärverwaltung nach 1918 von der Notwendigkeit eines ‚Land Survey‘ mit möglichst vielen Daten zu Bodennutzung und Bodenbesiedlung zu überzeugen. (Zu dem tatsächlichen Bevölkerungs- und Bodenverhältnis zwischen Juden und Palästinensern um 1918 siehe Abbildung 2 am Ende des Kapitels II). Zunächst konnte sie vor allem von Staatsland, also *Mawat* profitieren, wenn nicht privat verkauft wurde.<sup>77</sup> Privat verkauften in der ersten Zeit vor allem Großgrundbesitzer und dabei auch Land, auf dem Kleinbauern als Pächter Landwirtschaft betrieben, was diese häufig landlos machte.<sup>78</sup>

Die britische Verwaltung ergänzte und ersetzte zunehmend die Boden-Gesetzgebung so, dass die Bodenverwaltung durch verschiedene legale Verbindlichkeiten beeinflusst wurde:

- Die räumliche Organisation, also Regionalplanung auf Basis der ehemaligen Verwaltungsgrenzen Wilajets und Sancaks;
- die Konzentration aller Entscheidungen über den Boden wie die gesamte politische Macht auf den Hohen Kommissar der englischen Krone, der über Gesetze, Verordnungen, Pläne und Land-Kataster allein entschied und so die räumliche Entwicklung steuern konnte.

Schließlich war in diesem Zusammenhang von großem Nutzen, dass die Balfour Erklärung, das heißt die Unterstützung des Aufbaus einer ‚Jüdischen Heimstätte‘ offiziell Bestandteil der Mandatsregelung geworden war.

Dies zusammen genommen, musste mit dem Mandatsauftrag, Palästina so lange zu verwalten, bis die Selbstverwaltung (self-government of an independent nation) möglich sein würde, in Konflikt geraten; dies vor allem gegenüber der in der Erklärung vorhandenen Aufforderung, die Errichtung der ‚Heimstätte‘ ohne Verletzung der Rechte der ‚bisherigen Bewohner‘ zu tätigen, was einen Widerspruch in sich bedeutete.

1920 wurde das Büro für Landregistrierung wiedereröffnet. Die Zuständigkeit für Landangelegenheiten fiel 1921 an einen englischen ‚Director of Lands‘, und die Städte erhielten ‚Town Planning Authorities‘, die für die Aufstellung von Masterplänen verantwortlich waren, also für Entwicklungs- und Bebauungsvorschriften

---

<sup>77</sup> Siehe Simpson-Hope Bericht von 1930: „... The Jewish Agency and the Jewish community in general, are insistent in pressing their claim to all lands in the ownership of the government“. Siehe Anmerkung 71.

<sup>78</sup> Bis zu den 1930er Jahren wurden Landverkäufe mit 60% vor allem von den Großgrundbesitzern getätigt, siehe Granovski, Abraham 1952: The Land System in Palestine, History and Structure, London.

verantwortlich wurden. Dies spielte deshalb auch eine Rolle für den Kolonisierungsprozess, weil Bauen auf eigenem Grund, wie es früher selbstverständlich war, nun an bestehende Masterpläne geknüpft war, und ohne einen Masterplan gab es von da ab keine Baugenehmigung.

Die englische Landpolitik war also von widersprüchlichen Regelungen geprägt und pendelte zwischen der Förderung des zionistischen Landkaufs, seiner Einschränkung, sobald es vor allem in den 1930er Jahren Konflikte gab, und der Sicherung der Existenz palästinensischer Kleinbauern zur Vermeidung von Revolten, die durch zionistische Bodenkäufe, die die Bodenpreise beeinflussten, Verkäufe der Landlords, Spekulation, Besteuerung und Naturkatastrophen verarmten.<sup>79</sup>

In diesem Sinne spielten zum Beispiel 1920/21 die ersten ‚Land-Transfer-Ordinances‘ eine doppelte Rolle: sie sollten Bodenkäufe überhaupt erleichtern, aber auch bei Verkäufen sichern, dass die Bauern genügend Land behielten, um die Existenz ihrer Familien zu sichern. Mehrfach wurden Verordnungen zur Korrektur der ‚Boden Register‘ erlassen (1920, 1925, 1928), wobei die Definition von ‚landlosen Bauern‘ auch eine Rolle spielte. Landlose und landlos gewordene Bauern forderten Darlehen zum Kauf von brachem Land, die Jüdische Agentur stemmte sich vehement dagegen und machte ihren Protest zumeist wirksam geltend.<sup>80</sup>

Das Gesetz über die ‚Rechte von Landbesitzern‘ (‚Land Ownership Rights Law‘ 1928), das eine erneute Bodenregulierung beabsichtigte, ging zum Beispiel eindeutig zu Lasten von Beduinen, von denen sich viele prinzipiell der Registrierung widersetzen und auf ihre historischen ungeschriebenen Rechte verwiesen nach denen das seit Generationen von ihnen als Weideland genutzt Land auch ihr unangefochtenes Eigentum war.<sup>81</sup>

Vor allem die neuen Bestimmungen zur Bodenregulierung dienten immer wieder der Neu-Verteilung von Staatsland zu Gunsten der zionistischen Käufer und zu Lasten der palästinensischen Kleinbauern. Dabei ging es vor allem um das brache Gemeindeland, ehemals Mawat-Land, das durch Nutzung zu Miri und schließlich zu Mulk, also Privatbesitz werden konnte. Eine weitere Folge der Bodenregulierung war eine zunehmende Konzentration von palästinensischem Land in den Händen der großen Landlords, die für die einfachen Bauern so etwas wie Sprecher oder quasi Bürgermeister darstellten (Mughtare). Sie hatten die Dörfer bereits gegenüber dem Osmanischen Staat vertreten und regelten die wichtigsten Verwaltungsdinge für diese (Militär, Steuern, Abgaben) und waren zum Teil der Einfachheit halber als Besitzer in die Grundbücher eingetragen worden. Um 1930 fanden sich nach diesen ‚Reformen‘ etwa 30 Prozent der kleinen Bauern nur noch als Pächter ihres eigenen Bodens wieder.<sup>82</sup>

### *Ein Netz von Bauern Kolonien über das Land spannen*

Erste europäische Kolonien bauten ‚Erweckungsbewegungen‘<sup>83</sup> wie die Templer aus Württemberg – eine messianische Sekte, die mit ihren dreigeschossigen Häusern und roten Ziegeldächern ein neues, fremdes Element in die arabische Umwelt brachten. Die ersten zionistischen Kolonien seit den 1880er Jahren wurden von

---

<sup>79</sup> Siehe Anmerkung 71.

<sup>80</sup> Ebd..

<sup>81</sup> Siehe Abu Sitta 2009; ähnliches gilt für die Wüstenregionen östlich der Westbank zum Jordantal hin.

<sup>82</sup> Diese Landlords lebten zum Teil gar nicht mehr in Palästina, sondern lebten von Handels- und Bankgeschäften in den großen Städten der Umgebung, Beirut, Kairo oder Bagdad. Sie waren es auch, die in der ersten Dekade Land an die zionistischen Institutionen verkauften. Siehe auch hierzu den Hope-Simpson-Bericht, Anmerkung 71; siehe auch Granovski 1952.

<sup>83</sup> Z.B. „Der friedliche Kreuzzug“ der deutsch-schweizerischen Pilger Mission 1799-1914; siehe Lagerlöf 1906.



osteuropäischen Siedlern errichtet und folgten diesem Baustil. Erst mit dem Beginn des organisierten zionistischen Großprojekts entwickelte sich eine Diskussion um die Ausrichtung von Architektur und Planung im Sinne einer neuen lokalen Identität, deren prominentester Vertreter Alexander Baerwald war, der Gründer des Technion in Haifa. Es sollte eine ‚westeuropäische Insel‘ im ‚kulturlosen Ozean‘ entstehen, aber es sollten auch die Bautraditionen des Orients studiert werden.<sup>84</sup>

Die Britische Mandatsregierung teilte diese Auffassung und unterstützte entsprechende Baugenehmigungen. Die ‚Weiße Stadt‘ Tel Aviv ist dafür das bekannteste Beispiel. Ergebnis dieses Prozesses war schließlich die englisch-deutsche Konzeption der Gartenstadt, und diese prägte den Bau zionistischer Kolonien bis zur Staatgründung und weit darüber hinaus. Beton, Kanten und ein blendendes Weiß war die Formensprache Tel Avivs – vor allem seitdem Schüler und Aktivisten des von den Nationalsozialisten geschlossenen Bauhauses in das Land kamen. Einer dieser Architekten, Richard Kaufmann, prägte diesen Stil in herausragender Weise: Städte wie Afula als Gartenstadt, nicht-urbane Siedlungen als geschlossene Einheit, die das neue komplexe Dorfleben im Kibbuz widerspiegeln sollten, wie z.B. die Kolonie Nahalal. Berühmt wurde dieser Entwurf mit seinem kreisförmigen Grundriss - einem wendischen Dorf ähnelnd – eine neue landwirtschaftliche Gemeinde und Wehrdorf zugleich. Die Kolonien entstanden dort, wo es der Bodenbesitz erlaubte und wo die Institutionen der WZO eine strategische Platzierung empfahlen. Bis in die 1930er Jahre lag die Mehrzahl der kleinen Kolonien dennoch zumeist entlang der fruchtbaren Küstenebene zwischen Haifa und Jaffa und der Ebene zwischen Haifa und dem Jordantal bis zum Tiberias See, wo es überwiegend Gemeindeland gab. Erst als Teilungspläne diskutiert wurden und eine Zweistaatenlösung im Bereich der Möglichkeiten lag, nahmen Kolonisierungsaktivitäten auch in anderen Regionen zu: das Hulatal mit seinen reichen Wasservorkommen, die Negev Region, die Gaza Region und die ‚Passage‘ nach Jerusalem. Mit Zunahme des palästinensischen Widerstands nahmen die Kolonien mehr und mehr den Charakter von Wehr- und Palisadensiedlungen an.<sup>85</sup>

### *Die Bedeutung von Plänen und Planungsverordnungen*

Masterpläne galten bald für nahezu alle größeren Städte: Jerusalem, Jaffa, Haifa, Safad, Nablus... 1924 begann die Zionistische Bewegung im Rahmen solcher Pläne mit dem Aufbau einer jüdischen Infrastruktur, zum Beispiel mit dem Bau des Hadassah Krankenhaus und der Hebrew University auf dem Mt. Scopus in Jerusalem.

Masterpläne regelten die Art der erlaubten Bebauung (Zonierung), und Baugenehmigungen wurden nur auf der Basis vorhandener *Masterpläne* erteilt. Im Falle der landwirtschaftlichen Räume regelten *regionale Pläne* die zugelassene Bebauung. Das bedeutete, dass Bauern im ländlichen Raum für Bauen auf dem eigenen Land eine besondere Genehmigung der jeweils zuständigen Behörden benötigten. Zwei Regionalpläne der 1940er Jahre sollten später noch eine dramatische Bedeutung erhalten: der J/15 und der SR/5 – die jeweils für die höher gelegenen (Berg-) Regionen Nord und Süd, große Teile der heutigen Westbank, die

<sup>84</sup> Shinar, Ami 2010: Identität Bauen. Die New Town Modi ‘in, in: der architekt, Heft 2, 2010, S. 5.

<sup>85</sup> ‚Stockade and tower‘ movement genannt; mit Beginn der großen Aufstände 1936 war dies zu einer Methode schneller zionistischer Landbesetzung geworden; über 50 solcher ‚Übernachtsiedlungen‘ wurden bis 1924 errichtet; Übernachtsiedlungen entstanden auch durch trickreiche Anwendung alten Bodenrechts, nach dem niemand vertrieben werden darf, der auf Staats- oder Gemeindeland über Nacht ein Dach über den Kopf baut – türkisch ‚gece kondu‘ – eine für türkische Städte noch heute verbreitete illegale Siedlungspraxis.

Nutzung als landwirtschaftliche Flächen festlegten, also eine städtische oder Wohn-Bebauung einschränkten und von einer besonderen Genehmigung abhängig machten. Was in dem einen Fall Entwicklungsmöglichkeiten für die jüdische Kolonisierung schaffte, etwa den Ausbau der neuen jüdischen Stadt Tel Aviv und diverser Kolonien, führte in dem anderen Fall zu Entwicklungshindernissen und zu Konflikten wie im Falle der Ebene Marj Ibn Amer<sup>86</sup> zwischen Haifa und dem Jordantal oder im Verhältnis der Städte Tel Aviv zur viel älteren palästinensischen Stadt Jaffa.<sup>87</sup>

Trotz aller Aktionen, trotz aller englischen Unterstützung, gelang es der Zionistischen Bewegung nicht, einen bedeutenden Teil Palästinas als ‚Besitz‘ zu verzeichnen, sondern nur etwa sechs bis sieben Prozent und auch keinen großen Einfluss auf die Größe der jüdischen Besiedlung zu erreichen, die etwa nur zehn Prozent des ganzen Landes betrug.<sup>88</sup> Allerdings hatten die Strategen der Bewegung immer darauf zu achten versucht, dass zusammenhängende Flächen erworben wurden und sie auf bestimmte strategisch bedeutende Räume Zugriff bekamen, vor allem auf die Küste und den an Wasser reichen Norden sowie in den letzten Jahren der Mandatszeit auch auf die Stadt Jerusalem und ihre Umfeld. Wenn der tatsächliche Besitz eigentlich nur marginal an Größe war, umfasste er doch äußerst fruchtbare Gebiete wie die Ebene Marj Ibn Amer sowie Teile der Küstenebene und des Jordantals.

Dies war mit Hilfe des großen Apparates der WZO und der ausdrücklichen Unterstützung der Mandatsmacht möglich geworden. Für die palästinensische Gesellschaft sah das anders aus.

### *Veränderungsprozesse in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft – Möglichkeiten der Selbstverwaltung und Souveränität*

Die Zionistische Bewegung, die sich der Unterstützung durch die Mandatsgouverneure sicher war, trat zunehmend als starke politische Kraft auf. Parallel zu der Britischen Zivilverwaltung gründete sie 1920 ihren ersten Nationalrat. Dieser führte erste Wahlen durch, schuf jüdisch-zionistische Gemeinderäte und entwickelte eine eigene jüdische Infrastruktur in Bezug auf Ausbildung, Arbeit, Gesundheit, Handel oder Verkehr. Die zionistischen Institutionen unter Führung der WZO bauten langsam, aber stetig eine jüdische Parallelgesellschaft auf.

Die palästinensische Gesellschaft dagegen war im Verhältnis dazu schwach und konnte dieser geballten Invasion nur Protest entgegensetzen und erhielt zudem von der Mandatsregierung keine Unterstützung für den Aufbau eigener Strukturen, sondern ihr wurden eher Hindernisse in den Weg gelegt. 1935 beklagte die Palästinensische Arbeiterpartei zum Beispiel, dass 75 Prozent der palästinensischen Bevölkerung nicht lesen könnten und führte dies auf das Fehlen eines für alle gültigen ausreichenden Bildungssystems zurück. Die palästinensische Gesellschaft befand sich seit dem Scheitern der King-Crane-Empfehlungen in einer Schocksituation und zudem in einer Orientierungsphase zwischen ‚panarabisch‘,

---

<sup>86</sup> Heute Yizreel Ebene.

<sup>87</sup> Z.B. wurde dem Großgrundbesitzer Sursuk, der in der Nordregion für eine ganze Ebene mit über 30 Dörfern sprach, eine Genehmigung zum Bau einer regionalen Eisenbahn verweigert, die zum Transport der reichen Weizenernte dieser Ebene Marj Ibn Amer (heute Yizrael Ebene) zum Hafen von Haifa für den Export wichtig gewesen wäre. Diese Politik Englands führte u.a. zum Verkauf und zu Protest. Insofern überzeugt das Argument, die Araber hätten ja verkauft, nicht, denn wirklich ‚freiwillig‘ waren die Verkäufe nicht.

<sup>88</sup> Die Zahlenangaben schwanken je nach Quellen zwischen Mandat, UN, israelischen oder palästinensischen Quellen.

muslimisch und national orientierten Kräften. Im Gegensatz zur Zionistischen Bewegung war die palästinensische Elite unter den gegebenen Bedingungen der Balfour Erklärung auch nicht bereit, die Mandatsregierung anzuerkennen und mit ihr zusammenzuarbeiten. Einig waren sich die bestehenden Institutionen wie der Palästinensische Nationalkongress, der Palästinensisch-Arabische Kongress, die Muslimisch-Christliche Gesellschaft oder die National-Palästinensische Gesellschaft und andere relevante Organisationen nur in der Zurückweisung der Balfour Erklärung und der Forderung nach einem freien souveränen Staat Palästina, wenn auch innerhalb eines Großsyrischen Reiches. Eine gemeinsame von relevanten Kräften getragene Strategie zur Durchsetzung dieser Forderungen gab es praktisch nicht und wurde von England immer wieder verhindert.<sup>89</sup>

Die Britische Zivilverwaltung etablierte 1921 für die palästinensische Seite nichts weiter als den ‚Supreme Muslim Council‘ als eine Art anerkannter Selbstverwaltung. Dieser hatte aber nur die Aufgabe, die islamischen Rechtsangelegenheiten zu regeln und den islamischen Waqf zu verwalten, war aber kein Instrument, das die Souveränität des palästinensischen Volkes gesichert und Vorbereitungen für die souveräne Staatsbildung hätte tätigen können. Oberhaupt dieses Muslim Courts war bis 1937 der Grand Mufti Haj Amin Husseini, der im Zweifelsfall der einzig offizielle Ansprechpartner für die Mandatsregierung in palästinensischen Angelegenheiten war. Eine zivile palästinensische Selbstverwaltung entstand nicht, im Gegenteil: Aktionen in diese Richtung wurden unterbunden, entsprechend aktive Organisationen verboten.<sup>90</sup>

1921 teilte die Britische Regierung das Mandatsgebiet Palästina entlang der Jordan-Linie, trat den Golan an Frankreich ab und kreierte damit eine neue Region und erkannte, anders als das westlich des Jordan gelegene Palästina, Transjordanien als Nationalstaat unter Führung des Emir Abdullah an. Diese generelle politische Missachtung der palästinensischen Forderungen brachte natürlich auch eine wirtschaftliche Benachteiligung mit sich.<sup>91</sup>

### *Wirtschaftliche und soziale Einschnitte - Revolten*

Durch die Zuwanderung europäischer Juden bei knappem Land ließ die Boden- und Immobilienpreise rasch in die Höhe steigen. Steuern auf städtischen Grundbesitz wurden erhöht, Landwirte wurden neu pauschal versteuert. Die Verarmung vieler Kleinbauern ließen auch diese Landbesitzer Boden an die zionistischen Aufkäufer veräußern.<sup>92</sup> Steuererleichterungen auf Exportgüter nützten vor allem der im jüdischen Sektor stärker entwickelten Industrie.<sup>93</sup> Forderungen der palästinensischen Vertreter und der arabischen Nachbarn nach der Bildung einer nationalen demokratischen Regierung unter proportionaler Beteiligung der Juden und der Palästinenser wurden während der gesamten Mandatszeit entgegen der Verpflichtung im Mandatsauftrag missachtet. Fortgesetzte Immigration europäischer

---

<sup>89</sup> Zunächst sind alle Kräfte bemüht, die Friedensverhandlungen in Versailles 1919 sowie die Völkerbund Konferenzen in San Remo und Sèvres 1920 und auch noch später dahingehend zu beeinflussen, die Forderung nach Souveränität durchzusetzen.

<sup>90</sup> Proteste, Demonstrationen und Aufstände führten bereits 1922 zu einem ersten Weißbuch der Britischen Regierung, mit dessen Hilfe versucht wurde, die Gemüter dahingehend zu beruhigen, dass es keinen jüdischen Staat anstelle Palästinas geben würde, und Prognosen auf Basis des ersten Zensus sahen für 1930 ‚nur‘ etwa 16% jüdische Bevölkerung voraus. Siehe Anmerkungen 70 und 71.

<sup>91</sup> 1927 fanden zwar erstmalig Kommunalwahlen statt, aber eine nationale Selbstverwaltung gab es bis zum Ende des Mandats nicht. 1927 war zudem ein Jahr der Dürre, der Erdbeben und zunehmender wirtschaftlicher Probleme, Probleme, die auch zur Forderung nach größerer und alle Bürger betreffender Unterstützung führten.

<sup>92</sup> Diese bleiben aber in der Minderheit (um 20%), und klar war immer, dass die Verkäufe mit wirtschaftlichen und politischen Bedingungen zusammenhingen und durchaus nicht ‚freiwillig‘ zu nennen waren.

<sup>93</sup> Siehe die Berichte der Mandatsregierung an den Völkerbund oder die Berichte an die britische Regierung, siehe Anmerkung 71.

Juden, weitere Bodenkäufe und zionistische Provokationen führten schließlich zu den militanten Auseinandersetzungen der 1930er Jahre.

1936 formierte sich das ‚Arab Higher Committee‘ als Sprecher der Nation;<sup>94</sup> es rief zum Generalstreik auf, wurde jedoch sofort von der Mandatsregierung für Illegal erklärt und aufgelöst. 1937 wurden alle palästinensischen Nationalen Komitees als ungesetzlich erklärt – Verhaftungen und Deportationen palästinensischer Führer folgten. Die Mandatsregierung verhandelte nach wie vor nicht über die Forderung nach Selbstregierung und einen demokratischen Staat aller Bürger, sondern favorisierte erste Teilungsvorschläge auf Drängen der Zionistischen Bewegung.<sup>95</sup> Die Auseinandersetzungen richteten sich zunehmend gegen die englische Mandatsregierung – von beiden Seiten –, und die Auseinandersetzungen zwischen zionistischen Siedlern und palästinensischen Bauern und Arbeitern nahmen an Härte zu.<sup>96</sup> In mehreren Weißbüchern wurde die Radikalisierung der Auseinandersetzungen gegenüber dem Völkerbund beklagt, und man reagierte darauf auch mit Einwanderungsbeschränkungen, was wiederum Proteste und Attacken von beiden Seiten nach sich zog.<sup>97</sup> Schließlich zog sich England aus der Mandatsverpflichtung zurück und hinterließ eine Situation großer sozialer, wirtschaftlicher und vor allem politischer Instabilität – wobei die zionistische Bewegung politisch, finanziell und militärisch in einer weitaus stärkeren Position als die palästinensische Gesellschaft war.

#### *Vor dem Ende der Mandatszeit*

Der Baseler Kongress 1897 war der Auftakt zu einer umfassenden Strategie der Zionistischen Bewegung geworden, den Aufbau einer ‚Jüdischen Heimstätte‘ in Palästina zu erzwingen. England hatte schließlich als die favorisierte europäische Macht den Zuschlag für Palästina bekommen und konnte durch seine ‚Charter-Funktion‘ hoffen, seine imperialen Interessen am ehemaligen Osmanischen Reich durch das Zionistische Projekt befördern zu können. Die Zionistische Bewegung in Form der WZO nahm das Ende des Ersten Weltkrieges als Startschuss für die praktische Umsetzung. Die Institutionen waren bereits geschaffen, um die Transformation von Bevölkerung, Besiedlung und Bodenbesitz vorzubereiten. Das Versprechen der englischen Regierung in Form der Balfour Erklärung wurde in die Mandatsbestimmungen für Palästina wunschgemäß aufgenommen und bestimmte die Politik Englands in der folgenden Zeit weitgehend, wenn auch widersprüchlich. Dies drückte sich vor allem in den Gesetzen zur Bodenpolitik aus, der Besteuerung und der Einsetzung englischen Planungsrechtes. All dies führte zur Konzentration des Bodenbesitzes in den Händen weniger Großgrundbesitzer, die oft nicht einmal mehr auf dem Boden lebten, sondern ihr Einkommen in den großen Städten der

---

<sup>94</sup> Am 8. Mai 1936 beschloss die Konferenz aller nationalen Komitees in Jerusalem eine Kampagne „no taxation without representation“, und der Oberste Muslimische Rat verabschiedete eine entsprechende Resolution, nach der Steuerzahlungen so lange ausgesetzt werden sollten, bis England die weitere Immigration von Juden nach Palästina und den Landverkauf an Juden stoppen würde. Inzwischen gab es verschiedene politische Parteien, aber immer noch keine nationale Vertretung, weil eine solche durch England untersagt worden war. Siehe PASSIA 2001: S. 54,55.

<sup>95</sup> Als Reaktion auf diese Vorschläge traf sich Haj Amin Husseini sogar mit dem deutschen Konsul und bat um Hilfe vom nationalsozialistischen Deutschland gegen die zionistische Kolonisierung. Ben Gurion sprach gleichzeitig von einem ‚compulsory transfer‘, um ein von arabischer Bevölkerung befreites Galiläa zu bekommen. Siehe Ben Gurion, David 1937: Handwritten Diary entry 17 July 1937. Siehe Ben Gurion Archives. S. 297-299; 1939 entsteht ein weiteres Weißbuch, in dem vorgeschlagen wird, die Immigration jüdischer Einwanderer auf 75.000 pro Jahr zu reduzieren. Siehe Anmerkungen 70 und 71.

<sup>96</sup> Während die palästinensische Bevölkerung mit Streiks auf die Teilungspläne reagierte, begannen die zionistischen Milizen mit organisierten Angriffen auf Dörfer und Stadtteile; entsprechend militant wurden die Auseinandersetzungen auch auf Seiten der Palästinenser in Dörfern und Städten; es gab Angriffe auf jüdische Bewohner in Hebron, Jaffa, Jerusalem u.a., siehe Passia 2001: S. 58 ff.

<sup>97</sup> „Berühmtheit“ erlangte das Bombenattentat auf das King David Hotel in Jerusalem am 22. Juli 1946, dem damaligen Sitz der Britischen Mandatsverwaltung, durch die zionistische Miliz Irgun.

Region als Händler und Bankiers vermehrten – und zur Verarmung der einfachen Bauern auf der palästinensischen Seite. Dies führte gleichzeitig zur erleichterten Landnahme durch die zionistischen Organisationen, vor allem durch den Jüdischen National Fond.

Vor allem die durch die Mandatspolitik initiierten politischen Faktoren führten schließlich zum Bodenverkauf. Von freiwilliger Übergabe des Landes konnte nicht die Rede sein; die Ziele der zionistischen Bewegung waren bekannt und entsprechend formierte sich Widerstand dagegen von Anbeginn. Man muss diese Epoche des organisierten, ‚friedlichen Landkaufs‘ durch die zionistischen Organisation also im Kern als Kriegserklärung und Landraub bewerten. Entscheidend war jedoch die ablehnende Haltung Englands gegenüber den nationalen Interessen des palästinensischen Volkes bei gleichzeitiger Tolerierung der Entwicklung einer organisierten Parallelgesellschaft auf der jüdisch-zionistischen Seite. Mit Verboten, Deportationen und Todesurteilen vereitelte England gleichzeitig die politische Organisation der Palästinenser und das von den Eliten eingeforderte Recht auf Selbstbestimmung und einen souveränen Staat, den – trotz aller Zersplitterung – alle palästinensischen Organisation und Parteien im Einklang mit dem Völkerrecht wiederholt einklagten.

Am Vorabend des Rückzugs der Mandatsregierung war das Ergebnis des zionistischen Bodenbesitzes und der Besiedelung mit sechs bis sieben Prozent an Bodenbesitz doch eher mager, wenn der Besitz auch strategisch gut verteilt lag. Allerdings konnte die Zionistische Bewegung einen enormen Bevölkerungszuwachs seit der erklärten Vernichtungspolitik des deutschen Naziregimes verbuchen, die die Jewish Agency in Palästina und ihre verbündeten, zionistischen Organisationen in Europa noch zu nutzen wussten. Auf diesem gesamten Hintergrund – und nicht wegen moralischer Gefühle angesichts der nationalsozialistischen Verbrechen - hatte man sich gegenüber der UN durchsetzen können und schließlich einen Teilstaat zugesprochen bekommen, der um vieles den tatsächlichen Landbesitz übertraf, nämlich mehr als 55 Prozent gegenüber realen etwa sechs Prozent jüdisch-zionistischen Landbesitzes. Das Charter-Unternehmen hatte sich also gelohnt. *(Zu dem tatsächlichen Boden- und Bevölkerungsverhältnis um 1947 siehe Übersicht 3a, die Verteilung nach UN-Vorstellung siehe Übersicht 3b am Ende des Kapitels II).*

Dennoch waren zum Ende der Mandatszeit weder die demographische Situation, also eine Bevölkerungsmehrheit, noch das Kräfteverhältnis zwischen den Zionisten und den Palästinensern, also auch die Machtfrage, entschieden. Genau darauf zielten die politisch führenden Kräfte in der Zionistischen Bewegung und bereiteten sich bereits Anfang der 1940er Jahre militärisch auf den nächsten Wendepunkt vor: das Ende der Mandatszeit und die Besetzung von so viel Gebieten Palästinas wie möglich, um möglichst weitreichende Fakten für ein zukünftiges Staatsgebiet zu schaffen. Ziel war ein rein jüdischer Staat in möglichst großen Grenzen des Mandatsgebietes. Um dies zu erreichen – so die Maxime David Ben Gurions, des damaligen Kopfes der Zionistischen Bewegung, sollte jedwede Gewalt ausgeübt und jede Gelegenheit mehr Land zu erobern beim Schopfe gepackt werden.<sup>98</sup>

### ***Der Wendepunkt***

---

<sup>98</sup> Siehe Pappe 2006: S. 24.

Es ist inzwischen hinreichend dokumentiert, dass die zionistischen Politiker in der Endphase des englischen Mandats, allen voran Ben Gurion, damals Vorsitzender der WZO, seit 1937 über die Vorbereitung militärischer Schritte berieten, als nämlich die ersten in ihrem Sinne unzureichenden Teilungspläne bekannt wurden. Notfalls sollte der Staat mit Gewalt errichtet werden, falls diplomatische Verhandlungen nicht zum gewünschten Erfolg führen würden. Englische Offiziere, voran Orde Charles Wingate, berieten die Siedler und trainierten die seit 1920 existierende Haganah, die erste paramilitärische jüdische Organisation. Es gab sie bereits in den Anfängen der Kolonisierung, um die jüdischen Enklaven inmitten der palästinensischen Umgebung notfalls mit Gewalt zu halten und bei erwarteten Angriffen zu verteidigen. Die zunehmenden Auseinandersetzungen und Widerstände der Palästinenser ließen diese Reorganisation angesichts der kommenden Staatsgründung umso notwendiger erscheinen. Wingate erreichte angesichts palästinensischer Angriffe einen Anschluss einiger Haganah-Einheiten an britische Kompanien, mit denen diese Angriffe auf palästinensische Dörfer führten und erste Kampfeinsätze gegen die Palästinenser erproben sollten.<sup>99</sup>

Die durch die Mandatsregierung schließlich angelegten ‚Village Files‘ wurden nun zu einem willkommenen Planungsinstrument, das die Führung mit Informationen über Stärke und Bodenbesitz der Dörfer versorgte. Ebenso klärten diese über die politischen Strukturen auf, über Leitungspersonlichkeiten und Konflikte innerhalb der Gemeinden - nützliche Informationen, um Spaltungen zu schüren, falsches Vertrauen zu wecken, Täuschungen und Hinterhalte zu organisieren und unbequeme Personen gegebenenfalls direkt zu beseitigen.<sup>100</sup>

In hunderten militanter Aktionen wurde ein akribischer Plan der Vertreibung verfolgt. Im Fadenkreuz waren kampfbereite Dörfer und militante Führer. Ganze Dörfer wurden ausgelöscht, um Panik zu verbreiten und die Menschen zur Flucht zu bewegen. Zielsicher wurde versucht, die palästinensischen Gebiete voneinander zu isolieren und den Angriffen der zionistischen Milizen und Brigaden schutzlos auszuliefern. Der Befehl zur Aufnahme des Vertreibungskrieges startete mit der Entscheidung der Mandatsregierung, das Land zu verlassen. Die verbleibenden Monate zwischen dem UN-Teilungsbeschluss vom 29. November 1947 und dem Abzugstermin der Briten am 14. Mai 1948 - eine Zeit des politischen Vakuums – wurden genutzt zum tödlichen Kampf um Land, Grenzen und Bevölkerung. Dafür standen der Plan Dalet<sup>101</sup> und die Einsätze diverser Milizen, die Gemeinden, Dörfer und Städte mit Terror, Schrecken und Elend überzogen.

Ilan Pappé, dessen Verdienst es ist, nach Öffnung der Archive der Israelischen Armee IDF als Israeli das Bild des so genannten ‚Unabhängigkeitskrieges‘ zurechtzurücken, beschrieb diesen Prozess als organisierten Völkermord. Benjamin Kedar beschrieb diesen Prozess als interessierter Beobachter des Wechsels im Raumgeschehen. Er interpretierte diese erzwungenen Änderungen der Landkarte deutlich über Luftaufnahmen (aerial views) aus den verschiedenen Epochen der

---

<sup>99</sup> 1938 wurde ein erster gemeinsamer Angriff auf ein palästinensisches Dorf an der libanesischen Grenze geführt. Siehe Pappé 2006: S. 16; bei Shahak 2009 gibt es auf S.77 sogar den Hinweis auf einen englischen Plan von 1944, die Palästinenser aus Palästina zu vertreiben.

<sup>100</sup> In einem Interview mit dem Mughtar von Majdal im Flüchtlingslager Rafah im Mai 1999 mit der Autorin beklagte dieser diese Doppelzüngigkeit ihrer damaligen jüdischen Nachbarn, mit denen sie lange Zeit in gutem Einvernehmen gelebt hatten und die dann plötzlich über Nacht zu Angreifern und Vertreibern wurden; nur wenige hatten sie gewarnt und ihnen aber empfohlen, ihr Land vorzeitig zu verlassen.

<sup>101</sup> Plan Dalet siehe Pappé 2006: S. 86 ff.

Raumveränderungen vom 1. über den 2. Weltkrieg bis in die Ära Israel – und ließ die zionistischen Kampfeinsätze dabei nicht aus.<sup>102</sup>

Das Ergebnis ist heute unumstritten, auch wenn die israelische Geschichtsschreibung die geplanten Massaker als einen heroischen Befreiungskampf umschreibt und das Argument des Völkermords weit von sich weist, allenfalls diese als kriegsbedingte Kollateralschäden zugesteht.<sup>103</sup>

Über 500 Dörfer sind von der Bildfläche verschwunden und zerstört, über Zweidrittel der palästinensischen Bevölkerung wurden vertrieben, Tausende getötet. Sie alle machen heute das Flüchtlingsproblem aus und stehen für die Forderung nach Rückkehr und Entschädigung. Große materielle Verluste kamen hinzu, Eigentum an Boden, Wohnhäusern, Industrien und persönlichen Gegenständen.<sup>104</sup>

Schließlich war besonders Ben Gurion empört und überrascht, dass trotz all dieser verordneten Kampfaktionen noch immer etwa 156.000 Palästinenser im Staatsgebiet Israels verblieben waren, neben den Beduinen im Negev konzentriert sich die Mehrheit in den großen Küstenstädten Jaffa, Akka und Haifa, dem so genannten Dreieck um Um el Fahem und in Galiläa mit dem Zentrum Nazareth. Das schmälerte die Freude über den Erfolg der Staatsverkündung am 14. Mai 1948 direkt nach dem Abzug der englischen Mandatsmacht.

In den zentralen Aspekten der Kolonisierung war die zionistische Bewegung jedoch zunächst nur um einiges vorangekommen. Nach den statistischen Informationen der ‚village statistic‘ von 1945 sah die Lage folgendermaßen aus:

- *Bodenbesitzverhältnisse*: von insgesamt 27.000.000 dunam<sup>105</sup> Land waren offizieller zionistischer Besitz 1.491.699 dunam, d.h. 5,7 Prozent;
- *Besiedlungsvolumen*: von insgesamt 1.303 Dörfern und Städten waren 138 jüdische Kolonien, d.h. 10,6 Prozent;
- *Bevölkerungsanteil*: von insgesamt 1 796.537 Einwohnern waren 552.670 Juden, d.h. 30,7 Prozent.

Allerdings hat sich durch den Teilungsbeschluss und die Ergebnisse des darauf folgenden Eroberungskrieges bis zu den Waffenstillstandsabkommen mit Ägypten und Jordanien 1949 im ‚Green Line‘<sup>106</sup>-Gebiet Israel die Situation für die Zionistische Bewegung noch erheblich verbessert.

- *Bodenbesitz*: nach UN-Beschluss sollten 56,7 Prozent des gesamten Bodens jüdisch sein, nach 1949 im Gebiet Israel wurden daraus 20.770.000 dunam oder 76,9 Prozent;
- *Bodenressourcen*: bezogen auf die Bodenressourcen hatte Israel nach 1949 die Kontrolle über einen wichtigen Teil der Wasserressourcen, das Hula-Tal und den Oberlauf des Jordans – allerdings lagen die großen Grundwasser-Reservoirs unterhalb der Westbank; mit der Kontrolle über den Negev hatte Israel Zugang zur Ausbeutung der dort vorgefundenen Mineralien, jedoch gehörte das Land noch den Beduinen; mit der ab dann genannten Yizreel

---

<sup>102</sup> Kedar Z., Benjamin 1999: The changing Land. Between the Jordan and the Sea; Aerial photographs from 1917 to the present, Jerusalem; dort heißt es z. B. auf S. 78: “The Qiryati Brigade’s attack on Ramleh during the night of 10/11 July failed; but after the fall of nearby Ludd and the retreat of the Arab Legion detachment, Ramleh surrendered on 12 Jul 1948 and most of its remaining inhabitants were expelled. Soon thereafter Ramleh became a largely Jewish Town.“ Ludd wurde unter Moshe Dayan vom Bataillon 89 gestürmt, und Yitzhak Rabin, der führende Offizier der Operation Dani, verfügte die vollständige Vertreibung der Bewohner Ludds. Siehe Kedar 1999: S. 82.

<sup>103</sup> Nachzulesen zum Beispiel auf der Webseite der zionistischen Propagandaorganisation ILL, I Like Israel, unter ‚Material zur Staatsgründung‘.

<sup>104</sup> Genaues dazu in den UN-Berichten.

<sup>105</sup> 1 dunum = 1.000 qm oder 10 dunam = 1 ha, 1 qkm = 100 ha, 1 ha = 10.000 qm.

<sup>106</sup> Green Line = Ergebnis der Waffenstillstandslinie, also nicht als Landes- oder Staatsgrenzen zu verstehen – und bis heute ein gängiger Begriff in Israel für die Grenze zwischen Israel und den 1967 besetzten Gebieten – mit Ausnahme Jerusalems, das entgegen internationalem Recht als Teil des israelischen Staatsgebietes behandelt wird.

Ebene<sup>107</sup> sowie der Küstenebene hatte Israel Zugang zu den reichsten und einfach zu bewirtschaftenden landwirtschaftlichen Flächen;

- *Besiedlungsvolumen:* von ca. 500 Dörfern und Städten im Gebiet Israel waren nach der Vertreibung im Gebiet Israel nur noch ca. 100 palästinensische vorhanden, d.h. jüdische Kolonien (138 in 1945) machten bezogen auf Israel innerhalb der ‚Grünen Grenze‘ mehr als 58 Prozent aus;
- *Bevölkerungsanteil:* von ca. 800.000 Palästinensern im Gebiet Israel waren noch etwa 156.000, etwa 20 Prozent verblieben, d.h. die jüdische Bevölkerung machte dort mit 650.000 (1947) etwa 81 Prozent aus.<sup>108</sup>

*(Zu den Veränderungen von Bevölkerungs- und Bodenverhältnisse im Rahmen der Nakbe siehe die Übersicht 4a und 4b am Ende des Kapitels II).*

Der immer wieder heftig aufflammende Widerstand der Palästinensischen Gesellschaft gegen dieses von England gestützte gigantische Unternehmen war zunächst gebrochen, viele Führer und die politische Elite vertrieben. Ein eher verzweifelter Versuch, mit der deutschen Naziregierung zu verhandeln, um weitere Immigration zu stoppen, war fruchtlos und erwies sich noch als Nachteil in der Zukunft für die antipalästinensische Propaganda der zionistischen Führung.<sup>109</sup>

Die zentralen Institutionen der Zionistischen Bewegung für diesen Teilerfolg der Kolonisierung Palästinas waren die World Zionist Organisation als Zentrale, die Jüdische Agentur, ihr Zweig in Palästina und der Jüdische National Fond, beides Unterorganisationen der WZO. Charter-Country war England unter Beihilfe des Völkerbundes bzw. der Vereinten Nationen. Zentrale Instrumente stellten die Bodengesetze der Osmanischen Regierungszeit und die Planungsgesetze der Englischen Mandatszeit dar.

Ein erster Abschnitt des Projektes Israel war abgeschlossen, Israel besaß nach 1949 über mehr als 75 Prozent Palästinas und war innerhalb der ‚Grünen Grenze‘ die politische sowie die räumliche und Gesetz gebende Macht. Räumliche Planung war ein wesentliches Element dieses Erfolges gewesen, die verbliebenen Palästinenser und ihre noch bestehenden Eigentumsrechte blieben aber ein weiter bestehendes Problem.<sup>110</sup>

---

<sup>107</sup> Die Kornkammer Palästinas.

<sup>108</sup> Die Zahlen sind nicht exakt aus Gründen der damaligen unklaren Situation. Hier Zahlen in Link: [UN.org, /mideastweb.org/palastinerremembered.org](http://UN.org/mideastweb.org/palastinerremembered.org); ebenso siehe Waltz/Zschiesche 1986.

<sup>109</sup> Als Repräsentant dieser fatalen Politik galt der Mufti von Jerusalem.

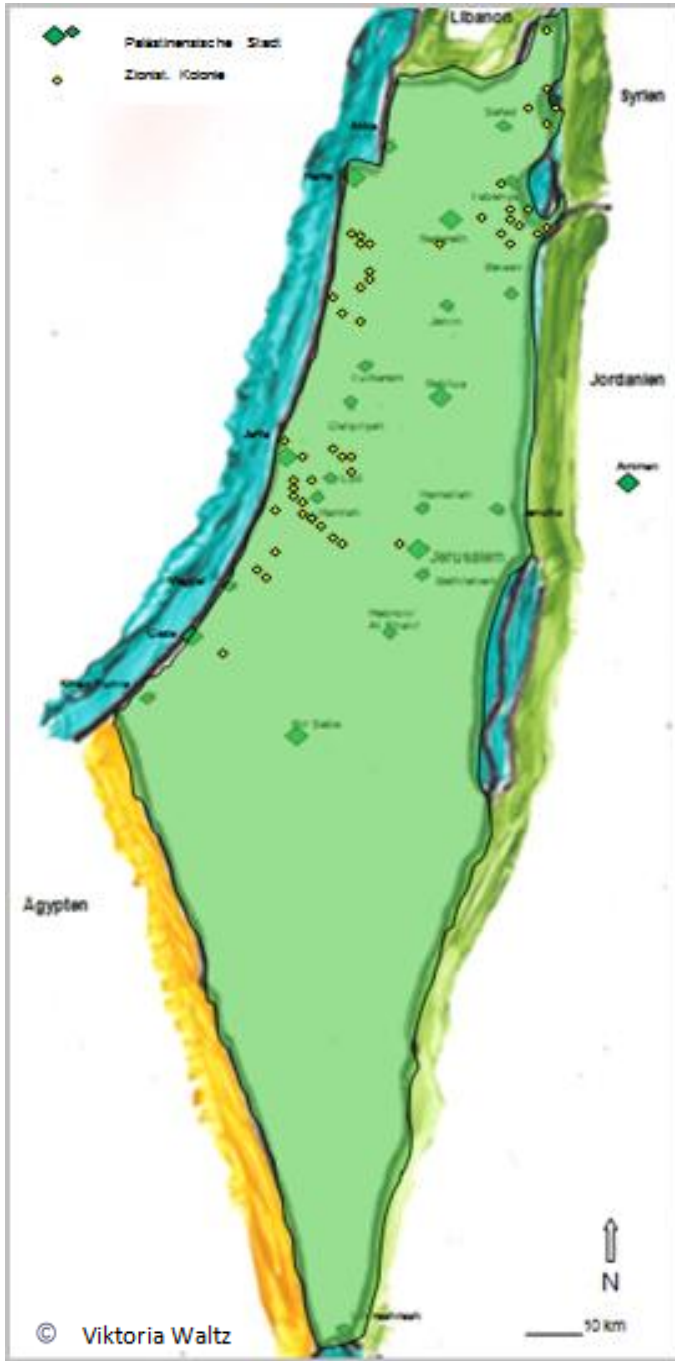
<sup>110</sup> Die vereinten arabischen Nachbarn reagierten zunächst noch mit Protest und auch mit dem Versuch gemeinsamer unabhängiger Politik, aber gefangen zwischen Ost und West, mit wechselnden Zugehörigkeiten, blieb dies rein verbal; schließlich einigte sich Israel mit Jordanien und Ägypten auf Waffenstillstandslinien; später ging es um die Zerstörung des palästinensischen Widerstands, so z. B. im so genannten ‚Schwarzen September‘ in Jordanien, und schließlich folgten Friedensverträge mit Jordanien und Ägypten, ohne dass dies mit Konsequenzen für einen palästinensischen Staat verbunden worden wäre.



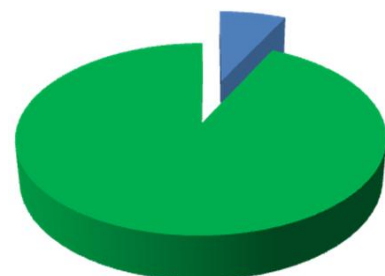
## Übersicht 2

Lage in Palästina, ca.1918

Zentrale Palästinensische Städte und Kolonien (gelb)

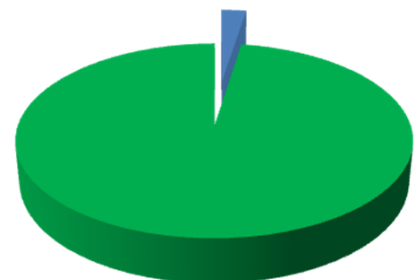


Bevölkerungsverhältnis  
palästinensisch ca. 92% (grün)  
jüdisch ca. 8% (blau)



© Viktoria Waltz

Bodenverteilung  
palästinensisch ca. 97,5%  
(grün)  
jüdisch ca. 2,5% (blau)



© Viktoria Waltz

**Übersicht 3** Lage in Palästina vor der Nakbe und der UN Teilungsbeschluss  
 a. Lage in Palästina um 1947  
 b. UN-Teilungsbeschluss 181 1947

Palästinensische Siedlungsgebiete (grün)  
 (grün) jüdische Koloniegebiete/Landnahme (blau)

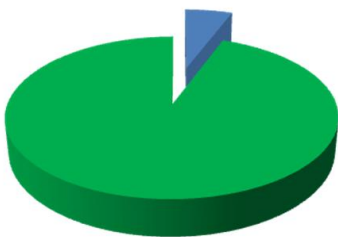
Landteilung: Land für Palästinenser  
 (grün) Land für Juden (blau)



**Bodenverteilung real**  
 palästinensisch ca. 94,4% (grün)  
 jüdisch ca. 5,6% (blau)

**Bevölkerungsverhältnis**  
 palästinensisch ca. 68,6% (grün)  
 jüdisch ca. 31,4% (blau)

**Bodenverteilung UN Vorschlag**  
 palästinensisch ca. 43,3% (grün)  
 jüdisch ca. 56,7% (blau)



© Viktoria Waltz



© Viktoria Waltz



© Viktoria Waltz

## Übersicht 4 Palästina und die Nakbe

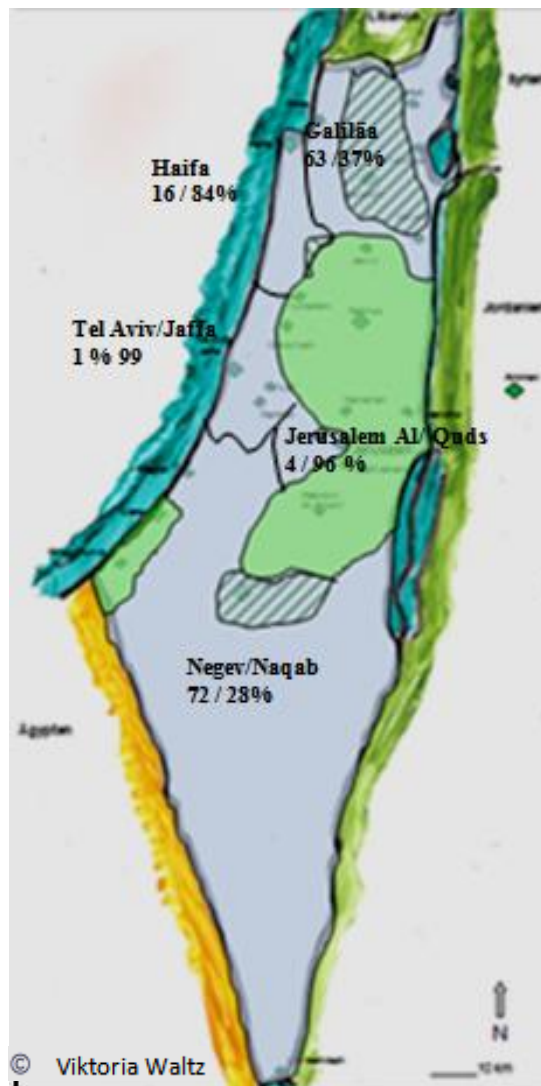
a. Die ‚Nakbe‘: Vertreibungen zwischen 1947 und 1950

b. Lage in Palästina nach der Nakbe



Israel, Westbank unter jordanischer, Gaza unter ägyptischer Kontrolle

Palästinensische Mehrheitsgebiete in Israel: Galiläa, sog. Dreieck, Negev (gestrichelt),  
 Bevölkerungsverhältnis in % palästinensisch zu jüdisch



Quelle: palestineremembered

Ca. 700.000 % Vertriebene  
 Palästinenser

## Übersicht 5 Veränderungen bei Boden und Bevölkerung vor und nach der Nakbe

### **Bevölkerungsverhältnis**

1947 vor der Nakbe

palästinensisch ca. 68,6% (grün)

jüdisch ca. 31,4% (blau)



### Bevölkerungsverhältnis

1950 nach der Nakbe

WB/Gaza: ca. 47% (grün)

Israel: jüdisch ca. 45% (blau)

Palästinensisch 8%



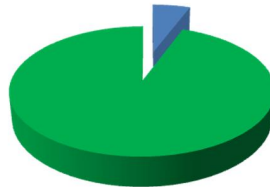
### **Bodenverteilung 1947**

real vor der Nakbe

palästinensisch ca. 94,4%

(grün)

jüdisch ca. 5,6% (blau)



### Bodenverteilung UN Vorschlag 1947

palästinensisch ca. 43,3% (grün)

jüdisch ca. 56,7% (blau)



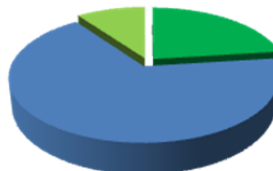
### Bodenverteilung

1950 nach der Nakbe

WB/Gaza: ca. 23% (grün)

Israel: jüdisch ca. 67% (blau)

Palästinensisch ca. 10%





### III Kolonisierung im zionistischen Staat : Entwicklungsprogramme in Israel nach 1948 in den ‚Green Line‘-Grenzen

Die Staatsgründung am 14. Mai 1948 – wenn auch unter den blutigen Umständen der ‚Nakbe‘ - <sup>111</sup> war der grundlegende Erfolg der bisherigen zionistischen Planung. Die Machtfrage war entschieden, jetzt ging es um die Details. Zunächst wurden die noch verbliebenen palästinensisch bewohnten Gebiete unter Militärgesetzgebung und Notverordnung gestellt, was von da an die Beziehung zwischen dem zionistischen Staat und der autochthonen Bevölkerung als eine feindliche Beziehung charakterisieren sollte. <sup>112</sup>

Es war alles, aber auch nur ein halber Erfolg:

- einerseits waren die ‚Grenzen‘ <sup>113</sup> bis 1949 um erhebliche Prozente gegenüber der UN-Resolution erweitert worden, andererseits war es nicht das ganze versprochene Mandatsgebiet von der Küste bis zum Jordan; Ost-Jerusalem mit der Klagemauer gehörte nicht dazu, auch hatten die UN-Vertreter sich nicht dazu durchringen können, dem häufig gestellten Anspruch auf den Südlibanon mit den Wasserressourcen um den Litani Fluss <sup>114</sup> zu folgen; Israel blieb also ohne die gewünschten großen Wasserressourcen und musste sich in Hinblick auf die Wasserversorgung mit der Kontrolle über das nördliche Jordantal und das Hula-Gebiet begnügen;
- einerseits war die jüdische Gesellschaft nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges auf mehr als eine halbe Million Menschen gewachsen, aber noch etwa 20 Prozent der Gesamtbevölkerung waren Palästinenser und in diesen Grenzen verblieben; <sup>115</sup>
- zwar hatte die WZO mit Hilfe der Mandatsregierung ihr Möglichstes getan, um Landkäufe zu organisieren, aber noch waren nur etwa sechs Prozent des gesamten Palästina zionistisches ‚Eigentum‘.

*(Zur Bevölkerungsverteilung nach 1948 in Israel siehe Übersicht 5 am Ende von Unterkapitel 4.1)*

Insofern war das zionistische Projekt auch nicht als vollendet anzusehen, und die Aufgaben der WZO blieben nach zionistischer Denkweise bestehen. Bevor dies in eine rechtliche Form gegossen wurde, waren die Institutionen der WZO äußerst aktiv

<sup>111</sup> Nakba oder Nakbe ist der arabische Begriff für die organisierte Vertreibung der Palästinenser durch zionistische Kampftruppen um 1948 und bedeutet ‚Katastrophe‘ oder ‚Desaster‘.

<sup>112</sup> Nach dem aus der Mandatszeit übernommenen ‚Emergency Law‘ wurden 1948 die nach der Vertreibung von über 750.000 Menschen noch in den israelischen Grenzen verbliebenen Gebiete mit überwiegend palästinensischer Bevölkerung einem Militärgouverneur unterstellt, und damit wurden den Palästinensern grundsätzliche Rechte verweigert: Bewegungsfreiheit, Meinungsfreiheit, Wahlrecht usw.

<sup>113</sup> Es handelt sich allerdings nicht um Grenzen, sondern um Waffenstillstandslinien als Ergebnis der zionistischen Eroberungen und der folgenden Waffenstillstandsverträge mit Libanon (23. März 1947), Jordanien (3. April), Syrien (20.7.) und Ägypten (22. Oktober).

<sup>114</sup> Amery, Hussein, A. /Wolf, Aron T. (Hrsg.) 2000: Water in the Middle East. A Geography of Peace, Austin, S. 233.

<sup>115</sup> Nach dem ersten Zensus im November 1948 machten die verbliebenen Palästinenser immerhin noch 16% in der Region Haifa, 63% in der Nordregion und sogar 72 % in der Südregion (Negev) aus, in: State of Israel, CBS 1962: Demographic Characteristics of the Population, Jerusalem.

im Beschaffen neuer Zuwanderer aus allen Teilen der Welt. Denn weitere zentrale Aufgaben standen zur Lösung an:

- die Sicherung der Macht,
- die Sicherung der jüdischen Bevölkerungsmehrheit,
- die Bereinigung der Bodenfrage zur Vergrößerung des jüdischen Eigentums sowie
- die Fortsetzung der jüdischen Besiedlung und Bodennutzung, eingeschlossen einer Lösung der Wasserfrage.

Zur Lösung dieser Aufgaben wurden wiederum Planungsinstrumente wirksam, ein Mix aus den von der Mandatsregierung übernommenen Regelungen, den dabei teilweise übernommenen oder noch wirksamen Regelungen des Osmanischen Reiches und neu geschaffenen Planungsprogrammen und –Gesetzen, die für die Entwicklung des Landes als jüdisch-zionistisches Territorium gebraucht wurden – angelehnt an die englische Planungserfahrung.<sup>116</sup>

### **1. Zur Machtfrage**

In der *Gründungserklärung* des Staates Israel vom 14. Mai 1948 hieß es „...er sichert all seinen Bürgern vollständige Gleichheit in sozialer und politischer Hinsicht zu ohne Unterschied des Glaubens, der Rasse und des Geschlechts; er wird die Freiheit des Gewissens, der Sprache, der Erziehung und der Kultur verbürgen; er wird die heiligen Stätten aller Religionen schützen und den Grundsätzen der Vereinten Nationen Treue wahren...“. Die Entscheidung für eine Gründungserklärung statt einer Verfassung hatte seine spezielle Bedeutung und diese ist bis heute nicht verloren.<sup>117</sup>

Denn ganz im Gegensatz zu diesem öffentlichen Bekenntnis wurden die noch palästinensisch bewohnten Gebiete, Galiläa, das so genannte Dreieck um Um El Fahem und der Negev, der seit Jahrtausenden bestehende Lebensraum der Beduinen, auf Basis des als weiterhin gültig erklärten *Emergency Law* der Mandatsregierung von 1945/1948 einem Militärgouverneur unterstellt, und den dort lebenden Menschen wurden genau diese Grundrechte vorenthalten. Bewegungs- und Meinungsfreiheit sowie weitere politische Freiheiten waren beschnitten.<sup>118</sup>

Mit dem *Transition Act* zur Einberufung der Knesset - zugleich Legislative und Konstitutive anstatt einer Verfassung gebenden Versammlung - und dem Grundgesetz über die Knesset wurde die Festlegung auf den rein jüdischen Charakter des Staates bei angeblich gleichzeitiger ‚demokratischer‘ Verfasstheit zementiert und jegliches Rütteln daran mit Konsequenzen unter Strafe gestellt. Die Zulassung von Parteien zum Beispiel konnte und kann bis heute verweigert werden,

---

<sup>116</sup> Die osmanischen Boden-Gesetze wurden nicht suspendiert, ebenso wenig die weitreichenden Emergency-Verordnungen der Mandatsregierung in ihrer letzten Phase; beide taten noch ihre Dienste in der Quasi-Legalisierung des auf ihnen beruhenden Bodenraubs an den Palästinensern; so konnte es erscheinen, als ob demokratische Verfahren der räumlichen Entwicklung zur Anwendung kamen.

<sup>117</sup> Original der Gründungserklärung in englisch siehe Link: [www.mfa.gov.il](http://www.mfa.gov.il); Grundsatzerklärung (basic law) heißt: es gab keine Verfassung, und das gilt bis heute – Israel hat keine Verfassung, z.B. sind deshalb Grundrechte für die Bürger nicht einklagbar; es gibt kein Verfassungsgericht, sondern nur einen Obersten Gerichtshof für Zivilrecht und daneben religiöse Gerichte und Militärgerichte; dies ist in der Welt etwas einzigartiges; als Gründe wurden damals bis heute genannt: das Staatsgebiet sei noch ungeklärt; das Staatsvolk sei noch unvollständig; religiöse Einwände, Sicherheitsbelange... vieles davon gilt also noch heute; die Knesset, das so genannte Parlament aber, war und ist gleichzeitig Legislative und Konstitutive aus den gleichen Gründen; es ist deshalb in diesem Zusammenhang fraglich, ob Israel überhaupt eine vollständige Demokratie genannt werden darf, ganz abgesehen von dem Grundwiderspruch „jüdisch und demokratisch“ zu sein. Siehe Moyal, Yoram 1998: Israel Verfassungsverständnis und Verfassungsgerichtsbarkeit im internationalen Vergleich. Seminarbericht, Universität Trier, WS 1996/97.

<sup>118</sup> Siehe dazu mehr in dem folgenden Kapitel III 5.

wenn diese „... die Existenz des Staates Israel als Staat des Jüdischen Volkes oder seine demokratische Natur negiert oder zu Rassismus aufstachelt...“<sup>119</sup>

Dies richtete sich gegen Regimekritiker, also etwa Nicht-Zionisten, aber vor allem, wenn auch nicht namentlich benannt, gegen die palästinensische Bevölkerung, die von nun an als feindliches Element im Staate Israel galt. Ben Gurion hatte schon in einem früheren Stadium der Kolonisierung vorausschauend angenommen, dass diese sich gegen den Vorgang der Usurpation ihres Landes ‚mit Recht und allen Mitteln wehren würden‘, weshalb für ihn nur die Unterdrückung der so genannten ‚arabischen Minderheit‘ infrage kam.<sup>120</sup> Die Unterstellung der Palästinensischen Gebiete unter Militärrecht war also eine zionistisch logische Konsequenz.

## 2. Zur Bevölkerungsfrage

Das 1950 von der Knesset verabschiedete *Einwanderungs- und das Rückkehrgesetz*, Gesetze, die bis heute Juden aus aller Welt die Einreise und die Staatsbürgerschaft sichern aber nicht den Palästinensern, lieferten die sich legal gebende Basis für die Ausgestaltung des jüdischen Charakters des Staates und den Rahmen für eine immer währende, endlose Einwanderungspolitik von Juden aus aller Welt in dem fortwährenden Bemühen um demographische Mehrheiten. Auch diese Entscheidungen der ersten staatlichen Phase nach der ‚Nakbe‘ belegen den ethnokratischen, rassistischen und undemokratischen Charakter dieser Staatsgründung – ganz nach zionistischem Muster und Plan.

### *Die Jewish Agency – Agentur der Judaisierungspolitik durch Einwanderung*

In der Gründungserklärung von 1948 hieß es nämlich zusätzlich: „Unser Ruf ergeht an das jüdische Volk in allen Ländern der Diaspora, uns auf dem Gebiete der Einwanderung und des Aufbaus zu helfen und uns im Streben nach der Erfüllung des Traumes von Generationen – der Erlösung Israels – beizustehen“. Dieser ‚Ruf‘ signalisiert nicht nur die darauf folgenden Transferaktionen, sondern vielmehr noch die unglaubliche Behauptung, dass Israel im Namen des gesamten jüdischen Volkes spreche und die Bildung des Staates Israel bereits als Beginn der göttlichen Verheißung, der ‚Erlösung Israels‘, anzusehen sei.<sup>121</sup> In diesem Kontext gelang es der Jüdischen Agentur (JA) im Laufe von nur drei Jahren mehr als 700.000 Juden nach Israel zubringen. 1949 waren dies zunächst die zumeist nach Zypern verbrachten Überlebenden der deutschen Vernichtungspolitik, etwa 239.000 Menschen. In der Operation ‚Magic Carpet‘ wurden 1949 fast 4.000 jemenitische Juden nach Israel verbracht. 1950 wurden etwa 340.000 osteuropäische und

---

<sup>119</sup> Damit sind die Palästinenser aus dem quasi demokratischen System ausgeschlossen; Moyal argumentiert...“: das erst 1992 verabschiedete so genannte ‚Grundgesetz über die Würde und Freiheit des Menschen‘ lässt den Gleichheitsgrundsatz vermissen, ermöglicht Einschränkungen der Bürgerrechte mit „Verordnungen, die ... den Charakter des Staates Israel (jüdisch und demokratisch) unterstützen und laut Rechtsprechung, wenn die Anordnungen die Sicherheit des Staates betreffen oder zum Schutz der öffentlichen Ordnung verfügt wurden“; auch dies belegt den undemokratischen, ethnokratischen Charakter des gesamten Staatsgebildes.

<sup>120</sup> Dazu Ben Gurion: "If I were an Arab leader, I would never sign an agreement with Israel. It is normal; we have taken their country. It is true God promised it to us, but how could that interest them? Our God is not theirs. There has been Anti-Semitism, the Nazis, Hitler, Auschwitz, but was that their fault? They see but one thing: we have come and we have stolen their country. Why would they accept that? ". Zitiert in Goldman, Nahum 1999: *Le Paradoxe Juif (The Jewish Paradox)*, Vesenz, S.121.

<sup>121</sup> Zum Beispiel erklärt Rabbi Abraham Jitzhak Kook, 1921-1935, aschkenasischer Oberrabbiner von Palästina "Zuerst die Erlösung des Landes, dann die Erlösung des Volkes und zuletzt die Erlösung der Welt". Die Siedlerbewegung Gush Emunim bezieht sich auf ihn und glaubt, dass ihre Westbank-Siedlungen Teil dieser Aufgabe seien und sehen sich als Avantgarde des jüdischen Volkes und Träger seines geschichtlichen und endzeitlichen Erlösungswillens. Link: [www.bornpower.de/isarel/gush.htm](http://www.bornpower.de/isarel/gush.htm); wie weit das gehen kann, wird in folgendem Artikel deutlich: Gerloff, Johannes 2010: Abtreibungen verhindern die Endlösung. Link: <http://www.kath.net/detail.php?id=25131>.

nordafrikanische Juden nach Israel umgesiedelt. 1951 gelang es, die ungeheure Zahl an 110.000 Juden in der Operation ‚Ezra und Nehemiah‘ aus dem Irak nach Israel zu verbringen. Dazu kamen 40.000 Juden aus der Türkei und 18.000 aus dem Iran. Spätere Kampagnen Ende der 1950er und Anfang der 1960er Jahre richteten sich noch einmal auf Osteuropa und Nordafrika; 9.000 Menschen wurden 1984 aus Äthiopien herbeigeschafft.<sup>122</sup>

In aller Kürze waren damit die Bevölkerungsmehrheiten zunächst geklärt: drei Jahre nach der Staatgründung zählte die Statistik fast 1.473,800 Millionen, die palästinensische Bevölkerung machte dabei nur noch etwa elf Prozent aus.<sup>123</sup> Vertreibung, ethnische Säuberungen und die Zerstörung von Dörfern gingen auch nach der Staatgründung weiter.<sup>124</sup>

### 3. Zur Bodenfrage

#### *Bodenpolitik - Enteignungspolitik mit völkischer Bindung*

Die Enteignung fast des gesamten palästinensischen Bodenbesitzes geschah in nur wenigen Schritten und in relativ kurzer Zeit mit Hilfe militärischer Gewalt auf der einen Seite und einer Form legalisierten Landraubs auf der anderen.

Noch vor dem 15. Mai 1948 etablierte die zionistische Leitung so genannte ‚Transfer Committees‘, die unter Josef Weitz zwischen 1948 und 1950 mit der einzigen Aufgabe betraut wurden, so viele Dörfer wie möglich militärisch zu zerstören, die palästinensischen Bauern davon abzuhalten zu pflanzen und zu ernten und damit Raum für jüdische Siedler zu schaffen. Im Zuge dieser bis zum Beginn der 1950er Jahre weiter geführten militärischen Übergriffe auf palästinensische Dörfer wurden durch den JNF strategisch gelegene Orte und Ländereien gewaltsam eingenommen und sofort deren Land enteignet. Bis 1950 verloren so 19 Dörfer allein fast 200 000 dunam, 20.000 ha (oder fast ein Drittel ihres landwirtschaftlich genutzten Bodens).<sup>125</sup> Einmalig ist aber die Form der quasi legalen Aneignung. Diese vollzog sich unter Anwendung eines Mixes aus Verboten und Verfügungen der verschiedenen vorangegangenen Epochen (Osmanisches Recht, Mandatsrecht) und neu geschaffene Verordnungen sowie Gesetzen, die einzig dem Zweck dienten, die verbliebenen Palästinenser von ihrem Land zwangsweise fernzuhalten, ihr Land zu brachem Land zu erklären und es dann aus genau diesem Grund zu enteignen. Es wurden folgende Maßnahmen ergriffen:

- 1948: Erklärung von *Sperrgebieten* mit Bezug auf die englischen Notstandsverordnungen, nach denen diese weder betreten noch zu Erntezwecken o. a. bearbeitet werden durften (*Defence Regulations*).

<sup>122</sup> Zahlen aus: Jewish Agency for Israel. Link: <http://www.jafi.org.il/JewishAgency/English/About/History>.

<sup>123</sup> Zahlen aus: statista, Partner von IDF Allensbach. Link: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/14038/umfrage/israel%3A-bevoelkerung-einwohner/>; siehe auch Paech, Norman 2005: Der Staat und die Zukunft Palästinas Anmerkungen zum 60. Jahrestag der Gründung Israels. Link: [www.ag-friedensforschung.de/regionen/Israel/60jahre-paech.html](http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Israel/60jahre-paech.html).

<sup>124</sup> So in den folgenden Orten, z.B. in 1948: Al Qawasmeh, 9.7., Safsaf, 29.10.; 1949: Wadi Araba, 13.5.; 1949: Um Rash Rash (heute Eilat), 13.12.; 1950: Sharafat, 7.2.; 1951: Falameh, 2.4., Quibya, 14.10.; 1953: Nahalin, 28.3.; 1954: Gaza, 28.2.; 1955: Khan Yunis, 31.5., Khan Yunis, 31.8., Tiberia, 11.12., As-Sabha, 2.11., Gaza, 5.4.; 1956: Houssan, 25.9., Rafah, 16.8., Qalqilyah, 10.10., Ar-Rahwa, 12.9., Kufr Kassem, 29.10., Gharandal, 13.9., Gaza Strip, 1.11., Al Tur, 28.5., 1957: Galbiniyeh, 27.3.; 1958: Rafah, 4.2.; 1959: Lake Tiberias, 31.1.; 1960 usw..... in: Abu Sitta 2004.

<sup>125</sup> Benvenisti: „Der JNF führte militärische Aktionen durch, um das Land von palästinensischen Dörfern zu ergreifen; Die Dörfer Qumiya und Indur, das biblische Endor, wurden erobert und die Bewohner evakuiert; Ende Mai 1948 wurden drei weitere Dörfer gegenüber der Yizreel Ebene, Nuris, Mazar und Zir‘in, genommen ... Ziel der Eroberung dieser Dörfer im Süden der Ebene war deren fruchtbares, bewässertes Land von mehr als 41.000 dunam; besonderes Interesse galt Qumyia, das vollständig von JNF Land umgeben war und Zir‘in (mit 22.000 dunam), wo den Juden 7% des Mush‘a Landes gehörte.“ Benvenisti, Meron, 2002: Sacred Landscape. The Buried History of the Holy Land since 1948. Berkeley, S. 132; siehe auch Abu Sitta, Salman H. 1988: Atlas of Palestine, London 1988; ebenso: Morris, Benny 1986: Josef Weitz and the Transfer Committees, 1948-1949, in: Middle Eastern Studies, Vol. 22 No 4 Oct 1986, S.255-261.



- 1948: Erlassen eines *Ermächtigungsgesetzes* zur Landbeschlagnahme aus Sicherheitsgründen und für die Ansiedlung von Immigranten (*Emergency Land Requisition Law*).
- 1949: Erlassen einer *Notstandsverordnung* zur Enteignung von brachliegendem Land (*Emergency Regulation of Waste Uncultivated Land*).

Eine ganz besondere und einzigartige Besonderheit typisch für Israel stellt der Umgang mit so genanntem ‚Abwesendenland‘ dar. Im November 1948 führte das Nationale Statistik Büro (CBS) einen ersten Zensus durch. Nach einer Haushaltsbefragung wurde am Tag der Zählung, dem 8. November 1948, eine siebenstündige Ausgangssperre verhängt, um einen genauen Kenntnisstand über die im Lande anwesenden Bürger zu erhalten. In der entsprechenden Verordnung wurde ergänzend erklärt, dass, wer sich nicht ‚zu Hause‘ aufhielt nicht gezählt und später gestellte Ansprüche auf Haus, Land oder sonstiges Eigentum nicht anerkannt würden – eine Feststellung, die nur auf die palästinensischen Flüchtlinge, und bezogen auf die Bürgerschaft in Israel, nur auf die internen palästinensischen Flüchtlinge zutreffen konnte. Mehr als die Hälfte der in Israel verbliebenen Palästinenser waren solche internen Flüchtlinge, etwa 81.000.<sup>126</sup> Nach dem israelischen Zensus gab es am 8. November 1948 712.000 jüdische und nur 69.000 (physisch in ihrem Haus anwesende) ‚arabische‘ Bewohner in Israel; es wurden z. B. die etwa 13 bis 15.000 Beduinen nicht erfasst, ebenso etwa 5.000 Männer und Jungen im Militäralter, die in den POW-Lagern festgehalten worden waren und nur ungenügend die etwa 40.000 Bewohner Galiläas, das erst ein paar Tage vor der Zählung von zionistischen Milizen überfallen worden war und sich quasi noch im Kriegszustand befand.<sup>127</sup> Nur die physisch Anwesenden erhielten volle israelische Staatsbürgerschaft, die anderen wurden zu ‚Anwesenden-Abwesenden‘ erklärt, und sie sind es nach wie vor. Sie sind keine Vollbürger und erhalten keine staatlichen Leistungen, darunter z. B. auch keine Baugenehmigungen. Diesem großen Teil der palästinensischen Bevölkerung wurden durch den Zensus Grundrechte vorenthalten, und ihre Enteignung erfolgte durch die neuen Gesetze und Verordnungen kurz darauf:

- 1948: Anordnung für so genannte ‚*Verlassene Gebiete*‘, die zunächst einem neu geschaffenen Treuhänder für diese Gebiete unterstellt wurden (*Abandoned Areas Ordinance*).
- 1950: Gesetz zur *Entwicklungsverwaltung*; die Entwicklungsverwaltung managte bis 1960 neben dem JNF, der zuständig für die bis 1949 gekauften und zwangsweise enteigneten Ländereien war, das Land der Flüchtlinge (Abwesende und Anwesende-Abwesende) und das so genannte Staatsland, das aus der Mandatszeit verblieben war (*Development Authority Law*).

Es gingen so in aller Kürze 570.000 ha palästinensischen Bodens in zionistisch-jüdisches Eigentum über und damit vorerst etwa 30 Prozent des Bodens bezogen auf gesamt Palästina; davon waren 80 Prozent landwirtschaftlich zu nutzende Fläche und 20 Prozent städtisches Gebiet.<sup>128</sup> Die Enteignungen setzten sich auf „legale“ Weise fort:

<sup>126</sup> Leibler, Anat, Breslau, Daniel 2005: The Uncounted: Citizenship and Exclusion in the Israeli Census of 1948, in: Journal of Ethnic and Racial Studies, no 28, no.5, 2005, S. 880-902.

<sup>127</sup> Leibler, Anat 2005: Establishing Scientific Authority – Citizenship and Israel's First Census, in: Journal of Ethnic and Racial Studies, no 28, no 5, 2005. Link: <http://www.sts-biu.org/images/file/Negotiating%20Methods.pdf>.

<sup>128</sup> Zu den Zahlenangaben siehe: Granovsky (auch Granott) 1956; Granovsky, Abraham 1929: Boden und Siedlung in Palästina, Berlin; Badi 1961, Orni, Ephraim 1972: Agrarian Reform and Social Progress in Israel. Jerusalem; Orni, Ephraim, Efrat, Elisha 1973: Geography of Israel. Jerusalem; Richter, Werner 1969: Historische Entwicklung und junger Wandel in der Agrargesellschaft Israels, in: Kölner Geographische Schriften, Heft 21 ; Lustick, Jan Steven 1980: Arabs in the Jewish State, London.

- 1953: Land *Beschaffungsgesetz*, durch das Abwesendenland dem JNF als Eigentum übertragen wurde (*Land Aquisition Law*), der JNF wurde damit als weiterhin im Staat Israel handelnde Organisation anerkannt;
- 1954: *Vertrag* zwischen dem Staat Israel und der WZO, der die JA, der JNF eingeschlossen, als Institutionen anerkannte, die wie ein Teil der Regierung behandelt werden sollten; endgültig und vertraglich wurden sie mit Aufgaben der *Immigration und Neulanderschließung* beauftragt; die JA und der JNF wurden also – und dies weiterhin als Arm der WZO mit Sitz in den USA - für die zukünftige Weiterentwicklung in der demographischen Frage und in der Bodenfrage verantwortlich;<sup>129</sup>
- 1960: ‚Grundgesetz - *Israel Land*‘, Israel Land Gesetz und Israel Land Verwaltung Gesetz reorganisierten die Bodenverwaltung; ILA Israel Land Administration verwaltete seitdem und tut dies bis heute den JNF Bodenbesitz, Staatsland und Land der Entwicklungsverwaltung; über 90 Prozent des ehemals palästinensischen Bodens wurden dadurch israelisiert oder besser judaisiert, denn die Weitergabe an Nicht-Juden war und ist nach Gesetzesaussagen und Auftrag dieser Institutionen ‚nur für Juden‘, also den Palästinensern für alle Zukunft ausgeschlossen.<sup>130</sup>

Mit dieser formellen Transaktion des Bodenbesitzes wurde die Bindung des Bodens an eine völkische Definition ‚nur für Juden‘ abgeschlossen und stand nun einer vollkommen neuen Beplanung zur Verfügung, die beides veranlassen sollte: die vollständige ‚Judaisierung der Landkarte‘ bei gleichzeitiger Eliminierung und Zurückdrängung dessen, was einmal die palästinensische Landkarte ausgemacht hatte.<sup>131</sup>

#### 4. Zur Besiedlungsfrage

Was die jüdischen Neueinwanderer betraf, wurden die Jüdische Agentur und die Wohnungsbaugesellschaft Amidar aktiv, um diese einzugliedern und ihnen Wohnung und Arbeit zu verschaffen. Der Jüdische Nationalfonds betrieb dabei die Verwaltung des Bodens. Neben der Erklärung der (noch) palästinensischen Gebiete zu militärischen Verwaltungsgebieten und fortgesetzten militärischen Übergriffen wurden die bereits entvölkerten Regionen zu so genannten Notstandgebieten erklärt, in denen die Besiedelung des palästinensischen, verlassenen Bodens durch Juden vorangetrieben werden sollte. Die JA errichtete in nur kurzer Zeit über 480 neue Dörfer mit Bewässerungsanlagen und ländlicher Infrastruktur, in die die Neubürger gezielt zum Aufbau der landwirtschaftlichen Produktion ‚eingezogen‘ wurden. Bis zum Ende der 1960er Jahre deckte diese nach eigenen Angaben bereits 70 Prozent des Bedarfs an landwirtschaftlichen Gütern des Landes. Amidar, die staatliche Wohnungsbaugesellschaft, bewirtschaftete die verlassenen palästinensischen Wohnungen in den Städten und baute in Ergänzung dazu allein bis 1955 etwa

<sup>129</sup> Der zionistische Staat band sich also weiterhin an die Zionistische Welt Organisation mit Sitz in den USA, und ihr Ziel: ‚ingathering of the exiles‘ und die ‚restoration of the Jewish people in the Land of Israel. Link:

[www.mfa.gov.MFA/Archive/2000\\_2009/2004/Herz+and+Zionism.html](http://www.mfa.gov.MFA/Archive/2000_2009/2004/Herz+and+Zionism.html): volles Zitat über Ziel und Aufgaben sowie Geschichte der WZO und JA aus zionistischer Sicht siehe Link: [www.knesset.gov.il/lexicon/eng/wzo\\_eng.htm](http://www.knesset.gov.il/lexicon/eng/wzo_eng.htm) und kritisch: [www.hic-mena.org/documents/JNF%factsheet.pdf](http://www.hic-mena.org/documents/JNF%factsheet.pdf); siehe auch Veröffentlichungen von BADIL, HOUSING AND LAND RIGHTS NETWORK, Habitat International Coalition, BADIL RESOURCE CENTER for Palestinian Residency and Refugee Rights: Link: [www.badil.org](http://www.badil.org).

<sup>130</sup> Badi 1961.

<sup>131</sup> Das Gesetz besagt: „Prohibition of transfer of ownership 1. The ownership of Israel lands, being the lands in Israel of the State, the Development Authority or the Keren Kayemet Le-Israel, shall not be transferred either by sale or in any other manner. --, "lands" means land, houses, buildings and anything permanently fixed to land.“ Siehe auch Badi 1961; ‚Israel Land‘ darf also nur verpachtet werden, aber auch das nur an Juden; siehe auch Lehn/Uri Davis 1988:

Link: [www.uridavis.info/jewish\\_national\\_fund\\_apartheid\\_israel.htm](http://www.uridavis.info/jewish_national_fund_apartheid_israel.htm)).

200.000 neue Wohneinheiten – ebenfalls nur für jüdische Neubürger. Auch diese wurden von der JA finanziert. Der Jüdische Nationalfonds und später in Ergänzung die ILA (Israel Land Administration) bewirtschafteten den alten und neuen Bodenbesitz. Nach den ersten Notlösungen ging es bereits seit den frühen 1950er Jahren um die Zukunft der nationalen Entwicklung und Planung.

### *Raumplanung - ein Judaisierungsprogramm*

Die Mehrheit der jüdischen Bevölkerung hatte sich bis 1948 an der Küste und in den großen Städten angesiedelt. Nach Übernahme der politischen und militärischen Macht konnte die zionistische Staatsverwaltung nun daran gehen, die Bevölkerungsverteilung und die Besiedelung nach Plan vorzunehmen. Dabei konnten Regierung, Verwaltung und die parastaatlichen zionistischen Organisationen JNF und JA Hand in Hand vorgehen. Die zentrale Frage des Bodeneigentums war kein Hindernis mehr; der Boden war staatlich, er konnte gezielt zur Nutzung verpachtet oder beplant werden.<sup>132</sup> Die Bevölkerungsfrage war zumindest in ihrer Hauptrichtung ebenfalls im zionistischen Sinne verändert, und die über die organisierten Immigrationswellen einströmende neue Bevölkerung konnte durch die JA gezielt in die vorgesehenen Räume dirigiert werden.

Was bis dahin nur rudimentär vorhanden war, eine nationale Wirtschaftsbasis, sollte nun eine räumliche Verfasstheit erhalten. Das Personal für diese große Aufgabe war bereits da: Planer und Architekten, die vor und während der Vertreibung aus Deutschland eingewandert waren, darunter viele Vertreter eines modernen Städtebaus, und sie machten sich entsprechend an dieses große Werk.

### **4.1 Nationale Planung**

Der Staatschef selbst, Ben Gurion, richtete zunächst die Kommission für Stadt- und Regionalplanung ein, die 1950 zur Planungsverwaltung im Innenministerium wurde, ebenfalls ihm direkt unterstellt. Dort wurde der erste , Nationalplan zur Neuverteilung der Bevölkerung und zum Aufbau ‚Neuer Städte‘ entworfen und so 1950 von der Knesset verabschiedet. Der Titel offenbarte bereits die Absicht: Dezentralisierung der Bevölkerung, d.h. der jüdischen und ihre systematische Verteilung auf neue Städte, die die neue Gestalt des Landes Palästinas formen sollten. Die ungleiche Verteilung der Bevölkerung weg von den Küstenzentren<sup>133</sup> sollte schnellstens erreicht und die jüdischen Neubürger auf das ‚Hinterland‘ in neue Wohn- und Produktionsstätten verteilt werden. Die Küstenstädte sollten gleichzeitig de-urbanisiert, Verkehr und Bebauung dort eingeschränkt werden und die Küstenzone hauptsächlich der Erholung und Freizeit vorbehalten sein.

Diese ‚innere Kolonisierung‘ oblag dem Bauhausschüler Arie Sharon. Folgende regionale Ziele und Projekte sollte der 1. Nationalplan umsetzen:

- Jüdische Kolonisierung der ‚provisorischen Grenzen zu Libanon, Syrien und Jordanien‘, das waren die Regionen Jordantal, Nord Galiläa und die angrenzende Region zu den Golanhöhen;
- Vorrang jüdischer Kolonisierung in den verbliebenen palästinensisch besiedelten Gebieten, das waren die Regionen Negev, das so genannte

---

<sup>132</sup> So wie Erika Spiegel in ihrer Dissertation die Planungssituation und Israel quasi als Mekka der Planung beschrieben hat, wo es keine beschränkenden Eigentumsprobleme gebe und man nur einen Stock in die Erde pflanzen müsse, um darum herum eine wie auch immer gestaltete Stadt gründen zu können. Siehe Spiegel, Erika 1966: Neue Städte- New Towns, Stuttgart-Bern.

<sup>133</sup> Etwa dreiviertel aller bis dahin eingewanderten Juden.

Dreieck und Galiläa, mit Zielvorgaben für das angestrebte Verhältnis von Juden zu Nicht-Juden;

- Bau von 30 neuen Städten in 23 Regionalgebieten, geplant als Gartenstädte, als Zentren der neuen Bevölkerungsverteilung und Entwicklung im gesamten Land nach dem Prinzip Kristaller's der ‚Zentralen Orte‘; sie stellten das städtische Pendant zum Kibbuz dar und galten als städtische ‚Pionier Zellen‘ der Judaisierung;<sup>134</sup>
- Aufbau neuer jüdischer landwirtschaftlicher Gebiete, also auch neuer Dörfer im Zusammenhang mit den Neuen Städten;
- Aufbau neuer jüdischer industrieller Gebiete, ebenfalls im Zusammenhang mit den Neuen Städten;
- Wasserbewirtschaftung in Form eines großräumigen Umleitungsnetzes von Norden (Ober-Galiläa) nach Süden (Negev)´ sowie
- Errichtung von Nationalparks zum ‚Schutz von historischen Stätten und Landschaft‘.

Jeder dieser Programmpunkte brachte die Neuausrichtung der Landkarte einen entscheidenden Schritt näher: Städte entstanden anstelle oder zu Lasten ehemaliger palästinensischer Städte; Dörfer verschwanden, nachdem ihre Bewohner schon nicht mehr dort waren, und jüdische Kibbuzim oder Moshavim entstanden an ihrer Stelle; Regionen erhielten eine völlige neue Bestimmung und wurden zu 100 Prozent jüdisch, neue Namen veränderten die bisherige Geographie.

Jetzt erst konnte der Plan zum Aufbau eines systematischen jüdischen Siedlungs-Netzwerkes, wie Oppenheimer ihn geschildert hatte, nach den neuesten Erkenntnissen der Stadt- und Regionalplanung Realität werden, der folgende Schritte umfasste:

- Zu den 134 Kibbuzim und 78 Moshavim der vorstaatlichen Zeit kamen durch diesen gezielten Aufbau weitere etwa 460 *landwirtschaftliche Gemeinden* hinzu und bildeten mit ihrem Netz an Verkehrs- und Handelsverbindungen die neue jüdische Siedlungs-Realität;
- die Lakhish *Region*, eines der fruchtbaren Gebiete in Angrenzung an den Gaza Streifen im Süden Palästinas, in der während der ethnischen Säuberung die palästinensische Besiedlung mit der Stadt Majdal und etwa 50 Dörfern vollständig ausgelöscht worden war, wurde als Beispiel- und Vorrangregion zur Wassergewinnung und Neulanderschließung behandelt; idealtypisch kam hier das Planungsmodell nach Christaller<sup>135</sup> zur Geltung;
- darin wurde Qiryat Gat, eine neue Stadt, zum Entwicklungszentrum mit Verwaltungen, Dienstleistungsangeboten und Verarbeitungsstätten für sechs Gruppen von Dörfern, den Moshavim; anstelle der palästinensischen Besiedlung entstanden etwa 40 neue jüdische Dörfer und die Neue Stadt Ashqelon anstelle von Majdal. Bewässerung erhielt die Region aus dem großen *Wasserbewirtschaftungsprojekt* des Hula Gebietes;
- dem 1951 begonnenen Hula-Projekt zur ‚Begrünung der Wüste‘ fielen 30 ehemals palästinensische Dörfer zum Opfer; es entstand eine völlig neue

---

<sup>134</sup> Das Modell ‚New Town‘ galt der De-Urbanisierung und war Bestandteil moderner Raumentwicklungspolitik in fast allen Kontinenten; in Deutschland Städte wie Sennestadt, Wolfsburg, Wulfen; berühmt wurden weltweit auch Brasilia oder Canberra. Siehe dazu z.B. Portnov, A. Boris 2004: longterm growth and small towns in Israel – does location matter?, in: The Annals of regional science, vol 38, no 4, S. 627-653.

<sup>135</sup> Der Geograph Walter Christaller entwickelte die Theorie eines Systems zentraler Orte in den 1930er Jahren; nach diesem Modell soll sich in idealtypischen, homogenen Räumen eine Struktur zentraler Orte auf unterschiedlichen Hierarchiestufen entwickeln, wobei je nach Hierarchie unterschiedliche Ausstattungsmerkmale die zentralen Orte kennzeichnen, die damit z. B. Versorgungszentren für ihr ländliches Umfeld werden. Siehe Christaller, Walter 1933: Die zentralen Orte in Süddeutschland, Jena.

Landschaft mit 40 israelischen neuen Dörfern und einer Neuen Stadt – kein palästinensisches Dorf überlebte seine Einebnung, und die kleine Stadt Khalsa war verschwunden, Kiryat Shmona wurde an ihrer Stelle errichtet; Haifa, Tel Aviv und Jerusalem wurden Oberzentren. Die 30 Neuen Städte teilten ihre Rolle in Mittelzentren und Unterzentren mit jeweils verschiedenen wirtschaftlichen Aufgaben.<sup>136</sup>

*(Zur Lage der Neuen Städte siehe Übersicht 6 auf der folgenden Seite).*

Von den „New Towns“ wurden 23 anstelle verlassener palästinensischer Orte aufgebaut. Einige gelten bis heute als gemischte Städte wie Nazareth, Akka und Jaffa, weil die neue jüdische Stadt konkurrierend neben der historischen palästinensischen Stadt entstand, die das Original inzwischen überformt und marginalisiert hat. Jaffa zum Beispiel ist heute im touristischen Sprachgebrauch zur ‚Altstadt‘ Tel Avivs geworden.

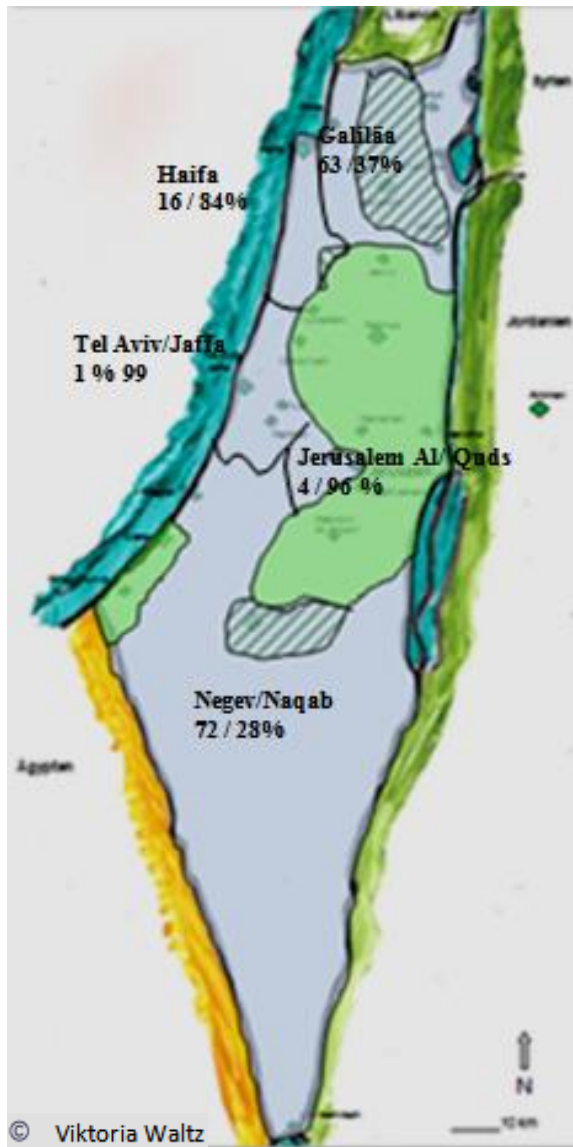
Für die palästinensischen Regionen – unter Militärverwaltung gestellt und als ‚Feinde‘ politischem Druck ausgesetzt – gab es keine positive Planung. Weder wurden bis heute neue Dörfer oder Städte gebaut, noch gab es ein Wohnungsprogramm für sie, obwohl dies für die große Gruppe an internen Flüchtlingen dringend notwendig gewesen wäre, die nach dem Zensus, als ‚Anwesend-Abwesende‘ registriert worden waren. Für sie gab es keinerlei staatliche Zuwendung, sie fanden keine Berücksichtigung in den Entwicklungsplänen. Für sie wurden keine neuen Wohnungen gebaut oder zerstörte Häuser renoviert. Im Gegenteil – ein großer Teil der Neuzuwanderer wurde in den Häusern der Geflüchteten untergebracht, der Austausch von Bewohnern direkt und gewollt unveränderbar vollzogen.

---

<sup>136</sup>Zur gesamten Planung siehe vor allem: Sharon, Arieh 1951: Physical Planning in Israel, Tel Aviv, hebr. mit engl. Kurzfassung; derselbe 1976: Kibbuz und Bauhaus, Stuttgart; siehe auch Spiegel 1966; Richter 1969; Mayer, Egon 1969: Der Moshav Ovidim. Die Dorfkooperative in Israel 1958–1963, Basel; ebenso Waltz/Zschiesche 1986.

## Übersicht 6

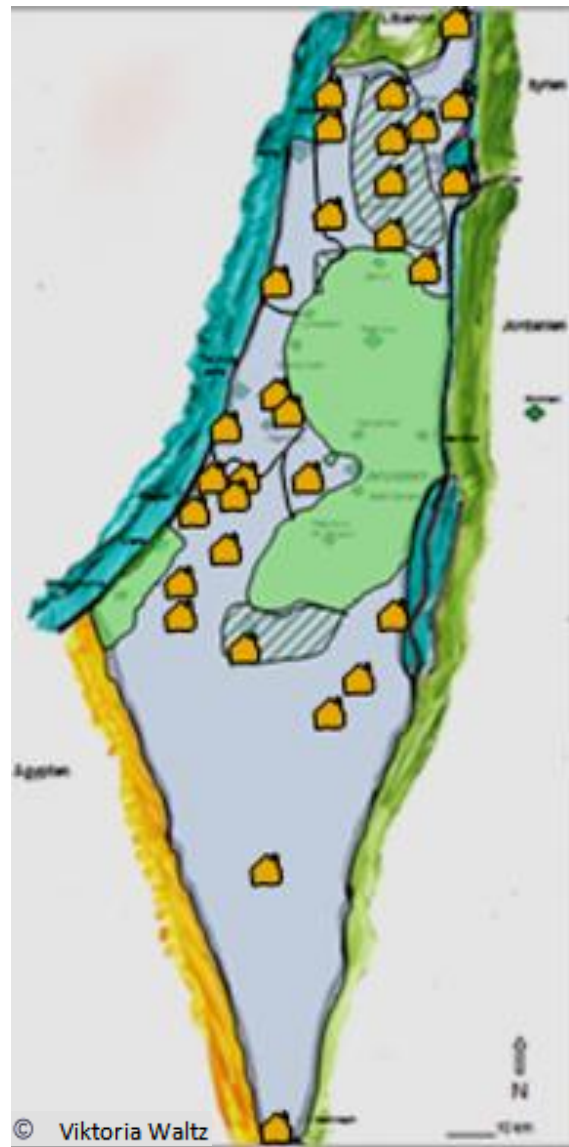
Verteilung der Bevölkerung in % nach Regionen, palästinensisch zu jüdisch um 1948



4.2

## Übersicht 7

Schwerpunkt der Nationalplanung 1950  
30 Neue Städte als Entwicklungszentren



## **Ressource Wasser – lebensnotwendig und begrenzt**

Um eine möglichst reiche Wasserversorgung zu sichern, hatten die zionistischen Planer schon von Anbeginn ihrer Planung ein Auge auf die Wasser des Litani Flusses geworfen, denn sie hielten die Ressourcen des Jordan für nicht ausreichend. (Zu den Wasserressourcen der Region siehe folgende Übersicht 7a-c). 1905 gab es erste Vorschläge, den Fluss nach Süden umzuleiten, 1919 erhoben sie Anspruch auf den Südlibanon und forderten einen entsprechenden Zuspruch durch die Lausanner Gebietsverhandlungen des Völkerbundes. Dem wurde nicht entsprochen, der Litani wurde dem Libanon unter französischem Mandat zugesprochen und entsprechend beklagte sich Chaim Weizmann, damaliger Präsident der Zionistischen Welt Organisation (WZO), beim Britischen Außenministerium über die ‚schwarze Zukunft‘ der Jüdischen Heimstätte, wenn der Litani Fluss (Libanon), die Quellgebiete des Jordan Flusses (Syrien und Libanon) und der Yarmouk Fluss (Jordanien) nicht zum zukünftigen Staatsgebiet gehören würden.<sup>137</sup> 1944 galt der Lowdermilk-Plan als die ‚Wasser-Verfassung‘ der zionistischen Führung. In Hinblick auf die bevorstehende Teilung Palästinas, und die Gründung des Staates Israels war darin noch einmal der Anspruch auf den Litani und Hasbani im Libanon sowie die Flüsse Dan, Zarqa, Baniyas und Yarmouk in Jordanien manifestiert. Auch diesem Plan wurde durch die UN-Resolution nicht entsprochen. Die enttäuschte zionistische Führung erwog sogar eine militärische Besetzung Süd-Libanons, denn die Litani Gewässer galten als besonders reichhaltig und rein.<sup>138</sup> Israel musste sich also auf das Jordantal und die Hula Region konzentrieren, um die ‚Wüste zum Blühen‘ zu bringen. Das Hula-Gebiet war während der ethnischen Säuberung vollständig ‚entarabisiert‘, die 35 palästinensischen Dörfer wurden zerstört. Das Hula-Projekt startete 1951, das gesamte Gebiet wurde von der Hula-Entwicklungs-Gesellschaft im Rahmen der Nationalplanung völlig verändert. Das ehemals wasser- und fischreiche Gebiet wurde drainiert, neues landwirtschaftlich nutzbares Land erschlossen, die Jordanzuflüsse umgelegt, ein neuer See geschaffen und die überschüssigen Gewässer in einem weitreichenden Kanalsystem nach Süden als Teil des Jordan-Negev-Projektes transportiert. Bis 1966 waren auf den neu gewonnenen landwirtschaftlichen Flächen 37 neue jüdische Dörfer und Fischfarmen errichtet worden, die bis heute einen großen Teil des Fischbedarfs Israels decken und bedeutend für die Obst- und Gemüseversorgung sind. Insofern hatte auch das Hula-Projekt große Bedeutung für die ‚Innere Kolonisierung‘.<sup>139</sup> Da in diesem Prozess auch Eingriffe in die demilitarisierte Zone zum Libanon und Syrien und damit auch in deren Wasserversorgung unternommen wurden, waren Konflikte mit den Nachbarn vorprogrammiert.

---

<sup>137</sup> Dolatyar, Mostafa; Gray, Tim S. 2000: Water Politics in the Middle East, New York.; Soffer, Arnon 1999: Rivers of Fire - The Conflict over Water in the Middle East, Oxford;

Weisgal, Meir, W. (Hrsg.) 1977: The letters and papers of Chaim Weizmann, vol. 9, Jerusalem.

<sup>138</sup> So Moshe Sharett, Premierminister Anfang der 1950er Jahre über entsprechende Überlegungen von Ben Gurion und Moshe Dayan, der damals Verteidigungsminister war, in seinen Tagebüchern in: Rabinovich, Itamar 1985: The war for Lebanon, 1970-1985, Ithaca, N.Y. Mehr als aufschlussreich über die kriminelle Politik Israels seit der Staatsgründung ist das Buch von Livia Rokach 2011: Leben mit dem Schwert. Israels Heiliger Terror, Neu-Isenburg. Siehe Link: <http://between-the-lines-ludwig-watzal.blogspot.com/2011/05/livia-rokach-leben-mit-dem-schwert.html>.

<sup>139</sup> Siehe Waltz/Zschiesche 1996: S. 177 ff; ebenso Orni, Elisha 1973: S. 42 ff; Richter 1969: S. 176; Spiegel 1966: S. 96.

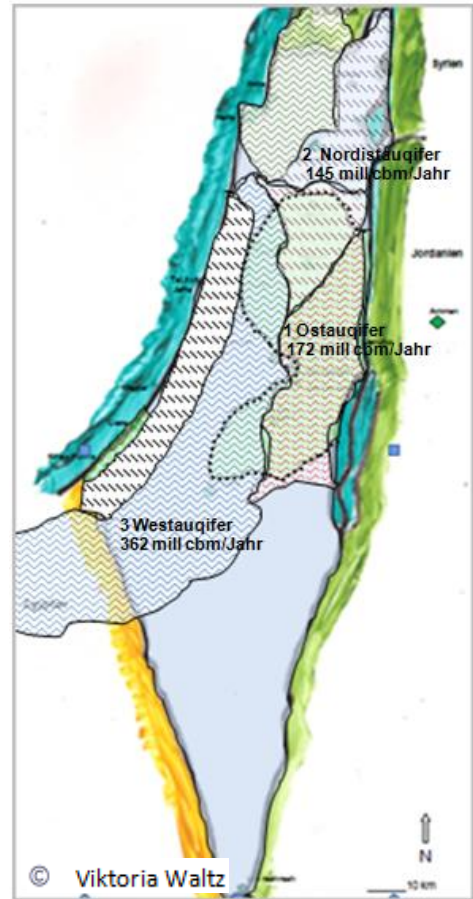
## Übersicht 8

### Wasserressourcen im Raum Palästina

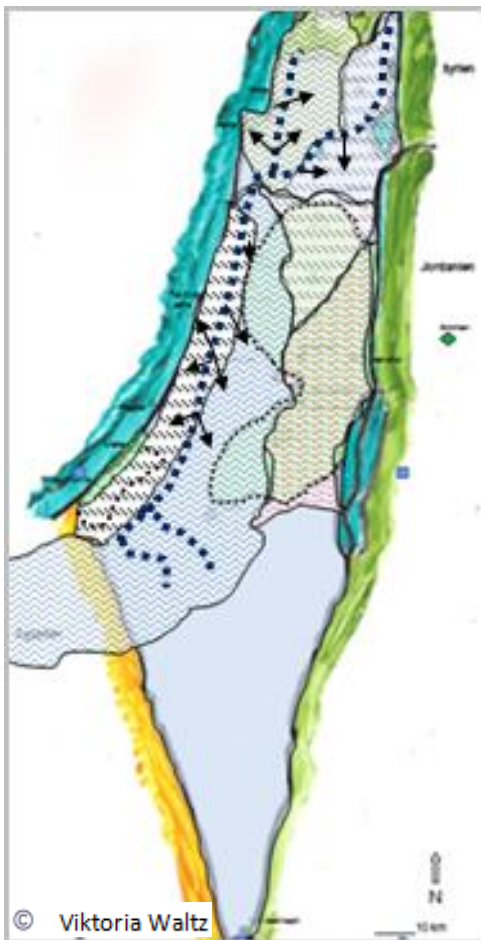
- a. Hauptquelle: die Oberflächengewässer des Jordan und seiner Nebenflüsse (ARIJ 2010)



- b. die zentralen Aquifere: Western Galiläa-, Tiberias-, Nordost-, Ost-, West-, und Küsten-Aquifer



- c. Hule Projekt 1950  
z. T. Offene Kanäle vom Norden (Hule) zum Negev





### 4.3 Masterpläne und Baugenehmigungen - zweierlei Maß

Auch nach der Aufhebung des Militärregimes in den Palästinensischen Gebieten im Jahre 1966 änderte sich die Haupttendenz nicht: während die israelisch-jüdische Mehrheitsgesellschaft in Israel alle Entwicklungsmöglichkeiten, soweit sie durch Planen und Bauen bestimmt wurden, genoss, fehlte der palästinensischen Teilgesellschaft in Israel einfach der Zugang zu den zentralen Bedingungen einer eigenständigen Entwicklungsmöglichkeit. Sie erhielten keine Masterpläne und damit die Voraussetzung für Baugenehmigungen und keine Beteiligung in den entscheidenden Planungsgremien, um überhaupt Einfluss auf die Planung nehmen zu können.<sup>140</sup>

Auch dieser Umstand war und ist auf das zionistische Grundverständnis von Staat und Gesellschaft zurückzuführen und auf eine entsprechende Systematik – und nicht etwa auf eine offen ausgesprochene Diskriminierung dieses Teils der israelischen Gesellschaft.

Das 1965 verabschiedete ‚neue‘ „Bau- und Planungsgesetz“ von 1965, eine Neuauflage seines Vorgängers aus der Britischen Mandatszeit, machte jedwede Bau- und Planungsaktivität, vom Flughafen bis zum kleinsten Anbau an ein bestehendes Haus von der Genehmigung einer der zuständigen Planungskommissionen abhängig – und dies gilt bis heute.

Sämtliche Planungskommissionen unterstanden und unterstehen damit generell der nationalen Planungsverwaltung, die wiederum dem Innenministerium untersteht, und sind damit dem zionistischen Regime unterworfen.

Das *Planungssystem* unterscheidet zwei Stränge: die strategisch aktive Entwicklungsplanung und die prozessuale, regulative Verwaltungsseite der Planung. An der strategisch planenden Verwaltung sind die zentralen zionistischen Organisationen JA, der JNF und die ILA beteiligt und auf staatlicher Seite das Verteidigungsministerium, das Ministerium für Bauen und Wohnen und das Ministerium für Industrie und Handel. Sie entscheiden über die räumliche Entwicklung des Landes, der Regionen, der Städte und Dörfer. Wenn es also auch im israelischen Planungsverständnis um die allseits gültigen Ziele einer nachhaltigen Entwicklung, ausgeglichene Regionen und so fort geht, so geht es immer um die Entwicklung und den Erhalt der jüdischen Gesellschaft per Definition dieser zionistischen Institutionen – die im Übrigen auch die finanzielle Absicherung von entsprechenden Projekten organisieren. Wie in allen Planungssystemen binden die Nationalpläne die Planungen der unteren Ebenen, seien das regionale Entwicklungspläne, Stadtentwicklungspläne, Masterpläne oder Flächennutzungspläne (district outline plans, zoning plans), oder Fachpläne für Verkehr, technische Infrastruktur, Erholungsgebiete, Naturschutz oder Denkmalschutz. Eine demokratische Beteiligung auf unterer Ebene, der Kommunen

---

<sup>140</sup> Auch nach englischem und deutschem Planungsrecht sind Masterpläne, bzw. Bebauungspläne Voraussetzung für die Erteilung von Baugenehmigungen, da diese die Rahmenbedingungen festsetzen; sie gelten jedoch generell für alle Bürger und schließen keine gesellschaftliche Gruppe aus; zu diesen Benachteiligungen kommen weitere wie fehlende finanzielle Unterstützung bei der Wohnungsversorgung, was insgesamt dazu führt, dass die palästinensische Gesellschaft in Israel nicht an Wachstum und verbesserter Grundversorgung teilhat, obwohl die Palästinenser Bürger Israels sind; dies gilt und erst recht, wenn sie zu den so genannten Abwesenden-Anwesenden gehören. Siehe dazu Egbaria, Kassem und Lockley, 2002: The influence of socio-cultural values on residential satisfaction in contemporary Arab settlements in Israel: the case of Tayibe, in: 2<sup>nd</sup> International Postgraduate Research Conference in the Built and Human Environment, 11-12 April, 2002, Salford University, Blackwell Publishing, UK; ebenso Egbaria, Kassem 2003: Urban Planning Policies in Arab Settlements in Israel, Unpublished PhD Thesis, School of Architecture, Planning and Landscape, University of Newcastle Upon Tyne.

oder gar von Individuen an der Ausrichtung dieser komplexen Planungsgestaltung ist im israelischen Planungssystem nur minimal oder gar nicht vorgesehen.<sup>141</sup>

Nur zwei Städte, d.h. nur sechs Prozent der palästinensischen Gemeinden haben bis heute überhaupt lokale Planungskommissionen – entgegen 55 Prozent der jüdischen Gemeinden. Aber auch diese beiden unterliegen den Prinzipien der höheren Planungskonzeptionen und sind kaum ein Mittel, eigene notwendige räumliche Entwicklungen auf lokaler Ebene zu erreichen.

Die palästinensischen Gemeinden Israels haben also bis heute weder Zugang zur strategischen Entwicklungsplanung, noch können sie in irgendeiner Weise als Planungssubjekt mit eigenen Vertretern in den diversen Gremien für die Interessen der palästinensischen Gemeinde mitwirken. Sie sind deshalb nur Objekt der verwaltenden, regulierenden Planung, und ihr Einfluss auf die formelle (Entscheidungs-) Planung geht im Prinzip nur negativ, über Einspruchsverfahren, die allerdings nur von direkt betroffenen Personen eingeleitet werden können und nicht von den Gemeinden.

Die geschilderte Systematik führte seit der Staatsgründung dazu, dass israelische Planung für die palästinensische Teilgesellschaft vor allem als Kontroll- und Bußinstrument wirksam wurde und bis heute dazu dient, eine palästinensische gesellschaftliche Entwicklung und die räumliche Ausdehnung weitest möglich zu verhindern.<sup>142</sup> Und dieser Umstand gilt bis heute – ausgedehnt auf Teile der 1967 illegal okkupierten palästinensischen Gebiete, die Israel bereits offiziell als israelisches Gebiet per Knesset Gesetz eingemeindet hat wie die Golanhöhen und das immer noch palästinensische Ost-Jerusalem, aber auch ausgedehnt auf die Kolonien und besonders solche, die inmitten palästinensischer Städte eingepflanzt wurden wie in Hebron und vor allem in Ost-Jerusalem. Ein Ende dieses Prozesses ist nicht abzusehen, wie am Umgang mit den Beduinen des Negev zu zeigen ist.

## **5. Die Beduinen und die ‚nicht anerkannten‘ palästinensischen Orte**

Ein direkter Angriff auf die Existenzbedingungen eines Teiles der palästinensischen Gesellschaft in Israel betraf die Beduinen im Negev Gebiet und all jene Orte, in denen die so genannten ‚Anwesend-Abwesenden‘ sich niedergelassen hatten.

### **5.1 Beduinen**

Die Negev Region macht etwa zwei Drittel des Landes aus, heute besiedelt von 7,4 Millionen Menschen und damit von nur neun Prozent der Gesamtbevölkerung, darunter etwas mehr als 100.000 Beduinen. Der Negev, die Südregion Israels, ist ein

---

<sup>141</sup> Siehe Egbaria, Kassem 2010: The Impact of Israeli Urban Policies on the Development of Indigenous Bedouin Community in the Negev Area – the Unrecognised Villages; sowie Egbaria, Kassem 2010: Two Spatial Systems for one Land: Spatial Inequality in the Development of Palestinian Communities and the Actual Need for Equity. In: Waltz, Viktoria, Isaac, Jad Hrsg. 2010: THE FABRICATION OF ISRAEL. About the Usurpation and Destruction of Palestine through Zionist Spatial Planning. A unique Planning Issue. Eigenverlag, Dortmund. Link: <http://zionismus-israel-raumplanung.blogspot.com/2011/02/waltzisaac-fabrication-of-israel-unique.html>. Dort : im Rat des Nationalen Planungskomitee gibt es nur einen Palästinensischen Vertreter, im Rat der ILA kein Mitglied, es gibt nur ein palästinensisches Mitglied in einem der Distrikt Bauen und Planen Komitees, es gibt z.B. auch keinen palästinensischen Vertreter im Komitee für den Schutz des landwirtschaftlichen Landes, ebenso wenig gibt es palästinensische Vertreter in sogenannten Sonderkomitees, wie das Kuberski Komitee und das Markowitz Komitee; beide beschäftigen sich mit den palästinensischen, nicht anerkannten Orten; hinzukommt, dass es auch keine palästinensischen Fachkräfte in den diversen Planungsverwaltungen gibt.

<sup>142</sup> Deshalb sprechen z.B. israelische Planungstheoretiker von einem ethnokratischen Planungssystem. Siehe Khamaisi, Rasseem 2004: Barriers to the Planning of Arab Localities in Israel, The Floersheimer Institute for Policy Studies, Jerusalem; Alterman, Rachele 1994: The theoretical bases for planning and its implementations in defining plan's objectives and goals. In: Master Plan for Israel – 2020. Tel Aviv (hebrew), S 99-113; Yiftachel, Oren 1995: Planning as control: Policy and resistance in a deeply divided society. In: Progress in Planning, Vol. 44. S. 115-84; Alfasi, Nurit 2003: Is Public Participation Making Urban Planning More Democratic? The Israeli Experience; in: Planning Theory and Practice, VOL 4; Part 2. S. 185-204. Routledge Taylor and Francis Group.

geostrategisches Gebiet mit seiner Verbindung zu Ägypten, dem angrenzenden Roten Meer, dem Zugang zu Afrika und nicht zuletzt wegen seiner Rohstoffvorkommen, vor allem Phosphate und keramische Rohstoffe, sowie geringen Mengen an Erdöl, Erdgas und Eisen. Die Stadt Dimona ist heute bekannt als Ort nuklearer Waffenproduktion und nicht nur als Kernforschungszentrum.<sup>143</sup> Beer Sheba, arabisch Bir Saba, wurde im Rahmen der nationalen Planung zentraler Ort dieser Süd Region.

Vor 1948 lebten in diesem Gebiet 80- bis 90.000 Beduinen, die über 10-12.000 qkm Land regelmäßig beweideten, und dies seit Jahrhunderten als ihr Eigentum ansahen.<sup>144</sup>

Auch in der Negevwüste wurden im Zuge der ethnischen Säuberung die Beduinen Bevölkerung vertrieben, sodass nur 13-15.000 Beduinen während des Zensus im Staat Israel wahrgenommen wurden. Die übrigen Beduinen waren entweder nach Jordanien oder Ägypten geflohen oder befanden sich in anderen Teilen Palästinas (Israel, Gaza und Westbank) und wurden in Israel zu einem Teil der ‚Anwesend-Abwesenden‘. Heute werden etwa 190.000 Beduinen gerechnet, 13 Prozent der palästinensischen Bevölkerung Israels. Etwa 145.000 leben im Süden, die übrige Gruppe in Galiläa.

Im Zuge der Enteignung des so genannten ‚Abwesenden Landes‘ und mit Hilfe der Klassifizierung des Beduinen-Landes als unkultiviertes Land, ‚Mewat‘,<sup>145</sup> wurde den Beduinen 98 Prozent ihres vormaligen Landbesitzes im Negev genommen und schließlich in israelisches Staatsland umdefiniert. Spätere Klagen haben dazu geführt, dass den Beduinen bis heute nur etwa 30.000 dunam, 3.000 ha als Eigentum rück-erkannt wurden.

Die verbliebenen Beduinen wurden bereits in den ersten Jahren auf ein Gebiet von nur etwa 1.000 qkm im wenig fruchtbaren Teil des nördlichen Negev, dem Sijaq, nordöstlich von Beer Sheva, quasi eingesperrt. Die Kolonisierung des Negev wurde vom JNF und der ersten Regierung als besondere Herausforderung und Aufgabe für die Judaisierung des Landes angesehen.<sup>146</sup>

Beer Sheva wurde im Programm der 30 Neuen Städte zu einem Beispiel des modernen jüdischen Städtebaus ausgebaut, als ‚Frontstadt-Ikone‘ der Judaisierung der ‚Inneren Grenzen‘. Vor allem Neueinwanderer aus den arabischen und afrikanischen Ländern wurden hier angesiedelt.<sup>147</sup> Beer Sheva wurde Zentrum einer Reihe von kleineren jüdischen Städten und Dörfern. Der Sijaq, in den zwölf Stämme zu den dort bereits lebenden sechs Stämmen zwangsweise umgesiedelt worden

---

<sup>143</sup> Die Existenz des bis dahin geheim gehaltenen Nuklearforschungsprogrammes Israels und damit die faktische atomare Bewaffnung des Landes wurde zuerst von dem bekannten israelischen Nukleartechniker Mordechai Vanunu 1985 aufgedeckt, der dafür 18 Jahre im Gefängnis einsaß, zwei Drittel davon in Isolationshaft.

<sup>144</sup> Ben David 1991 zit. in Yiftachel 2003: S. 31; siehe Ben David, Y 1991: The Condition for the Negev Bedouins. Jerusalem Institute for Israel Studies.

<sup>145</sup> Wie bereits beschrieben nach dem Osmanischen Land Code von 1858 und infolge der ‚Mewat Ordinance‘ aus der Mandatszeit von 1921; auch wenn das Beduinenland im Zuge der Bodenregistrierung nie in die offiziellen Karten aufgenommen worden waren, anerkannten die Mandatsbehörden jedoch die in Dokumenten zwischen den Stämmen festgehaltenen oder durch mündliche Überlieferung klaren Besitzverhältnisse am Beduinenland und stellten die traditionelle Form des Beduinenlandbesitzes niemals infrage. Siehe Abu Sitta, Suleiman 2005.

<sup>146</sup> Ben Gurion „The people of Israel will be tested by the Negev (...) only by settling and developing the Negev can Israel (...) rise to the challenge that history put before us“, zit. in: Gradus, Yehuda 1984: The Emergence of Regionalism in a Centralised System. The Case of Israel. Environment and Planning D: Society and Space, S 87-100; Yossef Weitz, Vorsitzender des JNF, forderte am 19. Januar 1948, „The Hebrew state will have to embark on a wide settlement strategy in its first three years (...) big part of it in the Negev (...). In the Negev we'll be able to implement immediately our development laws, according to which we shall expropriate land according to a well designed plan“. Weitz, Yossef 1952: The Struggle for the Land, Tel Aviv: (Hebrew), S. 367, zit. in: Yiftachel, Oren 2003: BEDOUIN ARABS AND THE ISRAELI SETTLER STATE: Land Policies and Indigenous Resistance, in: Abu-Saad, Ismael, Champagne, Duane (Hrsg.) 2003: indigenous people between autonomy and globalization, Los Angeles, S. 29.

<sup>147</sup> Yiftachel 2003 : S. 30 .

waren, war Teil dieses Gebietes, blieb aber bei der Beer-Sheva-Planung unberücksichtigt und war bis 1966 der Militärverwaltung unterstellt. Waren die Beduinen über Jahrtausende ein nur halbansässiges Volk, wurden sie durch diese Umstände, vor allem den Verlust des Weidelandes, mehr und mehr von städtischer Infrastruktur abhängig. Sie blieben jedoch unberücksichtigt von der staatlichen Planung. Ihr Gebiet wurde im Rahmen des Bau- und Planungsgesetzes von 1965 als Agrarland definiert, das Bauen wurde also von besonderen Genehmigungen abhängig gemacht. Ihnen war das Bauen in Stein oder Beton untersagt – sodass sie bei wachsender Bevölkerung notgedrungen gezwungen waren, neue kleine Ansiedlungen aus Zelten und Wellblechhäusern zu errichten – diese galten jedoch als illegal und sind noch heute von Abriss bedroht.

Mitte der 1960er Jahre entstanden erste Pläne, die Beduinen des Negev in neuen permanenten Siedlungen zu konzentrieren – im Sijaq und auch in Städten wie Lod, Ramle und Tel Aviv. (*Zur Lage der Beduinenstädte im Sijaq siehe folgende Übersicht 8*). Ende der 1960er Jahre wurde die erste Beduinenstadt Tel Sheva errichtet, zwischen 1970 und 1980 sechs weitere Städte: Rahat, Laqiya, Hura, Kseifa, Arara und Segev-Shalom. Es war damit aber folgender Deal verbunden: Die Annahme eines registrierten und im Plan enthaltenen Grundstücks mit Anschluss an Wasser und Elektrizität in einer dieser neuen Städte löschte alle Ansprüche auf ehemals besessenes Land; bei Verbleib in einem als illegal erklärten Ortes, blieb die Bewohnerschaft ohne Serviceanspruch und unter der permanenten Bedrohung, dass die dort errichteten Gebäude zerstört und für illegales Bauen hohe Strafen erlassen würden. Die Neuen Städte mit eigenem Stadtrat wuchsen schnell, aber sie blieben isolierte Orte in der judaisierten, geförderten und entwickelten Umgebung von Beer Sheva und gelten heute als suburbane Ghettos mit hoher Arbeitslosigkeit,<sup>148</sup> sozialer Abhängigkeit, Kriminalität und sozialen Spannungen.<sup>149</sup> Etwa 110.000 von den etwa 170.000 bis 180.000 Beduinen des Südens lebten heute in den anerkannten Städten und Dörfern des Sijaq auf etwa 11.000 dunam.<sup>150</sup> Daneben existieren noch immer etwa 40 ‚nicht anerkannte‘ von den Beduinen besiedelte Orte mit insgesamt 70.000 Menschen. Manche dieser Orte sind historische Beduinen-Ansiedlungen, die bereits lange vor der israelischen Staatsgründung existiert haben wie al-Araqib, die 2009 völlig zerstört wurde.<sup>151</sup> Um die Bewohner der nicht anerkannten Dörfer in die permanenten Städte zu bewegen, wurden und werden weitere ‚Taktiken‘ der Planung angewandt:

- Strikte Nichtanerkennung aller Ansiedlungen außerhalb der geplanten Städte, einschließlich der Verweigerung infrastruktureller Versorgung, also mit Wasser, Strom, Telefon, Gesundheitseinrichtungen, öffentlichen Diensten und Ausbildungseinrichtungen;
- Intensivierung strafrechtlicher Verfolgung gegenüber nichtanerkannten Behausungen;
- Hauszerstörungen – seit den 1970er Jahren sind tausende Wohnhäuser der Negev Beduinen zerstört worden und allein 2000 z. B. in 2007;<sup>152</sup>

<sup>148</sup> Dies, obwohl die Beduinen neben den Drusen, anders als die übrigen israelischen Palästinenser sogar Zugang zur Armee und Polizei haben – eine weitere ausgrenzende Politik Israels mit Hilfe von ‚teile und herrsche‘. Jedoch nicht jede Familie lässt sich auf diesen Deal ein.

<sup>149</sup> Siehe Lithwick, H. 2000: An Urban development strategy for the Negev's Bedouin Community, Negev center for regional development and the center for Beduin culture, Beer-Sheva.

<sup>150</sup> Zahlen von 2007, in: OHCHR Office of the High Commissioner for Human Rights), 2009: Link:

[www2.ochr.org/english/.../Negev\\_Coexistence\\_Forum\\_Civil\\_Equality.pdf](http://www2.ochr.org/english/.../Negev_Coexistence_Forum_Civil_Equality.pdf); siehe auch [http://www.cbs.gov.il/shnaton60/st02\\_06x.pdf](http://www.cbs.gov.il/shnaton60/st02_06x.pdf).

<sup>151</sup> Zu Al Araqib, siehe human right watch 2008: Off the map. Land and housing rights violations in Israels unrecognized Bedouin villages, in: hrw report, Vol 20. No 5, March 30, 2008.

<sup>152</sup> "Rights group demands gov't stop demolishing Bedouin homes. Human Rights Watch report demands probe into housing ministry policies disadvantaging Negev nomads", in: Ha'aretz, July 13, 2001.

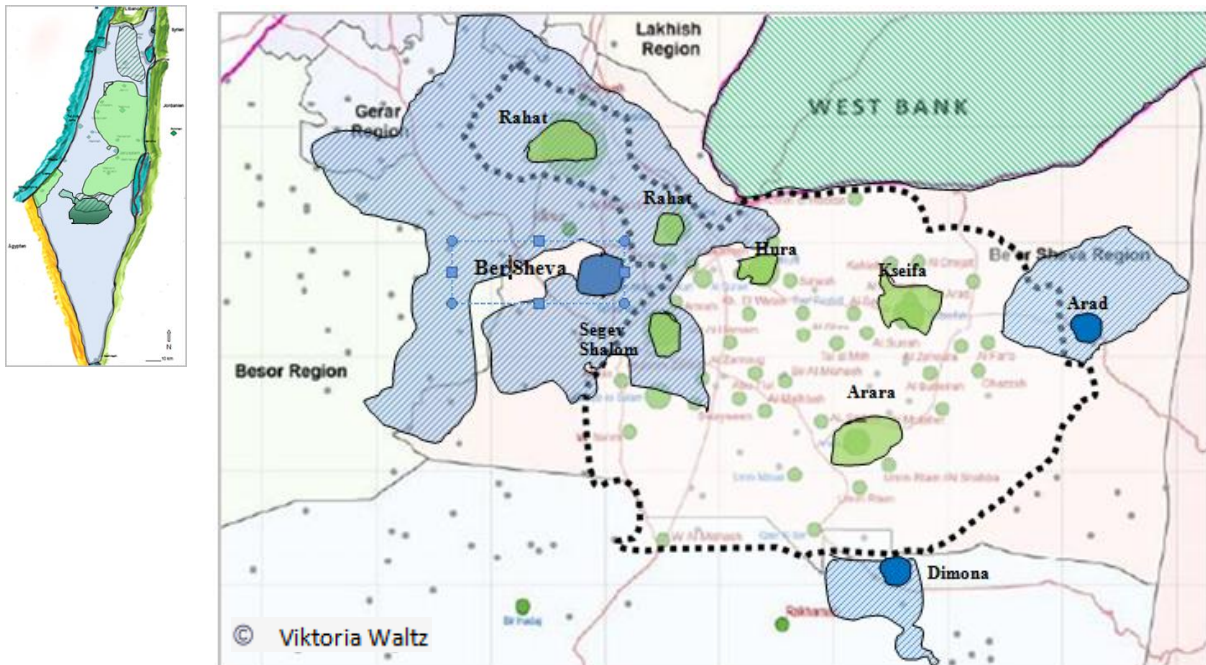
- regelmäßige Erteilung von Zwangsräumungsanordnungen und Strafmandaten, um die ‚Arabischen Invasoren‘ vom ‚Staatsland‘ zu vertreiben;
- Verzögerung der Vorgänge zur Landanerkennung, manchmal über drei Jahrzehnte, um den Palästinensern jede Hoffnung auf Rückgewinnung ihres Landes zu nehmen;
- Erlass von scharfen Einschränkungen, was das Weiden angeht, Ergreifen der Tiere und Zerstörung der meisten Herden der Beduinen aus so genannten Umweltschutzgründen;<sup>153</sup>
- Vergiftung von Feldern, die auf ‚umstrittenem‘ Land angelegt wurden sowie
- forciertes Vorgehen der staatlichen Steuerbehörde gegenüber ‚problematischen‘ Beduinen.<sup>154</sup>

Yiftachel geht davon aus, dass neben der generellen Judaisierungspolitik weitere Gründe Motiv für die scharfe Kontrolle gegenüber den Beduinenvölkern und ihre Umsiedlung in andere Regionen sind: die Befürchtung, dass die Beduinen bei räumlicher Ausbreitung quasi eine Brücke zum Gaza Streifen darstellen könnten,<sup>155</sup> und dass ihr Anwachsen eine demographische Bedrohung darstellt für den Süden sowie schließlich, dass es hohe Kosten verursachen würde, sie alle zu versorgen. Die prekäre Lage der Beduinen bis heute galt und gilt jedoch nicht nur für sie, sondern auch andere Regionen und Gruppen waren und sind von dem bedrohlichen Status der ‚nicht anerkannten Orte‘ betroffen.

## Übersicht 9

Beduinen im Sijaq (gepunktete Linie) nach 1948

Anerkannte Städte und Dörfer in Plangrenzen (grün), jüdische Städte in Plangrenzen (blau), nicht anerkannte Orte (Punkte grün, lila), zerstörte Orte (schwarze Punkte)



<sup>153</sup> Die ‚Green patrols‘ sind nur dem Schein nach eine Umwelt NGO, sondern eine gefürchtete zionistische militante Truppe; sie verfolgt akribisch die Herden der Beduinen, tötet und jagt die Herdentiere und sorgt für hohe Bestrafungen, wenn Beduinen außerhalb des ihnen zugewiesenen Landes an ihren traditionellen Weidegewohnheiten festhalten. Aus Gesprächen mit Beduinen im Wohnungsministerium in Ramallah im August 1999.

<sup>154</sup> Yiftachel, Oren 2003: S. 37.

<sup>155</sup> Es gibt bis heute den Konflikt des ‚Bir Saba‘-Landes, das z. B. im Falle einer palästinensischen Staatsgründung Gegenstand von Raumansprüchen sein könnte, denn Bir Saba-Land reicht von Bir Saba bis in den Gaza Streifen hinein.

## 5.2 ‚Nicht anerkannte Orte‘

Die Summe der nicht anerkannten Orte soll heute mehr als 100 betragen und über 100.000 nicht jüdische, palästinensische Israelis betreffen. Der Begriff ‚nicht anerkannt‘ gilt generell für alle Ortschaften in Israel, die vor 1948 bestanden, nicht in die offiziellen Pläne aufgenommen wurden und deshalb in Bezug auf Planung und Genehmigungsverfahren nicht anerkannt wurden und werden und vom Staat in keiner Weise Unterstützung erhalten. Das hat dazu geführt, dass diese Ortschaften mit 500 bis manchmal 5 000 Bewohnern keine ‚Masterpläne‘,<sup>156</sup> also Flächennutzungs- und Bebauungspläne, erhalten und somit kein Instrument in der Hand haben, um irgendeine Baugenehmigung für irgendeine Baumaßnahme zu erhalten. Nach dem Bau- und Planungsgesetz von 1965 wurden die Flächen, auf denen dennoch ‚illegal‘ Häuser stehen und neue errichtet wurden, als ‚landwirtschaftliche Flächen‘ ausgewiesen, eine Planungskategorie, die keine Wohnbauten oder andere Baukonstruktionen erlaubt. Man geht davon aus, dass es inzwischen 22.000 solcher nicht genehmigten Bauten gibt, und die Entwicklung der Anzahl der darin lebenden Menschen wird für 2020 auf 200.000 geschätzt – die Mehrheit im Sijaj.

Das Bau- und Planungsgesetz von 1965 verbot und verbietet darüber hinaus, solche nicht genehmigten Bauten mit grundlegender Infrastruktur wie Wasser, Strom, Telefon und Straßen, und auch nicht mit medizinischer und schulischer Infrastruktur zu versorgen. Dagegen haben sich immer wieder Gruppen gewendet und die Anerkennung einzuklagen versucht, was aber selten zum Erfolg geführt hat.<sup>157</sup>

Mehrere staatliche Komitees sollten sich in den letzten Jahrzehnten der Frage der nicht anerkannten Orte widmen und Lösungen vorschlagen. Das 1976 eingerichtete so genannte Kubarsky-Komitee und das Markovitz-Komitee von 1985 kamen nach ihrer Analyse zu dem Ergebnis, dass die meisten Bauten der Beduinen so genannte Behelfsbauten seien, die in den Plänen der Mandatsregierung genannt und geduldet waren und nicht illegal seien.

Nach Empfehlungen der Komitees wurden diese Gebiete jedoch als ‚Lösung‘ generell zu ‚Grauzonen‘ erklärt, ‚Gebiete mit ungeklärtem Status‘, die nicht versorgt werden müssen. Außerdem wurde empfohlen diejenigen Örtlichkeiten, die in der Nähe von jüdischen ‚legalen‘ Orten lägen, unter deren Rechtsaufsicht zu stellen und die übrigen zu zerstören. Im Jahre 2000 schlug das neu errichtete staatliche ‚Sub-Komitee für Beduinen Angelegenheiten‘ vor, 16 bis 18 der größeren Orte rechtlich anzuerkennen und in einen gesonderten Regionalplan aufzunehmen, und dies in Abstimmung mit dem schließlich anerkannten Regionalrat der bestehenden Dörfer. Dies wurde jedoch niemals realisiert, stattdessen wurde ein so genannter Sechs-Jahres-Sharon-Plan von der Regierung angenommen, nachdem die Bewohner der ‚nicht anerkannten‘ Dörfer in die inzwischen bestehenden sieben Beduinenstädte und

<sup>156</sup> Der Masterplan stellt im deutschen Planungsmilieu eine Mischung aus ideellem Entwicklungskonzept und Strategien zur Umsetzung bis zu konkreten Schritten, z.B. Projekten dar; in Anlehnung an englisches Planungsrecht muss er hier eher als rechtsetzendes Instrument für die Festlegung von Entwicklungsinhalten und Nutzungsvorgaben einer Region, einer Stadt und Dörfer verstanden werden.

<sup>157</sup> Siehe den Fall Ein Hud bei Haifa im Carmel; Ein Hud's Bewohner wurden 1948 im Zuge der ethnischen Säuberung aus ihrem Dorf vertrieben. Während die verbliebenen Bewohner auf einem dem Dorf gegenüberliegenden Hügel ihre Zelte aufschlugen, wurde das historische und einmalig schön gelegene Dorf von jüdischen Neueinwanderern, zumeist Künstlern übernommen und ist noch heute als Künstlerdorf bekannt. Die originäre Ein Hud-Bevölkerung und ihre Nachkommen leben bis heute, immer wieder von Verdrängung und Zerstörung bedroht, an dem Platz, zu dem sie damals geflüchtet waren – ohne Strom, ohne Wasser, ohne Straßenzugang. Sie ließen nicht locker, bekamen internationale Unterstützung und gewannen schließlich einen Prozess um die Anerkennung ihres jetzigen Ortes – zurück konnten sie allerdings nie. Nach 60 Jahren ‚illegalem‘ Überleben im Staate Israel floss in Ein Hud's Wohnungen 2007 zum ersten Mal Strom. Siehe Ha'aretz, 31. 7. 2007; bekannt wurde die Geschichte durch einen Studentenwettbewerb 2005, in dem ein Masterplan für Ein Hud entwickelt werden sollte. Link: <http://www.onelandtwosystems.com/article-201.3624-en.html>.

weitere sieben Neue Städte mit denselben Bedingungen umgesiedelt werden sollten. Der Kampf der Beduinen ging jedoch weiter – und inzwischen wurden acht der nicht anerkannten Dörfer offizielle Dörfer, nämlich Kassar Alsar, Moladah, Makhol, Darijat, Abu Qrenat, Um Batin, Bir Hadaj und Tarabin – sie unterstehen einem offiziellen Regionalrat ‚Abu Basma‘. Dieses Zugeständnis hat allerdings nichts an der weiteren Zerstörungspolitik geändert, und weitere Proteste und Unruhen waren die Antwort. 2008 gab es erneute Empfehlungen einer ‚Goldberg‘-Kommission für mehr Anerkennung von Dörfern und Städten und der Kompensation von Verlusten. Da dies für die Regierung mit dem Beer Sheva ‚Metroplis Plan‘ nicht in Einklang zu bringen war, blieb und bleibt es bis heute dabei, dass Hauszerstörungen und Vertreibungen hinein in die künstlich geschaffenen ‚Beduinen Städte‘ an der Tagesordnung sind.<sup>158</sup>

Über 100.000 Menschen palästinensischer Identität leben immer noch ohne offizielle Anerkennung im staatlichen Plan, also ohne Versorgung. Sie müssen Wasser vom Staat kaufen und beziehen ihren Strom aus eigenen Dieselmotoren.

Das betrifft zumeist ländliche Orte; aber auch Städte sind betroffen, denn auch in vielen historischen palästinensischen Städten gibt es den Status der „Illegalität“ und die Bedrohung durch Abriss.<sup>159</sup>

## **6. Judaisierung der Städte – die ‚Mixed Cities‘**

Als ‚gemischte Städte‘ wurden und werden die Städte bezeichnet, die von alters her palästinensisch waren und die im Rahmen des Programms der ‚30 Neuen Städte‘ eine israelisch-jüdische Nachbarschaft erhielten und die schließlich in die israelisch-jüdische Stadt eingemeindet wurden. Dabei handelt es sich um Städte wie Haifa, Jaffa, Lod, Safad, Tiberias, Akka oder Nazareth, die jede ein anderes Schicksal und ein anderes Programm der Judaisierung erfahren haben.<sup>160</sup> Alle haben aber das Muster von Vertreibungen, Hauszerstörungen und Enteignungen von Land erfahren.

*Nazareth*, das christliche Zentrum in Galiläa, das immer noch überwiegend palästinensisch geblieben ist, erfuhr den Bau einer völlig neuen großen Stadt in direkter Nachbarschaft, ‚Neu Nazareth‘, auf dem gegenüberliegenden Hügel der Region – und ohne Entwicklungs- und Erweiterungsmöglichkeiten für die historische Stadt Nazareth. Nach Protesten gegen zunehmende Landenteignung im Jahre 1976, bei denen die israelische Armee sechs Menschen tötete, ging von hier die Bewegung ‚Tag des Bodens‘ (Land Day) aus, ein Tag, der seitdem jährlich trotz militärischem Druck von den palästinensischen Gemeinden in Israel begangen wird. In den letzten Jahrzehnten wurde in Nazareth eine Politik der inneren Zersetzung verfolgt, das Schüren von Konflikten zwischen den Christen und den Muslimen der Stadt um Land und Baugenehmigungen.<sup>161</sup>

---

<sup>158</sup> Siehe UNHCR, The UN Refugee Agency 2011: State of the World's Minorities and Indigenous Peoples 2011 - Israel and the Occupied Palestinian Territory (OPT), Link: <http://www.unhcr.org/refworld/docid/4e16d36ec.html>.

<sup>159</sup> In Um El Fahem im so genannten Dreieck mit seinen etwa 40.000 Einwohnern sind heute wegen fehlender Masterpläne 70% des Wohnbestandes ‚illegal‘, weil sie nur ohne Baugenehmigung errichtet werden konnten und von folglich von Abriss bedroht sind –wie Kassem Egbaria, Stadtplaner in Um El Fahem, in einem Gespräch an der Birzeit Universität im September 2009 mitteilte.

<sup>160</sup> Der ‚Urbizid‘, analog zu Geozid und Genozid verwendet, bedeutet die militärische Offensive zur Dearabisierung der Städte, die im April 1948 mit Tiberias begann; es folgten Haifa, Safad, Jerusalem, Akka, Baysan und Jaffa. Siehe Pappé, 2006: S. 91.

<sup>161</sup> So wurde zur Jahrtausendwende bewusst ein Streit um die Nutzung eines Grundstücks neben der Geburtskirche in Nazareth zwischen Christen und Muslimen geschürt, der wochenlang durch die israelische Presse ging. Siehe auch: Strickert, Fred 2000: Conflict in Nazareth Continues Over Mosque Construction, in: Washington Report on Middle East Affairs, March 2002, S. 82.

Akka war nach 1948 zwar vollständig palästinensisch, aber die Bewohner waren geflüchtet oder ‚abwesend‘, und die zur Zeit der Zählung angetroffenen Bewohner waren zumeist Flüchtlinge aus dem Süden, die nicht als Eigentümer registriert wurden. Wie diese wurden auch die rückkehrenden tatsächlichen Eigentümer nach der Zählung ‚Nicht Anwesende‘ und sind bis heute zumeist nur Mieter und der Willkür der staatlichen Wohnungsbaugesellschaft AMIDAR ausgesetzt, die das ‚Abwesenden-Eigentum‘ übertragen bekam.<sup>162</sup> In direkter Nachbarschaft wurde ebenfalls im Rahmen des Programms der ‚30 Neuen Städte‘ Akko, eine völlig neue Stadt nach dem Modell Gartenstadt errichtet. In jüngster Zeit kam Akka in die Schlagzeilen, als jüdische Jugendliche aus Akko palästinensische Jugendliche aus Akka angriffen und es dabei zu heftigen Auseinandersetzungen kam.<sup>163</sup>

Jaffa, besonders die historische Altstadt, hatten die meisten Bewohner im Zuge der ethnischen Säuberung bereits verlassen, und viele suchten in den verbliebenen umliegenden Dörfern oder in der Neustadt Jaffas Schutz, wenn sie nicht über den Hafen das Land ganz verlassen hatten und in Gaza oder woanders gelandet waren.<sup>164</sup> Jaffa, in unmittelbarer Nachbarschaft zur rein jüdischen Stadt Tel Aviv und seit der Gründung ein Dorn im Auge der zionistischen Führung, wurde zur ‚Altstadt‘ von Tel Aviv umdefiniert, die ehemaligen Altstadt-Bewohner wurden vollständig vertrieben und diejenigen, die in der ‚Neustadt‘ Jaffas Zuflucht gesucht hatten, wurden Opfer einer Wohnungspolitik der Wohnungsbaugesellschaft AMIDAR, die einst zum Schutz von Mietern gegründet wurde, aber wie sich heute herausstellt, diesen Schutz nur für ‚jüdische Mieter‘ garantiert.<sup>165</sup>

Ganz andere Entwicklungen nahmen die palästinensischen Städte, die entweder ganz von der Landkarte verschwunden sind, wie die Küstenstädte Majdal, das heutige Ashqelon oder Ramle, Städte, die im Grunde nur als israelische Städte bekannt sind und nur noch einen kleinen palästinensischen, dazu noch illegalisierten Stadtteil besitzen; Safed, die historische palästinensische Stadt Safad, wurde nach der Vertreibung seiner Bewohner vollständig judaisiert, wie auch Tiberias und andere historische palästinensische Städte, die einfach mit ihrer gesamten historischen Struktur übernommen wurden, nachdem die ehemalige autochthone Bevölkerung vollständig vertrieben worden war.<sup>166</sup>

Ihr Schicksal ist sehr klar und deutlich über Luftaufnahmen der verschiedenen Etappen der Zerstörung und Vertreibung belegt und von Benjamin Z. Kedar beschrieben worden.<sup>167</sup>

An dieser Stelle soll Jaffa als das herausragende Beispiel eines urbanen und kulturellen Genozids<sup>168</sup> gelten – beispielhaft für das zukünftige Schicksal Akkas oder

---

<sup>162</sup> Die Vertreibung der Bewohner Akkas lief unter der Operation Ben Ami; siehe Pappé 2006: S. 100 ff.

<sup>163</sup> Es begann am 8. Oktober 2008 am Jom Kippur Tag: eine palästinensische Familie wurde von israelischen Jugendlichen angegriffen und verfolgt; als das Gerücht umging, dass jemand getötet worden sei, gingen hunderte palästinensische Jugendliche auf die Straße, und der scheinbare Friede in der so genannten ‚Mixed City‘ brach auf, denn anschließend stürmten hunderte Israelis die arabischen Viertel: Fenster wurden eingeschlagen, Läden und Häuser niedergebrannt - und seitdem ist es vorbei mit der so genannten friedlichen Nachbarschaft. Link <http://www.merip.org/mero/mero111508>.

<sup>164</sup> Einer befreundeten, heute in Deutschland lebenden Arzt-Familie erging es so: nur die Mutter, Großmutter meines Freundes, schaffte es mit ihren Kindern auf ein Schiff, der Kontakt zu ihrem Mann ging verloren. Sie landete in Beirut. Dort fand ihr Bruder sie in einem Flüchtlingslager, der inzwischen wusste, dass ihr Mann in Jordanien gelandet war. So wurden sie Jordanier und mein Freund wurde dort geboren, aber auch er versteht sich als Palästinenser und besteht auf seinem Recht auf Rückkehr.

<sup>165</sup> Siehe das folgende Kapitel.

<sup>166</sup> Die Übernahme palästinensischen Eigentums seit 1948 wurde durch die neuen Bewohner sogleich mit an den Häusern angebrachten Tafeln zum jüdischen Besitz erklärt, um dies für spätere Zeiten zu dokumentieren – eine beliebte Methode oder besser Politik, Altes auszulöschen und Jüdisches an die Stelle zu setzen, die auch in der Jerusalemer Altstadt von den zionistischen Siedlern praktiziert wird.

<sup>167</sup> Siehe Kedar: 1999.

<sup>168</sup> Genozid bedeutet systematische Zerstörung oder Vernichtung und wird heute im Zusammenhang von systematischer Vertreibung und nachhaltiger Vernichtungsplanung von Minderheiten, sei das in Afrika, Asien, Lateinamerika oder Europa gebraucht, siehe Pappé, 2006: im israelisch-palästinensischen Kontext. Ähnlich wird der Begriff ‚Holocaust‘ im internationalen Diskurs aus der exklusiven Bedeutung für die



Nazareths in Israel oder der Altstadt von Jerusalem und Hebron in der Westbank, wenn es nach manchen Aktivisten unter den orthodoxen Siedlergruppen ginge.<sup>169</sup>

## 6.1 Jaffa – ‚Braut des Mittelmeeres‘

Jaffa hat eine Jahrtausendealte bis in die Bronzezeit zurückgehende Geschichte und war seit Jahrhunderten prominenter Hafen und Seeverbindung nach Europa. In moderner Zeit entwickelte sich Jaffa zu einem blühenden Zentrum diverser Industrien und war bekannt wegen seiner Baumwoll- und Lederprodukte, Zigaretten, Textilien und edler Holzschachteln. Welttoffen und kulturell lebendig, gab es in Jaffa internationale Schulen, diverse weiterführende Ausbildungsinstitute, und viele politische Zeitungen und Journale wurden in Jaffa herausgegeben. Jaffa war wegen seiner kulturellen Vielfalt ein häufiger Auftrittsort berühmter Künstler der arabischen Welt, so z. B. war Um Koulthoum hier oftmals zu Gast.

Jaffa war auch ein Ort der Zuwanderung, beliebt wegen seines Flairs und seiner Möglichkeiten. Seit dem zionistischen Plan war der Hafen von Jaffa Ankunftsort der meisten jüdischen Neueinwanderer, und der Jaffa umgebende fruchtbare Küstenstreifen wurde ein Zentrum der zionistischen Kolonisation. Landkäufe in und um die zu Jaffa gehörenden umliegenden Dörfer bildeten den Beginn der späteren Hegemonie über diese Stadt. Das benachbarte Tel Aviv, eine rein jüdische Gründung in direkter Nachbarschaft zu Jaffa, erhielt 1921 unter der englischen Verwaltung Stadtrecht und eine eigene Stadtverwaltung. (*Zur Lage von Jaffa und Tel Aviv bis 1930 siehe Übersicht 9a-c am Ende dieses Kapitels*). Seitdem gab es ein Auf und Ab von Zusammenarbeit, wo es nötig erschien, etwa bei Infrastrukturfragen und Widersprüchen und Konflikten um Einflussphären, Stadtgrenzen und Boden- bzw. Eigentumsfragen, wenn es um zionistische Interessen ging.<sup>170</sup>

Zur Zeit der ersten großen Revolte im Jahre 1936 gegen die gezielte zionistische Einwanderung und ihre offensichtliche Unterstützung durch die britische Mandatsregierung war Jaffa ein Zentrum der Revolte und heftigen Angriffen durch das englische Militär ausgesetzt. Es gab Tote, Verletzte und Hauszerstörungen. Um die engen Viertel besser kontrollieren zu können, wandten die Engländer eine bekannte Planungsstrategie<sup>171</sup> an: Sie brachen neue Straßen durch die verwinkelten Gassen der Neustadtviertel, die die historische Altstadt umgaben, um die Bewohner effektiver kontrollieren zu können und den Zugang von Jeeps und Militärpatrouillen zu erleichtern.

Nach den Teilungsplänen der UN in der Resolution 181 von 1947 war Jaffa wegen seines eindeutig palästinensischen Charakters eine kleine palästinensische Insel<sup>172</sup> inmitten des Gebietes, das den Zionisten zugesprochen werden sollte. Dies schien wie ein Angebot an die Zionisten, es ganz einzunehmen. Seit dem UN-Beschluss

---

Vernichtungspolitik gegenüber den Juden Europas durch die Nationalsozialisten genommen und für ähnliche Konstellationen verwendet; so spricht man vom ‚kulturellen Holocaust‘, oder ‚geographischen Holocaust‘, wo es um die Vernichtung der kulturellen oder nationalen oder auch geographischen Identität eines Volkes geht, in: ‚Webster’s Encyclopaedia‘ wird ‚Holocaust‘ als ‚eine sehr große oder vollständige Verwüstung oder Zerstörung‘ beschrieben, ein ‚systematisches Abschichten‘ oder eine ‚irgendwie geartete rücksichtslose Zerstörung von Leben‘ (eigene Übersetzung).

<sup>169</sup> Ateret cohanim zum Beispiel, die aktivste Siedlergruppe in der Altstadt von Jerusalem, die palästinensische Häuser besetzt, mit Hintermännern Käufe fingiert und mehrere Torah Schulen und Gebetsräume unterhält; zu ihrer eigen definierten Bestimmung: “To have Torah learning and yeshiva students on the outskirts of the Temple Mount shows that the centuries-old Zionist dream is ongoing, as is the process of redemption.”

<sup>170</sup> LeVine, Mark 2005: *Overthrowing Geography. Jaffa, Tel Aviv and the struggle for Palestine 1880-1948*. Berkeley-Los Angeles-London.

<sup>171</sup> Bekanntester ist die Methode ‚Hausman‘ für Paris; Georges-Eugène Hausman war Präfekt und Planer im Paris des 19ten Jahrhundert; unter dem Logo der Modernisierung wurden die neuen Boulevards auf Kosten von den alten dicht bewohnten Arbeitervierteln errichtet, um damit der Polizei nach ihrer Zerstörung einen einfacheren Zugang zu den kampfbereiten Pariser Arbeitern und ihrer Kontrolle zu ermöglichen.

<sup>172</sup> Den Text der Resolution 181 siehe unter: [unispal.un.org/nsf](http://unispal.un.org/nsf).

nahmen tatsächlich die Übergriffe einzelner zionistischer Banden im Rahmen des Plan D auf die Umgebung von Jaffa und die Dörfer zu. Die verheerende militärische Offensive ereilte Jaffa am 13. Mai. Obwohl Jaffas Bewohner sich mit heroischem Mut verteidigten, erlag die Stadt nach drei Wochen Belagerung den Angriffen der 5.000 Mann starken zionistisch-jüdischen Truppen.<sup>173</sup>

Etwa 60.000 bis 70.000 Menschen mussten Jaffa verlassen. Die Altstadt und der nahe an Tel Aviv gelegene Stadtteil Manshiye wurden gänzlich entvölkert. Die 4.000 verbliebenen Bewohner Jaffas wurden in den noch verbliebenen, ärmsten Stadtteilen, dem südlich der Altstadt gelegenen Ajami und dem nördlich gelegenen Jabaliyah zusammengetrieben und blieben unter Belagerung umgeben von Stacheldrahtzäunen und Kontrollposten. Sie wurden nach Aufhebung des Belagerungszustandes 1950 wie die anderen palästinensischen Gebiete in Israel bis 1966 unter Militärkontrolle gestellt. Die Stadt Jaffa verlor damit ihre Selbständigkeit und ist bis heute als Tel Aviv-Yafo der Stadtverwaltung von Tel Aviv unterstellt und wird als die ‚Altstadt Tel Avivs‘ vermarktet.

### *Jaffas Transformation unter Israelischer Planung*

Mit Gründung des Staates Israels und der faktischen Übernahme Jaffas in die Hoheit Tel Avivs begann ein gründlicher Judaisierungsprozess, der die Bevölkerungszusammensetzung und die Landkarte praktisch neu erschuf. Die meisten umliegenden palästinensischen Dörfer waren entvölkert worden, die Altstadt und Neustadt Jaffas ebenso fast vollständig, und eine neue Kultur überzog diese historischen Stätten des alten Palästina. Wie andere ‚schöne‘ entvölkerte Orte, wie z. B. Ein Hud im Norden, besetzten jüdische Künstler die historische Altstadt. Sie renovierten, bauten um und ergänzten, richteten Ateliers und Kunsthandwerkstätten ein, schufen Cafés und Restaurants in ehemals islamischen Einrichtungen und brachten Tafeln mit jüdischen Namen und jüdischer Zeitrechnung an, um jüdisches Besitzrecht zu dokumentieren. Nachdem 1965 der seit 3.000 bestehende Hafen als Handelshafen geschlossen und Ashdot stattdessen ausgebaut wurde, entwickelte sich Jaffa endgültig zu dem, was es heute mit dem bekannten Flohmarkt und den Fischrestaurants ist: ein attraktives israelisches Ausgeh- und Künstlerviertel, ein Treffpunkt der Tel Aviver und der Touristen mit unvergleichlichem Flair. Den ehemaligen ‚Besatzern‘ wurden für ihre ‚bewundernswürdige Renovierungstätigkeit‘ Nutzungsrechte vergeben, sodass diese sich heute als die eigentlichen Eigentümer der historischen palästinensischen Häuser verstehen können.

Die umliegenden Neustadtviertel wurden je nach den Umständen neu besiedelt, umgebaut, oder es wurden darin neue Projekte errichtet. Etwa 45.000 Flüchtlinge aus Europa wurden in Jaffas ‚verlassenen Häusern‘ untergebracht.<sup>174</sup>

Das Schicksal derer, die das Land nicht bereits vor der Belagerung verlassen hatten und in den verbliebenen Dörfern bei Verwandten oder in Ajami oder Jabaliyah ausharren mussten, wurde durch den Zensus von 1948 besiegelt: sie waren zu Anwesend-Abwesenden geworden. Auch das Eigentum war entsprechend konfisziert worden, und wer trotz aller Widrigkeiten nach 1950 in sein altes Haus zurückgekehrt war, wurde zum Mieter seines Eigentums, da es bereits dem ‚Kustos des

---

<sup>173</sup> Pappé 2006: S. 102 ff.

<sup>174</sup> Humphries, Isabelle 2008: The Nakba Continious: Ethnic cleansing of Jaffas Ajami Neighbourhood, in: Washington Report in Middle East Affairs. S. 14 f.

Verlassenen Eigentums‘ und später der zionistischen Wohnungsbaugesellschaft Amidar, ein Zweig der ILO (Israel Land Organisation), übertragen worden war.<sup>175</sup>

Amidar war gegründet worden, um den nötigen Wohnraum für die anstehenden 700.000 Neueinwanderer zu beschaffen – entweder durch Neubau oder durch Bewirtschaftung des verlassenen palästinensischen Eigentums.

Während Amidar sich um die Unterbringung jüdischer Einwanderer kümmerte, palästinensische Wohnungen plünderte, renovierte oder umbaute und Neubaupläne entwarf, gab es auch hier für die verbliebenen Palästinenser weder finanzielle Unterstützung noch Entwicklungsmöglichkeiten. Das ehemalige Manshiye Viertel, das fast vollständig zerstört worden war, wurde zu einem Park. In den beiden Vierteln Ajami und Jabaliyah war den palästinensischen ‚Mietern‘ jedwede Veränderung und Verbesserung untersagt, und beide Viertel wurden zu armen und vernachlässigten Gebieten des Stadtgebietes Jaffa-Tel Aviv. Enteignung und Zerstörung nahmen kein Ende – im Jahre 1973 gab es noch 3.176 Wohneinheiten in den Nachbarschaften Ajami und Jabaliyah, in denen palästinensische Familien wohnten, 1990 nur noch 1.608. Palästinensische Quellen besagen, dass etwa 3.200 Häuser in den letzten 30 Jahren von den israelischen Behörden zerstört wurden.<sup>176</sup>

Mitte der 1980er Jahre erfuhren Jaffas palästinensische Bewohner einen neuen Angriff auf ihre schon prekäre Eigentums- und Wohnsituation. Die Tel Aviver Stadtverwaltung präsentierte einen so genannten Jaffa Erneuerungsplan, der der ‚physischen und sozioökonomischen Rehabilitierung‘ dienen sollte.<sup>177</sup> (Zur Stadtentwicklung Tel Aviv/Jaffa bis heute siehe Übersichten 10, 11 am Ende dieses Kapitels).

Bekanntermaßen dienen solche Pläne, verbunden mit Privatisierung und Bauzwang vor allem der Vertreibung der vorhandenen ‚armen‘ Bevölkerung, und eine gewollte ‚Gentrifizierung‘<sup>178</sup> setzt ein: die Altmieten werden durch besser verdienende Familien ersetzt, um das Gebiet aufzuwerten. Die besonders attraktive Lage Jaffas und seiner direkten Nachbarschaften an der Küste war seit längerem für Investoren von großem Interesse, und die Tel Aviver Stadtplaner lieferten die entsprechende Planung zur Realisierung solcher Interessen. Dieser Erneuerungsplan bezog sich auch und besonders auf Ajami und Jabaliyah, Gebiete, die als Slums bezeichnet wurden, die dringend aufgewertet werden müssten. Das Programm sah folgendes vor:

- Erstellung rechtsverbindlicher Pläne;
- Aufnahme Jaffas in das Regierungsprogramm für Erneuerung, um staatliche Gelder zu erhalten;
- Vertrag mit der ILA, der staatlichen Besitzerin der Grundstücke und Gebäude, der dafür sorgen sollte, dass Profite aus Landverkäufen in die Verbesserung der Infrastruktur investiert werden und
- Fundraising innerhalb der weltweiten jüdischen Gemeinde.<sup>179</sup>

Zunächst wurden einige historische Gebäude, Kirchen, Moscheen, wie z. B. die Mina Moschee am Küstenboulevard und auch Monumente der Bauhaus-Ära wie das Alhambra Kino im Rahmen dieser Planung renoviert – allerdings auch ein muslimischer Friedhof durch radikale Gruppen zerstört. Jaffa erfuhr durch die

---

<sup>175</sup> Tarek, Ibrahim 2008: Unprotected Citizens. Amidar public housing company threatens to evict 497 Palestinian families in Jaffa-Tel Aviv, Arab Association for Human Rights (HRA), S. 9 ff.

<sup>176</sup> Tarek 2008: S. 16.

<sup>177</sup> Ebd., S. 18.

<sup>178</sup> Gentrifizierung ist ein bekannter Begriff der Stadtsoziologie und meint die Aufwertung eines Viertels durch Planungs- und Baumaßnahmen zugunsten einer neuen, wohlhabenderen Mieter- und Käuferschicht.

<sup>179</sup> Montrescue, Daniel, The Palestinian Community in Jaffa: A social planning-report. Shatil – Mixed Cities Project, March 2007, S. 10 (Hebrew), in: Tarek 2008: S. 18.

Erneuerungspläne eine gewisse Verbesserung im Äußeren und auch einen kleinen wirtschaftlichen Aufschwung, sodass auch die palästinensischen Bewohner davon profitierten.

Die erste Intifada 1987/88 in der Westbank und dem Gaza Streifen erweckte allerdings das Nationalgefühl der palästinensischen Israelis, und Proteste gegen die jahrzehntelang ertragene Diskriminierung und Unterdrückung wurden auch in Jaffa laut geäußert.

Das Thema der ‚Mixed Cities‘ kam auf die Agenda israelischer Planungs- und Kolonisierungspolitik. Eine Antwort war für Jaffa die Bildung einer Extra- oder Nebenverwaltung für die Stadt, deren Aufgabe es sein sollte, für die Zentralverwaltung in Tel Aviv die Umsetzung der anstehenden Pläne voranzutreiben und die Kontrolle über das Vorhaben zu behalten. Folgende Entwicklungsaspekte waren danach für Jaffa vorgesehen:

- Tourismus und Geschäftsleben,
- Infrastruktur,
- Jaffa als qualifiziertes Ausbildungszentrum mit einem akademischen Campus,
- Aufwertung des Stadtbildes (Boulevards, Parks),
- Ausbildung, Kultur und Community Bildung sowie
- Kultur und Kunst.

Im Zentrum stand seit Jahren das Projekt ‚Jaffa Slope‘ oder ‚Jaffa-Hang‘, eine ehemalige Abfalldeponie direkt an der Küste vor einem Wohngebiet gelegen, über die sich seit Jahren die palästinensischen Anwohner wegen des Gestanks und Unrats beschwert hatten. Dieser ‚Schandfleck‘ sollte nun verschwinden – nicht wegen der Proteste, sondern um das Land teuer für den luxuriösen Wohnkomplex ‚Andromeda Hill‘, im Zusammenhang mit Parks, Promenade und Beach-Leben zu nutzen. Zusätzlich wurden anliegende Grundstücke und Häuser eingepplant und durch Amidar verkauft, alte Bewohner hatten nun mit individuellen Nutzungsansprüchen zu tun, mussten ihre Wohnungen verlassen, und viele Häuser wurden zur Zerstörung freigegeben.

Was als ein typisches Erneuerungsprogramm mit den üblichen Folgen für die Alteingesessene Bewohnerschaft daherkam, hatte allerdings dieselben Effekte wie die vorhergegangenen Planungsstrategien: die Vertreibung der Palästinenser aus Jaffa, nun der Neustadt und ihren verbliebenen Vierteln. Amidar, die als staatlicher Verwalter aller Gebäude auftrat, brachte 2007 einen entsprechend sachdienlichen Bericht für die Knesset unter der Leitung eines Innenminister Komitees heraus unter dem Titel: ‚Überprüfung des Bestandes an besetztem Eigentum in Jaffa‘, in dem insgesamt 497 Häuser als besetztes staatliches Eigentum identifiziert wurden, die Amidar verwaltete. Alle Bewohner dieser Häuser erhielten danach Anordnungen, die Häuser zu verlassen.

Amidar, die Wohnungsverwaltung, die unter anderem auch gegründet worden war, um Mieterrechte zu schützen, jüdische damals gegenüber palästinensischen Ansprüchen, hätte nun eigentlich für den Schutz der Bewohner vor Evakuierung oder Vertreibung eintreten müssen. Das Gegenteil geschah unter Anwendung anderer ‚Verordnungen‘: solch ein Schutz konnte nur geltend gemacht werden, wenn die Mieter nicht gegen das Gesetz verstoßen hatten. Das aber hatten die palästinensischen Bewohner von Ajami und Jabaliyah nach zionistischer Auslegung. Sie hatten nämlich in ihren oftmals eigenen Häusern begonnen, Balkons, Terrassen oder Anbauten anzubringen, um für die wachsenden Familien mehr Wohnraum zu schaffen – aber nie eine Baugenehmigung beantragt, denn als Mieter hätten sie

diese gar nicht bekommen. Unter diesen Umständen wurde die Evakuierung von hunderten Familien während der letzten Jahre quasi legal.<sup>180</sup> Die Gentrifizierungspolitik in Jaffa entpuppte sich so als Judaisierungsprogramm mit Hilfe städtischer Erneuerungs-, Entwicklungs- und Wohnungspolitik gepaart mit staatlicher Förderpolitik und finanzieller und organisatorischer Unterstützung durch die zionistischen Organisationen von WZO, JA und ILA. Auch hier entstand zwangsweise eine neue Landkarte und eine neue demographische Struktur – die ehemals typische arabische, palästinensische Baukultur wurde zum hübschen Beiwerk einer neuen jüdischen Welt. Solange aber noch palästinensische Bewohner den erwünschten rein jüdischen Charakter des Staates Israel und historische Stätten mit ihren historischen bekannten Namen das Bild störten, fehlte noch etwas an der Vollendung des zionistischen Programms. Auch dafür war eine Lösung vorgesehen: die schlichte Änderung der Namen.<sup>181</sup>

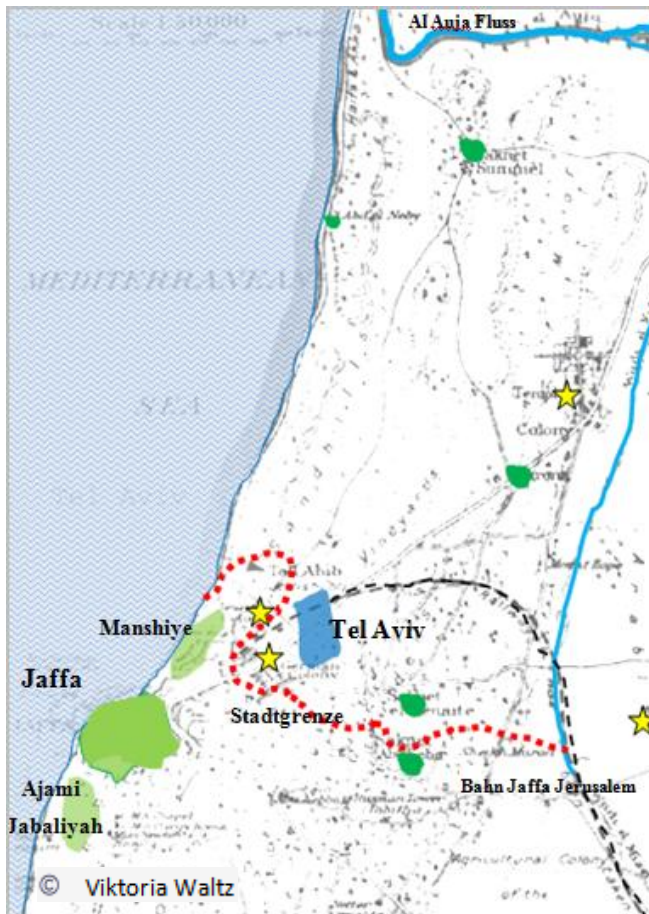
---

<sup>180</sup> Siehe Tarek 2008.

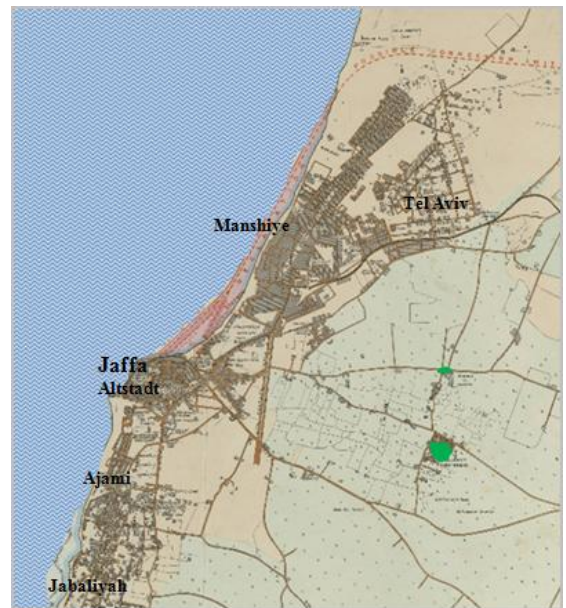
<sup>181</sup> Siehe Benvenisti 2002.

## Übersicht 10 Kolonisierung von Jaffa

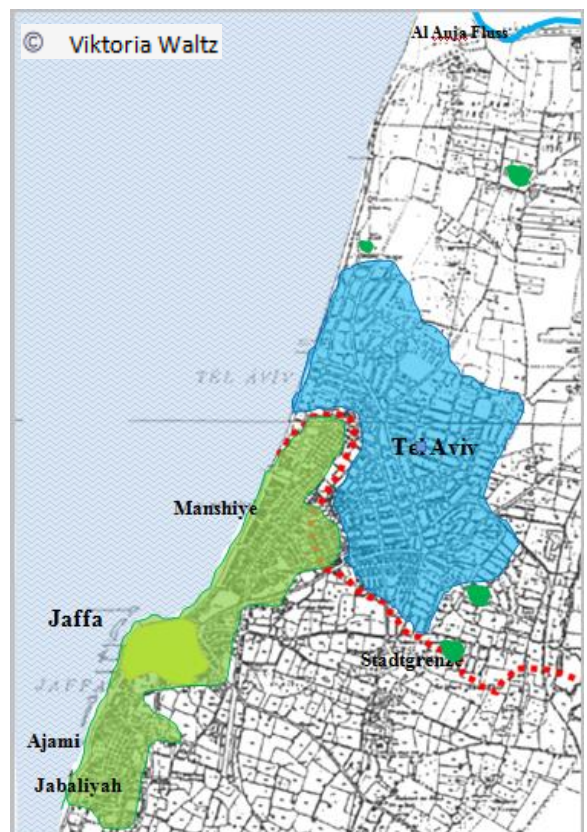
a. Jaffa um 1910, Nachbarstadtteile, Stadtgrenze (rot), Umland mit Dörfern, Kolonien, Lage/Fläche Tel Aviv Plan, Bahntrasse



b. Jaffa & Tel Aviv um 1923 nach Entwicklungsplan von Palmer



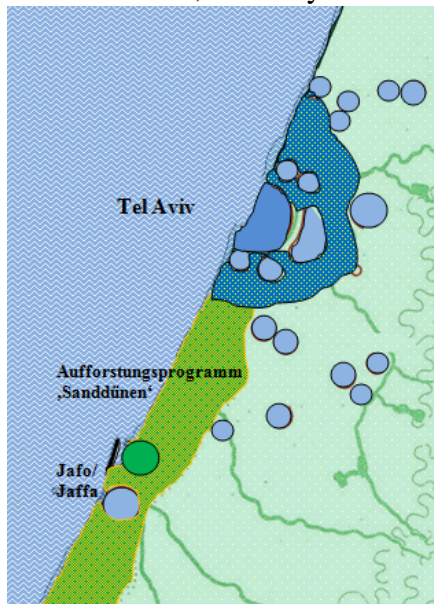
c. Jaffa und Tel Aviv um 1930, Stadtgrenze (rot)



## Übersicht 11

Distrikt Entwicklungs-Plan Tel Aviv 1950

Alles dreht sich um Tel Aviv: Erweiterung, Eingemeindung, neue Stadtteile, Dörfer  
Jaffa wird Jafo, Manshiye verschwindet im Aufforstungsprogramm



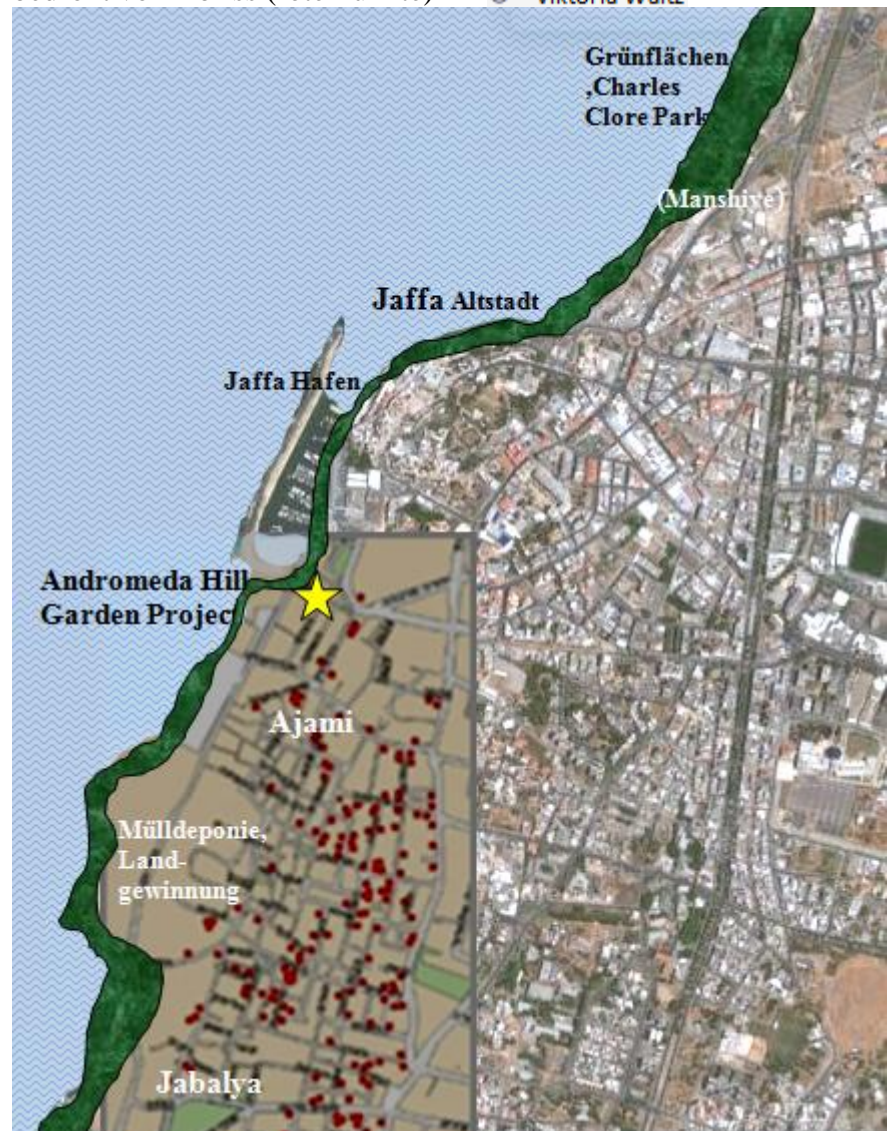
## Übersicht 12

Jaffa Tel Aviv heute, 2011

Manshiye Grünfläche, Ajami/Jabaliyah

bedroht von Abriss (rote Punkte)

© Viktoria Waltz



## 7. Die Hebräisierung der Landkarte

Die Schaffung neuer Landkarten ist und war eine der typischen intellektuellen Waffen im Kolonisierungsprozess – nicht nur im Projekt Israel.<sup>182</sup> Landkarten können so etwas wie ‚wissenschaftliche Objektivität‘ suggerieren, etwas, das die Zionistische Bewegung dringend für ihre Landnahme gebrauchen konnte. Schon in der Mandatszeit war die ‚Society for the Reclamation of Antiquities‘ später die ‚Israel Exploration Society‘ tätig, um den Anspruch auf das ‚Land Israel‘ mit historischen, geographischen und antiquarischen Forschungen zu untermauern und auf die offizielle Landkarte Einfluss zu nehmen.<sup>183</sup>

Im Juli 1949 beauftragte die Regierung unter Ben Gurion ein Komitee, das NNC (Negev Names Committee), aus einer Forschergruppe eben dieser Israel Exploration Society (IES) mit der Aufgabe, „allen Orten – Berge, Täler, Quellen, Straßen und so weiter – in der Negev Region hebräische Namen zuzuweisen“. Dies stellte quasi einen Akt zur Schaffung neuer Eigentumsrechte, zur Dokumentierung eines jüdischen Eigentumsrechts über ein Gebiet, das mehr als die Hälfte Israels ausmachte. Für die Mitglieder der IES war dieses Ansinnen nicht neu – bereits unter der Mandatsregierung hatte das IES Einfluss auf die Namensgebung in den offiziellen Karten des Britischen Empires für Palästina zu nehmen versucht. In einer inoffiziellen hebräischen Karte hatte das IES bereits eigene biblische Namen angeblich hebräischer Siedlungen entworfen, die zum Beispiel von der Haganah bei ihren Angriffen auf palästinensische Dörfer verwendet worden war. In einem Brief des Premierministers Ben Gurion an den Vorsitzenden dieses Komitees hieß es: „Aus Gründen der Staatsbildung müssen wir die arabischen Namen entfernen. Ebenso wenig wie wir das politische Eigentum der Araber auf dieses Land anerkennen, werden wir auch nicht das geistige Eigentum an ihren Namen anerkennen.“<sup>184</sup>

Die Arbeitsgrundlage der Kommission bildeten englische Karten, auf denen die arabischen Namen oft nur vom Hörensagen in englische Phonetik übertragen worden waren, also zumeist nicht dem Original entsprachen. Das Komitee kam so zu Namen, die entweder in ihrer ‚Bedeutung‘ aus dem englischen ins hebräische übersetzt wurden oder zu klanglich entsprechenden Namen. Von 533 neuen Namen bezogen sich deshalb allein 333 auf das arabische Original.<sup>185</sup> Diese Namen wurden deformiert, ihre Bedeutung geändert, verkürzt auf hebräische Wörter – aber hebräische Wurzeln hatten sie keineswegs. In anderen Fällen ersetzten pseudo-biblische Namen den arabischen Namen – in den seltensten Fällen lag der Namensgebung eine alte biblische Quelle zugrunde. Es blieb aber auch dann das Problem, der Quelle einen ganz konkreten Ort zuweisen zu können – auch dafür wurde eine ‚Lösung‘ gefunden: „Die Liste ... beinhaltet historische Namen, deren konkreter Ort nicht identifizierbar war, aber die Namen wurden auf der Karte als Basis für die geographische Identifizierung vermerkt.“<sup>186</sup> In welcher absurden Weise und gänzlich unwissenschaftlich der Prozess der Namensgebung erfolgte, ist den bei Meron Benvenisti zitierten Sitzungsnotizen des Komitees zu entnehmen.<sup>187</sup> Schließlich wurden die 533 Namen folgendermaßen vergeben: 120 fußten auf

<sup>182</sup> B. Harley states, “maps are never value-free images (...) cartography can be ‘a form of knowledge and a form of power’, in: Harley, J. B. 1988. Maps, knowledge, and power, in: Cosgrove, E. Denis and Stephen Daniels, (Hrsg.): The Iconography of Landscape: Essays on the Symbolic Representation, Design, and Use of Past Environments, Cambridge/England-New York, S. 277-312.

<sup>183</sup> Siehe Link: [israelexplorationsociety.huji.ac.il](http://israelexplorationsociety.huji.ac.il).

<sup>184</sup> Benvenisti 2002: S. 14.

<sup>185</sup> Ebd. S. 17.

<sup>186</sup> Golan, Arnon 1993: The New Settlement Map, PhD Diss. Hebrew University, S. 376 f., in: Benvenisti 2002: S. 20.

<sup>187</sup> Benvenisti 2002: S. 22.



historischen Namen, 50 Namen waren biblischen Personen gewidmet, 175 Namen waren Übersetzungen aus dem arabischen, 150 Namen waren in Anlehnung an den arabischen Klang gewählt worden, 30 waren ‚modernisierte‘ Namen und 8 Namen waren unverändert übernommen worden. Mit den Namen von den vor 1948 existierenden 17 jüdischen Gemeinden wurden auf der 1951 veröffentlichten 1:250.000 Karte des Südlichen Israel 560 weitere hebräisierte Namen amtlich.<sup>188</sup> Im März 1951 wurde die Arbeit des Komitees auf ganz Israel ausgedehnt und mit dem seit 1925 bestehenden Namengebungskomitee des JNF zusammengeführt, dessen Namen von der Mandatsregierung nur für die zionistischen Siedlungen zwecks Anerkennung in der Planung übernommen worden waren, immerhin 400. Für die Zionisten hatten diese Namen jedoch eine größere Bedeutung als nur die der offiziellen Anerkennung: basierend auf historischen hebräischen Namen sollten diese zu Zeugen des jahrtausendealten Anspruchs der Juden auf das Land werden.<sup>189</sup>

## 8. Israel vor dem nächsten Krieg 1967

Am Vorabend der Besetzung weiterer Räume des versprochenen Mandatsgebietes Palästina und nach nur 20 Jahren israelischer Existenz konnte sich die Kolonialisierungs-Bilanz sehen lassen:

- Die *Machtfrage* schien völlig geklärt, die palästinensische Teilgesellschaft war marginalisiert und genügend isoliert; bis 1966 konnte sie sich trotz diversen Versuchen keine politische Vertretung oder Partei schaffen<sup>190</sup> – sie wurde 1966 aus der Militärbesetzung entlassen, die ‚Heimatfront‘ galt als ‚befriedet‘;
- die *Bevölkerungsfrage*, also die demographischen Verhältnisse waren nach weiteren Einwanderungswellen gefestigt, wenn auch nicht ganz gelöst; bei einer inzwischen auf 2.657 Millionen<sup>191</sup> angewachsenen Bevölkerung machte die ‚arabische‘,<sup>192</sup> also die palästinensische Bevölkerung, etwa 400.000 aus, was etwa 15 Prozententsprach;
- die *Bodenfrage* war fast absolut geklärt, nicht einmal acht Prozent des Landes waren nach den Enteignungen von so genanntem Abwesenden, Staatsland und Land für Planungszwecke noch in palästinensischem Besitz und perspektivlos für die Palästinenser, was die Nutzung anging, weil Masterpläne zumeist fehlten;
- die *Besiedlungsfrage* war erfolgreich gelöst worden, wie es einst vorgeschlagen worden war: ein Netz von etwa 700 neuen jüdischen Bauernkolonien war über den palästinensischen Boden gezogen worden, 30 Neue Städte waren entstanden – neben einer darunter liegenden palästinensischen Besiedlung, die seit 1949 keine Erweiterung erfahren hatte; die spontan aus der Not entstandene Siedlungserweiterung in dem begrenzt zur Verfügung stehenden Raum war größtenteils illegalisiert worden, weil entweder ohne Baugenehmigungen im eigenen Gebiet errichtet oder im Ergebnis der Nakbe zu ‚nicht anerkannten‘ Orten determiniert;
- auch die natürlichen *Ressourcen* waren weitgehend unter zionistischer Kontrolle: der Boden sowieso, mit Hilfe des großen Wasserprojekts aus dem

<sup>188</sup> In: Ha'aretz vom 6. 9. 1966.

<sup>189</sup> Ussishkin in: Benvenisti 2002: S. 27; Ussishkin, Abraham M N war Leiter des JNF Direktoriums 1923-1941; zit. in: Morris, Benny 1987: The birth of the Palestinian Refugee Problem, Cambridge, S. 230.

<sup>190</sup> Die Bewegung ‚al Ard‘, ‚der Boden‘, wurde verboten.

<sup>191</sup> Siehe Ministry of Foreign Affairs (MFA), annual report 1967, Link: Mfa.gov.il statistics.

<sup>192</sup> Israel benennt in der Statistik die Palästinenser, also Christen, Muslime und Drusen, entweder als ‚nicht-jüdische‘ oder ‚arabische‘ Bevölkerung.

Hula-Gebiet leistete sich Israel sogar den für die Region untypischen Anbau von 'Wasser fressender' Baumwolle und produzierte in Plantagenbauweise für den europäischen Markt Früchte und Gemüse; im Negev wurden die Mineralien abgebaut und mit Dimona entstand eine eigenständige Nuklearindustrie.

Die palästinensische Teilgesellschaft war durch das zionistische Erziehungs- und Ausbildungswesen von ihrer eigenen Geschichte abgekoppelt und politisch ausgehebelt und unbedeutsam geworden. Sie wurde um jahrhundertalte Tradition, Kultur, um Namen von Dörfern, Städten und Landschaften gebracht, ihrer Identität beraubt.<sup>193</sup> Dies alles geschah nach Plan und mit Hilfe eines komplexen Konzerts an Gesetzen, Verordnungen und vor allem Planungsmaßnahmen, die ihnen allesamt die Kontrolle und Souveränität über ihr eigenes Land entrissen haben. Sie sind zu Bürgern dritter Klasse gemacht worden, diskriminiert, bestohlen und immer noch von Vertreibung und Genozid bedroht.<sup>194</sup>

An der Vorgehensweise israelischer Regierungen, und zwar aller unabhängig von ihrer politischen Ausrichtung, gegenüber der Gruppe der Beduinen im Negev und den anderen so genannten ‚nicht anerkannten‘ Menschen und Orten‘ wird der Charakter der israelischen, zionistischen Raumplanung besonders deutlich. Es dienen in Israel alle Instrumente räumlicher Planung, Bodenpolitik, Entwicklungsprogramme, Stadt- und Regionalpläne, Kulturpolitik, Umweltplanung usw. ... im Zusammenspiel diverser Institutionen wie die Planungskomitees auf allen Ebenen, Umweltorganisationen, die ILA, der JNF und außerdem noch unter Berufung auf osmanische, Mandats- und in Israel neu geschaffener Gesetze und Verordnungen zielgerichtet nur einem zionistischen Zweck: Der Zerstörung der Spuren der Jahrhunderte alten Gesellschaft vor Israel und der Marginalisierung bis zur Zerstörung der noch vorhandenen autochthonen Bevölkerung Palästinas – zu Gunsten eine möglichst vollständigen, zumindest übermächtigen jüdischen Besiedelung und Bevölkerungsmehrheit an deren Stelle. Das ist nicht nur Kolonialismus, sondern Rassismus pur – und setzt sich fort in den 1967 besetzten Gebieten Palästinas.

Es begann mit einer radikalen militärisch organisierten Vertreibung und nicht mit einem so genannten Befreiungs- oder Unabhängigkeitskampf. Es begann unter den Augen und unter Mitwisserschaft der gesamten organisierten Welt.

Auch der Charakter der Charter-Gesellschaft hatte sich nicht verändert. Der staatliche Aufbau war nicht ohne äußere finanzielle Hilfe möglich, die Nehmerhaltung setzte sich fort. Der Holocaust war zwar nicht ursächlich für die Gründung des zionistischen Staates verantwortlich, aber doch ein bis heute genutztes Argument, um diese Hilfe zu erhalten. Deutschland, mit seiner speziellen Vergangenheit zahlte, damals die Bundesrepublik, als so genannte Widergutmachung in den 13

---

<sup>193</sup> In dem Dokumentarfilm ‚Route 181‘ wird deutlich, dass z.B. palästinensische Schüler in Israel die Bedeutung eines Denkmals für gefallene Märtyrer und deren Geschichte nicht mehr kennen und auch keine sichere Antwort geben können auf die Frage, als was sie sich definieren würden, Araber, Palästinenser oder Israelis, während israelische Schüler einer benachbarten Stadt sehr wohl um die Bedeutung und Hintergründe eines vergleichbaren Denkmals in ihrer Stadt wissen. Khleifi, Michel, Sivan, Eyal 1983: Route 181 – Fragmente einer Reise Palästina-Israel. Siehe [http://www.mecfilm-shop.com/index.php?id=14&tx\\_ttproducts\\_pi1%5BbackPID%5D=14&tx\\_ttproducts\\_pi1%5Bproduct%5D=49&cHash=f82f63f872](http://www.mecfilm-shop.com/index.php?id=14&tx_ttproducts_pi1%5BbackPID%5D=14&tx_ttproducts_pi1%5Bproduct%5D=49&cHash=f82f63f872).

<sup>194</sup> Als ein zentrales Beispiel für eine absichtsvolle fortgesetzte Einengungs-, Vertreibungs- Zerstörungs- und Diskriminierungspolitik kann der sogenannte Koenig's Report, am 7.9.1976 in der israelischen Zeitung Al -Hamihsmar veröffentlicht, begriffen werden. Koenig war der Chef-Kommandeur des Norddistrikts, also Galiläa und schlug in seinem Bericht einen entsprechend umfassenden Maßnahmenkatalog gegenüber den sogenannten ‚Minoritäten‘ vor; siehe Koenig's Report (1976) Memorandum of the Northern District Commissioner Yisrael Koenig to the Israel Ministry of Interior., Kommentar dazu in: MERIP Reports No 51, Oct. 1976: 11-14

Jahren nach dem Luxemburger Abkommen von 1952 3.0 Milliarden Mark an den Staat Israel als Sachmittel, wurde also sozusagen direkt am Aufbau Israels beteiligt.<sup>195</sup> Hinzu kamen die Zuwendungen an militärischer ‚Hilfe‘ durch die USA.<sup>196</sup> Wichtig blieb die internationale politische Unterstützung, um die Vertreibung und Enteignung der palästinensischen Gesellschaft innerhalb Israel überhaupt unwidersprochen und mit radikaler Härte fortsetzen zu können. Zwar fehlte nun die direkte Schutzmacht England im Lande, und Israel war relativ gesehen auf eigene Füße gestellt - aber die Billigung der Weltmächte blieb trotz aller UN-Resolutionen bestehen. Die arabischen Nachbarn von Libyen über Ägypten bis Syrien versuchten zwar verschiedentlich, sich unabhängig von der Übermacht der westlichen Länder auf dem internationalen Terrain zu machen und diverse Bündnisse zu schließen – auch in der Israel-Palästina-Frage einen gemeinsamen pro-palästinensischen Standpunkt einzunehmen – jedoch erfolglos.

Das Expropriationswerk, wie es Herzl genannt hatte, konnte also unbeschädigt, nun ‚sanft‘, nämlich mit ‚legalen Mitteln‘ fortgesetzt werden, in einer einmaligen perfiden Weise der Ausnutzung diverser Rechtssysteme, die noch oder wieder Geltung bekamen, so wie es gerade von Nutzen schien. Denn die seit der Mandatszeit bestehenden zionistischen Organisationen waren bestens auf sämtliche Schritte der militärischen und zivilen Judaisierung vorbereitet: auf die Sammlung von Aufbauspenden in aller Welt, die Sammlung der europäischen Flüchtlinge nach Israel, die forcierte Einwanderung aus den europäischen und den arabischen Ländern, die Verteilung der Neueinwanderer nach strategischen Gesichtspunkten in das so genannte Hinterland, ihre Unterbringung im palästinensischen, entleerten Wohnbestand oder in schnell errichteten Behelfsbauten, die Aufstellung und Umsetzung von Nationalplänen zur räumlichen Umgestaltung mit neuen Städten, Dörfern und Wohnungsbauprogrammen; sogar mit einer Namensgebungskommission auf die Judaisierung der Landkarte. *(Zu den Veränderungen der Verhältnisse bei Bevölkerung und Boden siehe Übersichten 12-14 am Ende von Kapitel III)*

Am Vorabend des nächsten Krieges hatte Israel die sichere Kontrolle über fast 70 Prozent des gesamten Palästinas erreicht und eine stabile jüdische Gesellschaft errichtet – ein kleiner Schritt nur war nötig, um den Rest unter israelische Kontrolle zu bringen. Israel konnte sich der internationalen Unterstützung dieses nächsten Schrittes sicher sein, solange es gegenüber den Weltmächten Sicherheitsbedürfnisse anführen würde. UN Resolutionen zum Rückkehrrecht der Flüchtlinge sprachen zwar eine deutliche Sprache, blieben aber ohne Konsequenzen. Sicherheitsängste waren einfach zu begründen: Israel hatte seit Bestehen nicht nachgelassen, auf palästinensische Dörfer im Gaza Streifen und der Westbank Angriffe zu führen und in die Grenzgebiete von Jordanien, Ägypten,

---

<sup>195</sup> Das Luxemburger Abkommen wurde am 10. September 1952 auf Druck der USA zwischen der Bundesrepublik Deutschland, dem Staat Israel und der Jewish Claim Conference (JCC) geschlossen. Darin verpflichtete sich Deutschland zu Zahlungen in Form von Exportgütern und Dienstleistungen an Israel im Wert von 3,0 Milliarden Mark, um die Eingliederung mittelloser jüdischer Flüchtlinge zu unterstützen und weitere 0,5 Milliarden an die JCC innerhalb von 13 Jahren zu zahlen. Konkret wurde in Israel damit vor allem das landesweite Kommunikationsnetz aufgebaut. Siehe Lewan, Kenneth M. 1984: Sühne oder neue Schuld? Deutsche Nahostpolitik im Kielwasser der USA, Berlin.

<sup>196</sup> Die imperialistische Einflussnahme auf strategisch bedeutsame Regionen ging über Entwicklungs- und direkte Militärhilfe, so auch in den Nahen Osten, wobei Israel an vorderster Stelle stand; diese Form der Außenpolitik hat sich bis heute auf eine jährliche Zuwendung vom 3 Milliarden US-Dollar an Israel weiterentwickelt.

Libanon und Syrien bewaffnet einzudringen, Projekte anzugreifen und Menschen zu töten. Seit 1964 schwelte der Konflikt zwischen den arabischen Staaten und Israel um die Wasserressourcen des Jordan, Yarmouk und Litani, die Israel einseitig für sich zu nutzen beanspruchte und einseitig auszubauen plante.

Israel hatte zwar die Anerkennung vieler Staaten erreicht, aber nicht die der arabischen Nachbarn. 1964 war die PLO gegründet worden und die gemeinsam agierende Arabische Liga unterstützte die Forderung der PLO nach ihrem Staat auf ihrem Land Palästina. Bewaffnete Überfälle gingen nun auch von Syrien, Jordanien und dem Libanon auf Israel aus, das musste erst durchbrochen werden. Im Frühjahr 1967 kündigte die Jordanische Regierung die Beziehungen mit der PLO auf und schloss alle Büros der PLO; die bis dahin im Gaza Streifen stationierten UN-Truppen zogen im Mai auf Bitten der ägyptischen Regierung, die sich auf einen Angriff Israels vorzubereiten begann, aus dem Gaza Streifen ab. Dem israelischen Großangriff gingen also viele kleinere Attacken auf die Nachbarn voraus.

Am 5. Juni 1967 attackierte die israelische Armee zunächst Ägypten und besetzte dann in einem kurzen Krieg den Sinai, den Gaza Streifen, die Westbank mit Ost-Jerusalem und die Golanhöhen. Erneut wurden viele Menschen vertrieben, manche zum zweiten Mal, etwa 400.000 Menschen flüchteten. Am 12. Juni erklärte die israelische Regierung, dass sie solange nicht mehr zu den Waffenstillstandslinien von 1949 zurückkehren würde, bis es direkte Friedensverhandlungen gebe.<sup>197</sup> Syrien, Ägypten und Jordanien gaben sich am 6. Tag geschlagen und waren zu einem Waffenstillstand bereit.

---

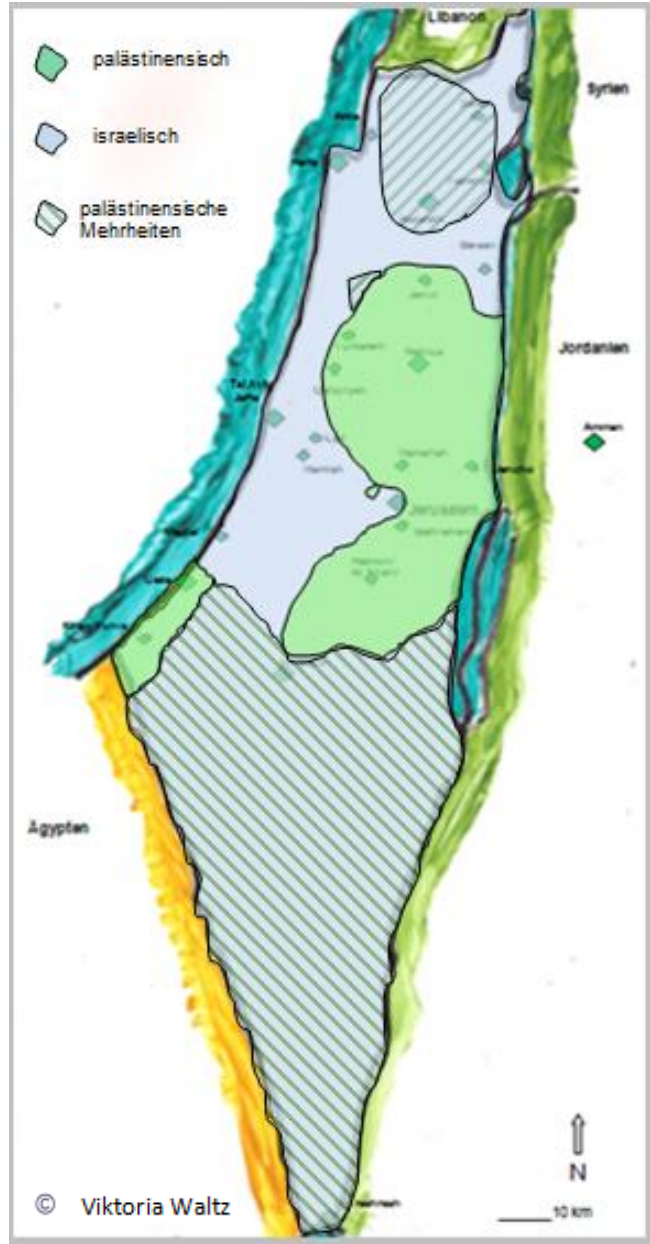
<sup>197</sup> Siehe PASSIA 2001: S. 113 ff.

### Übersicht 13 UN Teilungsvorschlag



**Bodenverteilung**  
(grün palästinensisch, blau jüdisch)

### Übersicht 14 Karte von Palästina zu der Zeit der Staatsgründung Mai 1948



**Bevölkerungsanteil**  
(grün palästinensisch, blau jüdisch)

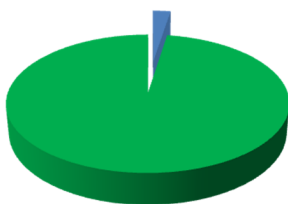
Real 1947  
99 zu > 1%

UN Vorschlag 1947  
43,3 zu 56,7%

Real nach der Nakbe  
33 zu 67% davon 10% in Israel,

real nach der Nakbe  
55% zu 45%, davon  
davon 8% in Israel  
700.000 Vertriebene

sowie



© Viktoria Waltz



© Viktoria Waltz



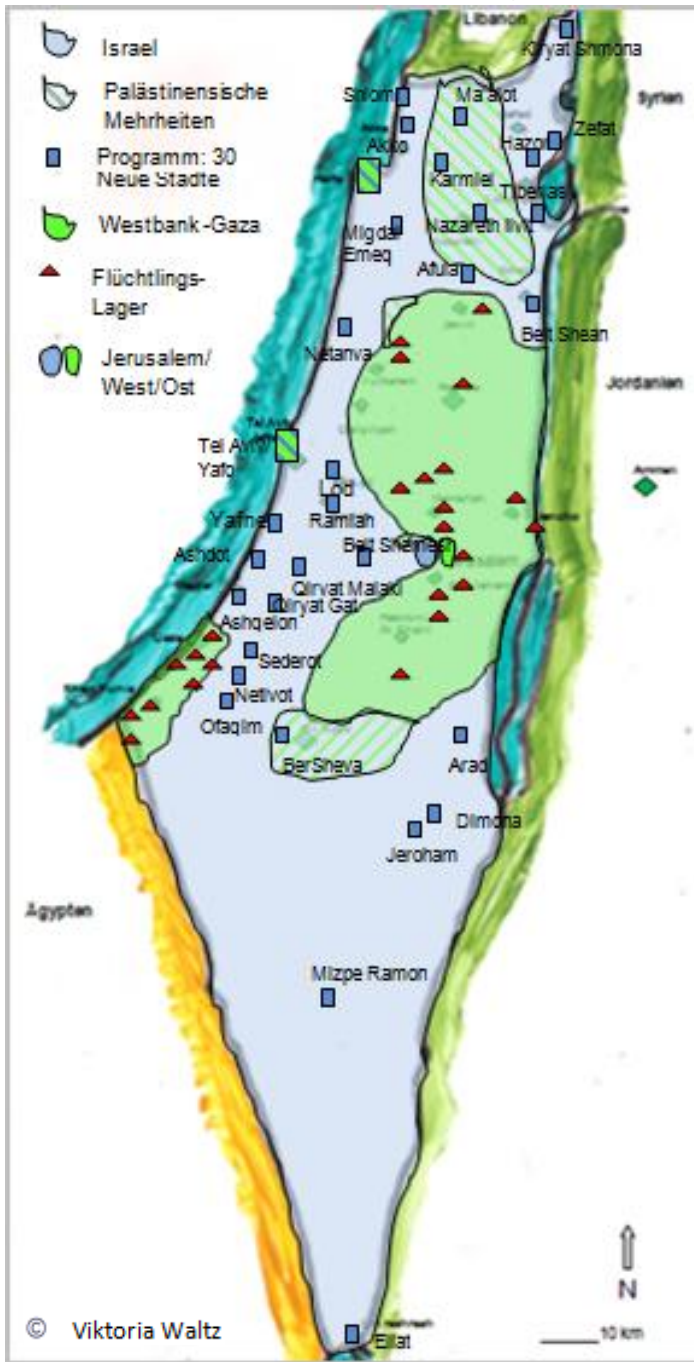
© Viktoria Waltz



© Viktoria Waltz

# Übersicht 15

## Karte von Palästina vor der Besetzung um 1965



Israel: mit New Towns blau;  
 palästinensische Mehrheitsgebiete  
 (blau/grün)

Westbank/Gaza: Städte und  
 Siedlungsgebiete( grün),  
 Flüchtlingslager (rot)

### Bevölkerungsanteil

WB/Gaza palästinensisch ca. 35% (grün)  
 Israel palästinensisch ca. 10% (hellgrün)  
 jüdisch ca. 55% (blau)



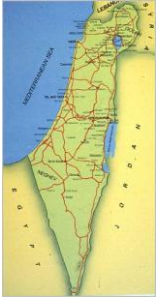
© Viktoria Waltz

### Bodenverteilung

WB/Gaza palästinensisch ca. 23% (grün)  
 Israel palästinensisch ca. 8%  
 jüdisch ca. 69% (blau)



© Viktoria Waltz



#### **IV Kolonisierung der Westbank und des Gaza Streifens unter zionistischer Besatzung: nach internationalem Recht illegal**

Fremdherrschaft und Ausbeutung bestimmten das Überleben in der Westbank und im Gaza Streifen auch nach der Besatzung der Gebiete durch das Israelische Militär und der Errichtung einer Militärherrschaft.

##### **1. Westbank und Gaza – einfach zu pflücken**

Seit den Waffenstillstandsvereinbarungen von 1949 und 1950 waren die beiden Restgebiete Palästinas, der Gaza Streifen und die Westbank mit Ost-Jerusalem unter fremder Herrschaft.<sup>198</sup>

Im *Gaza Streifen* lebten am Vorabend der Nakbe, um 1945 etwa 70.000 Menschen in 15 kleinen Dörfern und Ortschaften und zwei Städten, Gaza und Khan Yunis, von einer sehr fruchtbaren Landwirtschaft, vor allem dem Export von Datteln und Zitrusfrüchten.<sup>199</sup> Etwa 1.200 Brunnen sorgten für eine ausreichende Bewässerung. Nach der Vertreibung der Palästinenser in der Küstenebene durch die zionistischen Truppen wurde der Gaza Streifen zu dem, wofür er heute traurige Berühmtheit erlangt hat, zum größten Flüchtlingslager der Welt mit immer noch acht Flüchtlingslagern, in denen bis heute noch immer mehr als die Hälfte aller Gaza-Flüchtlinge leben. 1948 musste der Gaza Streifen bereits die doppelte Anzahl an Menschen, Flüchtlinge der Nakbe, verkraften, die fortgesetzten Angriffe auf weitere Küstenstädte und Dörfer ließ die Bevölkerungszahl in Kürze auf das Doppelte ansteigen. Für die Notunterbringung von Tausenden von Flüchtlingen hatten die Vereinten Nationen Ende 1948 eine besondere Agentur, die UNWRA, United Nation World Relief Agency for Palestine Refugees in the Near East, gegründet, die damit beauftragt wurde, den 1948 vertriebenen palästinensischen Flüchtlingen „Nothilfe und Schutz zu leisten und die menschliche Entwicklung zu fördern“.<sup>200</sup> Nach dem Sinai-Krieg im Jahre 1956 war die Bevölkerungszahl durch neue Flüchtlingsströme bereits auf 400.000 Menschen angewachsen, und mit 850 Menschen pro qkm wies der Gaza Streifen eine der höchsten Bevölkerungsdichten der Welt auf.<sup>201</sup> Bis 1967 waren Blauhelmtruppen im Rahmen der UNCEF-Mission im Gaza Streifen stationiert. Die ägyptische Regierung annektierte den Gaza Streifen nicht, überließ die Verwaltung mehr oder weniger den palästinensischen Institutionen selbst, allerdings galten die Gaza-Einwohner dadurch und seitdem als ‚staatenlos‘. Es gab eine nächtliche Ausgangssperre, und die Ausreise nach Ägypten war für die ‚Staatenlosen‘ sehr begrenzt.

<sup>198</sup> Der ebenfalls seit 1967 besetzte Golan wird in diesem Zusammenhang nicht behandelt.

<sup>199</sup> Siehe Efrat, Elisha 1984: Urbanization in Israel, Jerusalem, in: Waltz/Zschiesche 1986: S. 209 ff.

<sup>200</sup> Definition der UNWRA: „Palästina Flüchtlinge sind Menschen, deren ständiger Wohnsitz zwischen Juni 1946 und 1948 Palästina war und die sowohl ihren Wohnsitz als auch ihre Lebensgrundlage infolge des arabisch-israelischen Konflikts 1948 verloren haben. (...) Nachfahren der Palästina Flüchtlinge können sich ebenfalls registrieren lassen.“ Link: [www.unwra.org/publication/de](http://www.unwra.org/publication/de).

<sup>201</sup> UNWRA 1980; sowie Probst, W. D. 1968: Die arabischen Palästinaflüchtlinge, in: Münchener Studien zur Sozial- und Wirtschaftsgeographie, Bd.3, zit. in: Waltz/Zschiesche 1986: S. 211.

Bis zur Besetzung durch israelische Truppen 1967 hatte sich zwar die Wirtschaft über die Handelsbeziehungen mit Ägypten durch Bewässerung des fruchtbaren Sandbodens, wenn auch bescheiden entwickelt, Zitrusfrüchte und Datteln wurden wieder in die arabischen Länder exportiert. Dennoch war die Arbeitslosenrate hoch, und zwei Drittel der Bevölkerung hing von den Zuwendungen der UNWRA ab – ein unhaltbarer Zustand, der viele Menschen in die Arbeitsmigration nach Ägypten, Jordanien und die Golfstaaten trieb. Vor allem durch diese unwürdigen sozialen und ökonomischen Verhältnisse erstarkte besonders im Gaza Streifen die Widerstandsbewegung gegen diese aufgezwungene Situation. 1956 wurde hier die Fatah-Bewegung gegründet. Grundsätzlich blieb der Gaza Streifen isoliert, und die Einwohner wurden von Ägypten kontrolliert. Nach den letzten ägyptischen Angaben lebten im Gaza Streifen vor der Besetzung im Jahre 1966 etwa 450.000 Palästinenser, mit einer durchschnittlichen Wachstumsrate von etwa 40 Prozent.<sup>202</sup>

Die *Westbank* wurde seit 1948 von Jordanien wie ein Teil Jordaniens betrachtet und der jordanischen Verwaltung unterstellt. Das Jordanische Königreich mit der Hauptstadt Amman bestand überhaupt erst seit der vollständigen durch einen Vertrag mit der Mandatsmacht England im Mai 1946 besiegelten ‚Unabhängigkeit‘ Transjordaniens. Jordanien ist also ein Kunstprodukt des Kolonialismus. Der 1921 von England eingesetzte Emir Abdullah I. wurde damit 1946 zum König erhoben, und diese gerade erst entstandene Monarchie wurde nach dem Waffenstillstand mit Israel in das ‚Haschemitische Königreich von Jordanien‘ umbenannt. Das Königreich Jordanien machte damit seine Abstammung von Hashem, dem Vater des Propheten Mohammed geltend, womit auch eine besondere Verantwortung für die muslimischen heiligen Stätten in Jerusalem begründet wurde. Die palästinensische Bevölkerung der Westbank erhielt den Status jordanischer Bürger, folglich auch jordanische Pässe.

Die Voraussetzungen für eine wirtschaftliche und soziale Entwicklung waren damit anders gegeben als im Gaza Streifen. Die Westbank war bis 1949 mit 21 Städten und über 300 Dörfern das größte zusammenhängende Siedlungsgebiet der palästinensischen Bevölkerung gewesen. Als Teil des Mandatsgebietes Palästina erwirtschaftete die Gesellschaft Exportüberschüsse in der Landwirtschaft, vor allem bei Weizen, Wein und Olivenöl, fertigte im arabischen Raum begehrtes Holz- und Metallhandwerk an, und die Steinbrüche der Westbank produzierten den im ganzen Nahen Osten berühmten Jerusalem-Stein, der seit der Mandatszeit obligatorische Verblendung für alle Bauten in Palästina und Transjordanien geworden war.<sup>203</sup> Vor 1948 lebten dort etwa 550.000 Menschen.

Nach der Nakbe und dem Waffenstillstand zwischen Jordanien und Israel gab es zwei Erschwernisse: das Abgeschnitten sein von den zentralen Häfen Palästinas, und darüber hinaus musste die Westbank etwa 200.000 Flüchtlinge verkraften. Bis heute bestehen die damals von der UNWRA eingerichteten 20 Flüchtlingslager in der Nähe der großen Städte Jenin, Nablus, Tulkarem, Ramallah, Jericho, Jerusalem, Bethlehem und Hebron. Nicht nur diese Belastung beeinträchtigte die weitere Entwicklung der Westbank. Jordanien sah die Westbank vor allem als einfach auszubeutende Obst-, Korn- und Gemüsekammer an und war an einer

---

<sup>202</sup> UNCTAD Report 1994: united nations conference on trade and development. population and demographic developments in the Westbank and Gaza Strip until 1990. Autor: Dr. Wael R. Ennab. Link: [Unctad.org/en/docs/poecdcseud1/en.pdf](http://unctad.org/en/docs/poecdcseud1/en.pdf); siehe auch Schölch, Alexander 1986: Palästina im Umbruch : 1856-1882. Untersuchungen zur wirtschaftlichen und sozio-politischen Entwicklung, Wiesbaden-Stuttgart.

<sup>203</sup> Nach dem Geddes-Ashbee-Plan von 1922 für Jerusalem, in: Kendall, Henry 1948: Jerusalem City Plan: Preservation and development during the British Mandate 1918-1948, London.



wirtschaftlichen Förderung der Westbank nur wenig interessiert. Die Westbank machte nach der Annexion ein Viertel der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche Jordaniens aus, war durch die beiden Wasserbassins unterhalb der Westbank gut mit Wasser versorgt und stellte für Jordanien 80 Prozent der Obstproduktion, 45 Prozent des Gemüseanbaus und 25 Prozent des Getreideanbaus her. Fast 50 Prozent aller handwerklichen und Kleinbetriebe Jordaniens produzierten in der Westbank. Da das Ausbildungswesen traditionell einen hohen Stellenwert in der palästinensischen Gesellschaft eingenommen hatte, versorgte die Westbank Jordanien über die Landwirtschaft hinaus auch noch mit Lehrern und Ingenieuren, die schließlich wesentlich zum Aufbau Jordaniens beitrugen. Dennoch blieb auch die Westbank ein Armenhaus, mit hoher Arbeitslosigkeit und hoher Arbeitsimmigration.<sup>204</sup> Am Vorabend der Besetzung betrug die Bevölkerung der Westbank etwa 934.000 Menschen mit einem Bevölkerungswachstum von durchschnittlich 38,5/1000 Einwohner (Jerusalem 37,9).<sup>205</sup> Ökonomisch blieben also bis 1967 die Westbank und der Gaza Streifen relativ schwach entwickelt, Straßen, Infrastruktur, Wohnungsbau und die historischen Stätten blieben vernachlässigt. Die Teilung des Landes, das Abgeschnittensein von traditionellen Arbeitsmöglichkeiten in den fluktuierenden Hafenstädten der Vor-Israelzeit und die Bedingungen unter fremder Verwaltung ließen keine grundlegenden Erneuerungen und Modernisierungen der Strukturen zu. Eine Studie des PLO Forschungszentrums in Beirut kam zu dem Schluss, dass die Wirtschaft und damit die soziale Lage in der Westbank und im Gaza Streifen zwischen 1948 und 1967 regelrecht erstickt worden seien. Selbsthilfe, die Gründung von eigenen Institutionen etwa von Ausbildungseinrichtungen, Geldtransfers aus den Länder der Arbeitsmigranten und die finanzielle Unterstützung durch arabische, muslimische und christliche Wohlfahrtsorganisationen und die UNWRA-Leistungen sicherten das Überleben unter diesen Bedingungen. Gleichzeitig verlor die Gesellschaft ihre besten Köpfe und Arbeitskräfte an die Nachbarländer, vor allem die Golfstaaten. Politisch waren die Palästinenser vom Wohlwollen und der Unterstützung der Nachbarn abhängig, was immer wieder zu Spaltungen innerhalb der Nationalbewegung führte, je nachdem wo die PLO und ihre Gruppen ‚Unterschlupf‘ fanden.

## **2. Krieg und der Besatzungsstatus – Rahmenbedingungen der fortschreitenden Kolonisierung Palästinas**

Anders als 1948 wurden in dem sechs Tage währenden militärischen Überfall mit Ausnahme der drei Dörfer Umwas, Jalu und Beit Nuba in der Latrun-Enklave und der Flüchtlingslager im Jordantal, deren 50.000 Einwohner sofort vertreiben und evakuiert wurden, zunächst keine Städte und Dörfer zerstört. Dennoch wurden etwa 250.000 bis 300.000 Menschen in Folge des kurzen Krieges erneut vertrieben. Die Zerstörung und Enteignung palästinensischen Bodens wurde damit eingeleitet.

Anders als 1948 hatte es das zionistische Militärregime nicht mit einer in Panik versetzten, entwurzelten und desorganisierten Bevölkerung zu tun, sondern mit einer relativ gefestigten Gesellschaft, die inzwischen ihre eigenen kulturellen, sozialen, wirtschaftlichen und politischen Institutionen geschaffen hatte. Trotz der relativ

---

<sup>204</sup> Zahlen und Informationen siehe Orni, Efraim, 1966: Boden, seine Erhaltung und Urbarmachung, Jerusalem, S. 24; sowie ders. 1972: Agrarian Reform and Social Progress in Israel, Jerusalem, S. 81 ff.; auf die Migration in den Städten Hebron, Jerusalem und Nablus bezogen, siehe die Jordanische Studie, Jordan Department of Statistics 1967: Study of international migration and full enumeration for Amman, Jerusalem, Zarka, Irbid and other cities, S 10; danach gingen allein 17.000 Arbeitsmigranten nach Jordanien. Siehe darin auch Tabelle 1.5, S. 59; siehe auch den UNCTAD-Bericht 1994. Link: [www.unctad.org/en/docs/poecdscseud1.en.pdf](http://www.unctad.org/en/docs/poecdscseud1.en.pdf).

<sup>205</sup> Ebd.

beschränkten Möglichkeiten unter jordanischer Kontrolle und ägyptischer Vernachlässigung gab es eine Selbstverwaltung, eine ausreichende Versorgung und ein entwickeltes soziales und kulturelles Leben sowie lebendige Beziehungen zur Diaspora in aller Welt. Die PLO war dabei eine lebendige Kraft und bildete die Basis für den Zusammenhalt. Das zionistische Militär hatte deshalb auch mit dem Widerstand der diversen Untergruppierungen der PLO im Lande zu rechnen. Diese Strukturen zu zerstören, würde länger dauern. Entsprechende Erfahrungen hatten die israelischen Regierungen bereits gesammelt: militärischer Druck, Repressalien, Drohungen, Enteignungen, Vorenthalten von Baugenehmigungen, Hauszerstörungen – das hatte man schon nach 1949 in den palästinensisch bewohnten Gebieten Israels erfolgreich praktiziert. Es ging also vor allem zunächst darum, die Machtfrage zu sichern.

Anders als 1948 hatte es Israel nun mit einem besetzten Gebiet zu tun – von einer ‚legalen‘ Veränderung der demographischen und der Bodenfrage konnte die zionistische Regierung also nicht ausgehen. Israel hatte ein fremdes Territorium militärisch angegriffen und wurde entsprechend von der UNO und der internationalen Weltgemeinschaft in der Resolution 242<sup>206</sup> verurteilt und aufgefordert, seine Armee sofort zurückzuziehen. In vielen weiteren Resolutionen wurde Israel aufgefordert, die IV. Genfer Konventionen und die Bedingungen für besetzte Gebiete einzuhalten und keine strukturellen, vor allem demographischen und räumlichen Veränderungen und Änderungen der Besitzverhältnisse der Besetzten vorzunehmen. Auch das Recht auf Rückkehr der Vertriebenen seit 1947 wurde in diesen Resolutionen bekräftigt, und die Herstellung einer staatlichen Souveränität wie damals durch die UN Resolution 181 war vorgesehen.

Da allerdings all diesen Beschlussfassungen keine Repressionen folgten, begann die israelische Regierung ein systematisches Judaisierungsprogramm nach der Sicherung der militärischen Kontrolle nun auch für die besetzten Gebiete rücksichtslos umzusetzen. Auch 1967 waren die Maßnahmen bereits geplant und wurden zügig umgesetzt. Dafür wurde beim Innenministerium ein Planungskomitee für die Besiedlung der Besetzten Gebiete‘ gebildet.

Sämtliche Regierungen setzten sich in der Folgezeit über die internationalen Beschlüsse, Aufforderungen und auch die Bedingungen der IV. Genfer Konvention hinweg – ohne konkrete Repressionen oder Sanktionen zu erfahren. Ungestraft bereiteten die zionistischen Planer aller Fraktionen die sukzessive Annexion der Westbank vor. Sie galt als das ‚Herzstück‘ zukünftiger Entwicklungen und ökonomischer Ausbeutung. Als ‚Samaria und Judäa‘ galt es vor allem den orthodoxen zionistischen Kreisen als die Region zur ‚Wiedererlangung‘ des antiken ‚Königsreichs Israel‘ und der ‚Erlösung‘.

Die verschiedenen politischen Voraussetzungen für eine Kolonisierung wurden gleich zu Beginn der Besetzung zielstrebig durch zentrale Militärverordnungen geschaffen, die Machtfrage ‚legal‘ an das israelische Militär übergeben – und dies trotz internationaler Proteste und unter Verletzung der Genfer Konvention:

4. Juni: Militärverordnung No. 1: Israel hat die volle Kontrolle und Verantwortung zur

---

<sup>206</sup> Siehe Resolution des UN-Sicherheitsrat UN SCR 242 von 1967, aus der sich auch das Rückkehrrecht der Palästinenser begründet, weil darin noch einmal von einer ‚gerechten Lösung des Flüchtlingsproblems‘ gesprochen wird. Vor allem zum Status von Jerusalem heißt es z.B. in Resolution UNSCR 252 von 1968 erneut: “The Security Council considers that all legislative measures by Israel including expropriation of land and properties thereon, which tend to change the legal status of Jerusalem are invalid and cannot change that status“. Link: <http://www.un.org/Depts/dhl/resguide/scsess.htm>.

- Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung übernommen;
5. Juni: Militärverordnung No. 2: die alleinige Legislative und Executive liegt in den Händen des Militärgouverneurs – unter Aufhebung aller lokalen Gesetze; die Wasser Ressourcen werden zu Staatseigentum Israels erklärt;
  18. Juni: Verordnung No. 25 untersagt jegliche Transaktionen von Immobilien oder Grundstücken, jede Aktion bedarf behördlicher Zustimmung;
  19. Juni: Die Regierung erklärt, dass Israel die besetzten palästinensischen Gebiete nur im Falle eines Friedensvertrages aufgegeben werde;
  27. Juni: Inkraftsetzung der seit 1948 bestehenden Gesetzes- und Verwaltungsanordnung (Sektion 11B) in den besetzten Gebieten, nach der die israelischen Gesetze, Gerichtsbarkeit und Verwaltung auf die besetzten Gebiete und Jerusalem anzuwenden seien;<sup>207</sup>
  28. Juni: die Knesset annektiert Ost Jerusalem faktisch, indem die prinzipielle Gültigkeit des Basic Law von 1950 auf gesamt Jerusalem proklamiert wird und definiert die neuen Grenzen der Stadt, die um das Zehnfache seiner Größe unter Jordanischer Herrschaft sind; die formelle Annexion geschieht 1980;
  13. Juli: der so genannte ‚Allon–Siedlungsplan‘<sup>208</sup> für die Westbank wird von der Regierung veröffentlicht;
  25. Juli: Zensus („snap census“) in Ost Jerusalem und den übrigen besetzten Gebieten, danach wurden 599.000 Bewohner in der Westbank und ca. 400.000 im Gaza Streifen gezählt; 400.000 Menschen waren demnach vertrieben worden, entweder in das benachbarte Ausland oder sie wurden zu ‚Anwesend-Abwesenden‘;<sup>209</sup>
  19. August: Die israelische Armeeführung erlässt die Militär-Verordnung No. 107, nach der jordanische Schulbücher verboten sind und das Curriculum für Schulen und weiterbildende Institutionen israelischer Kontrolle unterliegt;
  11. November: Levi Eshkol, damaliger Premierminister fordert die WZO auf, mit ihrer Siedlungsabteilung die Errichtung neuer Siedlungen in den besetzten Gebieten zu fördern;
  6. November: Israelis dürfen die Westbank frei betreten;
  19. November: Die Israelische Armeeführung erlässt die Militär Verordnung No. 92, wonach die Kontrolle über das Wasser, insgesamt 90 Prozent aller Brunnen und Quellen in der Westbank und im Gaza Streifen an die israelische Armee übergeht, und mit der Verordnung No. 158 werden Brunnenbohrungen und jegliche Veränderungen an den Wasserleitungen verboten bzw. von einer Lizenz durch Israelische Behörden abhängig gemacht.<sup>210</sup>
- Bis zum Ende des Jahres 1967 waren damit wesentliche Bausteine für eine räumliche und demographische Transformation der Westbank und des Gaza Streifens vorbereitet:

<sup>207</sup> Eine Anordnung, die bereits 1948 auf die Gebiete angewendet worden war, die die israelische Armee über die vorgeschlagenen UN-Grenzen hinaus erobert und besetzt hatte, nach der allen Juden erlaubt sei, in den Teilen des Landes Israel (Land of Israel) zu siedeln, die unter Israels erweiterter Gerichtsbarkeit stünden.

<sup>208</sup> Allon-Plan, offizieller Titel: The future of the Territories and the Handling of Refugees; er wurde zur Grundlage der ersten Kolonisierungsphase.

<sup>209</sup> Israel Central Bureau of Statistics (ICBS) 1968: List of Settlements, their Population and Codes, 31, XII, 1967, Technical Publications Series 28, Jerusalem.

<sup>210</sup> Jad Isaac, Jane Hilal 2010: Water – Another Story of Exploitation of Palestinian and Arab Resources, in Waltz, Isaac 2010: S. 181. Link: <http://zionismus-israel-raumplanung.blogspot.com/2011/02/waltzisaac-fabrication-of-israel-unique.html>.

- die vollständige Außerkraftsetzung einer selbständigen Verwaltung und Unterstellung unter ein all umfassendes israelisches Militärregime, das sowohl die militärische als auch die zivile Gerichtsbarkeit umfasste;
- die Übernahme und/oder Kontrolle über Bodenbesitz und Immobilien;
- die Übernahme und/oder Kontrolle über die Wasserressourcen;
- die Kontrolle des Bildungswesen, des Gesundheitswesens und aller sozialen Institutionen durch erzwungene Genehmigungsverfahren;
- die Zerstörung der wirtschaftlichen Basis durch die zwangsweise Registrierung aller Banken und Handelseinrichtungen unter israelische Kammern und vor allem der Landwirtschaft durch einen kontrollierten Wasserentzug.

Dabei kamen erneut die bekannten Planungsinstrumente zum Nachteil der palästinensischen Gesellschaft und zum Vorteil einer Judaisierung des Landes zum Einsatz:

- Erhebung der Bevölkerung und in deren Folge die Definition von Anwesenden- und Abwesendenland;
- Anwendung der Bodengesetze aus Osmanischer Zeit und englischer Mandatszeit zur Enteignung von palästinensischem Land und Besitz, vor allem Land der so genannten Abwesenden‘;
- Anwendung der Notstandsgesetze (Emergency Regulations) der englischen Mandatsregierung zur Enteignung von Land und Immobilien und auch zur Zerstörung derselben;
- Aufteilung der Westbank in neue Regionalbezirke mit Regionalräten, die israelischer Hoheit unterstellt sind;
- Anwendung der Planungsgesetze aus der englischen Mandatszeit und israelischer Planungsverfahren, so z.B. die Vorenthaltung von Masterplänen und offizieller Baugenehmigungsverfahren und damit Illegalisierung jeglicher Bautätigkeit sowie die
- Anwendung jordanischer Planungsverfahren da, wo es nützlich für das Judaisierungsprogramm war.

Die entsprechenden Pläne und Programme kamen nicht nur aus den Schubladen der zionistischen Regierungen, 1967 noch aus denen der Labour Party, sondern auch direkt von der Zionistischen Zentrale, der WZO, die für die nötige finanzielle und propagandistische Unterstützung des zionistischen Projektes agierte und noch heute agiert. Im Wechsel von Arbeiter- und Likudblock und großen Koalitionen ging es bei allen Plänen um eines:

- maximale Isolierung und Einkreisung der palästinensischen Städte und Dörfer, um jegliche denkbare Einheit unmöglich zu machen – Zerstörung der palästinensischen Infrastruktur und die
- extensive Kolonisierung durch jüdische Siedler durch Riegel und Blocks, verbunden durch eigene Siedlerstraßen – eine eigene jüdische Infrastruktur.

Gleichzeitig geschah eine schrittweise Integration der jüdischen Siedlungen in das israelische Planungs- und Verwaltungsnetz und die schrittweise Geltendmachung israelischer ‚Basic Laws‘ für die Kolonien. Analog zu Israel wurden schrittweise Regionalräte etabliert, die das allgemeine Planungs- und Verwaltungsgeschehen nach israelischem Recht für diese regelten, folglich entstand eine doppelte Struktur. Zum Beispiel wurden 1979 der Samaria Regionalrat gebildet, dem die große

Siedlung Ariel und sechs weitere zugeordnet wurden, der Katif Regionalrat, dem Gush Katif und andere Kolonien unterstellt wurden sowie der Regionalrat für die Kolonien im Gebiet von Ramallah und Latrun, zu dem die Großkolonie Shilo gehört. Die Gebiete wurden Stück für Stück faktisch zu einem Teil Israels und erhielten durch israelische Behörden formell ihre Infrastruktur, ihre Masterpläne, ihre Baugenehmigungen etc. Im selben Jahr wurde durch die Knesset ein bisher geltendes Verbot für Israelis, in den Besetzten Gebieten Land zu kaufen, aufgehoben.<sup>211</sup> Dies wurde zu einem Freibrief für manche Siedlergruppen, palästinensische Bauern und Landbesitzer zu terrorisieren und so zu zwingen, so genannte "Kaufverträge" zu unterschreiben.<sup>212</sup> Ebenfalls im selben Jahr wurde ein Vorschlag Sharons, inzwischen Gouverneur für die Besetzten Gebiete, wirksam, nach dem die bisherige Militärverwaltung in „Zivilverwaltung“ umbenannt wurde. Dem widersprachen zwar die palästinensischen Repräsentanten, weil sie darin einen Trick und einen Versuch sahen, von der Realität der Besetzung abzulenken und vor allem, um sich aus den Anforderungen der Genfer Konventionen herauszuwinden und die palästinensischen Verwaltungen zur Kooperation zu zwingen.

Widerstand wurde mit allen Mitteln militärischer Herrschaft unterdrückt, z- B. durch:

- Ausgangssperren, Abstellen von Wasser und Strom, Erklärung ganzer Städte und der gesamten Westbank und des Gaza Streifens zu Militärzonen;
- Hausarresterteilung, Gefangennahme, lange Haftstrafen, Ausweisung und Deportation bekannter Persönlichkeiten, bis 1982 fast alle Bürgermeister;
- Zerstörung von Hab und Gut;
- Errichtung eines weitemspannenden Netzes von zwangsrekrutierten Spitzeln und so genannten Dorfligen, Einsetzung willfähriger Bürgermeister;
- terroristische Angriffe von Siedlergruppen auf bekannte Persönlichkeiten;<sup>213</sup>
- zeitweilige Schließung der Hochschulen und Schulen, Ausweisung von Lehrern, Palästinenser mit ausländischem Pass, sie wurden gezwungen, Anti-PLO-Schreiben zu unterschrieben, oder sie wurden ausgewiesen.

Die Liste ist lang. Der Widerstand spitzte sich in den folgenden Jahren vor allem an den Universitäten und Schulen und in den Flüchtlingslagern zu. Gegen diese ging das Militärregime mit aller Härte vor – und Gaza, das größte Flüchtlingslager der Welt, wurde immer mehr zu dem, was Benvenisti voraussagte: eine Zeitbombe.

Trotz eines gemeinsamen Ziels aller zionistischen Regierungen, die 1967 besetzten Gebiete Palästinas fortgesetzt zu kolonisieren, unterscheiden sich die einzelnen Pläne der Regierungen voneinander und setzen unterschiedliche Schwerpunkte. Man wird sehen, wie sie im Einzelnen jüdischer Bodenenteignung, jüdischer Besiedlung und jüdischer Bevölkerungsmehrheit zuarbeiten.

---

<sup>211</sup> Siehe Passia 2001: S. 159 f.

<sup>212</sup> Ebd., S. 183; darin "Tulkarem. Siedler bedrohen in Tulkarem einen Ladenbesitzer und schneiden ihm die Finger ab, weil er sich weigert, ein solches Dokument zu unterschreiben." Generell wurde berichtet, dass Gewaltakte der Siedler zunahmen und die Westbank Bewohner auf vielfältige Weise bedroht wurden.

<sup>213</sup> Im Detail dazu alle Veröffentlichungen von al Haq, Law in the service of men; Felicia Langer, Lea Tsemel u.a. israelische Rechtsanwältinnen berichteten über solche Überfälle. Z.B. wird 1980 der Bürgermeister von Hebron gewaltsam deportiert; 1980 werden die aus der Mandatszeit bekannten Village Leagues wieder eingeführt; Attentate auf die gewählten Bürgermeister, z.B. in Nablus folgen u.v.m

### **3. Kolonisierungspläne von Allon bis Sharon – die Besiedlungsfrage**

Vor der Besetzung der Westbank betrug die palästinensische Bevölkerung etwa 900.000 Bewohner. Die Zählung durch die zionistische Besatzungsmacht ergab nur noch etwa die Hälfte, fast 400.000 Menschen waren großenteils in die Nachbarländer geflüchtet, viele von ihnen wurden zum zweiten Mal vertrieben. Damit wuchs die Zahl der Palästinenser, die zwangsweise durch die zionistische Politik von ihrem Land davongejagt worden waren auf mehr als 1,5 Millionen, von denen ein Drittel in- und außerhalb Palästinas immer noch in Lagern lebt.<sup>214</sup>

#### **3.1 Westbank: ein Netz von Großkolonien**

Der stellvertretende Premierminister und Minister für die ‚Integration der Immigranten‘, Yigal Allon, stellte der Knesset im Juli 1967 den ersten nach ihm benannten Kolonisierungsplan für die Westbank vor, der bis heute mit leichten Modifikationen immer noch die Grundlage der israelischen Kolonisierung bildet.<sup>215</sup> (Zu den folgenden Plänen siehe Übersicht 15a, b am Ende des Kapitels 3.1).

##### **Der Arbeiterblock: Allon-Plan**

Nach dem *Allon-Plan* sollte das israelische Territorium bis zum Jordantal erweitert werden, sodass zwischen Jordanien und den Restgebieten der Westbank, im Norden von Ramallah bis Jenin und im Süden von Hebron bis Bethlehem, ein 15 bis 20 Kilometer breiter Streifen mit einer Länge von 15 Kilometern unter israelischer Kontrolle entsteht. Die Westbank wäre damit um ihre östlichen Hänge geschmälert und durch einen ebenso breiten Korridor von Jerusalem bis zum Jordantal zweigeteilt worden. Diese Gebiete sollten demnach eine begrenzte Autonomie erhalten und langfristig in eine Föderation mit Jordanien münden. Der Plan wurde Grundlage für die ersten Kolonien in der Westbank, aber nie offiziell durch die Knesset bestätigt. Die Kolonisierung blieb stets ein koordiniertes Spiel zwischen Regierung und WZO sowie deren Institutionen in Israel selbst, wie z. B. JNA, JA und ihre entsprechenden Posten und Einflüsse im israelischen Planungssystem sowie in den nationalen und regionalen Komitees.

In dieser ersten Phase konzentrierte die zionistische Planung Kolonien in zwei Gürteln entlang des Jordantals, den einen bis 1977 mit 10 Kolonien auf dem Jordanriff, den Osthängen der Westbank mit der Großkolonie Ma'ale Adumim, den anderen mit 13 Kolonien entlang des Jordantals. In den letzten beiden Jahren der Arbeitspartei-Regierung entstanden zwei weitere Schwerpunkte: die Besiedlung mit sieben jüdischen Siedlungen entlang der Westgrenze zu Israel<sup>216</sup> und entlang des Grenzgebiets zwischen Jerusalem und Bethlehem/Beit Ummar mit fünf Siedlungen, die zum Gush Etzion-Block zusammengefasst wurden und als Barriere zwischen dem Großraum Jerusalem und der Hebron-Region dienen sollte. Insgesamt wurden in den ersten zehn Jahren der Besetzung unter der Arbeitspartei bis 1977 48 Kolonien in der Westbank errichtet mit etwa 10.000 jüdischen Siedlern.

##### **Der Likud Block: Gush Imunim – Droblless – Sharon Plan**

Der 1977 gewählten Likud-Regierung ging es aber um mehr. Sie verfolgte eine vollständige Integration der besetzten Gebiete in das Gebiet von Israel und eine

<sup>214</sup> Siehe PASSIA 2001: S. 119. Zahlen wurden aufgerundet; siehe im Detail unter UNWRA.org.

<sup>215</sup> Zu den folgenden Kolonisierungsplänen siehe generell: Benevenisti, Meron 1984: Westbank Data Project, Washington-London; sowie Waltz/Zschiesche 1996 und Waltz/Isaac 2010.

<sup>216</sup> Die so genannte Grüne Grenze.

zumindest faktische Annexion durch ein dichtes und strategisch ausgerichtetes Netz von Siedlungen und Siedlungsblöcken. Die 1974 gegründete rassistische Siedlerbewegung Gush Imunim, deren ‚Mission‘ es war und ist, ‚in allen Teilen von Gesamt-Israel‘ zu siedeln, lieferte die Grundlage für die Pläne der Likud-Regierung, die in Form des ‚Drobless Plan‘,<sup>217</sup> der den Vorstellungen der WZO entsprach und zur Grundlage der zukünftigen Kolonisierung, schließlich der ‚Bantustanisierung‘ der Westbank wurde. Danach sollten 60 Kolonien im Gebiet des Zentralmassivs und dem westlichen Höhenrücken in der Westbank errichtet und bis 1987 die Zahl der Siedler auf 100.000 bis 150.000 erhöht werden und bis 2010 der Stand von etwa 1,5 Millionen erreicht sein.<sup>218</sup> Auf diesem WZO-Plan baute schließlich 1977 der so genannte Sharon-Plan auf.

### **Sharon-Plan**

*Ariel Sharon*, 1977 Landwirtschaftsminister der Regierung Begin, formulierte das Ziel für das Ende des Jahrhunderts wie folgt: zwei Millionen Juden in den besetzten Gebieten – eine einschneidende ‚demographische Transformation‘ und ‚Jüdische Mehrheiten‘ – real waren damals etwa 50.000 israelische Juden im besetzten Ost-Jerusalem und 7.000 in den so genannten ‚Außenposten‘ der Westbank und des Gaza Streifens angesiedelt. Unter der Likud-Regierung sollten die Kolonien nun auch mitten in die palästinensischen Siedlungsgebiete hinein platziert werden.

Im Sharon-Plan – also der offiziellen Grundlage des Likud-Blocks für alle weiteren Kolonisierungsschritte in der Westbank – wurde die weitere Zerteilung der Westbank und die Isolierung der palästinensischen Siedlungsgebiete, also den Städten und Dörfern, geradezu verfeinert. Die bereits begonnenen Kolonisierungsschwerpunkte des Arbeiterblocks entlang des Jordantales und der West-’Grenze‘ sollten verdichtet und drei breitflächige Siedlungsachsen quer dazu entstehen, die den historischen Siedlungs- und Kommunikationszusammenhang zwischen dem Norden mit Jenin und Nablus, Ramallah in der Mitte, Bethlehem und Jerusalem und schließlich der Hebron Region durchschneiden würden – ergänzt durch Ost-West Straßenverbindungen, die die bisherige Mobilität von Dura bis Jenin absolut erschweren, wenn nicht verunmöglichen würde. Hinzu sollten Kolonien, zusammengefasst als große miteinander verbundene Siedlungsblöcke um die großen Städte herum entstehen und diese voneinander isolieren und umkreisen. Jeder dieser 22 Blöcke erhielt schließlich eine eigene Wasser- und Stromversorgung, jeder dieser Blöcke hatte eine eigene Funktion in diesem ‚dichten Netz an Bauernkolonien‘. Diese Blöcke sollten Städte mit Größenordnungen von bis zu 30 und sogar 50.000 jüdischen Einwohnern erhalten, welche die Zentren für die kleineren ländlichen Kolonien mit Handwerk, Kleinindustrie, Synagogen und Schulen bilden würden. Dieser Plan zielte langfristig darauf ab, eine jüdisch-israelische Struktur aufzubauen, die jüdische Mehrheiten garantieren und eine Einheit der

---

<sup>217</sup>Drobless, Mattityahu, seit 1967 Vorsitzender der religiösen Siedlerbewegung Mishkei Herit Beitar; er war verantwortlich für den Bau von Kolonien um Rafah und im Jordantal; seit 1978 gehörte Drobless der Leitung der JA und der WZO an, war dort Vorsitzender der Siedlungsabteilung und wurde dann Direktor des WZO Archivs; Zitat zur Kolonisierung der Westbank: „Deshalb sollte das staatseigene Land und das nicht kultivierte Land von Judäa und Samaria sofort beschlagnahmt werden mit dem Zweck, die Gebiete zwischen den Zentren und um die Zentren herum, die von den Minderheiten (sic!) besetzt sind, zu besiedeln, um die Gefahr der Errichtung eines weiteren arabischen Staates in diesem Gebiet auf ein Minimum zu reduzieren. Wenn die Minderheitsbevölkerung durch die jüdischen Siedlungen voneinander abgeschnitten ist, wird sie es schwierig finden, eine territoriale und politische Kontinuität zu finden.“ Zit. in: Drobless, M 1980: Strategie, Politik und Planung der Besiedlung von Judäa und Samaria. Jerusalem, in: CAABU Advancing British Arab Relation 1981. Information Service No., 6. Dezember 1981, zit. in: Waltz/Zschiesche 1986: S. 309; Siehe auch Benevenisti 1984.

<sup>218</sup> Tatsächlich wurden bis 2010 etwa 500.000 Siedler in der Westbank angesiedelt, wovon etwa 200.000 in Ost-Jerusalem leben.

palästinensischen Gebiete verhindern sowie die Idee eines eigenen Staatsgebietes unmöglich machen würde.

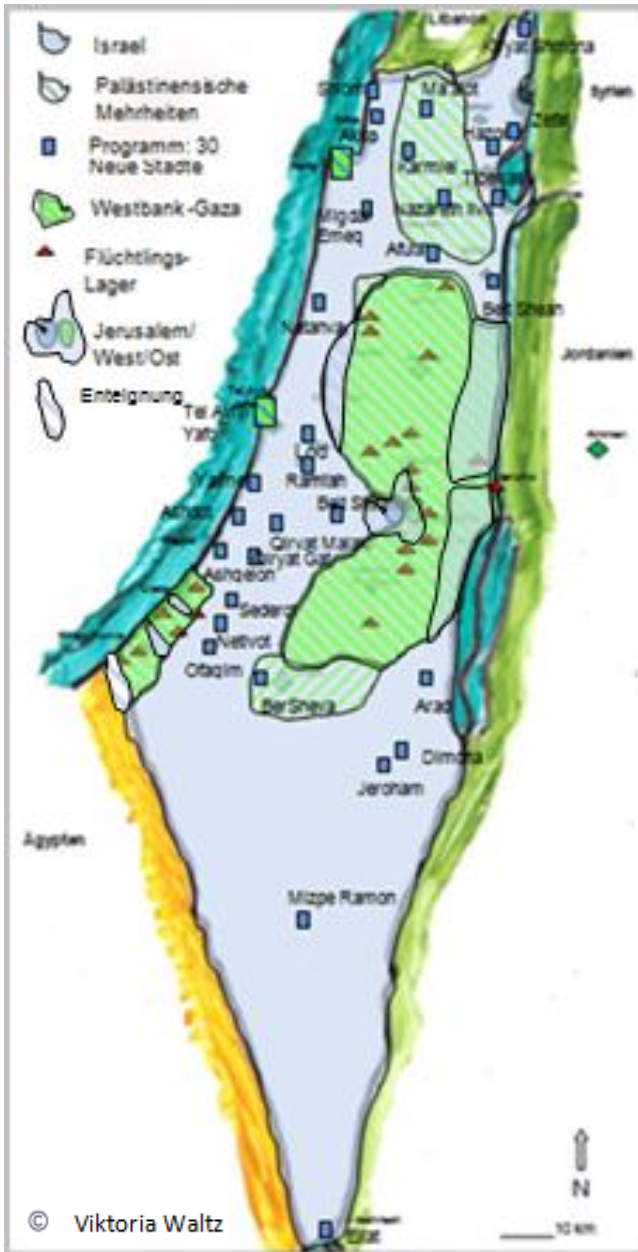
Zur Likud- und der WZO-Planung gehörte auch, langfristig mitten in die palästinensischen Siedlungsgebiete einzudringen. ‚Pionierarbeit‘ leistete die Siedlerbewegung, allen voran Gush Imunim, deren Praxis es war und noch ist, im Rahmen der WZO-Pläne an einer strategisch ausgesuchten Stelle mit Behelfsbauten zu beginnen, dann Schutz durch israelische Sicherheitskräfte anzufordern und schließlich mit finanzieller und staatlicher Hilfe feste Bauten zu errichten, bis diese sich zu einer organisierten und staatlich anerkannten Kolonie entwickeln würden. Zunächst begann diese direkte Form der Durchdringung palästinensischer Wohn- und Lebensräume in den historischen Städten Jerusalem und Hebron. 1969 besetzte eine Frauengruppe der Gush Imunim-Bewegung das Daboja Gebäude mitten in der Stadt mit der Begründung, es handele sich um einen ehemaligen jüdischen Besitz – der Anfang einer langen traumatischen Entwicklung inmitten Hebrons. 1987 besetzt die Gruppe Ateret Cohanim, ein Ableger des Gush Imunim, den Abu Snene Block in der Khaldiye Straße in der Altstadt von Jerusalem ebenfalls mit der Begründung, es handele sich um ehemaligen jüdischen Besitz - ein Albtraum begann für die elf Familien, die dort nach der Flucht aus Hebron seit 1948 lebten.



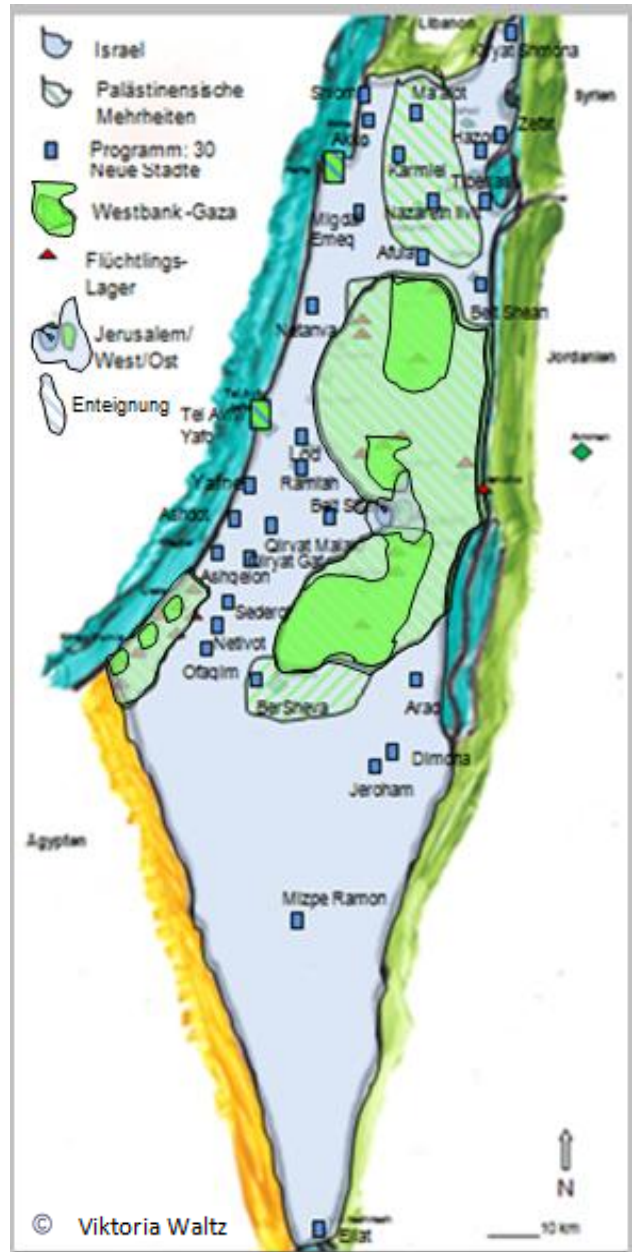
## Übersicht 16

### Kolonisierungspläne für die Westbank

#### a. Allon Siedlungsplan



#### b. Sharon Siedlungsplan



### **3.2 Kolonisierung des Gaza Streifens – vor allem Kontrolle**

Vor der Besetzung, 1966, lebten im Gaza Streifen etwa 450.000 Menschen, nach dem Zensus waren es nur noch 354.000, wovon mehr als die Hälfte in den acht Flüchtlingslagern lebte<sup>219</sup> - eine dicht gedrängt lebende Gesellschaft, die nicht viel zu verlieren hatte und genügend Nährboden für organisierten Widerstand in sich barg. Die Judaisierung dieses kleinen Landstreifens war zunächst weniger wichtig als die Kontrolle über die Bevölkerung aufzubauen und einen Riegel zu Ägypten gegen mögliche Angriffe von dort zu errichten, denn die Übernahme des Gaza Streifens bedeutete das Risiko einer weiteren ‚feindlichen Grenze‘. (Zu den folgenden Plänen siehe Übersicht 16a, b am Ende des Kapitels 3.2).

#### **Der Arbeiterblock – Allon-Plan**

Der Arbeiterblock plante zunächst eine Kette von Kolonien als Siedlungsbarriere entlang der Grenze zwischen Sinai/Ägypten und dem Gaza Streifen/Rafah und dazu zwei innere Siedlungsblöcke, die die Stadt Gaza bis Rafah im Süden in drei Teile trennen sollten.<sup>220</sup>

Wegen sich häufender Attacken auf die Armee durch palästinensische Widerstandsgruppen nahm die Regierung im Januar 1970 den so genannten ‚Plan of Fingers‘ an, nachdem fünf Siedlungsblöcke entstehen sollten: vier Blöcke im Gaza Streifen, je nördlich und südlich der Stadt Gaza, sowie je einer im mittleren und im südlichen Gaza Streifen, die das Gebiet in vier Zonen teilen sollten und einen fünften Block entlang der nördlichen Sinai-Küste. Die vier Blöcke wurden entlang der zentralen Verbindungsstraße zwischen den Städten errichtet, was gegebenenfalls die Abschließung der einzelnen Gebiete voneinander ermöglichte. Nach dem Yom Kippur Krieg 1973, in dem die ägyptische Armee in Kürze bis in den Sinai einmarschiert war, wurde dem südlichen Block besondere Bedeutung zugemessen. Er galt als ‚Sicherheitskorridor‘, der auch in möglichen künftigen Friedensverhandlungen eine Rolle spielen könnte, um den Gaza Streifen als Pufferzone auch zukünftig beanspruchen zu können. Es wurden elf Wehrdörfer auf dem ägyptischen Sinai-Gebiet angelegt.

#### **Die Likud-Planung**

Als Teil von ‚Erez Israel‘ sollten auch im Gaza Streifen feste jüdische Strukturen entstehen, sozusagen als Teil der ‚historischen Rechte der Juden‘, in dem höchstens eine gewisse ‚Koexistenz‘ mit den ‚Arabern‘ denkbar wäre.<sup>221</sup> Der Schwerpunkt der Besiedlung lag zunächst auf dem Ausbau des Sinai-Korridors mit der geplanten Hafenstadt Yamit. Nach dem Friedensvertrag 1979 mit Ägypten und der Rückgabe des Sinai mussten gerade diese Siedlungen aufgegeben werden. Die Siedler des Sinai wurden ersatzweise in neue Siedlungen in den Gaza Streifen umgesiedelt, die die bereits bestehenden Blöcke ergänzten und die Barrieren zwischen den vier

---

<sup>219</sup> Siehe Unctad.org.

<sup>220</sup> „Diese Siedlungen haben eine große politische Bedeutung, weil sie Gaza Stadt vom südlichen Gaza Streifen trennen würde. Ebenso würden Juden inmitten Gazas die Sicherheit Israels fördern“; so Yigal Allon nach jewishagency.org, 14.2.2011.

<sup>221</sup> Etwa so wie der sozialkritische Schriftsteller Amos Elon es definierte: „Es ist dieselbe Koexistenz wie zwischen einem Reiter und seinem Pferd (...) sie eint die Herrschaft eines Volkes über ein anderes“; auch Meron Benvenisti bezeichnet diese Politik als ‚horse and rider‘; zit. in: Waltz/Zschiesche 1986: S. 277; noch deutlicher wird die erlogene Wirklichkeit in einer Werbebroschüre der WZO, Immigration and Absorption Division World Zionist Organization 1984: New Dimensions. Aliyah to Judea, Samaria and Gaza, New York, S. 19:” The sandy, palm-treed beaches of Gaza are the ‚Hawaii‘ of Israel. The ten communities stretching from the Erez Checkpoint in the north to Rafiah in the south share the infinitely-stretching view of the Mediterranean. This area, despite its tropical climate and physical beauty, was never heavily populated, and this is what the Gaza Regional Council would like to see changed in the near future.”

Regionen Gaza Stadt, Deir el Balah, Khan Yunis und Rafah weiter verdichteten und israelisch-jüdische Zonen mit Verbindung zur israelischen Grenze dazwischen schoben. Vor allem in Rafah wurden die Kolonien zahlreicher und dichter. Die meisten Kolonien waren landwirtschaftlich orientiert, allein Netsarim diente einem rein israelischen provokanten Tourismus. Im Süden entstand eine Kette von Kibbuzim, die sich zwischen die palästinensische Besiedlung von Khan Yunis und Rafah und die Küste schoben und ein höchst fruchtbares Gebiet für den Anbau von Dattelpalmen und Zitrusfrüchte war, das von Beduinen bewirtschaftet und alsbald enteignet worden war und in das zionistische Koloniegefüge hinein annektierte worden ist.

Das größte Hindernis für eine vollständige Transformation und die erwünschte Judaisierung bildeten die großflächig ausgebreiteten Flüchtlingslager. Anders als in der Westbank war es im Gaza Streifen nicht einfach möglich, Kolonien direkt in die palästinensischen Siedlungsstrukturen hinein zu pflanzen. Ein anderes Konzept ermöglichte dagegen mehr Kontrolle und Zerstörung. Ariel Sharon, Gouverneur für den Süden, ließ neue Straßen durch die Lager pflügen, damit Jeeps und Bulldozer besser hindurch kämen – hunderte der sowieso schon armseligen Wohnungen mussten weichen und erhöhten noch die Enge in den Flüchtlingslagern, in denen die vertriebenen Familien durch Verwandte aufgenommen werden mussten.

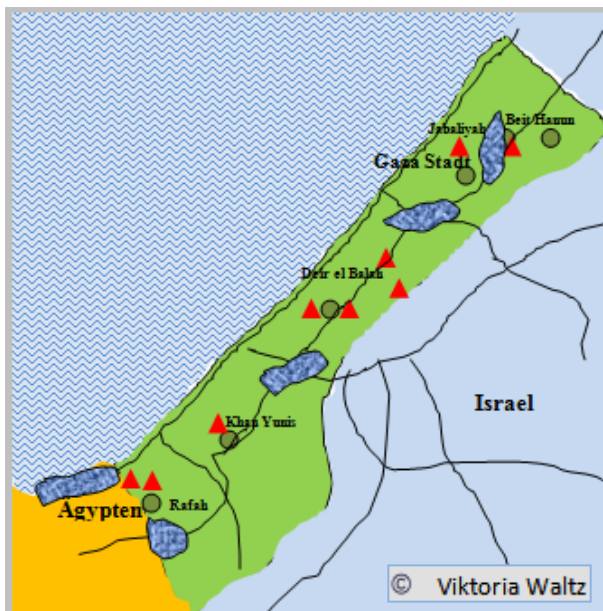
## Übersicht 17

Kolonisierungspläne für den Gazastreifen

a. Allon Siedlungsplan

b. Sharon Siedlungsplan

(blau Kolonien, rote Dreiecke Flüchtlingslager)



#### **4. Judaisierung der Städte - Jerusalem und Hebron im Wechselspiel der Akteure**

Während auf der regionalen Ebene und auf der Basis von großflächigen Enteignungen von ‚unkultiviertem Land‘, ‚Land von Abwesenden‘, Land ‚aus Sicherheitsgründen‘, Land wegen ‚Notstands-Aussperrungen‘ oder ‚staatliche Planungsprojekte‘ (Straßen) das Kolonisierungsprogramm realisiert wurde, kamen in den Westbank neben der Errichtung von Militärposten in den Städte die bereits in Israel erprobten stadtplanerischen Instrumente wie Masterpläne und Baugenehmigungen zur Anwendung – auch im Spiel mit jordanischem Bau- und Planungsrecht. Während die palästinensischen Stadtgebiete zum Beispiel keine Masterpläne und keine Förderung erhielten und sich weder ausdehnen noch angemessen erneuern und erhalten konnten, entstanden mit Genehmigungen und großzügiger Förderung in ihrem direkten Umfeld oder auf umgebenden Hügeln israelische Kolonien, die mit allem versorgt wurden und zudem bedrohlich die geschaffene Ghetto-Situation verfestigten. Ein weiteres Instrument zionistischer Stadtplanung wurde in Hebron und Jerusalem angewandt: Denkmalschutz und Stadterneuerung. Während Hebron als Teil des besetzten Gebietes zunächst von Siedlergruppen okkupiert wurde, wurde Jerusalem nach seiner faktischen räumlichen Eingliederung in israelisches Staatsgebiet direkt israelischer offizieller Planung unterworfen.<sup>222</sup>

##### **4.1 Hebron – zwischen Siedlergruppen in der Altstadt und der Kolonie Kiryat Arba**

Hebrons Judaisierungsunternehmen ist ein dramatisches Beispiel für das raffinierte Spiel zwischen Siedlergruppen und Regierungsplanung. (*Zur Lage von Hebron siehe folgende Übersicht 17*). Hebron ist eine der ältesten Städte der Welt, gilt als Hauptstadt König Davids und war schon deshalb ebenso wichtig für das folgende Judaisierungsprogramm wie Jerusalem.<sup>223</sup> Nach den Kreuzfahrern war Hebron eine mehrheitlich muslimische Stadt, nur eine kleine jüdische Gemeinde lebte in Hebron. Diese wurde während der großen Aufstände der 1930er Jahre angegriffen und vertrieben, etwas 2.000 Juden verließen damals die Stadt.

Nach muslimischer und jüdischer Lesart ist hier der Stammvater Abraham in einer Höhle begraben worden und auf dem Ort dieser Höhle wurde schließlich ein zentrales Gebäude, die heutige Ibrahimi-Moschee errichtet. Der Name Hebron geht auf den hebräischen Namen zurück, und es ist bezeichnend, dass dieser Name international gebräuchlich ist und auf den Mandatskarten vermerkt wurde, während der arabische Name, Al Khalil, unbekannt bleibt – der das besonders Heilige dieser besonderen Stadt ausdrückt. Das Betreten des Heiligen Bezirk um diese Moschee war bis zur Besetzung der Westbank nur Muslimen erlaubt.

Zunächst setzten sich fundamentalistische jüdische Gruppen in der Stadt fest. Im April 1968 kam eine Gruppe von 80 angeblich Schweizer Touristen unter Leitung des bekannten extremistischen Rabbiners Moshe Levinger in die Stadt, vorgeblich, um am Grab Abrahams zu beten. Sie versuchten vergeblich Häuser anzumieten, stießen auf Ablehnung, aber weigerten sich auch, das Hotel, indem sie untergekommen

---

<sup>222</sup> Siehe z.B. Waltz, Viktoria 2001: Jerusalem und das Zionistische Projekt. Zwischen Altstadt und Neustadt, zwischen Kosmopolitisierung und Ethnisierung einer Metropole. Aktualisierte Fassung, in: Edlinger, Fritz (Hrsg.): Befreiungskampf in Palästina. Von der Madrid Konferenz zur Al Aqsa-Intifada, Wien, S. 200–220.

<sup>223</sup> David Ben Gurion: “We shall make a terrible mistake if we are not going to settle Hebron, the earlier forerunner and neighbor of Jerusalem, with an ever-growing Jewish community in the shortest time”, in: Passia 2001: S. 133.

waren zu verlassen. Schließlich ‚half‘ die Armee und brachte sie in einem Militärposten der Stadt unter. Zunächst war ihr Eindringen in die Stadt dank des Widerstandes des Bürgermeister und der Bevölkerung gescheitert.

Von dort besetzte die Gruppe einen Hügel östlich der Stadt und eine der aggressivsten Siedlergruppen, Mitglieder der rechtsextremen Tekhiya Partei, begannen mit dem Aufbau von Kiryat Arba. 1970 wurde diese Kolonie offiziell von der israelischen Regierung anerkannt und seitdem mit Wohnungsbaumitteln und dem Aufbau von Industrieanlagen gefördert. Das Militär beschlagnahmte dafür große Ländereien Hebrons aus ‚Sicherheitsgründen‘. Seitdem wurde Hebron in die Zange genommen: auf der einen Seite durch die Siedler aus Kiryat Arba, die sich immer mehr Zugang zur Stadt eroberten und auf der andern Seite durch Siedler, die immer mehr Orte in der Altstadt und ihrer Umgebung besetzten, zunächst das Daboja Gebäude (1968) und von dort aus dann weitere Gebiete.

Immer wieder wurde die Ibrahimi Moschee Ort von Konflikten, angezettelt durch die Siedler von Kiryat Arba. 1975 nach erneuten Zusammenstößen, erlässt die israelische Regierung gegen heftige Proteste des Obersten Islam Rates Regelungen zum Besuch des Ortes für Juden und Muslime, der die Muslime eindeutig diskriminiert.<sup>224</sup> 1980 wurden die Muslime erstmalig für mehrere Freitage vom Zugang zur Moschee ausgesperrt, und nur Juden wurde der Zutritt erlaubt. 1984 wurden sie vom Besuch eines großen Teils der Moschee ausgeschlossen, während die Juden mehr und mehr Zugangsbereiche erhielten.

Unter der Likud-Regierung nahm die innere und äußere Kolonisierung der Stadt nochmal mehr Tempo auf. Gegen heftigen Widerstand wurde vor allem die Altstadt, die Kasba, heimgesucht: Siedler besetzten Nachbarhäuser der Daboja, die Dächer über der Hauptbasarstraße, das Beit Romano, die Usama Bin Munkez Schule, den Busbahnhof, den Gemüsemarkt, Gebäude in der Shuhada Geschäftsstraße und Tel Rumeida auf dem Hügel gegenüber der Shuhada Straße. Viele palästinensische Familien waren plötzlich von Siedlern eingekreist, konnten ihre Häuser nur durch Militärkontrollen hindurch verlassen und betreten, waren manchmal durch Drehkreuze oder feste Mauern abgesperrt, konnten ihre Nachbarn, die Schule, den Arzt oder die Moschee nur über große Umwege besuchen.

Nach erneuten Auseinandersetzungen, in denen sechs Siedler getötet wurden, wurden die gewählten Bürgermeister von Hebron und der Nachbarstadt Halhul, Fahd Qawasmeh und Muhamed Milhem, von der Israelischen Armee gefangengenommen und zwangsweise nach Jordanien deportiert.

1983 beschloss die Regierung den ‚Wiederaufbau des Jüdischen Viertels‘. 500 jüdische Familien wurden im Herzen der Stadt angesiedelt. Die volle Übernahme der Ibrahimi Moschee folgte, für Nicht-Juden nur begrenzt und nach Kontrollen zu betreten – eine völlig fremde moderne Wohnbebauung entstand davor. Die noch von Palästinensern betriebenen Tourismusgeschäfte wurden enteignet und sind seitdem in jüdischer Hand. 1987 besetzten 150 Siedler aus Kiryat Arba gewaltsam die Ibrahimi Moschee während des Freitagsgebetes und beendeten damit die Möglichkeit für Muslime, im Zentrum der Moschee zu beten. 1988 versuchen 200 Muslime dennoch, dort, am Grab Abrahams, zu beten – es endete mit heftigen Kämpfen zwischen ihnen und den Siedlern.

---

<sup>224</sup> Siehe Passia 2001: S. 148.

Bis zum Beginn des Friedensprozesses in Oslo blieb dieser Zustand. Während die Hebroner Institutionen versuchten, vor allem die Altstadt zu sichern, teilweise bereits verlassene und vernachlässigte Gebäude wieder aufzubauen und Schutzdächer einzurichten,<sup>225</sup> ging die illegale Besetzung durch Siedlergruppen einfach weiter und bedrohte das Leben in der Stadt.

Die Abmachungen des so genannten Friedensprozess schufen dann noch darüber hinaus eine Situation der Teilung der Stadt, die die völlig absurde und durch Gewalt hergestellte Situation bis heute auch noch zementierte. Das so genannte H1/H2-Abkommen schafft faktisch jüdisch-israelische Enklaven im Herzen der Stadt, erlaubt seitdem den Siedlern völlige Kontrolle über die Ibrahimi Moschee und ihr Umfeld und zerstückelt die Innenstadt Hebrons zu ihren Gunsten. Hebron, das Marktzentrum für den Süden des Landes bis an die 1967er Grenze hat dadurch enorme wirtschaftliche Einbußen und Verluste erlitten, abgesehen von der ständigen Bedrohung durch weitere Siedler, die Hebron zum Kampfplatz erkoren haben, regelmäßig in der Stadt demonstrieren, randalieren und ihre direkten Nachbarn handgreiflich belästigen. Hinzu kommen Checkpoints und die ständige Anwesenheit des Militärs, was dazu geführt hat, dass eine ständige internationale Beobachtergruppe in die Stadt entsandt wurde, die den Vereinten Nationen über die Übergriffe und Verletzungen von internationalem Recht berichten soll.<sup>226</sup> (*Zur Lage in Hebron zwischen den jüdischen Siedlern und den Palästinensern siehe Übersicht en 18 und 19 am Ende des Kapitels 4.1*)

Der Judaisierungsprozess in Hebron ist als ein Pionierstück dafür zu begreifen, was in Jerusalem konzentriert in den letzten Jahren geschehen ist: die langsame Übernahme der Stadt im einmütigen Konzert zwischen zionistischem Staat und den zionistischen Organisationen auf der einen Seite und den fanatischen Siedlergruppen auf der anderen Seite, die aktiv die Judaisierung des Landes im Sinne ihrer ‚Enderlösung‘ für die Befreiung der Juden betreiben.

---

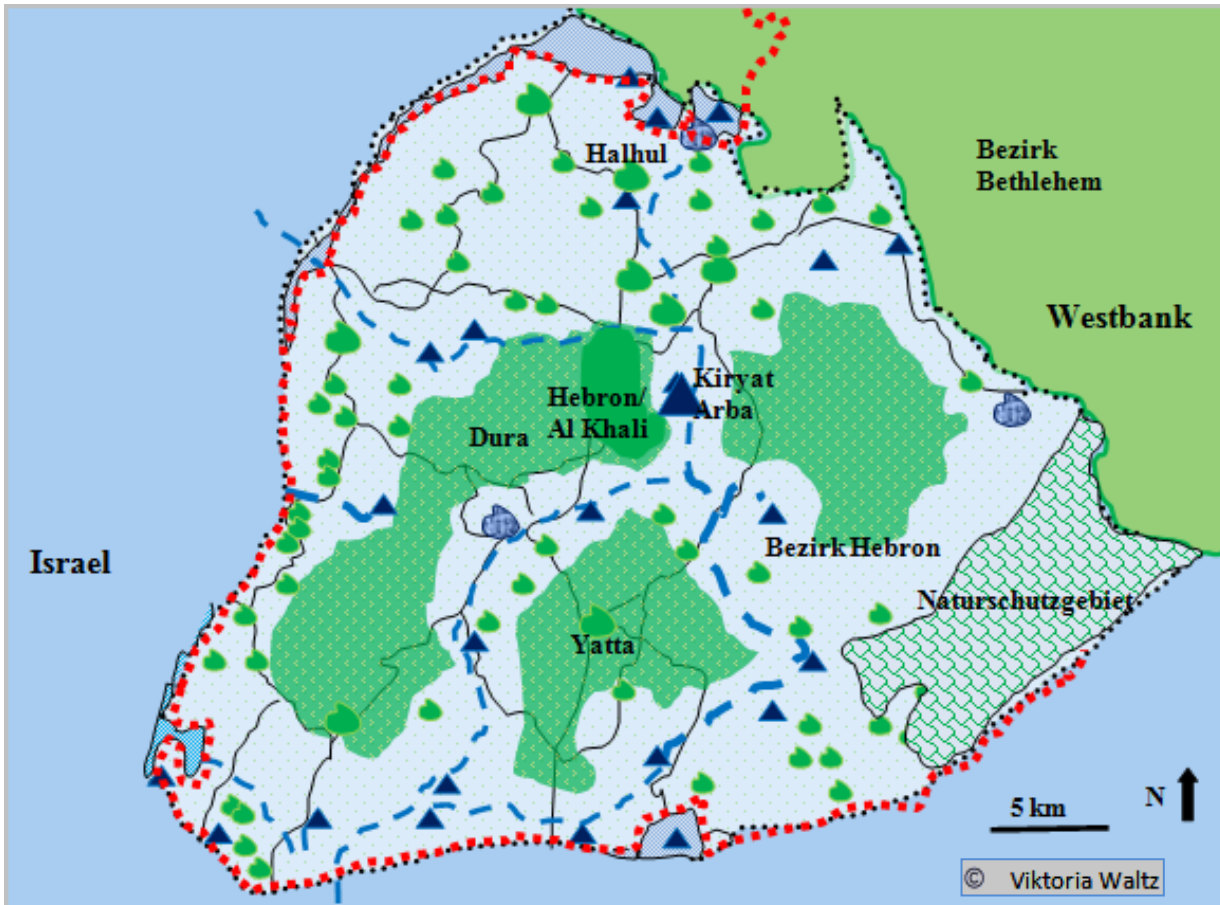
<sup>225</sup> Das Hebroner Rehabilitation Committee( HRC) wurde 1996 gegründet und führt seitdem ein umfassendes Renovierungsprogramm für die Altstadt durch. Ziele sind die Erneuerung und Wiederbelebung der Altstadt und ihr kulturelles Erbe, Verbesserung der Lebensbedingungen, Förderung von Wirtschaft und Tourismus, Arbeitsmöglichkeiten für die lokale Bevölkerung zu schaffen und Armut zu bekämpfen, um damit auch gegen die Siedlerangriffe und die Kolonisierungsabsichten zu kämpfen. 1998 erhielt das Komitee für seine hervorragende Arbeit zur Rettung des kulturellen Erbes den berühmten Aga Khan Architektur Preis. Link: <http://www.hebronrc.org/>.

<sup>226</sup> TIPH, Temporary International Presence in the City of Hebron, wurde 1997 zur Beobachtung nach Hebron entsandt Die Aufgabe: “The TIPH is an international civilian observer mission. The TIPH assists the parties in the normalisation of the situation in the city and reports on their efforts and the breaches of the agreements on Hebron and international law. TIPH reports to the Palestinian and Israeli authorities and to the six member countries“. Link: [www.tiph.org](http://www.tiph.org).

## Übersicht 18

Bezirk Hebron – Lage in der Region (Grenze schwarze Punkte)

Mauer (rot), ‚autonome‘ Zone A (grün, Struktur), Dörfer (grün in Zone B bzw. C), Kolonien und Siedlerstraßen (blau)



## Übersicht 19

Hebron Al Khalil geteilt nach OSLO 1997

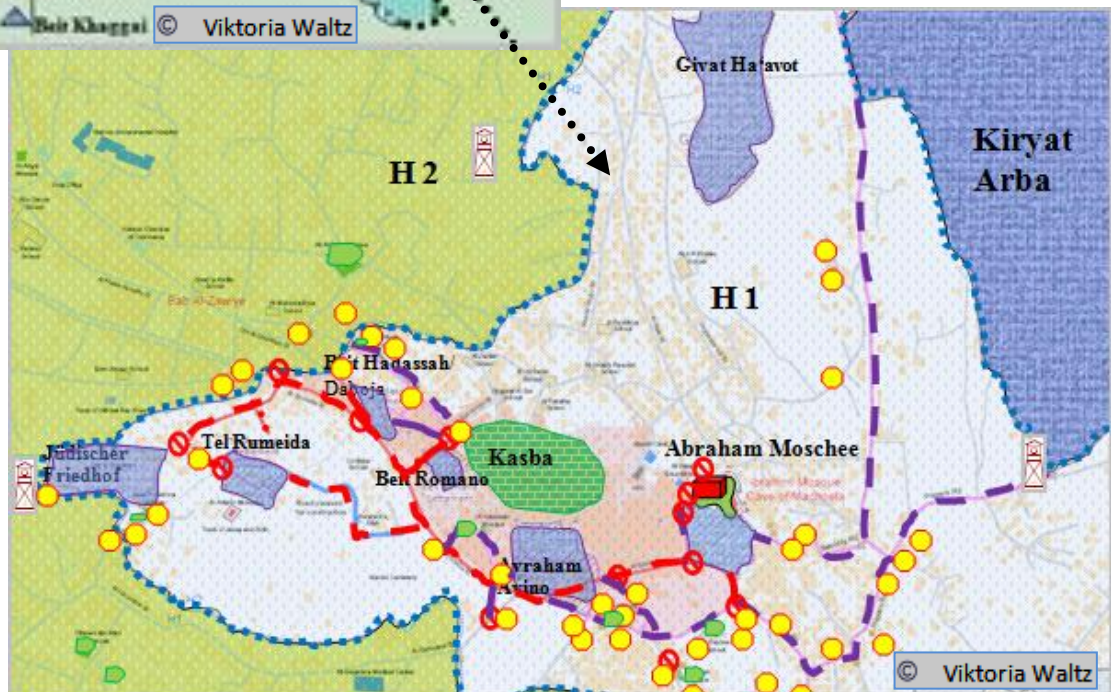
H2 palästinensisch (grün), H1 jüdisch kontrolliert,  
Altstadt/Kasba (rot)



## Übersicht 20

Die Altstadt und die Siedler  
Ausschnitt

*rote* und *lila* Straßen gesperrt für  
Palästinenser, *gelb* roadblocks, *rot*  
checkpoint/Tor





## **4.2 Jerusalem – Europäisierung und Judaisierung von West nach Ost**

Jerusalem stand seit Beginn des Projekts Israel im Zentrum zionistischer Überlegungen. Theodor Herzl gab sich ausführlichen Überlegungen in seinen verschiedenen Veröffentlichungen hin: er wollte die Altstadt ‚sauber‘, frei von weltlichem ‚Schmutz‘, eine Stadt der Heiligen Orte sollte sie sein und ein modernes, ebenso ‚sauberes‘ Jerusalem sollte außerhalb entstehen.<sup>227</sup> Ben Gurion, erster Ministerpräsident Israels, ließ nie einen Zweifel daran, dass Jerusalem Israels Hauptstadt sein müsse und niemals mit den Palästinensern geteilt werden könne.<sup>228</sup>

### **Jerusalem von der Mandatszeit bis zur vollständigen Besetzung 1967**

Schaut man sich die reale zionistische Kolonisierungspolitik in der Mandatszeit an, stand Jerusalem jedoch nicht von Anfang an im Fokus der strategischen Bodenkäufe und Besiedlungspläne. Dies änderte sich erst mit den Teilungsplänen und der Wahrscheinlichkeit eines jüdischen Staates. In den letzten Jahren vor dem Abzug Englands konzentrieren sich Bodenkäufe auf die Region Jerusalem. Nachdem der Teilungsplan eine Sonderlösung für Jerusalem vorsah und Jerusalem nicht zum jüdischen Staat gehören sollte, setzten die ‚Hardliner‘ unter Ben Gurion auf eine militärische Lösung und eine ‚Bereinigung‘ des ‚Jerusalem Korridors‘ von palästinensischer Besiedlung und griffen im Rahmen der ‚Nakbe‘ 36 Dörfer im Westen Jerusalems an, vertrieben die Bewohner und zerstörten einen großen Teil vollständig. Heute findet man ihre Reste wohl versteckt noch in den nach 1949 geschaffenen Parks und Naturschutzgebieten rund um West Jerusalem,<sup>229</sup> das seit den Waffenstillstandsverträgen mit Jordanien 1949 zu Israel gehörte und in mehreren Schritten per Gesetz der Knesset zur ‚Ewigen Hauptstadt Israels‘ erklärt wurde.

Bei Betrachtung der Entwicklung der westlichen Neustadt kann man behaupten, dass die Vision Herzls von dem ‚sauberen, modernen‘ Jerusalem, das nach modernsten Gesichtspunkten der Planung gestaltet werden sollte, tatsächlich Wirklichkeit geworden ist. Vorlauf davon war die Europäisierung Jerusalems unter dem englischen Mandat. Erst im 19. Jahrhundert verließen vor allem die wohlhabenden palästinensischen Jerusalemer Familien die Enge der Altstadt und bauten neue, moderne Villen auf ihrem Land außerhalb der Stadt. Bis zu Beginn der Mandatszeit entwickelte sich die Neustadt Besiedlung vor allem nach Westen, und ehemalige Dörfer und landwirtschaftlich geprägte Gebiete wurden zu bevorzugten Wohnquartieren wie Baqa, Qatamon, Musrara oder Al Wariya. Mit den Erweiterungen des Osmanischen Bodenrechts siedelten sich dort auch die Neueinwanderer aus Europa an – seien sie bewusste Zionisten oder die Mitglieder der ‚Erweckungsgruppen‘, die ihren missionarischen Eifer auf die Heilige Stadt

---

<sup>227</sup> „Bekommen wir jemals Jerusalem, u. kann ich zu der Zeit noch etwas bewirken, so würde ich es zunächst reinigen. Alles, was nicht Heiligthum ist, liesse ich räumen, würde Arbeiterwohnungen außerhalb der Stadt errichten, die Schmutznester leeren, niederreißen, die nicht heiligen Trümmer verbrennen und die Bazare anderswohin verlegen. Dann unter möglicher Beibehaltung des alten Baustyls eine comfortable, ventilirte, canalisirte neue Stadt um die Heiligthümer herum errichten.“ Herzl, Theodor 1902: Zionistisches Tagebuch 1895, Leipzig-Wien, S. 680 f. Zeichensetzung und Schreibweise wie im Original, in: Sonder, Ines, Altneuland 2008: Theodor Herzls Städtebauvisionen für Erez Israel, in: David Jüdische Kulturzeitschrift, No. 76, April 2008, Link: [http://www.david.juden.at/2008/76/13\\_sonder.htm](http://www.david.juden.at/2008/76/13_sonder.htm).

<sup>228</sup> „Wir erklären, dass Israel Jerusalem niemals freiwillig aufgeben wird, so wie wir auch seit Jahrtausenden nicht unseren Glauben, unseren Volkscharakter und unsere Hoffnung auf die Heimkehr nach Jerusalem und Zion aufgegeben haben.“ David Ben Gurion, Rede in der Knesset, Dezember 194, in: Ben Gurion Archives.

<sup>229</sup> Z.B. ‚Lions International-Israel‘, Reservat auf den Ländereien von Bayt Mahsir, der ‚Zweihundert Jahre Park‘ mit dem ‚Hubert Humphrey Weg‘ auf den Ruinen von Deir El Hawa, ‚Canada Park‘ auf den Ruinen von Al Walaya, Militärbasen wie ‚Kanaf Staim‘ auf dem Boden von Al-Burayj, in: Khalidi, Walid 1992: All that remains. The Palestinian villages occupied and depopulated by Israel in 1948. Institute for Palestine Studies, Washington, D.C., S. 275-286. Siehe auch Link: [www.palestineremembered.com](http://www.palestineremembered.com).

Jerusalem konzentrierten, aber keinen Wohnraum in der dicht bewohnten Altstadt fanden.

Daraufhin begann England mit einer systematischen Stadtplanung nach europäischen Maßstäben mit entsprechenden Masterplänen.<sup>230</sup> Diese wurden durch folgende Aspekte charakterisiert:

- Schutz der historischen Altstadt,
- Einfassung der historischen Altstadt durch Parks und Grünzonen,
- Entwicklung der westlichen<sup>231</sup> und später östlichen Neustadt um dieses Zentrum in radialer Form,
- Zonierungen für Industriegebiete und Zentrale (z.B. Regierungs-) Bauten sowie
- Wohnviertel nach dem Prinzip der Gartenstadt.<sup>232</sup>

Der Kendall-Plan von 1944, ein umfassender Stadtentwicklungsplan für Jerusalem, setzte noch einmal einen Schwerpunkt auf die besondere Rolle des Schutzes der Altstadt und des so genannten ‚Holy Basin‘, also noch weiterer historischer Plätze im Umfeld der Altstadt und legte die Planung eines ‚green belt‘, also einer Grünzone, um diese historischen Orte verbindlich fest. Dieser Plan lag mit diesen Prinzipien auch der weiteren Stadtentwicklungsplanung nach 1949 zugrunde.

### **Jerusalem nach 1949**

Nach der Teilung Palästinas nahm die Entwicklung in Ost und West Jerusalem unterschiedliche Formen an.

*Ost Jerusalem* hatte Flüchtlingsströme aus dem gesamten Gebiet Israels und allein mehr als 30.000 Menschen aus West Jerusalem zu verkraften und musste sich völlig neu als Handels- und Marktzentrum der Westbank orientieren. Jordanien verwaltete die Westbank und Jerusalem als Teil Jordaniens und war an seiner wirtschaftlichen Ausbeutung interessiert aber weniger an einer besonderen Unterstützung und Förderung. Die Stadt entwickelte sich nach Norden und Osten, und neue Wohngebiete wurden in das Stadtgebiet integriert. Die heiligen Stätten unterstanden dem besonderen Schutz des Jordanischen Königshauses, weil es sich - Hashemiten als Nachfahren des Propheten - als etwas besonders ansah. Im Übrigen basierte die Planung weiterhin auf dem Kendall-Plan.

*West Jerusalem* war ein Teil Israels und wurde systematisch zur jüdischen Zentrale ausgebaut. Die *Bevölkerungsfrage* wurde wie im übrigen Israel ‚gelöst‘, indem etwa 30.000 Menschen aus den umgebenden Dörfern des ‚Korridor‘ vertrieben wurden, etwa 32.000 der palästinensischen Bewohner der West Stadt mussten diese verlassen und verloren ihre sämtlichen Besitztümer und ihr Land, was zusammen genommen einem Verlust im Wert von etwa 33 Millionen damaliger palästinensischer Pfund entsprach. 2.000 Juden hatten die Altstadt verlassen müssen. Im Zensus von Dezember 1948 wurden neben den 80.000 Juden nur noch 2.900 Nicht-Juden, also Palästinenser als Anwesende gezählt, was sie zu einer Minderheit von gerade noch 3,5 Prozent schrumpfen ließ, obwohl sie vor der Staatsgründung insgesamt 40

---

<sup>230</sup> Im Holliday Plan von 1930 wurden Bauhöhen, Dichte, Abstände und die Unterscheidung zwischen städtischer und ländlicher Bebauung festgelegt. Siehe Kendall 1948.

<sup>231</sup> Mc Lean Plan 1918, siehe Kendall 1948.

<sup>232</sup> Geddes/Ashbee Plan 1919/1922, darin waren auch der Bau der Hebrew University auf dem Mt. Scopus und des Hadassah Krankenhauses vorgesehen. Siehe Kendall 1948.

Prozent und bezogen auf die West Stadt immerhin noch 25 Prozent ausgemacht hatten.

Die *Bodenbesitzfrage* war damit auch gelöst, im Jerusalem Korridor betrug der Verlust an Bodenbesitz für die Palästinenser 53.280 dunam, in West Jerusalem 5.540 dunam.<sup>233</sup>

Die *Besiedlungsfrage* wurde nun auch hier zu einer Angelegenheit der staatlichen Planung und wurde als Planung für die zukünftige Hauptstadt<sup>234</sup> behandelt. Der Rau-Plan, Ergebnis eines Wettbewerbs von 1949, legte Flächen und Gebäude für den Regierungssitz, die Knesset, fest. Yad Vashem entstand, Ben Jehuda wurde zur Shopping Meile ausgebaut, das Zentrum verdichtet und modernisiert. Im Outline-Plan von 1959 entstanden neue Geschäftsbereiche, Parks, Straßen und erste Restaurierungspläne für die neuere jüdische Geschichte. Dazu gehörten u.a. Wohnquartiere der vorstaatlichen Zeit wie die ‚German Colony‘ oder das ‚Windmill Quarter‘. Insgesamt wuchs die Stadt nach Westen in die ländliche Umgebung hinein – der Regionalplan RJ5 aus der Mandatszeit, der in großem Maße landwirtschaftliche Flächen mit Baubeschränkung festgelegt hatte, galt weiterhin. Schaut man auf die Pläne, waren sie alle so ausgerichtet, dass sie eine spätere Vereinigung der Stadt nicht behindern würden.

### **Jerusalem nach der Besetzung 1967**

Jerusalem-Ost wurde noch Ende Juni formell annektiert, indem die Gültigkeit des ‚Basic Law‘ von 1950 auf gesamt Jerusalem ausgedehnt wurde. In neuen Grenzen und unter Einbezug Groß Jerusalems in den bisherigen Master-Plan wurde die städtische Fläche fast verzehnfacht und Jerusalem von der Westbank formal abgetrennt und unter israelische Rechts-, Handels- und Verwaltungshoheit gestellt.

Damit war Ost Jerusalem politisch, administrativ und wirtschaftlich - gegen internationales Recht - annektiert. Die Machtfrage war ‚quasi legal‘ entschieden, indem gesamt Jerusalem in neuen Grenzen als Teil Israels behandelt wurde. Widerstände wurden im Keim erstickt. Zum Beispiel wurden der Vorsitzende des Obersten Islamischen Rates Scheikh Abd al Hamid As-Sayeh und der Bürgermeister von Jerusalem abgesetzt und deportiert. Die Judaisierung konnte beginnen.

Allerdings hatten die zionistischen Planer mit der Tatsache zu rechnen, dass Jerusalem nicht nur bei weitem die größte israelische Stadt war, sondern auch damit, dass es die Stadt mit dem größten Anteil an palästinensischer Bevölkerung wurde. Dieser Teil der Bevölkerung verstand sich als Teil der palästinensischen Westbank und näher zu Jordanien als dem jüdischen Staat Israel zugehörig, dessen Bürger, wenn auch nicht voll gleichwertig, sie nun zwangsweise sein mussten. Auch der Bezug zu den Palästinensern Israels war durch die lange Trennung verloren gegangen. Wenn also von einer ‚Wiedervereinigung‘ der Stadt die Rede war, würde es eine besondere Herausforderung bedeuten, diesen neuen Teil der Bevölkerung

---

<sup>233</sup> The Palestinian Arab Refugee Office 1946; siehe auch unter UN 1948, CBS 1948, Granott 1956, Richter 1969, Waltz/Zschiesche 1986, Egbaria 2003, Pappé 2006. Siehe auch Khalidi, Walid 2006: Plan Dalet revisited, in: Journal of Palestine Studies. Special Feature, Links: <http://www.palestine-studies.org/enakba/Khalidi,%20Plan%20Dalet%20Revisited.pdf>; sowie [www.UN.org](http://www.UN.org); sowie [www.palestineremembered.com](http://www.palestineremembered.com).

<sup>234</sup> Am 2.2.1949 erklärte Ben Gurion als Premierminister, dass West-Jerusalem ‚integraler Bestandteil Israels‘ sei; Am 13.12.1949 folgte eine Erklärung der Regierung, dass Jerusalem Israels Hauptstadt sei. Tel Aviv nur eine Interimslösung; 1950 verabschiedete die Knesset ein Gesetz, das Jerusalem zur Hauptstadt Israels erklärt. Siehe: Cattán, Henry 1988: The Palestinian Question, London-New York; Cattán, Henry 1981: Jerusalem, London, S. 9-15; siehe auch: Waltz/Zschiesche 1986: S. 350 ff.

konkret zu integrieren.<sup>235</sup> Die ersten Schritte der nationalen Politik und der Stadtverwaltung wiesen aber auf das Gegenteil hin, es blieb bei einer Politik gegenüber Fremden oder gar Feinden.

### *Der Zensus und die Bevölkerungsfrage*

Zunächst wurden auch in Jerusalem die demographischen Mehrheiten durch Vertreibung und mit Hilfe des Zensus entschieden. Die drei Dörfer Amwas, Beit Nuba Jalu in der Latrun Enklave wurden zerstört, ihre Bewohner vertrieben. Aus dem Maghreb Viertel der historischen Altstadt wurden die etwa 6.000 Bewohner ebenfalls vertrieben und das Viertel zu Gunsten einer Freifläche vor der Klagemauer abgerissen; im jüdischen Viertel mussten die etwa 4.000 palästinensischen Bewohner bis auf zwei Bäcker ihren Besitz samt ihrem Hab und Gut verlassen.

Im Zensus von 1967 wurden von den 102.000 Ostjerusalemern Palästinensern, die noch 1966 gezählt worden waren, ein Drittel zu 'Abwesenden'. In den neuen Grenzen wurden schließlich noch 68.600 Bewohner Jerusalems als 'Non-Jews' registriert, die von den insgesamt gezählten 266.300 Jerusalemern 25,8 Prozent ausmachten – bei 197.700 'Jews'. Gleichzeitig wurde der zivile Status der Palästinenser – ehemalige Bürger Jordaniens mit jordanischem Ausweis und Pass – geändert.

Sie erhielten einen permanenten Aufenthaltsstatus für Jerusalem und wurden Israelis gleichgestellt mit Ausnahme bei nationalen Wahlen. Dieser Aufenthaltsstatus wurde an Bedingungen geknüpft, die mindestens alle sieben Jahre nachgewiesen werden mussten und müssen, um den Nachweis des realen permanenten Aufenthalts zu erbringen. Um zu beweisen, dass Jerusalem der tatsächliche Lebensmittelpunkt darstellt, sind seitdem z.B. Belege von Wasser-, Strom-, Telefon-, Haussteuer- oder Krankenversicherungszahlungen beizubringen. Eine Arbeitsstelle in der Westbank, die Heirat eines Ehepartners aus der Westbank, die Geburt eines Kindes in einem palästinensischen Krankenhaus, etwa dem Kinderkrankenhaus in Bethlehem, oder auch ein längerer Auslandsaufenthalt konnten und können zum Verlust des Ausweises und damit zur erzwungenen Ausbürgerung oder zur Illegalität führen. Von 1967 bis April 2001 sind z.B. etwa 6.444 ID-Karten allein durch entsprechende Verwaltungsmaßnahmen einbehalten worden – die Familienangehörigen wie Kinder nicht mitgezählt.<sup>236</sup>

Gleichzeitig sah die Planung für den 'jüdischen Sektor' die Veränderung der 'Bevölkerungsbalance' zugunsten größerer jüdischer Mehrheiten durch den Neubau großer Wohnsiedlungen im neu unterworfenen Ost Jerusalem vor. Die Knesset beschloss ein Wohnungsprogramm, das ausdrücklich die schnelle Verstärkung der jüdischen Bevölkerung in Jerusalem forcieren sollte. Um das Verhältnis 75 (Juden) zu 25 Prozent (Nicht-Juden oder Araber) zu erreichen, sollten im ersten Jerusalem Master Plan von 1967 bis 1975 56.000 Juden in Ost Jerusalem angesiedelt und bis 1980 ein Anteil von 400.000 Juden an einer Gesamtbevölkerung von 500.000

---

<sup>235</sup> Siehe Schmelz, O. Usiel 1987: Modern Jerusalem's Demographic Evolution, in: Jewish Population Studies 20. Jerusalem Institute for Israel Studies.

<sup>236</sup> Vgl. The Closure of Jerusalem, march 30, 1993/1999, Jerusalem; Zahlen aus Washington report October 1994, special report: Israeli ethnic cleansing in Jerusalem; die veröffentlichten Zahlen differieren stark. Badil spricht von 8.800 bis 2001 – neuere Zahlen waren im verfügbaren Material nicht zu finden.

erreicht sein. 10 bis 15 Prozent der geplanten Neueinwanderer sollten demnach auf Jerusalem verteilt werden.<sup>237</sup>

Im Laufe der Jahre spielte die größer werdende Gruppe der ultraorthodoxen Juden eine zunehmende Rolle für die Bevölkerungsstatistik, weil sie mit einer durchschnittlichen Anzahl von sechs Kindern eine noch höhere Wachstumsrate als die palästinensische Bevölkerung Jerusalems aufwiesen – ein willkommener Aspekt für die im Übrigen mehrheitlich von modernen Juden aus den USA und Europa geprägte jüdische Seite der Stadt.<sup>238</sup>

### *Neue Grenzen – die Bodenfrage*

Die Vergrößerung des Jerusalemer Territoriums von 38.000 dunam (38qkm) auf 108.000 (108 qkm) schloss neben dem jordanischen Stadtbezirk Jerusalem eine Anzahl vormals unabhängiger Dörfer ein, die nun zum Stadtgebiet gehörten und damit auch den Planungsgesetzen Israels unterstellt waren, z.B. At-Tur, Jebel Al Mukaber, Sur Baheir, Beit Hanina, Shuafat oder Anata. Manche der Vororte wurden durch diese willkürliche Grenzziehung von ihren Feldern getrennt. Sur Baheir gehörte zu einem Teil zur Westbank und mit dem anderen zu Jerusalem, sodass heute noch ein Teil der Bewohner den Jerusalemstatus und ein anderer den Westbank-Status besitzen wie z.B. auch in Anata und Kalandia. Die Systematik der neuen Grenzziehung auf Kosten von Westbank-Land verfolgte vor allem das Ziel, soviel Boden wie möglich einzugliedern, der nicht von ‚Arabern‘ bewohnt wurde, um für eine weitere Planung neuer Jüdischer Viertel Land zur Verfügung zu haben, das nach dem israelischen Planungsgesetz für ‚Öffentliche Zwecke‘ enteignet werden könnte. Komplementär dazu wurde auf nationaler Ebene beschlossen, die Jüdische Bevölkerung in Jerusalem zu erhöhen.<sup>239</sup> Über dieses Gesetz und über die Verfügung über Abwesendenland wurden im Zuge weiterer ‚Jerusalem Ost Pläne‘ zunächst bis 1970 15.000 dunam konfisziert, bis 1976 erneut fast 90.000 dunam des Gemeindelandes (Miri) der zwangseingemeindeten Dörfer, deklariert als so genanntes Staatsland.<sup>240</sup> Insgesamt wurde bis in die 1980er Jahre fast ein Drittel des palästinensischen Bodens enteignet, 35 Prozent davon als ‚Green Land‘, also als unbebaubares Land festgehalten, sodass für eine eigenständige Entwicklung und neue Bebauung im ‚arabischen Sektor‘ nur geringe Möglichkeiten bestand.<sup>241</sup>

### *Kolonisierung – die Besiedlungsfrage*

Die Planung für Jerusalem erhielt höchste Priorität auf allen Ebenen der Regierung. Neben der Stadtverwaltung und einem eigens eingerichteten Jerusalem-Komitee wurden Innenministerium, Wohnungsministerium, Ministerium für den Schutz der Antiquitäten, Tourismusministerium, Verkehrsministerium, Ministerium für Parks und

---

<sup>237</sup> Amir Cheshin, langjähriger Berater der Regierung für ‚Arabische Angelegenheiten‘ in Jerusalem für Teddi Kollek und später Ehud Olmert, nannte die Hauptaufgabe: „Israel's leaders adopted two basic principles in their rule of East Jerusalem. The first was to rapidly increase the Jewish population in East Jerusalem. The second was to hinder growth of the Arab population and to force Arab residents to make their homes elsewhere.“ In: Cheshin, Amir 1999: *Separate and Unequal. The Inside Story of Israeli Rule in East Jerusalem*, Cambridge/Mass., S. 31, zit. in: *The Civic Coalition for Defending Palestinians' Rights in Jerusalem 2009: Aggressive urbanism, Urban Planning and the Displacement of Palestinians within and from Occupied East Jerusalem*. Link: <http://www.civiccoalition-jerusalem.org/ccdprj.ps/new/pdfs/Aggressive%20Urbanism%20Report.pdf>. Siehe auch: Halper, Jeff 2002: *The Three Jerusalems and their role in the occupation*, in: *Jerusalem quarterly file*, issue 15: Link <http://www.jqf-jerusalem.org/journal/2002/jqf15/halper.html>.

<sup>238</sup> Schmelz 1987: S. 111; noch zwischen 2000 und 2007 stammte die Mehrheit der Zuwanderer aus den USA; während 1985 sich 20% als orthodox bezeichneten, bezeichneten sich in einer Befragung zwischen 2005 und 2007 der über 20-jährigen Juden Jerusalems nur 23% als säkular, aber 28% als ultraorthodox und 17% als religiös, zit. in: Choshen, Maya, Korach Micha, Kaufman, Dan 2010: *Jerusalem Facts and Trends 2007, 2008*, The Jerusalem Institute for Israel (Hrsg.), Jerusalem, S. 14 und 19. Link: <http://www.scribd.com/doc/48081381/Jerusalem-Facts-and-Trends-2007-2008>.

<sup>239</sup> Cheshin, Amir 1998: *Municipal policies in Jerusalem: an account from within*, Jerusalem.

<sup>240</sup> Zahlen in: Waltz/Zschiesche 1986: zit. in: *palästina bulletin*, 34/81 vom 21.8.1981.

<sup>241</sup> Ir Shalem o.J. 1998(?): *East Jerusalem. The Current Planning Situation. A Survey of Municipal Plans and Planning Policy*, Jerusalem.

Naturreservoirs sowie die Sicherheitskräfte in die Planungen mit einbezogen. Leitbild der Jerusalem Planung war es, vor allem Folgendes sicherzustellen:

- Jüdische Bevölkerungsmehrheit,
- Jerusalem als Israels Hauptstadt,
- Einheit der Stadt,
- Verbindung mit der Küste und zum Jordantal,
- Verbindungen zwischen Nord-, Ost-, und Süd-Korridor,
- Jüdisches Erbe sowie
- Entwicklung des Tourismus unter israelischer Kontrolle.<sup>242</sup>

Innerhalb der *historischen Altstadt* bedeutete dies zunächst:

- Abriss des Maghreb Viertels und die Gestaltung des Klagemauer Areals;
- Unterstellung der gesamten Altstadt unter Denkmalschutz, alle Bautätigkeit wurde untersagt und genehmigungspflichtig;
- Aufbau und Restaurierung des Jüdischen Viertels, Ausgrabung des römischen ‚Cardos‘, Wiedererrichtung der Hurva Synagoge und Gründung einer neuen ‚Jeshuvah‘;
- Erneuerung und Gestaltung der gesamten Altstadtmauer und der Tore;
- Erneuerung der Zitadelle zu einem Museum der jüdischen Geschichte sowie
- Gestaltung der Via Dolorosa.<sup>243</sup>

Im direkten *Umfeld der Altstadt* wurde das Prinzip der ‚Umplanung‘ der Altstadt durch Grün- und Museumspark wieder aufgegriffen und darin eine so genannte ‚Kulturmeile‘ großräumig implementiert.

Die direkte *Anbindung der Altstadt an die Weststadt* wurde unter dem Motto ‚Schließen der Wunden‘ am Jaffa Tor - oder Bab al Khalil - durch die Umgestaltung der weiteren Umgebung des Jaffatores zu einem fußläufigen Übergang gestaltet, der von einem Wohn-Projekt ‚der so genannten David Stadt‘, über der komplett verlegten und übertunnelten alten Bethlehemer Landstraße auf den Platz und den Park vor dem Jaffator führte. Ein weiteres Projekt betraf die Umgestaltung des Damaskus Tores mit dem langfristigen Vorhaben, das davor liegende Musrara Gebiet, das Gelände des historischen islamischen auf mamlukische Zeit zurückgehende Mamilla Friedhofes eingeschlossen, mit der anschließenden ‚German Colony‘ bis zum Damaskus Tor hin zu verbinden. Weitere Veränderungen betrafen den Anschluss der Weststadt über unterirdisch angelegte Autoparks und Busstationen.

Ein besonderer Aspekt der zunehmenden demographischen Judaisierung der Altstadt lag seit den 1980er Jahren im Treiben ultraorthodoxer Gruppen, die sich auf die Erfüllung der Weissagungen in der Thora berufen und inmitten der palästinensischen Viertel einbrechen, Häuser besetzen, teilweise auch über Strohmänner kaufen lassen, die Bewohner hinauswerfen und sogar Neubauten auf historischen Baustrukturen für ihre religiöse Jeshuvah oder Thora Schulen errichten. Gruppen wie ‚Ateret Cohanim‘, ‚Shuvat Banim‘, ‚Atara Leyoshna‘, ‚Elad‘ (‚Auf zur Stadt Davids‘) oder die ‚Temple Mount Faithfull‘ handeln zwar nicht offiziell, erfahren aber doch Unterstützung durch die unterschiedlichen Verwaltungen. Schließlich

---

<sup>242</sup> Kroyanker, David 1982: Jerusalem, Planning and Development 1979 – 1982. The Jerusalem Institute for Israel Studies for the Jerusalem Committee, Jerusalem; sowie ders. 1985: Jerusalem. Planning and development 1982-1985, New Trends.

<sup>243</sup>Ebd.

erhalten sie finanzielle und technische Hilfe für den Ausbau der Gebäude und Schutz für ihre ‚Sicherheit‘ durch Polizei und Militär.<sup>244</sup>

### *Großraumplanung*

Die Planung neuer großer jüdischer Wohngebiete auf dem frisch enteigneten palästinensischen Boden begann bereits 1967 mit dem Beschluss zum Baubeginn des Etzion Blocks durch die Knesset.<sup>245</sup> Die neuen Kolonien sollten nicht nur das Bevölkerungsverhältnis verändern, sondern auch Barrieren zur Westbank herstellen und die Verbindung mit der West Stadt schaffen. Ramot Allon und French Hill stellten als erste Kolonien diese ‚Landbrücke zwischen der westlichen, israelischen Neustadt und dem Mt. Scopus mit der Hebrew University und dem Hadassah Krankenhaus her. Als ‚Pufferzonen‘ zwischen Ost Jerusalem und der Westbank entstanden von höchster Stelle, dem Bau- und Wohnen-Ministerium, geplant die groß angelegten ‚Ringsiedlungen‘ Neve Ya’akov und Pisgat Ze’ev im Nord/Nordosten sowie Gilo, Talpiot und Har Homa im Süden.

In einem weiteren Ring wurde seit den 1980er Jahren in einer weiteren Umkreisung der Ost Stadt mit dem Bau von Großsiedlungen begonnen, die sich inzwischen zu eigenen Städten entwickelt haben: Givat Ze’ev und Anata im Nordwesten, Ma’ale Adumim im Osten und Tekoa im Südosten sowie Efrat und der Etzion Block im Südwesten. Mit fortgesetzten Erweiterungen erweisen sich diese Großsiedlungen inzwischen als ‚Ankerpunkte‘ für eine Usurpation weiteren Westbank Bodens in einem so genannten ‚Metropolitan Jerusalem Plan‘,<sup>246</sup> der bis Ramallah im Norden und Bethlehem im Süden reichen soll. Dieser Plan von 1973 wurde erst in den 1980er Jahren bekannt und zeigt, wie langfristig die gesamte Planung angelegt wurde.

Alle Kolonien wurden im Laufe der Zeit vergrößert, die einen zur Verdichtung der ‚Landbrücken, die anderen als ‚Neue‘ oder schlicht als so genannte Erweiterung der bestehenden als dichter werdende Barrieren zur Westbank. Weitere Verdichtungen kamen durch so genannte ‚Outposts‘, militärische Außenposten, hinzu, die als Ausgangspunkt für neue kleinere Kolonien sich wie eine Perlenreihe dazwischen fügen.

Die verkehrstechnische Verbindung der Kolonien untereinander und ihre Verbindung mit der Weststadt und dem äußeren Kolonien-Ring wurden zu einer weiteren Struktur der Überformung der Stadt mit einer jüdischen Raumstruktur. Während die Kolonien im ersten Ring mit neuen Straßen untereinander verbunden wurden, die Verbindung zur Altstadt über Hochstraßen und Brücken und die Verbindung zwischen der Weststadt und den Großsiedlungen im weiteren Umkreis über völlig neue autobahnähnliche Schnellstraßen und Tunnels hergestellt wurde, wurden die gewohnten und historischen palästinensischen Straßenverbindungen abgeschnitten, umgelegt oder ganz vernachlässigt. Das öffentliche Transportnetz hat sich ebenso in zwei unterschiedlichen Strukturen entwickelt. Während die Siedler mit klimatisierten Bussen zwischen Wohngebiet, Arbeitsplatz, Schule oder Krankenhaus einfach und

---

<sup>244</sup> Cheshin 1998: S. 13.

<sup>245</sup> Siehe Passia 2001 für das Jahr 1967.

<sup>246</sup> Der Plan wurde bereits in den 1980er Jahren diskutiert; 1994 erhielt der Plan seine offizielle Ausprägung als ‚Metropolitan Jerusalem Plan‘, nachdem 40% der Westbank okkupiert und in den Grenzen von Jerusalem zwangseingemeindet sein würden. Siehe Kroyanker 1982: S. 2 ff; siehe auch de Jong, Jan 1997: Israel’s Greater Jerusalem engulfs the Westbank’s core, in: foundation for middle east peace fmep: special report, Washington, link: <http://www.fmep.org/reports/special-reports/greater-jerusalem/PDF>; sowie Waltz/Zschiesche 1986:S. 374; sowie Waltz, Viktoria 2010: Jerusalem within the Zionist Project, in: Waltz/Isaac 2010, Link: [http://zionismus-israel-raumplanung.blogspot.com/2010\\_12\\_01\\_archive.html](http://zionismus-israel-raumplanung.blogspot.com/2010_12_01_archive.html).

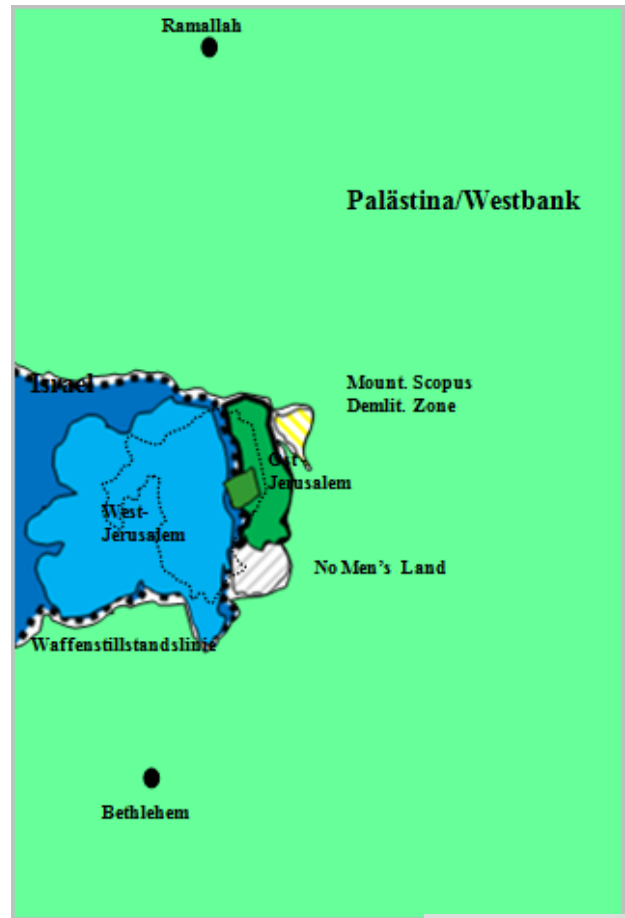
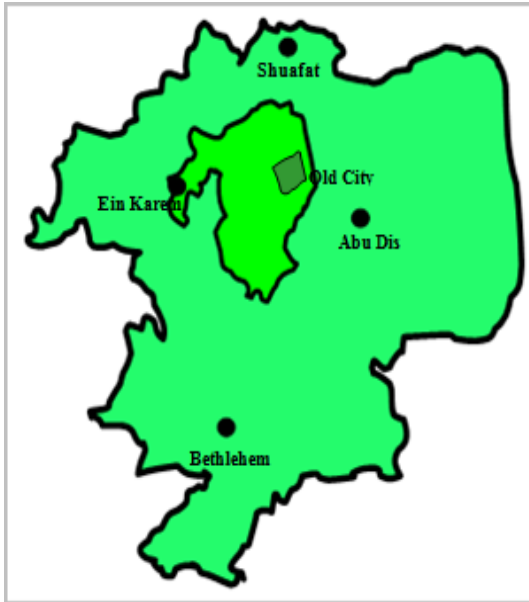
schnell hin und her transportiert werden, hat sich für die palästinensischen Bewohner ein endloses Heer an oft sehr schlecht ausgestatteten, unsicheren Ford Transit Privatbussen als Verkehrsmittel entwickelt, teuer, überfüllt – wenn auch höchst flexibel mit Sperrungen, Blockaden und anderen Unwegsamkeiten umgehend.

Jerusalem wurde also nicht vereinigt, wie die zionistischen Planer für Jerusalem behaupten. Jerusalem wurde im Laufe der Besatzung zu einer äußerst scharf segregierten Stadt entwickelt, in der die jüdischen Siedler jede Unterstützung, beste Infrastruktur und beste Wohnlagen genießen, während die autochthonen palästinensischen Bewohner untereinander und von ihrem Hinterland abgetrennt wurden, der Raum zur Entwicklung total beschnitten, Wohnungen und Häuser von Abriss bedroht sind und die Altstadt in ein Kaufhaus für jüdische Geschichte und jüdische Attraktionen verwandelt wurde. *(Zu den Grenzveränderungen in gesamt Jerusalem, der Altstadt und zu den die demographischen Veränderungen siehe die folgenden Übersichten 20 bis 22).*

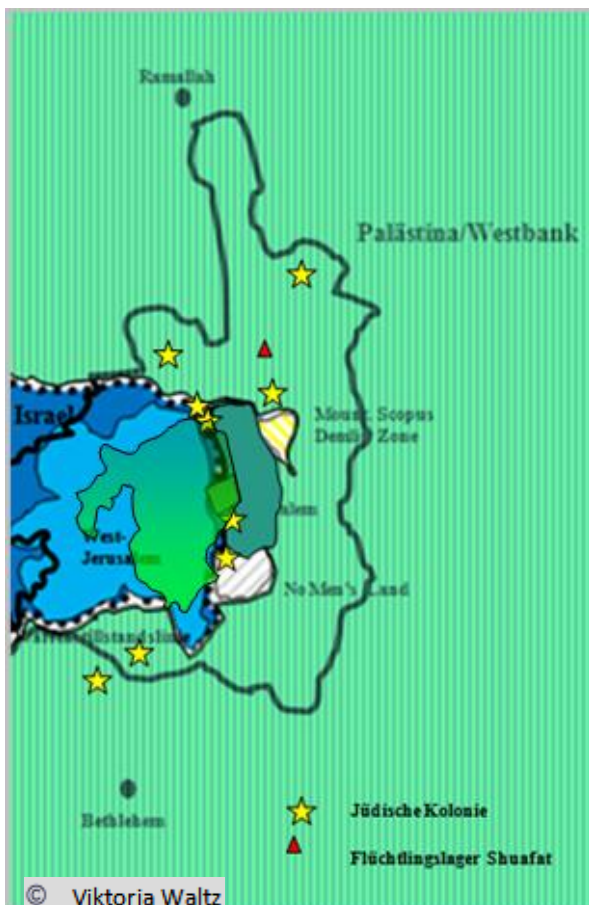


## Übersicht 21 Jerusalem Grenzen und Erweiterung in Etappen

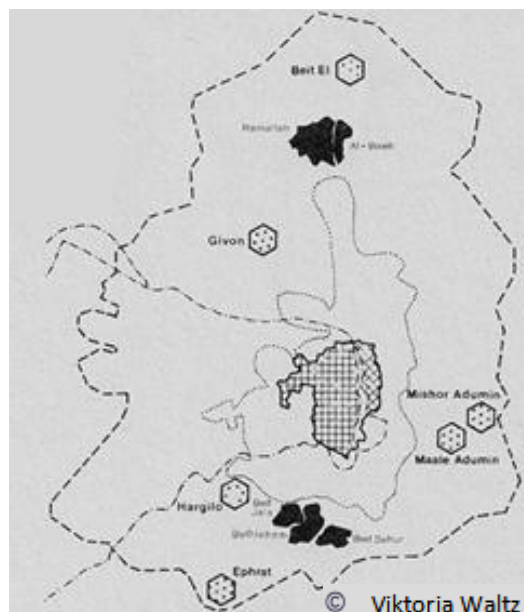
- a. Um 1947 (hellgrün)  
 UN-181 ‚Corpus Separatum‘ (dunkel)  
 Schwarze Linie jeweilige Stadtgrenzen, gepunktet Westbank/Israel ‚Grenze‘
- b. nach 1948, West zu Israel (blau) Ost zu Jordanien (grün)  
 Waffensstillstandslinie



- c: nach 1967 neue Grenzen  
 Illegale Einverleibung in Israels ‚Grenzen‘

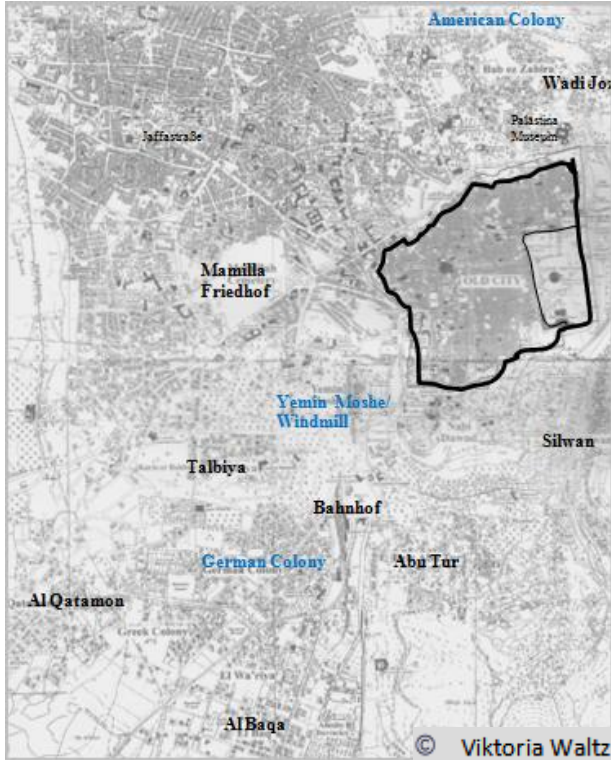


- d. Planung ‚Groß Jerusalem‘, 1980

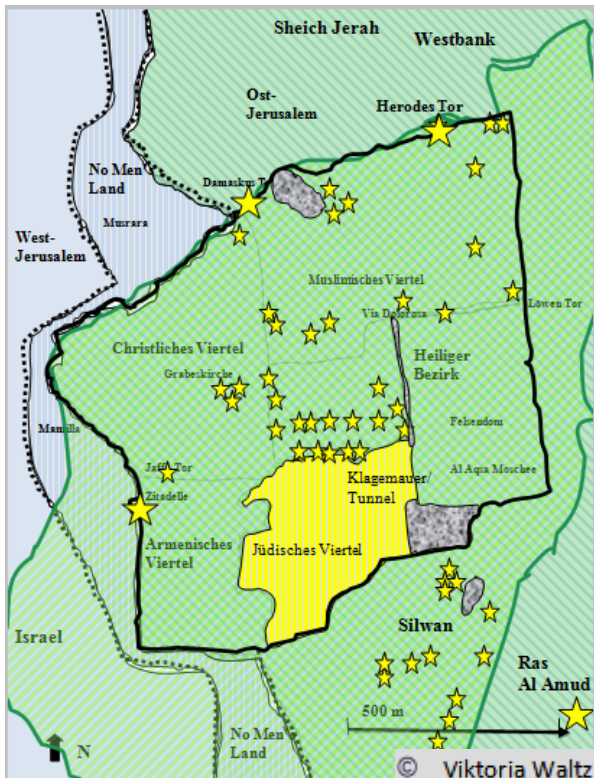
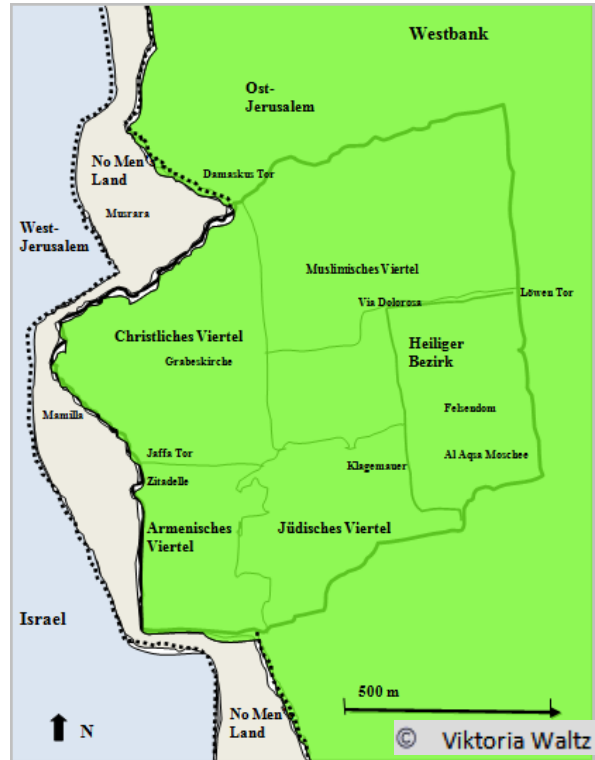


## Übersicht 22 a – c Historische Altstadt von Jerusalem

a. Altstadt und umliegende Viertel  
(blau jüdisch)



b. Nach der Teilung Mai 1948  
(blau: West-Jerusalem/Israel  
grün Ost-Jerusalem/Westbank)



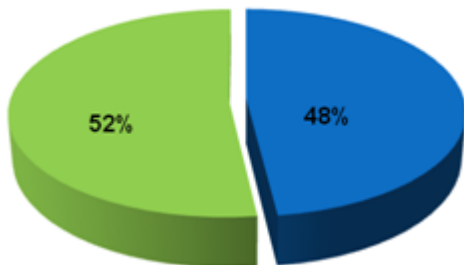
c..Jerusalem unter Besetzung nach 1967  
Jüdisches Viertel, Kolonien (gelb), ‚National  
Park‘ im Umfeld der Mauer (grün/blau),  
archäologische Projekte innerhalb der Altstadt  
(grau)

## Übersicht 23

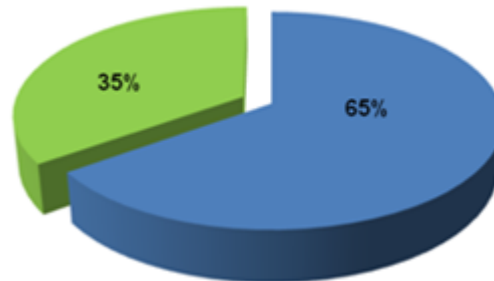
Demographische Veränderungen in Jerusalem

jüdisch (blau) zu palästinensisch (grün), davon in West-Jerusalem nach 1948 (hellgrün)

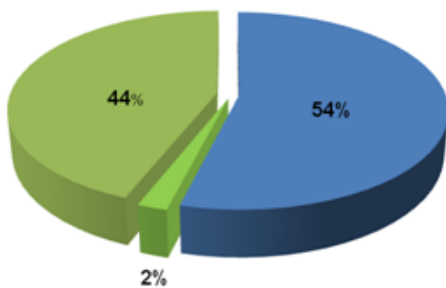
1876



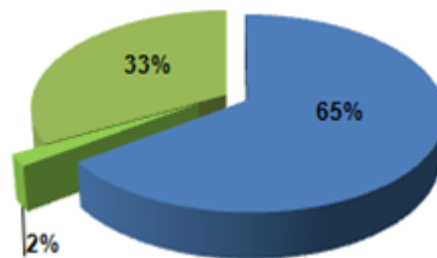
1922



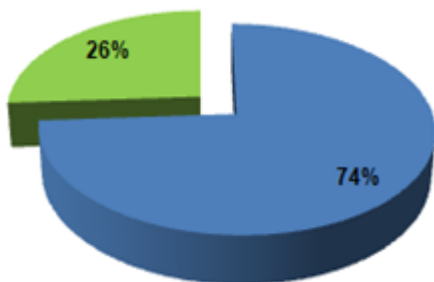
1948 nach dem Zensus



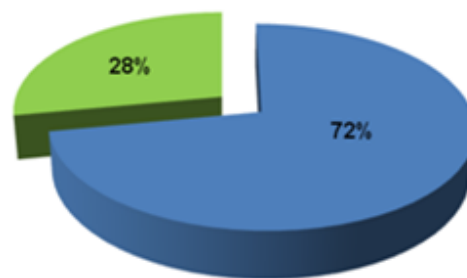
1966 vor der Besetzung



1967 nach dem Zensus



1990 vor Oslo



© Viktoria Waltz

## **5. Israel und die 1967 besetzten Gebiete am Vorabend des Friedensprozesses**

### *Macht- und Mehrheitsverhältnisse in Israel*

Durch weitere Einwanderungswellen aus der Sowjetunion<sup>247</sup> und anderen Gebieten der Welt war die *Bevölkerungsfrage* in Israel im Grunde ‚entspannt‘. Dennoch war die Mehrheits-Frage nicht einfach gelöst, da auch die Palästinensische Bevölkerung trotz Auswanderung auf fast eine Million gewachsen war, einen höheren Anteil an junger Bevölkerung aufwies und immer noch in den seit 1948 verbliebenen Gebieten konzentriert lebte. Im Norddistrikt, also Galiläa, wo die große Mehrheit, etwa 40 Prozent, leben sowie im so genannten Dreieck repräsentieren sie immer noch über 75 Prozent der Bevölkerung, im Süddistrikt, also in der Negev und in Jerusalem zwischen 50 bis 75 Prozent.<sup>248</sup> Die Bodenverhältnisse waren im großen und ganzen bereits 1967 geklärt, Enteignungen fanden bei größeren Planungsprojekten weiterhin statt, die Zahl der illegalen Bauten nahm, entsprechend dem Umstand, dass sich die Bevölkerung vergrößerte und weiteren Wohnungsbau benötigte, automatisch zu.

Denn auch in der *Wohnungsfrage* erhielten die palästinensischen Gemeinden ganz im Gegensatz zur offiziellen Wohnungsbaupolitik nach dem Bau- und Planungsgesetz von 1965 in keiner Form Unterstützung. Dieses Gesetz sah zwei Formen der Wohnungsplanung vor: den direkten Wohnungsneubau oder die Erneuerung von bestehendem Wohnungsbestand, um Defizite zu beseitigen, und dafür wurden Land, Finanzen und der Bau öffentlich geförderter Wohnungen bereitgestellt. Hinzu kam die Förderung von Bauwilligen und die dazu notwendigen Planungsvoraussetzungen wie die Feststellung von Wohngebieten in den Bebauungsplänen, finanzielle Unterstützungsprogramme und die Bereitstellung entsprechender technischer und sozialer Infrastruktur. Letzteres galt vor allem für Kleinstädte und ländliche Siedlungen. Ziele dieser Politik<sup>249</sup> waren: die Bereitstellung von Land, Planung von Wohnungsprojekten in der Nähe von Arbeitsplätzen und bestehenden Plangebieten, Planung von unterschiedlichen Wohnprojekten angepasst an Haushaltstypen und besondere Anforderungen, Beteiligung des Jewish National Fond und der Jewish Agency an neuen Entwicklungen in allen Regionen, Anpassung des Wohnbauprogramms an die Bedürfnisse der jüdisch-israelischen Bevölkerung je nach Herkunft, Familiengröße und Einkommen bei gleichzeitiger Beachtung von Nachhaltigkeit und dem Schutz der Umwelt sowie die Bereitstellung von finanziellen Hilfen und Krediten durch das Finanz- und das Bau- und Wohnungsministerium.

An allem hatten die palästinensischen Gemeinden keinen Anteil, weder waren sie Nutznießer der Neubauprogramme noch hatten die meisten Bewerber überhaupt eine Chance, die Voraussetzungen für Baukredite zu erfüllen – wegen fehlender Masterpläne, fehlender Besitztitel oder mangelnder Kreditwürdigkeit.<sup>250</sup> Weiterhin blieben sie also aus dem israelischen System ausgeschlossen und bei ihren notwendigen Bautätigkeiten von Zerstörung dieser Bauten bedroht.

---

<sup>247</sup> Allein in 1990/91 333.000; nach cbs annual report 1991.

<sup>248</sup> State of Israel Prime Minister's Office, Nov. 2002: The Arab population in Israel, Statistilite No. 27. Link: <http://www.cbs.gov.il/statistical/arabju.pdf>.

<sup>249</sup> Egbaria, Kassem 2010: Two Spatial Systems for one Land: Spatial Inequality in the Development of Palestinian Communities and the Actual Need for Equity, in: Waltz, Isaac 2010: Link: <http://zionismus-israel-raumplanung.blogspot.com/2010/11/siedlungspolitik-israelzionistisraeli.html>.

<sup>250</sup> Egbaria 2010.

An der ‚Heimatfront‘ konnte der zionistische Staat zunächst von Beruhigung ausgehen – nur die wachsende palästinensische Bevölkerung allein wurde als alarmierend angesehen.

### *Macht- und Mehrheitsverhältnisse in der Westbank und im Gaza Streifen*

Bis zum Ende der 1980er Jahre war der Judaisierungsprozess in den besetzten Gebieten relativ weit fortgeschritten:

In der *Westbank* waren über 150 Kolonien strategisch platziert worden. Viele Kolonieblöcke bildeten, ergänzt durch Autobahn ähnliche Verbindungsstraßen, Querriegel durch die Westbank und teilten dadurch das Gebiet in weitere Teilgebiete auf. Das gesamte Jordantal war mit einer Doppelreihe an Kolonien faktisch ein israelischer Siedlungsstreifen geworden, mit ein paar Oasen und der Stadt Jericho dazwischen. Alles war nach Plan verlaufen – des Militärs, der WZO, der Regierung und der Siedlergruppen.

Den palästinensischen Städten und Dörfer waren Entwicklungspläne vorenthalten worden – dort gab es keine Masterpläne, keine Projekte, keine wirtschaftliche Unterstützung. Nur das allernötigste an bestehenden Einrichtungen der jordanischen Zeit zum Bildungs- oder Gesundheitswesen war durch die Besatzungsverwaltung aufrecht erhalten und verwaltet worden. Alles, was darüber hinaus dennoch entstanden war, Krankenhäuser, Schulen, Hochschulen und jeweils Genehmigungen der Besatzungsmacht erforderte, war aus eigener Kraft und mit Hilfe der Diaspora und arabischer Unterstützung entstanden.

Über 70 Prozent des palästinensischen Bodens war inzwischen enteignet worden. Ein Teil aus Planungsgründen für die Kolonien und die entsprechende Infrastruktur - ein anderer Teil, vor allem die Hänge östlich des Hauptkamms der Westbank hinunter zum Jordantal, war zu militärischen Sperrzonen erklärt und für die Westbank Bewohner völlig unzugänglich geworden.

Über 150.000 Siedler standen den etwa 1,25 Millionen<sup>251</sup> Palästinensern in der Westbank gegenüber. Viele Menschen hatten das Land verlassen, und die palästinensische Diaspora wurde größer und in alle Welt verstreut. (*Zu der Boden/Siedlungs- und Bevölkerungssituation siehe Übersicht 23a*).

Der *Gaza Streifen* war vor allem militärisch unter Kontrolle gebracht. Trotz Propaganda durch die WZO, dieses ‚Hawaii Israels‘ zu einem dichten jüdischem Siedungsgebiet zu entwickeln, war es zwar vor allem zum Ende der 1980er Jahre zu etwa 20 Kolonien gekommen, ein Teil davon Nahsiedlungen, also erweiterte Militärposten, und dazu kamen zehn Kolonien, die einen Abschottungsstreifen zu Ägypten darstellten. Aber nur etwa 4 000 Siedler spielten den Vorposten für die weitere Kolonisierung gegenüber fast einer Million Palästinensern in diesem dicht besiedelten Landstreifen. Diese Kolonien lagen allerdings in strategischer Lage zwischen Khan Yunis und Rafah mit Verbindung zur Küste und blockierten für beide Städte den Zugang zum Meer. Sie lagen auf besten Böden und ehemaligen Zitrusfrucht- und Dattelpflanzen der Bauern und Beduinen von Khan Yunis.

Ein eigenes Straßensystem verband diese untereinander und mit Israels angrenzenden Orten. Permanente und fliegende Kontrollposten an den Kreuzungspunkten dieser Siedlerstraßen mit den historischen Straßenverbindungen

---

<sup>251</sup> Nach Procon, Internationale NGO. Link: <http://israelipalestinian.procon.org/view.resource.php?resourceID=000636#graph5>.

zwischen Gaza und der ägyptischen Grenze hinderten darüber hinaus die Mobilität der autochthonen Bewohner. (Zu der Boden/Siedlungs- und Bevölkerungssituation Siehe Übersicht 23.b).

*Jerusalem*, ebenso illegal eingemeindet wie die Kolonien illegal waren, war von Kolonien umringt, die Altstadt deutlich jüdisch infiltriert und zur Frontstadt des Kampfes um die Vollendung der zionistischen Kolonisierung geworden.

Nur noch etwa 13 Prozent des Bodens war für die autochthonen palästinensischen Bewohner verfügbar.<sup>252</sup>

Was die *Bevölkerungsverhältnisse* anging, war die Siedlergesellschaft bis 1992 auf etwa 100.000 Siedler in den etwa 140 Westbank Kolonien angewachsen, bei fast zwei Millionen Palästinensern, darunter etwa 800.000 im Gaza Streifen.<sup>253</sup>

Die Westbank, der Gaza Streifen und Ost Jerusalem waren fragmentiert, die palästinensischen Siedlungsgebiete eingeschränkt und umringt von einem Kranz von Kolonien. Die Zunahme an Siedlern mit ihrer eigenen Wirtschaft, ihrem eigenen Baustil und einem separaten Verkehrs- und Infrastrukturnetz bildeten eine fremde, völlig segregierte Gesellschaft inmitten der palästinensischen Gesellschaft. Die zentrale Ressource der Westbank, das Wasser aus den tiefliegenden Aquiferen unterhalb der Westbank war für die Kolonien und die israelische Landwirtschaft abgezweigt. Dort wurde üppig Wasser verbraucht für Swimming Pools, Gärten und Plantagen der Siedler, ein Sinken des Wasserspiegels war und ist eine Folge. Den Palästinensern war gleichzeitig das Bohren neuer und tieferer Brunnen untersagt und vor allem im Sommer litten Dörfer und Städte unter Wassermangel und waren noch dazu gezwungen, Wasser von der Israelischen Wasserverwaltung Mekerot zu kaufen. Das hatte außerdem Konsequenzen für die Landwirtschaft, vor der Besatzung eine Haupteinnahmequelle für die Westbank und den Gaza Streifen.

Die Gesamtheit der Kolonisierungsplanungen hatte auch Konsequenzen für die durch die Besatzung und die Abtrennung von Jordanien leidende palästinensische Wirtschaft. Die landwirtschaftliche Produktion ging zurück, durch die Isolierung Jerusalems waren traditionelle Märkte und Handelsströme unterbrochen, der Tourismus lag mehr und mehr brach, die Bevölkerung war zunehmend von der Unterstützung von außen, Verwandten und arabischen ‚Sumud‘-Geldern abhängig.<sup>254</sup>

Dennoch, und auch gerade wegen der sich weiter verschlechternden Lage der Palästinenser in den besetzten Gebieten gab es immer wieder erheblichen Widerstand, der 1987 schließlich zur ersten Intifada führte, in der Israel wegen seiner brutalen Reaktionen erstmalig auch in die internationale öffentliche Kritik geriet.<sup>255</sup> Nicht wirklich schien Israel alles unter Kontrolle zu haben, und es sah sich gezwungen, seine Taktik neu auszurichten. Ob diese Situation, eine neue Strategie oder der amerikanische Wunsch, die jährlichen Kosten für Israels Unterstützung zu reduzieren zu dem dann 1992 folgenden Friedensprozess geführt haben, ist nicht eindeutig zu beantworten. Tatsache ist, dass mit den so genannten Osloer Abkommen eine neue Etappe im Kolonisierungsprogramm begann, durch das die

---

<sup>252</sup> Ir Shalem 1998(?).

<sup>253</sup> Siehe (I)CBS und Ministry of Interior, jährliche Berichte.

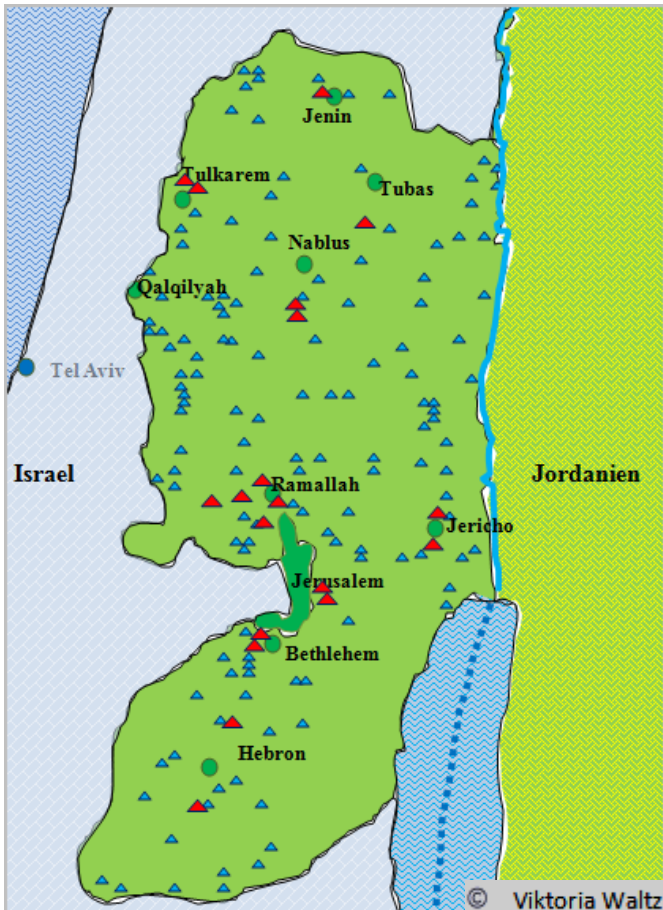
<sup>254</sup> Arabisch und meint ‚widerstehen‘ oder ‚durchhalten‘.

<sup>255</sup> Die in den Fernsehnachrichten wiedergegebenen Steine werfenden Jugendlichen und die Beine brechenden Soldaten haben damals das Bild von Israel stark erschüttert; allerdings auch eine bis heute wirkende Propagandaoffensive israelischer Institutionen in aller Welt, um Israels Ansehen positiv zu beeinflussen und jedwede Kritik an Israel zu bannen.

palästinensische Führung letztendlich zur Beteiligung an den Kosten, wenn auch aus internationalen Töpfen und an einer weiteren Kolonisierung mit neuen Mitteln gezwungen wurden.

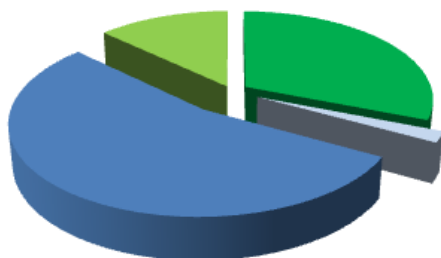
### Übersicht 24 Kolonisierung der Westbank und des Gaza Streifens bis Oslo

a. Kolonien in der Westbank bis Oslo, um 1992    b. Gaza bis Oslo, um 1992  
 von Allon bis Sharon (blaue Dreiecke), Flüchtlingslager (rote Dreiecke)



#### Bevölkerungsanteil um 1992

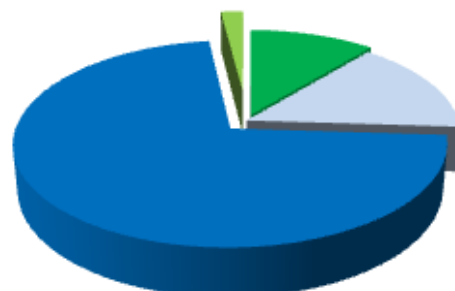
WB/Gaza palästinensisch ca. 31% (grün)  
 Jüdisch: ca. 2% (hellblau)  
 Israel palästinensisch ca. 13% (hellgrün)  
 jüdisch ca. 54% (blau)



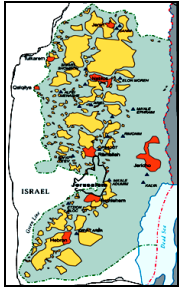
© Viktoria Waltz

#### Bodenverteilung um 1992

WB/Gaza palästinensisch ca. 11% (grün)  
 Jüdisch ca. 15% (hellblau)  
 Israel palästinensisch ca. 2% (hellgrün)  
 jüdisch ca. 72% (blau)



© Viktoria Waltz



## VI Kolonisierung und Friedensprozess – Israel und/oder Palästina nach Oslo

1992 begann ein international begleiteter Prozess um die zentrale Frage der Einlösung des UN-Beschlusses von 1947: die Errichtung eines palästinensischen Staates auf den verbliebenen Gebieten Westbank und Gaza Streifen – auf der Basis der UN-Sicherheitsratsresolution 242, die den Rückzug Israels aus den 1967 besetzten Gebieten beinhaltet, die Rückkehr der Flüchtlinge, Kompensation von Verlusten und die Anerkennung Ost Jerusalems als Hauptstadt Palästinas.

Der folgende Prozess bis zu dessen vorläufigen Ende im Jahr 2000, dem Beginn der zweiten Intifada, war quälend und für die Palästinenser demütigend. Es wurde nach Etappen verhandelt, zunächst sollten der Gaza Streifen und Jericho, dann die Westbank schrittweise unter palästinensische Selbstverwaltung gestellt werden. Ein Staat „Palästina“ sollte am Ende der Interimsperiode im Jahre 1998 stehen, so war wenigstens die Hoffnung der Arafat-Behörde. Unter der Barak-Regierung wurden verschiedene Versuche unternommen, wie z. B. in Camp David im Jahr 2000, aber auch diese scheiterten an der Intransigenz der zionistischen Regierung und der Unwilligkeit der Clinton-Administration, Druck auf Israel auszuüben. Nachdem Ariel Sharon Barak abgelöst hatte, inzwischen gab es die Anschläge vom 11. September 2001, zerschlug das Sharon-Regime auch noch die letzten Regungen palästinensischer Autonomie.<sup>256</sup> Substantiell führte der „Friedensprozess“ zu einer weiteren Fragmentierung nicht nur der Westbank, sondern am Ende stand eine weitere Parzellierung der Gebiete, quasi eine Dreiteilung in den Gaza Streifen, die Westbank und Ost Jerusalem. Die Westbank wurde offiziell mit Zustimmung der palästinensischen Autonomieverwaltung in drei verschiedene Zonen geteilt: A-, B- und C-Zone. Dem erzwungenen Abzug der Siedler aus dem Gaza Streifen 2005 folgte eine grundlegende Verwüstung des gesamten besiedelten Gebietes mit mehr als tausend Todesopfern. Den evakuierten Siedlern wurde in neuen Kolonien in der Gegend von Jerusalem Ersatzraum geschaffen.

Weder wurde die Flüchtlingsfrage in die Verhandlungen einbezogen, noch eine Lösung für die Wasserressourcen angeboten und schon gar nicht die widerrechtliche Annexion Ost Jerusalems infrage gestellt.

Im Gegensatz zu den Erwartungen hat sich in diesen fast 20 Jahren die Situation für die palästinensische Gesellschaft noch einmal erheblich und dramatisch verschlechtert, und der zionistische Judaisierungsprozess hat in diesem Zeitraum sogar an Tempo und Quantität zugenommen.

---

<sup>256</sup> Es geht hier nicht um die Verfolgung des gesamten Prozesses in Details, sondern um das Ergebnis in Bezug auf die Planung und den Kolonisierungsprozess. Zu allen Details der politischen Implikationen des so genannten Friedensprozesses siehe Watzal, Ludwig: 2002<sup>2</sup>: Feinde des Friedens. Der endlose Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern, Berlin: online unter: [http://www.watzal.com/f\\_fdf.html](http://www.watzal.com/f_fdf.html). Siehe dazu ders., Der Mythos von Camp David, in: Neue Zürcher Zeitung vom 22. 6. 2002: Link [http://www.watzal.com/NZZ\\_Mythos\\_von\\_Camp\\_David.pdf](http://www.watzal.com/NZZ_Mythos_von_Camp_David.pdf).



## 1. A B C der Kolonisierung, Zonierung und Fragmentierung

Unter dem Druck möglicher Verhandlungen begann die israelische Verwaltung der besetzten Gebiete Ende der 1980er Jahre bis 1992 - anders als in den 1920er Jahren davor- für alle palästinensischen Orte Masterpläne zu formulieren.<sup>257</sup> Dies geschah auf der Basis von Luftaufnahmen, über die die bestehenden bebauten Flächen als Masterplangebiete festgehalten wurden und damit die Grenzen für die Bebauung innerhalb des Masterplangebietes implizit festgelegt worden sind. Außerhalb dieser Masterplangrenzen sollte Bauen unmöglich gemacht werden. Diese festgelegten Grenzen bildeten die Grundlage für die Einteilung in Zonen, wonach fast ausschließlich diese bereits bebauten Gebiete zur Zone A wurden – die Zone, in der die Selbstverwaltung und das Alltagsleben der palästinensischen Gesellschaft durch die Autonomieverwaltung geregelt werden durfte. Da diese Zonengrenzen einige Jahre nach Erstellung dieser Masterpläne entschieden wurden, gab es in vielen Gemeinden den absurden Umstand, dass mittlerweile die Bebauung außerhalb dieser Grenzen stattgefunden hatten, und diese mit der weiteren Zonierung nicht in das Selbstverwaltungsgebiet gehörte und damit Bauten in diesem Bereich zu ‚illegalem Bauen‘ erklärt wurden.<sup>258</sup>

Eine weitere Kategorie der Landbesiedlung und der Nutzung wurde Zone C, die unter vollständiger israelischer Herrschaft befindlichen Gebiete der Kolonien, die mittlerweile als „Israel Land“, also Eigentum Israels definiert worden sind. Da dieses Land nicht nur die reale bebaute Fläche der Kolonien betraf, sondern den Umfang des als Staatsland enteigneten Landes, also fast 70 Prozent der gesamten Westbank umfasste, wurde Zone C zur größten illegal enteigneten Bodenkategorie und vollständig der Kontrolle der Palästinenser entzogen. Per definitionem wurden in der C-Zone keine Baugenehmigungen für palästinensische Bauvorhaben erteilt, auch wenn, wie oben beschrieben, in diesem Gebiet noch bebaubare Flächen lagen.<sup>259</sup>

Die dritte Kategorie, die Zone B, betraf das zwischen A und C liegende Land, das gleichzeitig unter palästinensischer ziviler Verwaltung und unter israelischer Sicherheitsverwaltung stehen sollte, in der über Baugenehmigungen gemeinsam in den Sonderverwaltungsbüros, den ‚joint offices‘, entschieden werden sollte. Tatsächlich aber geriet auch diese B-Zone wegen der so genannten Sicherheit unter vollständige israelische Kontrolle, und Baugenehmigungen wurden höchst selten durch das gemeinsame Büro erteilt.<sup>260</sup> Faktisch kontrollierte Israel damit nach einigen Veränderungen der Zonierung und dem Wechsel von B-Gebieten zu A-Gebieten fast 88 Prozent der Westbank, fast 70 Prozent wurden inzwischen zwangsweise als Staatsland besetzt und als ‚Israel Land‘ definiert, also faktisch israelisiert.

Aber damit noch nicht genug: Zone C umschloss darüber hinaus einen großen Teil der Wasserressourcen. Damit wurde die Zonierung der Westbank nicht nur zu einem Mittel großräumiger Enteignung, sondern diente auch der Kontrolle und der Enteignung der wichtigsten Ressource, des Wassers.<sup>261</sup> 1997 entschied die Regierung darüber hinaus, dass die Israelische Wasser-Kommission für sämtliche

---

<sup>257</sup> Aus den Protokollen mit Gesprächen mit der Ramallah Stadtverwaltung, in: Waltz, Viktoria: 2000 Missionary Report for UNCH Habitat. Housing Situation and Housing Needs in Palestine, Jerusalem-Nairobi, unveröffentlichtes Manuskript.

<sup>258</sup> So geschehen für Planungen um Al Jeeb, in: Waltz 2000.

<sup>259</sup> Das galt z.B. für eine von der GTZ finanzierte Groß-Mülldeponie in Salfid, für die eine Sondergenehmigung benötigt wurde, die zunächst auch erteilt, aber später zurückgenommen wurde, was das begonnene Bauvorhaben stoppte und hohe Kosten verursachte, um alles an anderer Stelle in der Zone A neu zu errichten; aus Gesprächen mit dem Bürgermeister von Salfid im August 1999.

<sup>260</sup> Aus Gesprächen im Ministerium für lokale Angelegenheiten in Ramallah, August 1999.

<sup>261</sup> „Die Karte des Mauerverlaufs liest sich wie eine Karte ausgeschlossener Wasserquellen“, Jad Isaac. Leiter des Applied Research Institute Jerusalem Arij in einem Gespräch in Bethlehem im Mai 2009.

Wasserinstallationen in der Westbank zuständig sei und veröffentlichte Pläne, nach denen die Wasser des Yarmouk und des Jordanflusses über den Tiberias See zu den Siedlungen im Jordan Tal gelegt werden sollten, ebenso wie recyceltes Brauchwasser zu den jüdischen landwirtschaftlichen Kolonien durch eine Pipeline geführt werden sollte.<sup>262</sup> Damit entstand auch auf der Ebene des Wassers eine eigenständige jüdische Infrastruktur, während die palästinensische Seite immer öfter allein von den Regenfällen abhängig wurde oder auf den Kauf von Wasser von der israelischen Wasserbehörde angewiesen war. *(Zu den Zonen und Kolonien, sowie der veränderten Boden- und Bevölkerungsverhältnissen siehe Übersichten 24a, b, sowie 25 am Ende dieses Kapitels).*

Sowohl Zone C als auch Zone B wurden im Laufe des so genannten Friedensprozesses zu einem quasi israelischen Landesteil, mit eigener Infrastruktur, mit einem eigenen Verkehrsnetz und mit einer eigenen Wasserversorgung. Die Kolonien verdoppelten ihre Einwohnerzahl in der Phase des „Friedensprozesses“ . ‚Samaria und Judäa‘, die Westbank also, wurden zu der am schnellsten wachsenden Region mit einem Bevölkerungswachstum von jährlich 5,5 Prozent.<sup>263</sup>

Die Fragmentierung der Westbank wurde durch die Zonierung weiter zementiert, und darüber hinaus wurde ein weiterer Teil des palästinensischen Bodens seinen Eigentümern entzogen sowie doppelte Strukturen der Macht, der Kontrolle und des Einflusses auf die zukünftige Entwicklung geschaffen. Während den israelisch-jüdischen Kolonien durch ein eigenes Rechts- und Planungssystem jedwede Erweiterung ermöglicht wurde, verwies man die palästinensische Bevölkerung auf ihre bereits bebauten Ländereien. Ihr wurden jegliche Entwicklungsmöglichkeit durch den Aufbau pseudobürokratischer Hürden verwehrt.

Nur in diesem sehr eingeschränkten Raum war es der Autonomiebehörde überhaupt möglich, Wohn- und Entwicklungsprojekte oder Raumprogramme zu entwickeln und umzusetzen. Größte Schwierigkeiten bei der Koordination der diversen Verwaltungsaktivitäten waren eine Folge, und vor allem führte dies zur Konzentration aller Mittel und Investitionen auf Ramallah/Al Bireh, dem Sitz der Autonomiebehörde auf der einen Seite und zur Vernachlässigung der ländlichen Regionen, Kleinstädte und Dörfern auf der anderen Seite. Die Zersplitterung und die Abtrennung von Jerusalem erschwerten zudem das Alltagsleben und die Mobilität der palästinensischen Bevölkerung. Große Umwege wurden notwendig, um von Süden nach Norden durch das bergige Gelände der Westbank zu gelangen, bekannt als Wadi Nar, Tal des Feuers. Um zum Beispiel zum staatlichen Krankenhaus in Ramallah zu gelangen, in dem man Herzoperationen durchführen kann, oder um das Kinderkrankenhaus in Bethlehem zu erreichen, musste man diesen langen Weg mit dem Auto, dem Taxi oder im Minibus bewältigen.

Eine umfängliche Förderung verbunden mit einer Konzentration der Mittel und aller Planungsaktivitäten galt allein den Kolonien und ihrer Infrastruktur. Die entsprechenden Verwaltungseinheiten in den Distrikten ‚Judäa und Samaria‘ waren

---

<sup>262</sup> Siehe Ministry of Foreign Affairs mfg 1997: Jordan Rift Valley Water. Link: <http://www.mfa.gov.il/MFA/Peace%20Process/Regional%20Projects/Jordan%20Rift%20Valley-%20Water>.

<sup>263</sup> ILF Israel Land Fund 2011: Judea, Samaria and the Jordan Valley. Im Vergleich dazu wächst die gesamte israelische Bevölkerung nur um 1.7%.

dem israelischen Innenministerium unterstellt, die Mittel kamen direkt von der israelischen Regierung. Neun District Coordination Offices (DCO) wurden zu israelischen Behörden und Organen der Zivilverwaltung, die wiederum mit dem Verteidigungsministerium koordiniert arbeiteten, und dies bis heute tun, so als gäbe es keinen Friedensprozess, keine palästinensische Autonomiebehörde und keinen Plan für eine Zweistaatenlösung. Selbst Namen wurden neu geschaffen, und die vertrauten authentischen Bezeichnungen für Landschaften und für Orte sind gelöscht worden, und auf den offiziellen Straßenschildern sind die bekannten Strukturen kaum wiederzuerkennen.<sup>264</sup> Faktisch ist bis heute die Zone C Israel und ein Teil des israelischen Verwaltungssystems geworden. Dazu gehören vier große Städte, die den Status einer israelischen Stadt besitzen, wie z. B. Modi 'in Illit, Beita Illit, Ma'ale Adumin und Ariel. Dazu zählen auch die Regionalräte Gush Etzion, Har Hebron, Matte Binyamin, Megilot Dead Sea, Shomron und Biq'at Ha Yarden; außerdem die Lokalräte Alfei Menashe , Beit Aryeh-Ofarim, Beit El, Efrat, Elkana, Giv'at Ze'ev, Har Adar, Immanuel, Karnei Shomron, Kedumim, Kiryat Arba, Ma'ale Efraim und Oranit als die großen Siedlungsblöcke.

Damit waren weitere Fakten geschaffen, die den Visionen von 1897 und den Versprechungen der Charte- Länder England von 1917 und des Völkerbundes von 1922/23 immer näher kamen, und zwar der Schaffung einer jüdischen Heimstätte in Palästina vom Mittelmeer bis zum Jordan. Das einzige Problem blieb die dennoch wachsende palästinensische Bevölkerung in einigen Regionen Israels und in den so genannten ‚gemischten Städten‘ sowie in dem Gebiet ‚Judäa und Samaria‘, die wie Inseln mit einer anderen Bevölkerung, Kultur, Geographie und Landschaft das zionistische Bild stören. Alle Verwaltungsregelungen und Planungen zur Eingrenzung und Kontrolle dieser Gebiete, die permanente Schwächung der wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und sozialen Verhältnisse in den 1967 besetzten Gebieten hatten zwar zur fortgesetzten Auswanderung vieler Bewohner geführt, konnten aber nicht verhindern, dass auch diese Bevölkerung wuchs und um das Land und seine Nutzung kämpfte und es einfach bebaute. Sharon, ehemaliger Gouverneur für den Gaza Streifen, Verteidigungs- und Wohnungsbauminister, der schon für einige strategische und entscheidende Schritte zur Sicherung des jüdischen Charakters des Landes verantwortlich war, löste den Beginn einer weiteren Etappe der Judaisierung aus.

---

<sup>264</sup> Nablus ist auf den Wegweisern z.B. zu Shechem geworden – wer sich da nicht auskennt, kann verloren gehen.

## Übersicht 25 Kolonisierung der Westbank und des Gazastreifens nach Oslo

- a. Westbank 2000 nach OSLO: nur ‚autonome‘ A-Zonen (dunkelgrün) umgeben von B und C,

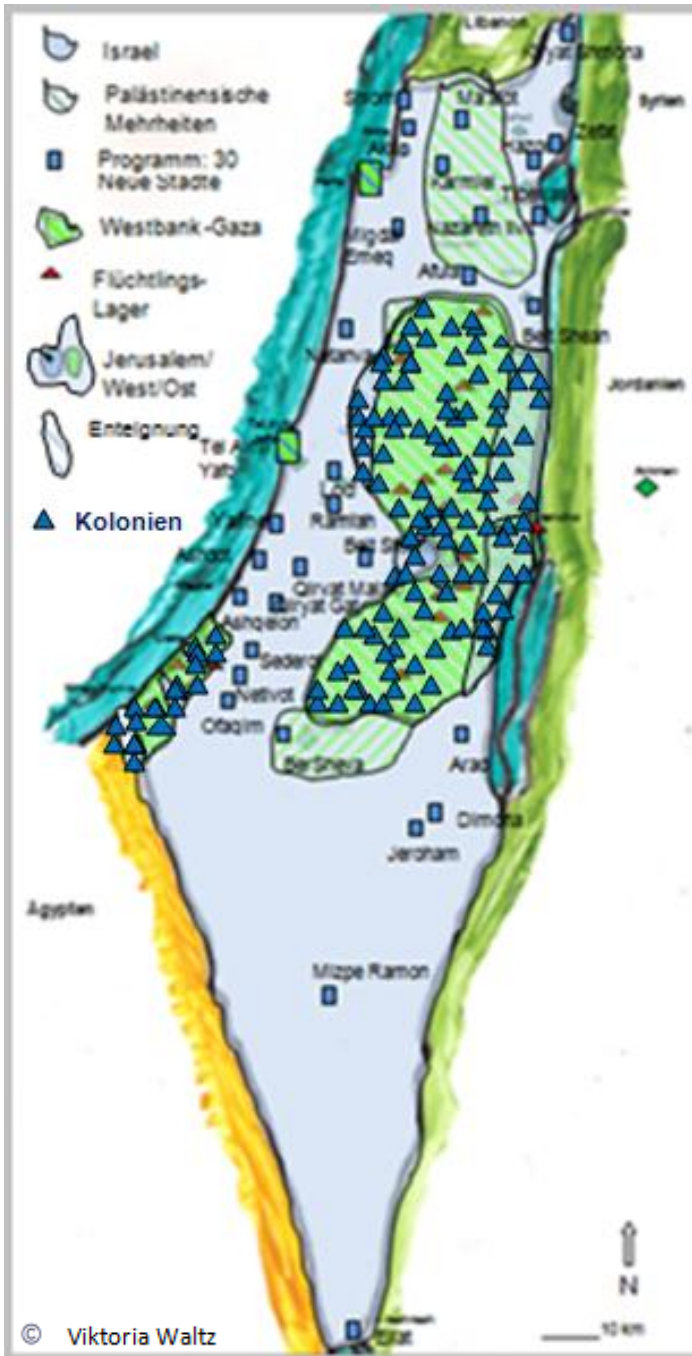


- b. Gazastreifen nach OSLO bis 2005 (Abzug) Sicherheitszone (gelb), Kolonieräume (blau), Flüchtlingslager



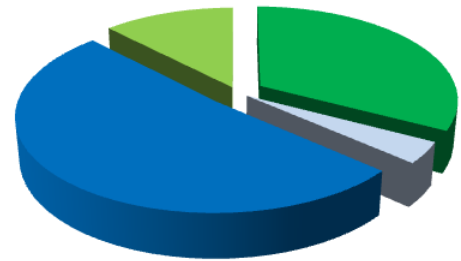
## Übersicht 26

Palästina um 2000, Oslo und Beginn der 2. Intifada



### Bevölkerungsanteil um 2000

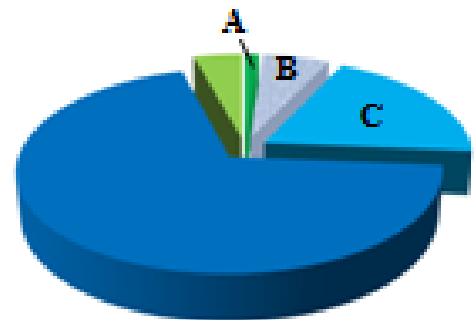
WB/Gaza palästinensisch ca. 32,7% (grün)  
 jüdisch: ca. 3,7% (hellblau)  
 Israel palästinensisch ca. 12,3% (hellgrün)  
 jüdisch ca. 51,3% (blau)



© Viktoria Waltz

### Bodenverteilung um 2000

WB/Gaza palästinensisch A ca. 1,2% (grün)  
 gemeinsam B ca. 6,0% (Struktur)  
 jüdisch C: ca. 19,1% (hellblau)  
 Israel palästinensisch ca. 4,30% (hellgrün)  
 jüdisch ca. 69,4% (blau)



© Viktoria Waltz

## 2. Sharon – Intifada – die Mauer

Ariel Sharon, der Förderer von Gruppen wie Gush Imunim und anderer extremistischer Siedlergruppierungen, die bereits Bereiche in der Altstadt von Jerusalem besetzt halten, startete im September 2000 einen erneuten Angriff auf Jerusalem mit seinem provozierenden ‚Besuch‘ des Heiligen Bezirks, dem ‚Tempelberg‘, mit der Al Aqsa Moschee und dem Felsendom; begleitet wurde er von 1 000 Polizisten, und er hatte das Einverständnis des damaligen Ministerpräsidenten Ehud Barak. Dieser erneuten Provokation ging bereits die Besetzung eines Hauses für seine eigenen Zwecke in der Al Ward Straße, der Zugangsstraße zur Klagemauer, Ende 1987 voraus.<sup>265</sup> Dieser ‚Besuch‘ Sharons war der direkte Auslöser der zweiten Intifada, der ‚Al Aqsa‘ Intifada. Die Palästinenser waren der Hinhaltenaktiken der zionistischen Regierung müde, die den so genannten Friedensprozess dazu nutzten, ihre Lage weiter zu verschlimmern. Anschläge auf israelische Siedler folgten, deren wahre Urheber oft unbekannt blieben, möglicherweise waren dies auch gezielte Operationen der israelischen Geheimdienste, denn zu oft wurde solche israelische Provokationen immer dann eingesetzt, um den Abbruch der Verhandlungen zu erreichen.

Es entstand eine Situation, wie sie für Israel nicht besser hätte sein können, um weitere Einschränkungen der Bewegungsfreiheit der Palästinenser zu veranlassen. Der Bau einer Mauer, dessen ‚Notwendigkeit‘ bereits Vladimir (Ze’ev) Jabotinsky, russischer Zionist mit sozialistischem Hintergrund und späterer Mitinitiator der Haganah, in den 1920er Jahren in Form einer militärischen Übermacht als „Iron Wall“ vorausgesehen hatte, führte tatsächlich im November 2000 zum Bau eines zionistischen Schutzwalles in Form einer acht Meter hohen Mauer<sup>266</sup> Genehmigt und initiiert wurde diese durch den damaligen Ministerpräsidenten Ehud Barak als Teil eines Plans, der zunächst eine Barriere entlang eines Gebietes im Norden der Westbank bilden sollte, um Autos den Zugang zu Israel zu versperren. Im Jahr darauf bildete sein Nachfolger im Amt, Ariel Sharon, einen Lenkungsausschuss beim ‚Nationalen Sicherheitsrat‘ (NSC), der einen umfassenden Plan gegen das ‚Einsickern palästinensischer Militanter‘ entwerfen sollte. Danach wurde Baraks Plan erweitert und eine Barriere vorgeschlagen, die auch den Zugang von Fußgängern verhindern sollte. Im Juli 2001 wurde dieser Plan im Prinzip genehmigt. Im April 2002 nach einigen Angriffen auf Israelis durch palästinensische Gruppen in Israel verabschiedete das israelische Kabinett den Plan zur Errichtung einer Barriere, die aus Zäunen und Mauern bestehen sollte, und zwar in drei Gebieten der Westbank, die als ‚Saumzone‘ bezeichnet worden war, ein Gebiet, das Israel willkürlich westlich und östlich der so genannten ‚Grünen Grenze‘ beanspruchte. Eine Saum-Zonen-Verwaltung wurde eingerichtet und die Armee damit beauftragt, das entsprechende Land zu enteignen und für den Bau der geplanten ‚Trennanlagen‘ zu planen.

---

<sup>265</sup> Am 24. September 2000 ‚besuchte‘ Ariel Sharon den Heiligen Bezirk, bekannt als Haram al Sharif bei den Muslimen und als Tempelberg bei den Juden; dieser Akt löste die zweite Intifada aus und führte damit auch ein Ende der so genannten Friedensverhandlungen herbei.

<sup>266</sup> Jabotinsky, zionistischer Politiker, galt als so genannter Revisionist. Jabotinsky, Ze’ev, Vladimir 1923: “Agreement with Arabs Impossible at present. Zionism Must Go Forward: There can be no voluntary agreement between ourselves and the Palestine Arabs. Not now, nor in the prospective future. I say this with such conviction, not because I want to hurt the moderate Zionists. I do not believe that they will be hurt. Except for those who were born blind, they realised long ago that it is utterly impossible to obtain the voluntary consent of the Palestine Arabs for converting "Palestine" from an Arab country into a country with a Jewish majority.” In: Jewish Herald, Friday, 26th November, 1937; sowie “Zionist colonization, even the most restricted, must either be terminated or carried out in defiance of the will of the native population. This colonization can, therefore, continue and develop only under the protection of a force independent of the local population – an iron wall which the native population cannot break through. This is, in toto, our policy towards the Arabs. To formulate it any other way would only be hypocrisy.” In: Rasswyat vom 4. November 1923.

2002 schließlich begann der Bau der ersten Phase der ‚Trennanlage‘ im Norden der Westbank, ein ‚Sicherheitsstreifen‘ zwischen 30 und hundert Metern breit, mit scharfer Bewachung, Elektrozäunen, Gräben, Militärpatrouillen, Wachtürmen und streckenweise einer 8 Meter hohen Mauer. Diese ‚Apartheid-Mauer‘<sup>267</sup> verlief nicht etwa an der Grenze zu Israel, sondern verlief teilweise bis zu 30 km in die Westbank hinein. Dörfer wurden von ihren Feldern und ihren Wasserressourcen abgetrennt, Tore nur zeitweise geöffnet, ganze Ortschaften sahen sich plötzlich vollständig eingeschlossen ohne Zugang zu ihren benachbarten Orten, Schulen, Krankenhäusern oder Verwaltungen. Die Route der ‚Trenn-Mauer‘ schloss damit in den weiteren Phasen weiterhin Westbank Land aus und bedeutete eine weitere Annexion palästinensischen Bodens. Der Plan Sharons sollte zunächst den Kern der Westbank nach Westen umschließen, aber es ist kein Geheimnis, dass langfristig Sharon die Fortsetzung nach Osten plante und die Abtrennung der Westbank und ihre einzelnen Städte und Dörfer nicht nur untereinander, nicht nur von Israel, sondern auch vom Jordantal und Jordanien vorsah und damit die vollständige Isolierung der palästinensischen Gebiete der Westbank. Dies würde die Annexion weiterer 20 Prozent des Westbank Landes bedeuten.<sup>268</sup> (Siehe folgende Übersicht 26)-2004 schloss der Internationale Gerichtshof in Den Haag seine Anhörungen mit einem Gutachten ab und entschied, dass Israel mit dem Bau der Mauer seine Verpflichtungen als Besatzungsmacht missachte, und im Juli bestätigte die Generalversammlung der Vereinten Nationen dieses Urteil mit großer Mehrheit und stellte fest, dass Israel mit dem Bau der Mauer gegen internationales Recht verstoße. Ganz im Gegensatz dazu vertrat die damalige Justizministerin Tzipi Livni die Auffassung, dass der Bau aus ‚Sicherheitsgründen‘ legal sei und dass der Verlauf der Mauer auch Einfluss auf die zukünftigen Grenzen haben würde. Bis 2009 wurde der Mauerbau bis Jerusalem abgeschlossen, und der Süden und die Stadt Hebron wurden ebenfalls von der Mauer umschlossen.<sup>269</sup>

Dasselbe Vorgehen galt für den Gaza Streifen, den die Siedler zwar 2005 verlassen mussten, dessen Kontrolle jedoch entlang der so genannten Grünen Grenze danach durch einen ebensolchen in den Gaza Streifen hineinreichenden ‚Sicherheits-Streifen‘ weiter fortgesetzt wurde. Darüber hinaus wurde der Gaza Streifen auf der Seeseite erheblich beschnitten.

### ***Auswirkungen der ‚Apartheid Mauer‘ in der Westbank***

Die Apartheid Mauer wirkt bis heute als ein umfassendes Netzwerk von Hindernissen und Grenzen, die die Mobilität der palästinensischen Bevölkerung absolut einschränkt. OCHA zählte in einem Spezialbericht im Jahre 2009 zusammengekommen 505 Hindernisse, darunter Straßenblockaden aus Beton, Wälle, Gräben sowie 64 dauerhafte ‚Checkpoints‘, also befestigte Kontrollpunkte, sowie zwischen 400 und 500 fliegende Checkpoints monatlich. Ein Großteil der Oberflächen-Wasserquellen sind durch die Mauer von ihren Nutzern ausgegrenzt worden. Elf Gemeinden sind

---

<sup>267</sup> Palästinensischer Sprachgebrauch.

<sup>268</sup> OCHA UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs 2009: Five Years After the International Court of Justice Advisory Opinion. A Summary of the Humanitarian Impact of the Barrier, East Jerusalem, July 2009; siehe auch: Avnery, Uri 2005: Finger after Finger. Ariel Sharon's grand design to take over most of the Westbank, in: Gush Shalom The Other Israel, May 2005. Links: [http://www.ochaopt.org/documents/ocha\\_opt\\_barrier\\_report\\_july\\_2009\\_english\\_low\\_res.pdf](http://www.ochaopt.org/documents/ocha_opt_barrier_report_july_2009_english_low_res.pdf); [http://www.ochaopt.org/documents/ocha\\_opt\\_barrier\\_update\\_july\\_2011\\_english.pdf](http://www.ochaopt.org/documents/ocha_opt_barrier_update_july_2011_english.pdf).

<sup>269</sup> OCHA 2011: Barrier Update Seven Years after the Advisory Opinion of the International Court of Justice on the Barrier: The Impact of the Barrier in the Jerusalem area. Special Focus. März 2011.

durch die Mauer von ihrer Umwelt abgeschnitten und können die Außenwelt, ihre Felder, die Schulen, die Arbeitsplätze, auch ihre Brunnen manchmal nur stundenweise erreichen, da die israelischen Soldaten oft nach Belieben das in der Regel abgeschlossene Tor öffnen. Allein um Ramallah und zwischen Ramallah und den drei benachbarten Kolonien Beit El, Ofra und Pesagot und entlang der zentralen Verbindungsstraße zwischen dem Norden und dem Süden, der Straße No. 60, wurden drei feste Checkpoints, 27 Erdmulden, Tore oder Straßenblöcke errichtet und Ramallah dadurch von seinem Hinterland und den benachbarten Dörfern abgetrennt.<sup>270</sup> Der Sinn ist allzu klar: Isolierung der Bevölkerung und Verhinderung der Kommunikation und die Trennung ihrer familiären, sozialen und politischen Netze. Außerdem werden die wirtschaftlichen Strukturen zerstört und die Gemeinden sich auf sich gestellt und bedürfen der Hilfe von außen, um mit ihrer Armut und Abhängigkeit fertig zu werden. Hinzu kommt, dass zentrale Einrichtungen der Kultur, der Gesundheitsversorgung und der Ausbildung immer schwieriger zu erreichen sind und oftmals auch Notfälle vor den Blockaden stranden, Menschen sterben, Mütter ihre Kinder im Angesicht von Soldaten buchstäblich auf der Straße gebären müssen und Schüler und Studenten nicht ihre Ausbildungsstätten oder Heime erreichen können.<sup>271</sup> Nur unter schwierigsten Bedingungen kann so überhaupt noch ein normales Alltagsleben geführt werden.

Unter diesen Bedingungen können eine staatliche Planung, die Versorgung und der weiterhin notwendige Aufbau einer staatlich gesicherten Lebensumwelt nur schwer gelingen. Migration aus dieser Situation ist ein langfristig fataler Nebeneffekt des Mauerbaus.

Während die kleineren Gemeinden und Dörfer mit ihren Problemen größtenteils auf sich selbst gestellt sind, genießt Ramallah als die ‚heimliche Hauptstadt‘ alle Vorzüge internationaler und nationaler Förderung. Hierhin fließt das Geld der Geberländer, hier befinden sich die Ministerien und internationalen Vertretungen und kreieren eine Lebensunwirklichkeit von reichem Lebensstil, besten Hotels, Restaurants und Bars, die nicht nur einer bestimmten Klasse vorbehalten bleiben, sondern auch zur allgemeinen Verteuerung etwa im Wohnungssektor und bei Konsumgütern beitragen.

Die Apartheid-Mauer erfüllt also viele Zwecke, die allesamt der Zerstörung, Marginalisierung und dem Verfall der palästinensischen Gesellschaft dienen – neben der Tatsache, dass sie ein weiteres Instrument des Diebstahls am Eigentum und Land und den Naturressourcen des palästinensischen Volkes darstellt.

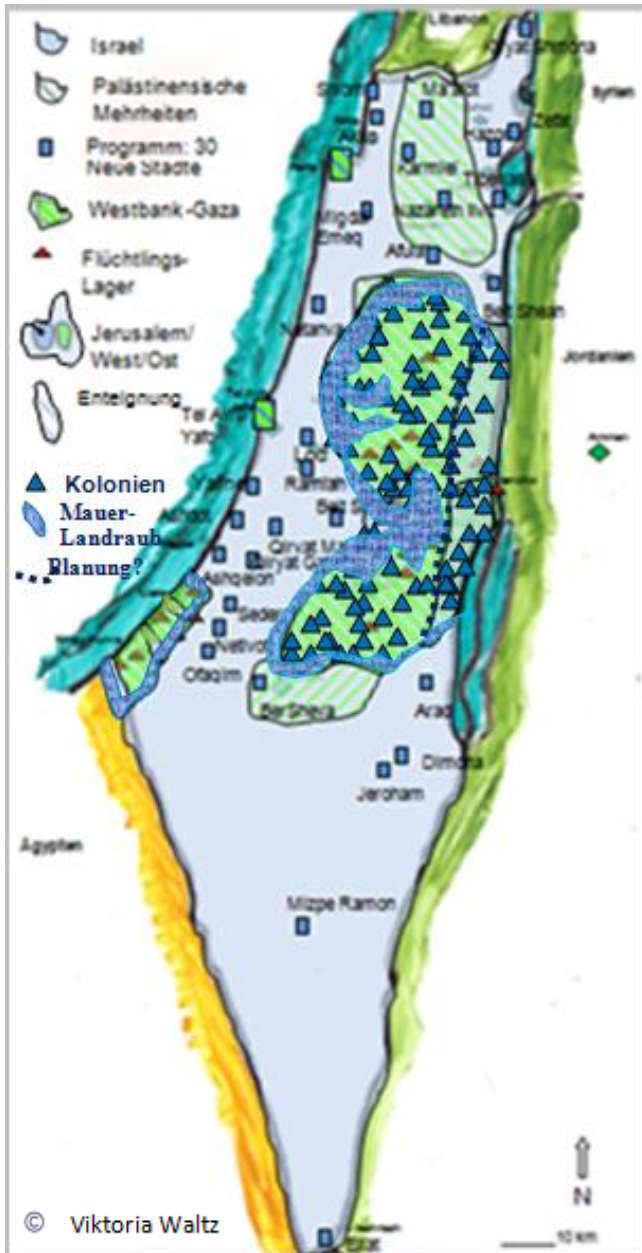
---

<sup>270</sup> OCHA 2010: THE IMPACT OF THE BARRIER ON HEALTH, Special Report, July 2010.

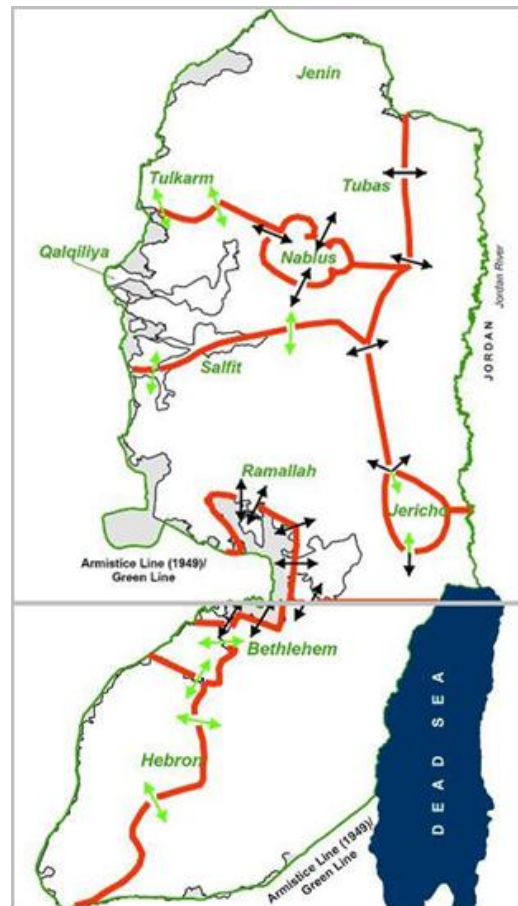
<sup>271</sup> OCHA 2010: Westbank Movement and access, Special Report, June 2010.



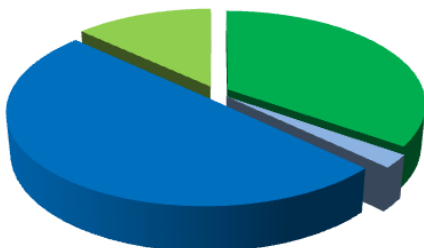
**Übersicht 27** Lage in Palästina nach Mauerbau  
a. 2005 Landraub durch Mauer und Kolonien



b. Westbank zersplittert  
Zentrale Verkehrsverbindungen (rot) mit permanenten ‚Grenzkontrollen‘ (grüne Pfeile) (Quelle OCHA 2007)

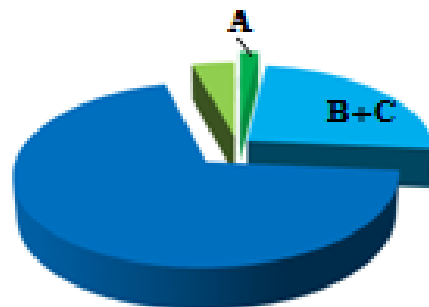


Bevölkerungsanteil um 2005  
WB/Gaza palästinensisch ca. 34,8% (grün)  
jüdisch: ca. 2,3% (hellblau)  
Israel palästinensisch ca. 13,1% (hellgrün)  
jüdisch ca. 49,8% (blau)



© Viktoria Waltz

Bodenverteilung um 2005 realistisch  
WB/Gaza palästinensisch A ca. 1,95% (grün)  
jüdisch: B,C, ca. 24,6% (hellblau)  
Israel palästinensisch ca. 4,4% (hellgrün)  
jüdisch ca. 69,5% (blau)



© Viktoria Waltz

## **Auswirkungen der ‚Apartheid Mauer‘ im Gaza Streifen**

Obwohl Israel 2005 den Gaza Streifen verlassen und die Kolonien räumen musste, wurde die Kontrolle über das gesamte Gebiet in der Luft, von See und zu Lande weiter ausgebaut und die Existenz der dort lebenden palästinensischen Bevölkerung, ihr Leben und ihre Lebensgrundlagen weiter bedroht. Nicht nur wurde seit dem Friedensprozess der Gaza Streifen von seinem sozialen, politischen und wirtschaftlichem Bezugspunkt, der Westbank und Jerusalem, abgeschnitten, ebenso von den Außenbeziehungen zu Israel und Ägypten, sondern die Bevölkerung des Strips wurde durch den Mauerbau entlang der so genannten „Grünen Grenze“ zu Israel und die Sonderzonen im Süden von Rafah zu Ägypten und im Norden am Grenzort Erez zusätzlich um beträchtliche Flächen an landwirtschaftlich bedeutsamen Bodens beraubt. In einem Umkreis von 1 bis 1,5 Kilometern ist heute das Gebiet als absolut ‚verbotene Zone‘ gekennzeichnet. Dieser ‚no-go-zone‘ folgt ein ebenso breiter Streifen, den OCHA als ‚high-risk-zone‘ bezeichnet. (Siehe *Übersicht 27*). Von diesen Zonen geht eine besondere Bedrohung der dort lebenden Bauern aus, die dauernden Angriffen auf ihr Leben und ihre landwirtschaftliche Produktion ausgesetzt sind. OCHA<sup>272</sup> sieht über 180.000 Menschen allein diesen Attacken seit der Totalblockade des Gaza Streifens im Jahre 2007 ausgesetzt.

Seit 2008 wurden durch diesen Mauerstreifen in 17 Prozent des gesamten Bodens und 35 Prozent des landwirtschaftlich genutzten Bodens für die etwa 113.000 ansässigen noch aktiven Bauern Restriktionen des Zugangs und der Nutzung erhoben. Darüber hinaus sind den etwa 65.000 Fischern 85 Prozent der den Palästinensern zugehörigen Maritimen Gewässer durch diese israelischen Restriktionsmaßnahmen nicht mehr gefahrlos zugänglich. Seit dem militärischen Überfall 2008/09 und das Zerbomben großer Teiles des Gaza Streifens werden nicht nur mehr Warnschüsse abgegeben, sondern direkt und mit echter Munition geschossen, wenn jemand diese quasi verbotenen Risiko-Zonen betritt. Da es sich um lebensnotwendige Räume handelt, müssen die Bauern oder Fischer zu diesen Räume Zugang erhalten, aber Genehmigungen werden kaum erteilt, also betreten sie ihre Felder und die Gewässer gezwungenermaßen trotz des Risikos.

Neben Toten und Verletzten gibt es in diesen begrenzten Gebieten große materielle Verluste, denn immer wieder zerstört die Armee die Felder, planiert das Land mit Bulldozern und zerstört Pflanzen und die Ernten. In den fünf Jahren nach dem 2005 erfolgten Abzug der israelischen Besatzer und deren Kolonisatoren schätzt OCHA einen Verlust an zerstörten landwirtschaftlichen Werten von zirka 308 Millionen US-Dollar und einer Produktion von 75.000 Tonnen, was einem Marktwert von etwa 50,2 Millionen US-Dollar entspräche. In der betroffenen Zone wurden im Jahre 2008 nur ein Drittel der Früchte im Vergleich zum Jahresdurchschnitt der Jahre davor geernteten, ein Verlust von 27.000 Tonnen und einem Wert von etwa 26.5 Millionen US-Dollar.

Das Maßnahmen der Israelis haben natürlich auch soziale Auswirkungen und gleichen einer humanitären Katastrophe: wichtige Ernährungsgrundlagen werden

---

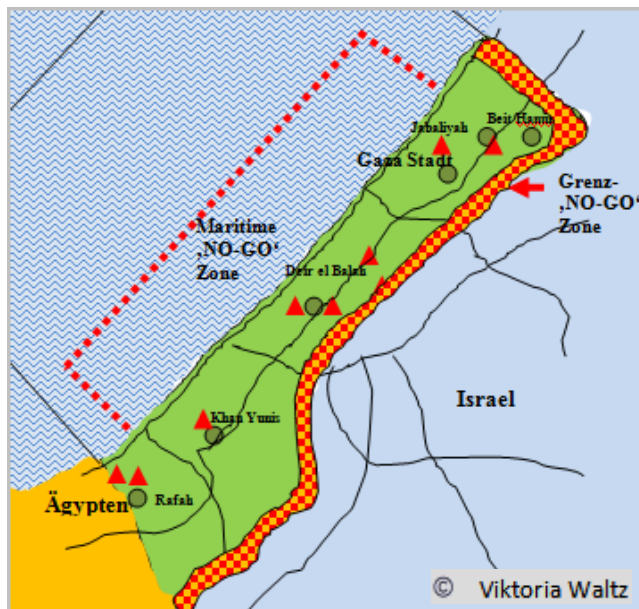
<sup>272</sup> OCHA 2010: BETWEEN THE FENCE AND A HARD PLACE. THE HUMANITARIAN IMPACT OF ISRAELI-IMPOSED RESTRICTIONS ON ACCESS TO LAND AND SEA IN THE GAZA STRIP, Special Report, August 2010. Link: [http://www.ochaopt.org/documents/ocha\\_opt\\_special\\_focus\\_2010\\_08\\_19\\_english.pdf](http://www.ochaopt.org/documents/ocha_opt_special_focus_2010_08_19_english.pdf).

zerstört, die Ausbildung von fast 5.000 Schülern ist negativ betroffen, und die fehlende Sicherheit hat große psychologische Folgen.

Die Abtrennung des Gaza Streifens von der Westbank und Jerusalem, die 2005 erhobene Blockade des Gaza Streifens, ‚Cast Lead‘, der Überfall auf 1,5 Millionen Menschen mit etwa 1.400 überwiegend zivilen Opfern, darunter viele Frauen und Kinder, und die aktuellen Restriktionen entlang der gesamten Grenze zu Israel zielen offensichtlich auf eine absolute Zerstörung von Land und Gesellschaft, seine Lebensgrundlagen, seine Ernährung und seine soziale und ökonomische Verfasstheit ab. Darüber hinaus hat diese Situation auch zu einer wesentlichen Spaltung innerhalb der politischen Selbstvertretung beigetragen und die notwendige und unter der PLO noch existierende Einheit des palästinensischen Volkes nahezu zerstört.

## Übersicht 28

Der Gazastreifen 2010: 10% Landraub durch ‚Sicherheits‘- No Go - Zone



## ***Auswirkungen der ‚Apartheid Mauer‘ in Ost Jerusalem***

Für Ost Jerusalem wurden der „Friedensprozess“ und besonders der Bau der Apartheid Mauer zu dem willkürlichsten und bedrohlichsten Abschnitt in der bisherigen zionistischen Kolonisierungsgeschichte. In Ost Jerusalem führte und führt der Bau dieser Mauer zur erneuten Veränderung der Stadtgrenzen und schuf eine völlig neue Landkarte, die Vororte, Stadtteile Ost-Jerusalems, aus dem bisherigen Jerusalemer Kontext herauswarfen und andere hineinzogen, ohne dass deren Status geändert oder geklärt wurde. Während die einen gezwungen wurden, Genehmigungen für den Zugang z.B. zu ihren bisherigen Arbeitsplätzen, den Schulen und Gesundheitseinrichtungen zu beantragen und nur durch Checkpoints dorthin gelangen können, befinden sich die anderen, etwa 2.500 Ost Jerusalemer aus 16 benachbarten Gemeinden mit ihren Westbank-Ausweisen völlig im rechtsfreien Raum und haben weder zu ihren bisherigen Westbank-Einrichtungen noch zu denen Ost Jerusalems Zugang. Sämtliche Lebensbereiche waren und sind dadurch bedroht: das Bildungswesen, wenn Schulen nicht mehr zugänglich und zudem noch wegen ‚illegaler‘ Erweiterungsbauten von Abriss bedroht sind; das Gesundheitswesen, wenn für die Patienten der Zugang unmöglich oder durch die Checkpoints stark behindert ist und die Krankenhäuser und Praxen aus Mangel an Patienten schließen oder ihren Service verringern müssen. Wichtige Einrichtungen, die die gesamte Westbank und den Gaza Streifen versorgen, sind davon betroffen, und die Palästinensische Bevölkerung wird am Zugang zur Behandlung und Betreuung in den Bereichen Augenoperation, Operation am offenen Herzen, Dialyse, Onkologie, Neurologie, Pränataler Medizin und Programmen mit behinderten Kindern gehindert.<sup>273</sup>

Etwa 55.000 Ost Jerusalemer mit Jerusalemer Ausweis aus Kafr Aqab und dem Flüchtlingslager Shuafat sind in die Westbank eingeschlossen worden; etwa 2.500 Westbank-Bewohner benachbarter Orte wurden innerhalb Jerusalems eingeschlossen, ohne den adäquaten Status zu haben; etwa 145.000 Bewohner der Westbank, aus Al Ezzariya, Abu Dis, Bir Nabala, Ar Ram, Dahiyat al Bareed und Biddu, deren Bezugspunkt immer das unmittelbar anschließende Jerusalem war, befinden sich inzwischen in Enklaven und sind vom Zugang zu Jerusalem ausgeschlossen, was große Verluste in Bezug auf wirtschaftliche Aktivitäten, Land und Landpreise sowie den Familienzusammenhang nach sich zieht. Schließlich bewirkt der Bau der Apartheid Mauer bis heute, dass die Gemeinden Biddu im Norden Jerusalems, Bethlehem, Beit Jala und Beit Sahur im Süden von ihrem fruchtbarsten Land abgeschnitten sind und nur mit großen Mühen dorthin gelangen können.

Innerhalb der Stadtgrenzen und im unmittelbaren Umfeld der Altstadt wurden und sind aktuell zwei Planungsaktivitäten als zentraler Angriff auf die Stadt und ihren palästinensischen Charakter zu begreifen: die Besetzung des so genannten ‚Holy Basin‘ oder ‚Heiligen Becken‘ durch von der Stadtverwaltung gedeckte Siedlergruppen, was die Altstadt sowie die Stadtteile Silwan und Sheikh Jerrah betrifft, und der Plan E1, ein Koloniekomplex, der mit einer Umgehungsstraße verbunden Ma’ale Adumim mit Ost Jerusalem und den anderen Kolonien des zweiten Ringes um Jerusalem verbinden und Ost Jerusalem im Osten ‚abdichten‘

---

<sup>273</sup> Diese und die folgenden Informationen zu Jerusalem siehe: OCHA 2011, März.

wird. Die aggressivsten Siedlergruppen besetzen in diesem Rahmen gewaltsam Häuser und Grundstücke und werfen die Bewohner buchstäblich auf die Straße. Der Staat betreibt dort seit einiger Zeit parallel archäologische Ausgrabungen und hat diese Zone als öffentlich, also als staatlich definiert und den Palästinensern das Bauen untersagt, bzw. als illegal erklärt. So arbeiten zur Zeit Siedler, Stadtverwaltung und Regierung zusammen an der weiteren Judaisierung der Stadt und nutzen die dazu neu geschaffenen Planungsinstrumente aus den Fachplanungen Denkmalschutz und Landschaftsplanung. Dazu gehören der ‚Jerusalem Masterplan 2010, der ‚United Jerusalem Town Planning Scheme‘, sowie der ‚Local Outline Plan 2000 und der District Jerusalem Master Plan von 2008, in denen die Intensivierung des Denkmalschutzes, die Rehabilitierung der ‚David Stadt‘ und der Bau von 65.000 neuen Wohneinheiten vorgesehen sind; diese Maßnahmen sind alle von höchster Ebene, und zwar durch die Knesset abgesegnet.<sup>274</sup>

Wenn der Bau der Apartheid Mauer abgeschlossen sein wird, wird nicht nur die Stadtgrenze umbaut sein, sondern die Kolonien und Großkolonien außerhalb der Stadtgrenze von 1967 in ein ‚Groß-Jerusalem‘ eingeschlossen sein. Das betrifft Ma'ale Adumim und Givat Ze'ev im Norden und Westen sowie Gush Etzion im Süden, und damit werden auch etwa 64qkm Land, das zur Region Bethlehem gehört, eingeschlossen sein.

Daneben geht bis heute der demographische Kampf weiter: seit 2002 bis 2008 wurden 6.679 Ost Jerusalemer Ausweise widerrufen. In der Zeit zwischen 2002 und 2010 wurden 782 Häuser zumeist wegen ‚illegalem Bauen‘ abgerissen; wobei die rapide Zunahme darauf zurückzuführen ist, dass Baugenehmigungen äußerst strikt an den Nachweis des Landbesitzes im Landkataster geknüpft werden, was aus den historisch entstandenen Umständen in vielen Fällen nicht immer möglich ist. ‚Illegales‘ Bauen und Hauszerstörungen ebenso wie der Verlust der ID-Karte führen zur ‚Illegalisierung‘ der autochthonen Bewohner, die im ungünstigen Fall mit der Ausbürgerung und der Deportation rechnen müssen.

Auch in diesem Zusammenhang spielen der Local Outline und der Master Plan von 2000, der sich zwar noch im Genehmigungsprozess befindet, aber dennoch zur Entscheidung von Planungen herangezogen wird, eine ebenso fatale Rolle. Das formulierte Ziel ist die Schaffung einer jüdischen Mehrheit für gesamt Jerusalem im Verhältnis von 30 zu 70 Prozent zwischen Palästinensern und Juden, und auf Ost Jerusalem bezogen, wird ein Verhältnis von 40 zu 70 angestrebt.<sup>275</sup> Um dies zu erreichen, setzt der Plan nicht nur eine viel zu geringe und bereits oft ‚illegal‘ und von Abrissbauten bedrohte bebaute Erweiterungsfläche für die palästinensische Bevölkerung fest, sondern gleichzeitig ein Gebiet von 5 qkm für Kolonien, die 200.000 Siedler aufnehmen sollen.<sup>276</sup> Der Plan E1 ist dafür ein Schlüsselprojekt, dessen Priorität an den beteiligten diversen Top-Institutionen deutlich wird: neben der Stadtverwaltung sind das Verteidigungsministerium, das Sicherheitsministerium und das Wohnungsbauministerium – inklusive die ILA bzw. der JNF für die Allokation von Land, allesamt zentrale zionistische Institutionen, die nun schon über mehr als 100 Jahre für die Judaisierung Palästinas und aktuell Jerusalems verantwortlich und

---

<sup>274</sup> Siehe bei Ir Amin 2010. Link: <http://www.ir-amim.org.il/Eng/?CategoryID=299>; [http://www.pcc-ger.org/arabic/Publication/jerusalem\\_master\\_plan/JerusalemMasterPlan%20\\_%20study%20\\_final.pdf](http://www.pcc-ger.org/arabic/Publication/jerusalem_master_plan/JerusalemMasterPlan%20_%20study%20_final.pdf).

<sup>275</sup> Siehe Ir Amin 2010.

<sup>276</sup> OCHA März 2011: S. 33.

tätig sind. Bereits 158 ha Land wurden für die Versorgung der zukünftigen Siedler und 15.000 Siedlerwohnungen enteignet. Das Projekt umschließt den Raum zwischen der 1967er Stadtgrenze und den für ein Groß-Jerusalem vorgesehenen Erweiterungsraum der großen Kolonien.

Die Altstadt und ihr Umfeld bedrohen verschiedene Planungen, deren Schlüsselprojekte zwei Herangehensweisen widerspiegeln: Freiraumplanung (Open Spaces), ein ‚Park‘, der die gesamte Altstadt umschließt, und archäologische Ausgrabungspläne, die die Altstadt und ihre Umgebung betreffen und die sich einerseits mit dem ‚Park‘, dem ‚Archäologiepark‘ decken und Teile des so genannten Heiligen Beckens, des ‚Holy Basin‘, mit einbeziehen. Die Erneuerung historischer Bauten sind ein Teil davon, wobei es da nicht nur um angebliche ‚jüdische Altertümer‘ (etwa Davids Stadt) geht, sondern auch um die Herausstellung der neueren jüdischen Siedlungsgeschichte, also Bauten aus den ersten Kolonisierungszeiten seit dem Ende des 19. Jahrhunderts soweit sie Jerusalem betreffen, wie z. B. das so genannte ‚Windmühlenviertel‘ oder die ‚German Colony‘. 2005 wurde die ‚Open Space‘-Planung nach einem Kabinettsbeschluss von der Jerusalem Entwicklungs-Verwaltung (JDA) unter dem Titel ‚Priorität: Unterstützung Jerusalems‘ begonnen und mit der ausdrücklichen Weisung versehen, den Charakter Jerusalems als Hauptstadt Israels weiter zu festigen.<sup>277</sup> An diesem Projekt sind außer den Fachministerien für Antiquitäten nicht nur Wissenschaftler und die Universitäten beteiligt, sondern auch Siedlergruppen wie Elad und eine NGO, die sich das ‚Komitee für die Verhinderung von Zerstörungen der Antiquitäten auf dem Tempelberg‘ nennt. Betroffen sind neben der historischen Altstadt die Stadtteile Silwan, Scheikh Jerrah, Wadi al Joz, As Sowwane, At-Tur, Ölberg, und Ras Al Amud. Auf diese Stadtteile konzentrieren sich gleichzeitig die Siedlergruppen mit ihren zerstörerischen Aktivitäten.

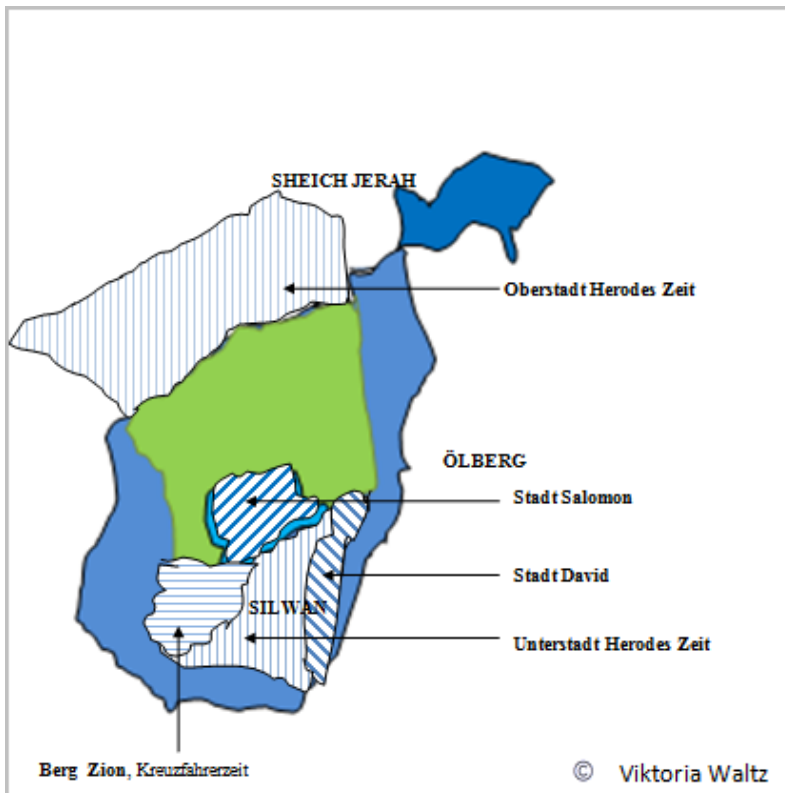
Die Apartheid Mauer, das E1 und das Holy Basin/Open Space-Projekt vervollständigen den Plan, den inneren und äußeren Ring um Jerusalem zu schließen und innerhalb des abgeschlossenen Jerusalems die Vertreibung, Einengung und Enteignung der Palästinenser fortzusetzen. (*Siehe die folgenden Übersichten 28, 29*).

---

<sup>277</sup> OCHA, März 2011: S. 58.

## Übersicht 29 Jerusalem nach dem Mauerbau

### a. Das sogenannte ‚Holy Basin‘



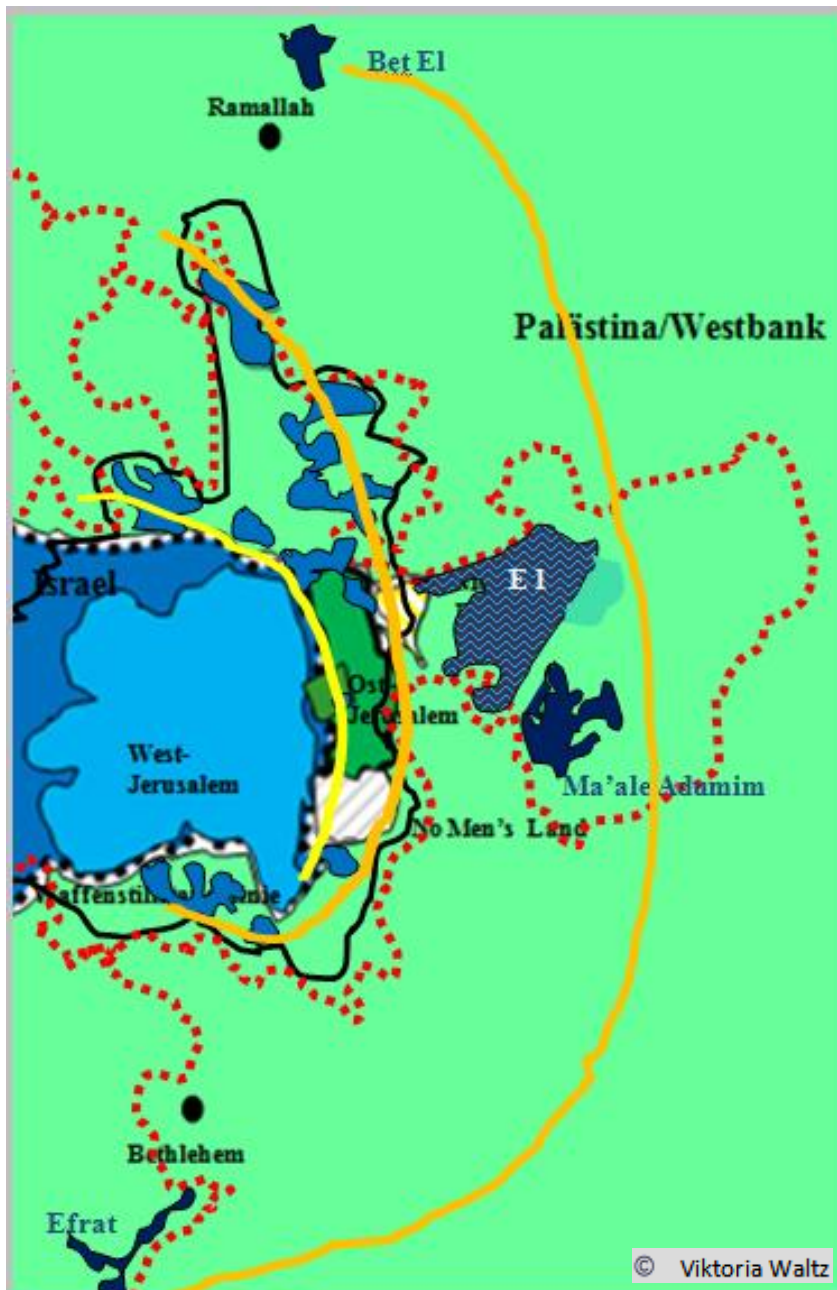
### b. Das Projekt ‚Holy Basin‘ (rosa)

Teilprojekte dunkelblau, gefährdete Stadtteile (dunkelrote Kreise)

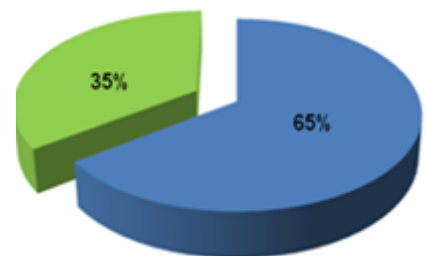


## Übersicht 30

2010 : die Mauer und Kolonisierung des Umfeldes mit E1  
Mauer rot gepunktet,  
Kolonien innerhalb der Westbank Stadtgrenze 1. und 2. Ring gelb  
Großsiedlungskomplexe 3. Ring, dunkelblau

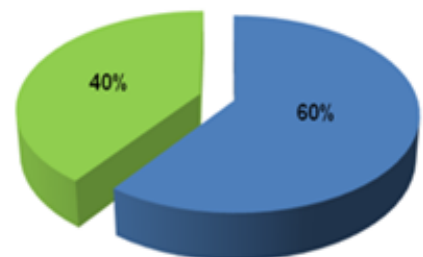


Bevölkerungsanteile ca.  
**2008**



© Viktoria Waltz

**2020**  
Projektion nach Master-  
Plan



© Viktoria Waltz



### **3 .Boden, Bevölkerung, Besiedlung zehn Jahre nach Beginn des Mauerbau**

Immer wieder sind die verschiedensten internationalen Friedensinitiativen an Israels hartnäckiger Verweigerungshaltung gescheitert, das Kolonisierungsprogramm zu stoppen und die nach internationalem Recht erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, anstatt fortdauernd Menschenrechte zu verletzen und internationales Recht zu brechen. Kontinuierlich und noch schneller als in den Jahren der Besetzung vor dem Friedensprozess arbeitet dieser zionistische Staat an der jüdischen Kolonisierung Palästinas, schafft Fakten um Fakten, damit auch noch die geringste Chance eines palästinensischen Staates an der Seite Israels unmöglich gemacht wird. Nur noch ca. sechs Prozent des Landes in der Westbank sind unter palästinensischer Kontrolle.<sup>278</sup> Faktisch ist der übrige Anteil israelisiert. Um 500.000 Siedler leben in eigenen Räumen der Westbank und Ost Jerusalem mit allem Komfort und eigener Infrastruktur, besten Straßenverbindungen und ohne die geringste Beeinträchtigung in ihrer Mobilität.

Der Gaza Streifen ist eine um Jahrzehnte zurückgebombte Region, die um ihr Überleben kämpft, abgetrennt von dem anderen Teil des so genannten Autonomiegebietes. Die Westbank ist zersplittert in viele kleine und große Landfetzen, die keinen wirklichen Zusammenhalt haben und unter vollständiger Kontrolle des israelischen Militärapparates stehen. Der größte Teil wurde aufgrund fragwürdiger, aber nach israelischem Rechtsverständnis auf ‚legaler‘ Grundlage enteignet und israelisiert. Jerusalem ist von beidem abgekoppelt, und die palästinensische Bevölkerung ist einer akuten Bedrohung der Überfremdung und Marginalisierung ausgesetzt. Der Bau der Mauer hat darüber hinaus vielen Arbeitskräften ihren Arbeitsplatz gekostet.

In Israel wurden die ehemaligen billigen Arbeitskräfte aus den besetzten Gebieten durch ausländische Arbeiter ersetzt. Auch sie werden neuerdings als nicht-jüdisches, fremdes Element diskriminiert. Sie sollen nur kurzfristig im Lande bleiben, dürfen nicht einheiraten, werden in Sammellagern gehalten und nach Gebrauch abgeschoben.<sup>279</sup> 2005 kamen die Hälfte aller Arbeitsmigranten aus Südostasien, 50.000 aus den Philippinen, zumeist als Haushaltskräfte und im Gesundheitsbereich beschäftigt, etwa 30.000 Thai, die vor allem in der Landwirtschaft arbeiteten und etwa 15.000 Chinesen, die im Baugewerbe tätig waren.

Israel bemüht sich seit neuestem um die faktische Anerkennung dieses Zustandes, der Anerkennung der Mauer als Grenze und damit der Anerkennung der bestehenden Kolonien. Es wird vermutet, dass die zur Zeit hektisch scheinenden Aktivitäten des israelischen Kabinetts neue Kolonien zu genehmigen etwas mit der kommenden UN-Generalversammlung im Herbst 2011 zu tun habe, in der über die Bildung eines palästinensischen Staates in den Grenzen von 1967 beraten und entschieden werden soll.

---

<sup>278</sup> Nach eigenen Berechnungen, wenn man alles an israelisch kontrolliertem Boden zusammennimmt: B Zone 26%, Palästinenser isoliert durch die Mauer 10,2%, Palästinensische Enklaven ohne Zugang zu ihrem Land 12,49%, Kolonien östlich der Mauer 8%, Kolonien westlich der Mauer 9%, Jordantal Zone 28,5%, verbleibender Rest 5,77%. Siehe die diversen Quellen OCHA, ARII, PCB, palestinemonitor u.a.

<sup>279</sup> Weiler-Polak, Dana 2011: Israel begins long-fought deportation of foreign workers kid's on Yishai's order. Nigerian women and Israeli-born daughter deported within 72 hours of arrest, in: Ha'aretz, 7.4.2011. Link: <http://www.haaretz.com/news/for-first-time-jews-no-longer-a-majority-in-pre-pullout-israel-1.166509>.

In Israel wurde seit dem Mauerbau der Druck auf die palästinensischen Bürger Israels erheblich verstärkt. In den so genannten ‚Gemischten Städten‘ wurde der Prozess der Vertreibung durch Enteignung, Hauszerstörung und Entmietung vorangetrieben. Siedler aus der Westbank treiben sogar von Zeit zu Zeit ihr Unwesen und bedrohen und belästigen palästinensische Bürger in israelischen Städten. Auch die Debatte über den Status der Palästinenser wurde wieder aufgenommen. Es geht um Transfer und die Neudefinition ihres Status.

Die Demographie, die Mehrheitsfrage dominiert die Diskussion. Der Demograph Sergio della Pergola von der Hebrew University stellte 2005 zufrieden fest, dass man in 20 Jahren eine gefestigte Jüdische Mehrheit erreicht haben werde. Bei Überprüfung aller verfügbaren Daten aus den palästinensischen und den israelischen Statistiken kommt er zu dem Schluss, dass man 2005 bereits von einer jüdischen Bevölkerungsmehrheit von 50,3 Prozent zwischen Jordan und Mittelmeer ausgehen könne. „Es scheint, dass wir an einem historischen Moment von symbolischer Bedeutung angekommen sind, wo die Skala von einer auf die andere Seite sich verändert.“<sup>280</sup>

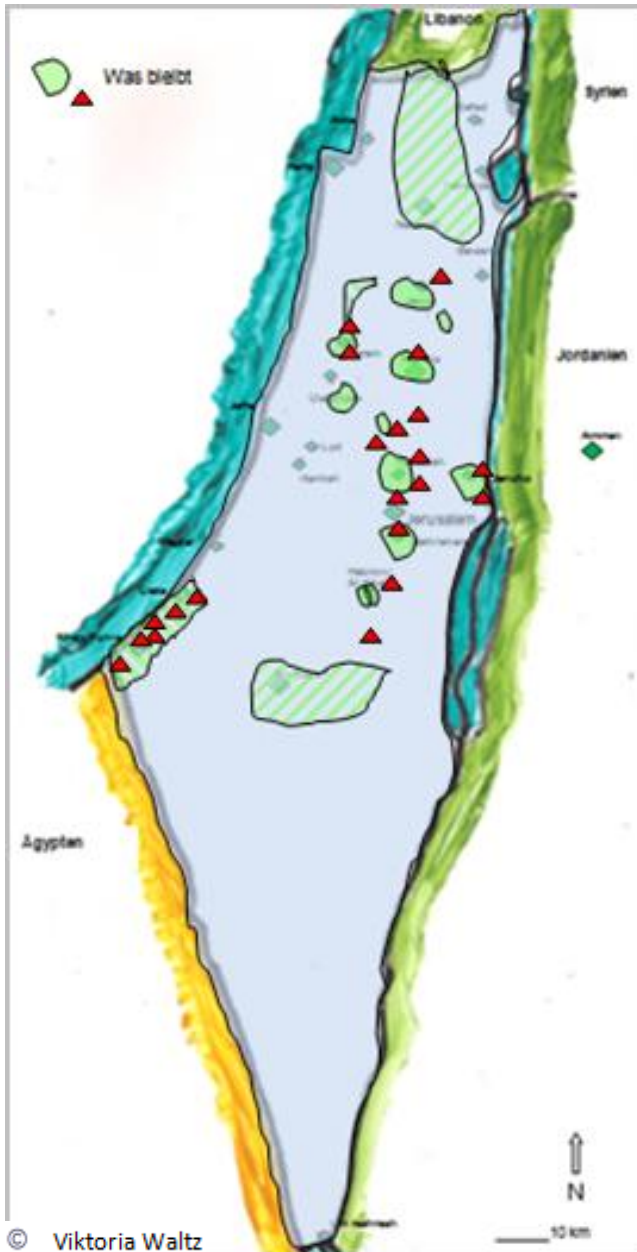
*(Zur Lage um 2010 siehe die folgenden Übersichten 30 und 31, sowie den Gesamtüberblick über die Veränderung der Boden- und Bevölkerungsverhältnisse seit Beginn der zionistischen Kolonisierung bis heute).*

---

<sup>280</sup> Barkat, Amiram 2005: For first time, Jews no longer a majority in pre-pullout, Expert Della Pergola: Gaza withdrawal ensures Jewish majority between Jordan and the sea for 20 years, in: Ha'aretz, 11.8.2005.

## Übersicht 31

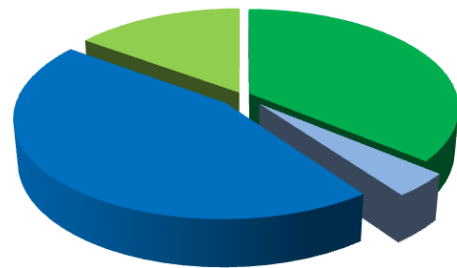
Lage in Palästina um 2010, nach A,B,C-Zonierung, Mauer und Sperrzonen



Bevölkerungsanteil um 2010

*WB/Gaza* palästinensisch ca. 36% (grün)  
jüdisch: ca. 4% (hellblau)

*Israel* palästinensisch ca. 15% (hellgrün)  
jüdisch ca. 45% (blau)



© Viktoria Waltz

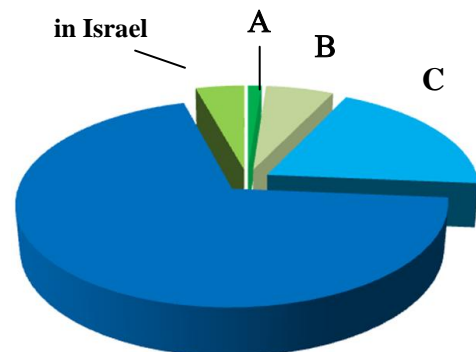
Bodenverteilung um 2010 Oslo  
gescheitert

*WB/Gaza* palästinensisch A ca. 1,2% (grün)  
gemeinsam B ca. 6,0% (olivgrün)

jüdisch C: ca. 19,1% (hellblau)

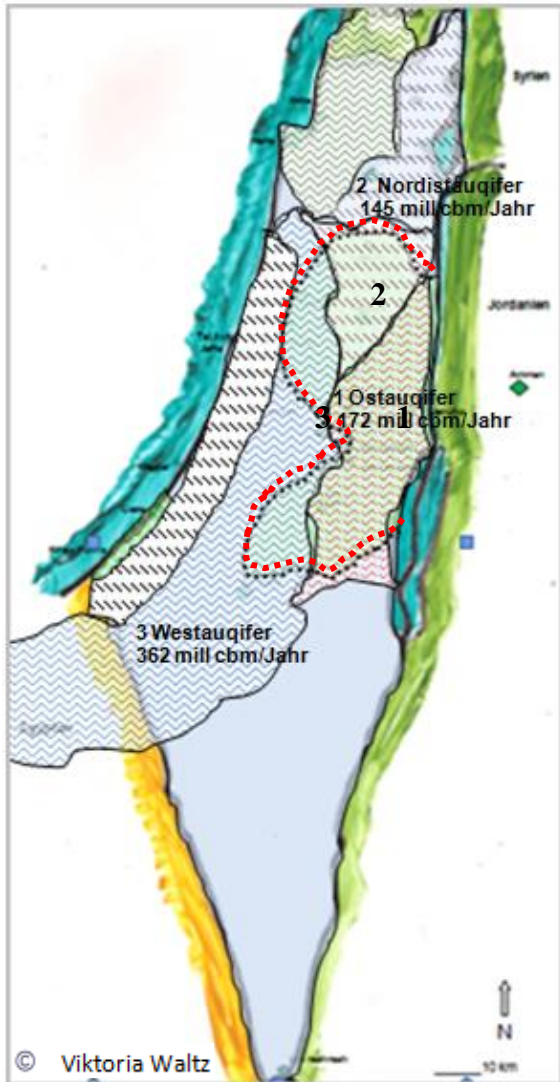
*Israel* palästinensisch ca. 4,30% (hellgrün)  
jüdisch ca. 69,4% (blau)

Palästinensisch WB, A,B+Gaza noch insgesamt ca.7%



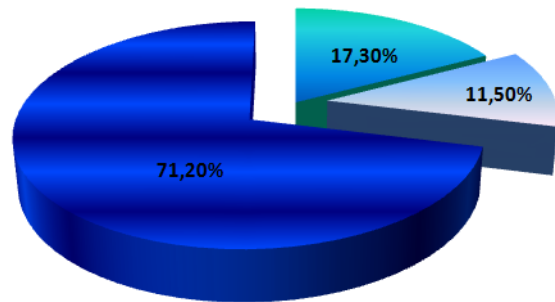
© Viktoria Waltz

**Übersicht 32**  
Wasserverteilung um 2010



**Verteilungsplan OSLO**

Von 679 mill. cbm/Jahr Potenzial (geschätzt)  
484 mill. cbm jüdisch/israelisch  
118 mill. cbm palästinensisch (WB/Gaza)  
plus 78 mill. cbm zukünftig aus dem Ostaquifer

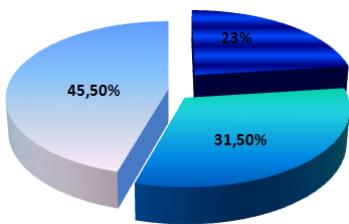


© Viktoria Waltz

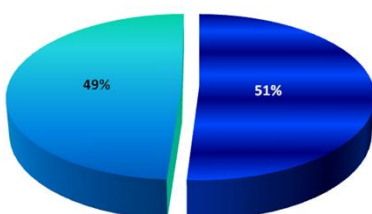
**Verteilungsplan OSLO**

Ost- Aquifer 362 cbm/Jahr Potenzial  
340 cbm jüdisch/israelisch  
22 cbm palästinensisch WB/Gaza  
N-O-Aquifer 145 cbm/Jahr Potenzial  
103 cbm jüdisch/israelisch  
42 cbm palästinensisch WB/Gaza  
West-Aquifer 362 cbm/Jahr Potenzial  
340 cbm jüdisch/israelisch  
22 cbm palästinensisch WB/Gaza

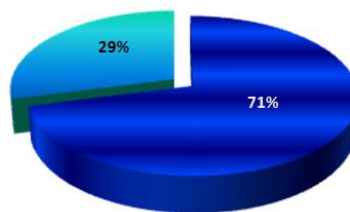
1 Ost-Aquifer Planung



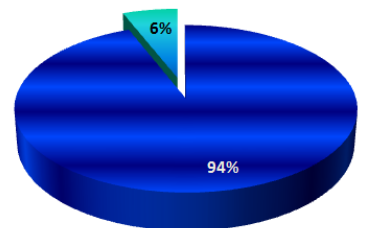
1 Ost-Aquifer 2010 real



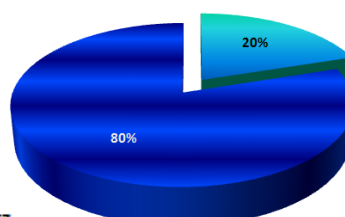
2 Nord-Ost-Aquifer



3 West-Aquifer



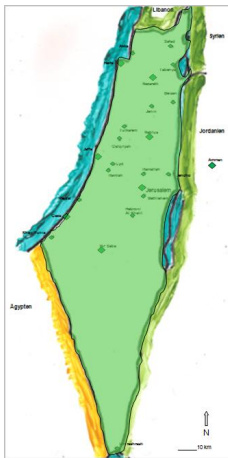
Gesamtverteilung 2010 real



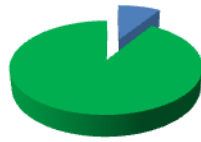
© Viktoria Waltz

# Schlussübersicht

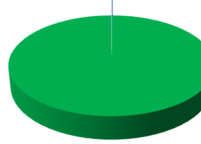
1880



Bevölkerungsanteil



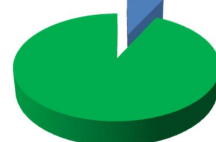
Bodenverteilung



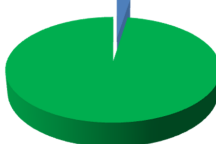
1918



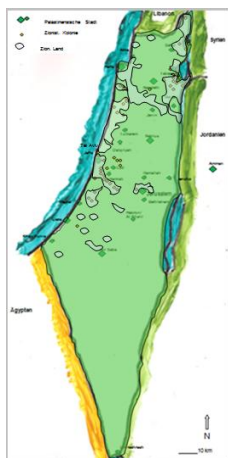
Bevölkerungsanteil



Bodenverteilung



Real 1947



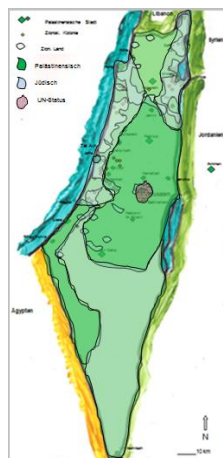
Bevölkerungsanteil



Bodenverteilung



UN Teilungs-Vorschlag Nov, 1947



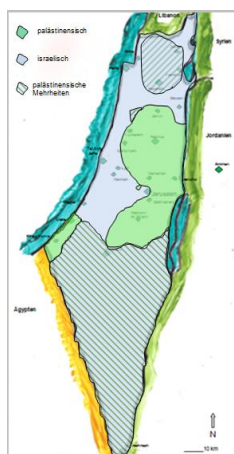
Bevölkerungsanteil



Bodenverteilung



1950, nach der Nakbe 700.000 Vertriebene



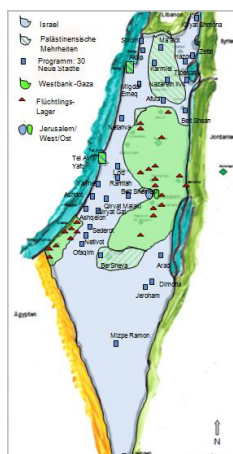
Bevölkerungsanteil



Bodenverteilung



1965, vor der Besetzung



Bevölkerungsanteil

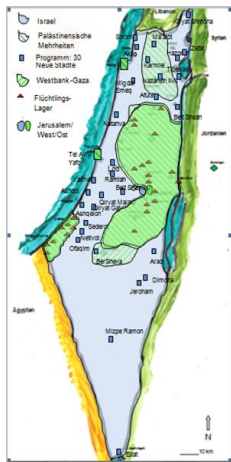


Bodenverteilung

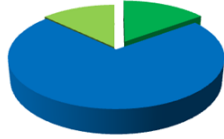


1967, nach der Besetzung 500.000 Vertriebene

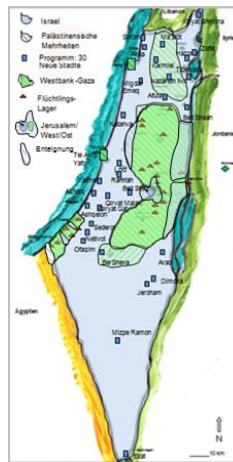
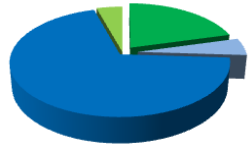
1992 vor OSLO, „Siedlungspläne“



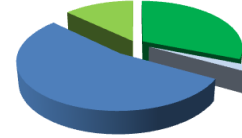
Bevölkerungsanteil



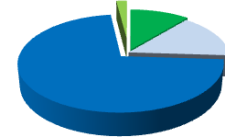
Bodenverteilung



Bevölkerungsanteil

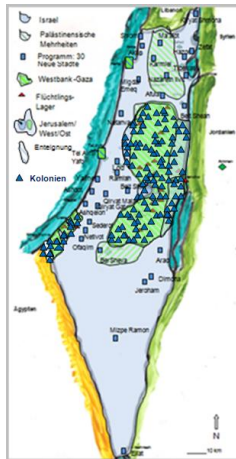


Bodenverteilung

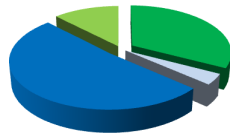


2000 vor dem Mauerbau, Kolonien

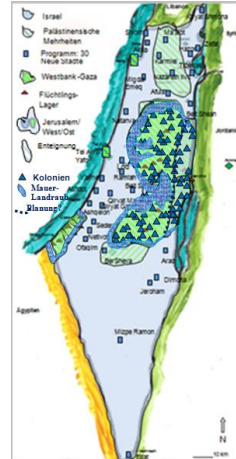
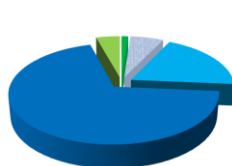
2005 nach dem Mauerbau, weiterer Landraub



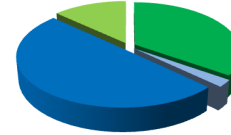
Bevölkerungsanteil



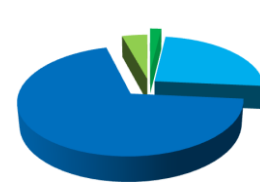
Bodenverteilung



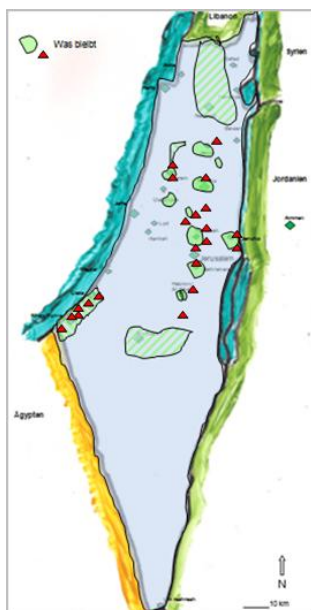
Bevölkerungsanteil



Bodenverteilung



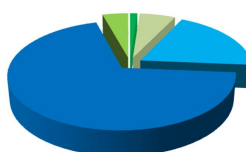
2011 was bleibt?



Bevölkerungsanteil



Bodenverteilung



## Schlusskommentar

Wenn man den bis hierher geschilderten Prozess der „Geburt Israels“ verfolgt hat, dann ist klar geworden, dass dieses Land ein absoluter Ausnahmestaat ist, ein Konstrukt, das aus einer speziellen Ideologie heraus entwickelt worden ist, und darüber hinaus weder demokratisch genannt werden kann, sondern als rassistisch bezeichnet werden muss und den internationalen Standards in Hinblick auf Menschen- und Bürgerrechte für alle seine Bürger nicht genügend.

Der Staat Israel definiert sich gern als die ‚einzige Demokratie des Nahen Osten‘, und er ist dies aber nur dem Anschein nach: denn das, was sich demokratisches System nennt, gilt nur für die jüdischen, aber keinesfalls für alle Bürger Israels. Dies lässt sich an unzähligen Beispielen zeigen, welche die nicht-jüdischen Bürger Israels, aber in einem stärkeren Ausmaße auch die Palästinenser in den besetzten Gebieten betreffen. Am deutlichsten spiegelt sich der rassistische, ethnisch ausgrenzende und diskriminierende Umgang mit der nicht-jüdischen Bevölkerung in den Planungsgesetzen und Planungsprozessen wider. Allein durch die Verweigerung von Planungsvoraussetzungen wie Masterpläne werden hunderttausende nicht-jüdische Bürger Israels in die Illegalität und in unsichere Lebensverhältnisse gedrängt. Hinzu kommt der Umgang mit Zuwanderern aus allen Teilen der Welt, die als billige Arbeitsmigranten in das Land geholt und diskriminiert werden, weil sie nicht Juden sind und schließlich abgeschoben werden, damit sie nicht den ‚jüdischen Charakter Israels‘ stören können. Die Bürger der besetzten Gebiete sind noch viel weniger vor den Übergriffen auf ihr Land und ihr Leben geschützt; sie werden beraubt, bedroht und vertrieben.

Israel wurde durch einen Krieg geboren und befindet sich weiterhin im Krieg mit den nicht-jüdischen Nachbarn auch im eigenen Land, um ein Ziel zu erreichen: einen rein jüdischen Staat in den Grenzen der Mandatszeit. Diesem Ziel wird alles untergeordnet und jedes auch noch so fragwürdige Mittel eingesetzt. Die einzigen interessanten Fragen von Beginn der Kolonisierung Palästina bis heute lauteten für die zionistischen Planer und Strategen: wie ist das Verhältnis von jüdischen Bürgern zu nicht-jüdischen, wie ist das Verhältnis von jüdischem Boden zu nicht-jüdischem.

Bei der Bevölkerungs- und bei der Eigentumsentwicklung haben Krieg und Landraub innerhalb der Grenzen Israels in relativ kurzer Zeit zu einem entsprechenden Erfolg geführt. Die große Mehrheit der nicht-jüdischen Bevölkerung war mit Waffengewalt aus dem Land gejagt worden, und mit nur wenigen Planungsinstrumenten wurde ihnen ihr Bodenbesitz bis zu über 90 Prozent entrissen und ad infinitum ‚judaisiert‘. Ein ähnlicher Prozess kam über die nicht-jüdische Bevölkerung nach der militärischen Besetzung 1967, zigtausende Menschen wurden erneut vertrieben und in Kürze widerfuhr ihnen das gleiche Schicksal, indem man ihnen mehr als 70 Prozent ihres Bodenbesitzes entrissen und quasi judaisiert hat - wiederum mit den gleichen erprobten Planungsinstrumenten.

Der zentrale Begründungsstrang für das Werden Israels ist die biblische Saga vom ‚Volk Israel‘, ‚auserwählt‘, mit einem ‚versprochene Land‘. Was von diesem religiösen Mythos zu halten ist, haben etliche jüdische Denker kritisch beleuchtet und die heutige Situation Israels mit seinen faschistischen Zügen vorausgesagt. Dennoch sind sich die christlichen und jüdischen Ideologen von Rom über Jerusalem bis Washington über diese Saga einig und stricken gemeinsam an dem Strang der Werdung Israels. Hinzu kommen die eschatologischen Vorstellungen, über die sich

im Weltmaßstab entscheidende ‚Macher‘ auch noch darin einig sind, dass dieser so begründete Staat Israel bereits den ersten Schritt der erwarteten ‚Erlösung‘ darstellt. Das macht dieses Projekt neben den undemokratischen, inhumanen und ungerechten Strukturen hinaus auch noch global extrem gefährlich, weil beiden Seiten Krieg und Zerstörung recht sind, wenn es um die angebliche ‚Erlösung‘ geht. Darüber begründet sich auch ein Teil der materiellen und ideologischen Förderung dieses zionistischen Projektes. Die internationale Staatengemeinschaft reagiert mit Ignoranz, wenn die Einhaltung der Menschen- und Bürgerrechte der Palästinenser von der israelischen Besatzungsmacht eingefordert wird.

Räumliche Entwicklungsplanung und Raumplanung haben bei der Entstehung des Staates Israels eine zentrale Rolle gespielt. Sie lieferten seit den ersten Visionen die Strategien und Ziele, das programmatische Vorgehen und die einzelnen Schritte zur Werdung Israels. Nationalpläne, Regionalpläne, lokale Pläne, Masterpläne, Verkehrsentwicklungspläne und so weiter dienen nur einem Zweck: Reduzierung des nicht-jüdischen Raumes bis zur Eliminierung und Ersetzung und Überformung bis zur Ersetzung durch einen rein jüdischen Raum. Zensus, Pässe, Ausweise, Namensänderung, Namensgebung, Landkarten, Sperrzonen, Grauzonen, Umwelt, Soziales, Psychologie, Wirtschaft – bis ins kleinste Detail werden sämtliche Fachrichtungen und ihre wissenschaftlichen Zulieferer für die gewünschte Rauminterpretation und Raumentwicklung, sprich Schaffung einer jüdischen Boden- und Bevölkerungsmehrheit, eingesetzt, um dieses Ziel zu erreichen.

Vor allem liefert das staatlich organisierte Raumplanungssystem in Israel den demokratischen Schein. Osmanisches Bodenrecht, Englische Mandatsregelungen, Bodenrecht, Raumordnungsgesetze, Planungsprogramme und Projekte kommen zum Einsatz, um die Illegalisierung von Hunderttausenden, die Verweigerung jeglicher Basisversorgung, die Verwandlung in ‚Anwesend-Abwesende‘, die radikale Enteignung, die Zerstörung von Hab und Gut und körperliche Bedrohung ´zu begründen`.

Alle Imperien und Diktaturen haben den Raub fremden Landes und die Unterwerfung ihrer Bewohner bis zu ihrer Vernichtung immer als rechtmäßig ‚begründet‘. Immer haben sich Politiker, Wissenschaftler, Juristen, Soziologen und Ökonomen gefunden, die dieses Vorgehen als legal untermauert haben, sei dies begründet worden mit der Angst vor Bedrohungen, der Stärkung der Sicherheit der eigenen Grenzen oder dem Mangel an Land und Ressourcen. So verhält es sich auch mit Israel, aber nicht nur dort. Das Projekt Israel fügt sich ein in eine globale imperiale Politikstruktur zur Sicherung der Ressourcen, gepaart mit der Forderung nach Sicherheit und einer geschürten Angst vor Bedrohungen, die vor allem durch die USA zusammen mit den ihr nahestehenden europäischen Mächten geschürt wird.

Israel ist der Charter-Staat, der diese globalen Interessen in diesem so Ressourcenreichen und strategisch bedeutenden Raum sichert. Die Charter-Institutionen, die World Zionist Organisation und die Jewish Agency mitsamt ihren Untergruppen wurden bereits im 19. Jahrhundert gegründet und erfüllen ihren Zweck bis heute. Sie betreiben die Legalisierung und Finanzierung des Projektes Israel im Inneren als Wächter und Kommandeure staatlichen Handelns und weltweit als Wächter der unabdingbaren Unterwerfung unter die Unantastbarkeit Israels – wegen des Holocaust. Die USA zusammen mit den Europäern liefern das Sicherungsnetz für dieses Charter-Projekt mit ihren Sondergesetzen, mit Geld und mit



Waffenlieferungen. Menschen- und Bürgerrechte stehen dabei nur im Wege und haben keinerlei Geltung. Zur Verfolgung ihrer Ziele sind ihnen alle Mittel recht.

## Bibliographie

- Abu-Saad, Ismael, Champagne, Duane (Hrsg.) 2003: indigenous people between autonomy and globalization, Los Angeles California Press, Los Angeles.
- Abu Sitta, Salman H. 1988: Atlas of Palestine, London 1988.
- Amery, Hussein, Wolf, Aron (Hrsg.) 2000: Water in the Middle East. A Geography of Peace, University of Texas Press, Austin.
- Badi, Joseph 1961: Fundamental Laws of Israel. New York.
- Ben David, Y 1991: The Condition for the Negev Bedouins. Jerusalem Institute for Israel Studies.
- Benvenisti, Meron 2002: Sacred Landscape. The Buried History of the Holy Land since 1948, University of California Press, Berkeley.
- Benvenisti, Meron 1984: Westbank Data Project, Washington-London.
- Ben-Gurion Archives (BGA): Ben-Gurion Diary.
- Bern, Nicolai 1998: Moderne und Exil. Deutschsprachige Architekten in der Türkei 1925 – 1955, Verlag für Bauwesen, Berlin.
- Cattan, Henry 1988: The Palestinian Question, Croom Helm, London-New York.
- Cattan, Henry 1981: Jerusalem, Croom Helm, London.
- Cheshin, Amir 1998: Municipal policies in Jerusalem: an account from within, PASSIA, Jerusalem.
- Cheshin, Amir 1999: Separate and Unequal. The Inside Story of Israeli Rule in East Jerusalem, Cambridge University Press, Boston/Mass.
- Chomsky, Noam 2008: Die Verantwortlichkeit der Intellektuellen. Zentrale Schriften zur Politik, Verlag Antje Kunstmann, München.
- Choshen, Maya, Korach Micha, Kaufman, Dan 2010: Jerusalem Facts and Trends 2007, 2008. The Jerusalem Institute for Israel (Hrsg.), Jerusalem.
- Christaller, Walter 1933: Die zentralen Orte in Süddeutschland, Jena.
- Cosgrove, E. Denis, Daniels, Stephen (Hrsg.) 1988: The Iconography of Landscape. Essays on the Symbolic Representation, Design and Use of Past Environments, Cambridge University Press, Cambridge-New York.
- Diner, Dan 1980: Israel in Palästina. Über Tausch und Gewalt im Vorderen Orient, Athenäum, Königstein/Ts.
- Dolatyar, Mostafa, Gray, Tim S. 2000: Water Politics in the Middle East, St. Martin's Press Inc., New York.
- Droblless, Mattityahu 1980: Strategie, Politik und Planung der Besiedlung von Judäa und Samaria. Jerusalem. CAABU Advancing British Arab Relation 1981, Information Service No., 6. Dezember 1981.
- Edlinger, Fritz (Hrsg.) 2001: Befreiungskampf in Palästina. Von der Madrid Konferenz zur Al Aqsa-Intifada, Promedia, Wien.
- Efrat, Elisha 1984: Urbanization in Israel, Palgrave Macmillan.
- Egbaria, Kassem 2010: Two Spatial Systems for one Land. Spatial Inequality in the Development of Palestinian Communities and the Actual Need for Equity, in: Waltz, Viktoria, Isaac, Jad (Hrsg.) 2010: The fabrication of Israel. About the Usurpation and Destruction of Palestine through Zionist Spatial Planning. A unique Planning Issue, Eigenverlag, Dortmund.
- Egbaria, Kassem 2010a: The Impact of Israeli Urban Policies on the Development of Indigenous Bedouin Community in the Negev Area – the Unrecognised Villages, in: Waltz, Viktoria, Isaac, Jad (Hrsg.) 2010: The fabrication of Israel.

- About the Usurpation and Destruction of Palestine through Zionist Spatial Planning. A unique Planning issue, Eigenverlag, Dortmund.
- Egbaria, Kassem 2003: Urban Planning Policies in Arab Settlements in Israel. Unpublished PhD Thesis. School of Architecture, Planning and Landscape, University of Newcastle, Upon Tyne.
- Elan, Shlomo 1984: Deutsche in Jerusalem von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum 1. Weltkrieg, Historischer Verein e. V., Wertheim.
- Ennab, L. Wael 1994: UN UNCTAD Report 1994, united nations conference on trade and development population and demographic developments in the Westbank and Gaza Strip until 1990.
- Gavish, Don 2005: A Survey of Palestine under the British Mandate, 1920-1948, Routledge Curzon, Oxford.
- Golan, Arnon 1993: The New Settlement Map. PhD Diss. Hebrew University, Jerusalem.
- Goldman, Nahum 1999: Le Paradoxe Juif (The Jewish Paradox), Edition MJR, Vesenz.
- Granovski, (auch Granott) Abraham 1952: The Land System in Palestine, History and Structure, Eyre and Spottiswoode, London.
- Granovsky, Abraham 1929: Boden und Siedlung in Palästina, Jüdischer Verlag, Berlin.
- Granovski, Abraham 1925: Probleme der Bodenpolitik in Palästina, Jüdischer Verlag, Berlin.
- Halper, Jeff 2002: The Three Jerusalems and their role in the occupation, Jerusalem quarterly file, issue 15.
- Herzl, Theodor 1923: Theodor Herzls Tagebücher 1895-1904. 3 Bände. Jüdischer Verlag, Berlin.
- Herzl, Theodor 1902: Altneuland. Wenn Ihr wollt, ist es kein Märchen, Hermann Seemann Nachf. Leipzig.
- Herzl, Theodor 1896: Der Judenstaat. Versuch einer Modernen Lösung der Judenfrage, M. Breitenstein's Verlags-Buchhandlung, Leipzig-Wien.
- Hess, Moses 1862: Rom und Jerusalem. Die letzte Nationalitätenfrage. Briefe von Moses Hess, Tel Aviv 1935. Erstausgabe 1862, ungekürzte Neuausgabe 1935.
- Ir Shalem o.J. 1998(?): East Jerusalem. The Current Planning Situation. A Survey of Municipal Plans and Planning Policy, Jerusalem.
- Isaac, Jad, Hilal, Jane 2010: Water – Another Story of Exploitation of Palestinian and Arab Resources, in: Waltz, Viktoria, Isaac, Jad (Hrsg.) 2010: the fabrication of Israel. About the usurpation and destruction of Palestine through Zionist spatial planning. A unique planning issue, Eigenverlag, Dortmund.
- Kedar Z., Benjamin 1999: The changing Land. Between the Jordan and the Sea. Aerial photographs from 1917 to the present, Jad Ben Zvi, Jerusalem.
- Kendall, Henry 1948: Jerusalem City Plan. Preservation and development during the British Mandate 1918-1948, HMSO, London.
- Khalidi, Walid 1992: All that remains. The Palestinian villages occupied and depopulated by Israel in 1948, Institute for Palestine Studies, Washington, D.C.
- Khamaisi, Rasseem 2004: Barriers to the Planning of Arab Localities in Israel, The Floersheimer Institute for Policy Studies, Jerusalem.

- Koenig's Report (1976) Memorandum of the Northern District Commissioner Yisrael Koenig to the Israel Ministry of Interior. Kommentar in: MERIP Reports No 51, Oc. 1976: 11-14
- Kroyanker, David 1985: Jerusalem, Planning and Development 1982 – 1985. New Trends, The Jerusalem Institute for Israel Studies for the Jerusalem Committee, Jerusalem.
- Kroyanker, David 1982: Jerusalem, Planning and Development 1979 – 1982. The Jerusalem Institute for Israel Studies for the Jerusalem Committee, Jerusalem.
- Lagerlöf, Selma o.J. (1902?): Jerusalem. Vollständige Ausgabe in einem Bande, Josef Singer Verlag, Straßburg-Leipzig.
- Lehn, Walter, Uri Davis 1988: The Jewish National Fund, Taylor and Francis, London.
- LeVine, Mark 2005: Overthrowing Geography. Jaffa, Tel Aviv and the struggle for Palestine 1880-1948, University of California Press, Berkeley-Los Angeles-London
- Lewan, Kenneth M. 1984: Sühne oder neue Schuld? Deutsche Nahostpolitik im Kielwasser der USA, Das Arabische Buch, Berlin.
- Lithwick, H. 2000: An Urban development strategy for the Negev's Bedouin Community. Negev center for regional development and the center for Beduin culture, Beer-Sheva.
- Lustick, Jan Steven 1980: Arabs in the Jewish State. Israel's Control of a National Minority, University of Texas Press, Austin.
- Mahoney, James 2010: Colonialism and Postcolonial Development. Spanish America in Comparative Perspective, Cambridge University Press, Berkeley.
- Meyer, Egon 1969: Der Moshav Ovidim. Die Dorfkooperative in Israel 1958 – 1963, Kyklos Verlag, Basel.
- Mearsheimer, John, Walt, Stephen 2006: The Israel Lobby, University of Chicago and Harvard University, Chicago-Boston.
- Meier-Cronemeyer, Hermann 1997: Geschichte des Staates Israel, Wochenschauverlag, Schwalbach.
- Mejcher, Helmut, Schölch, Alexander (Hrsg.) 1981: Die Palästina Frage 1917-1948, Ferdinand Schöningh, Paderborn.
- Morris, Benny 1987: The birth of the Palestinian Refugee Problem, Middle East Library, Cambridge.
- Orni, Efraim 1972: Agrarian Reform and Social Progress in Israel, Jerusalem.
- Orni, Efraim 1966: Boden, seine Erhaltung und Urbarmachung, Jerusalem.
- Orni, Efraim, Efrat, Elisha 1964: Geography of Israel, Israel Program for Scientific Publications, Jerusalem.
- Pappé, Ilan 2006: The Ethnic Cleansing in Palestine, oneworldpublication, Oxford.
- PASSIA Palestinian Academic Society for the Study of International Affairs 2001: Hundred Years of Palestinian History. A 20th Century Chronology, Jerusalem.
- Pinsker, Leo 1882<sup>3</sup>: Auto-Emancipation, Jued. Buch- und Kunstverlag, Brünn.
- Rabinovich, Itamar 1985: The war for Lebanon, 1970-1985, Cornell University Press, Ithaca, N.Y.
- Richter, Werner 1969: Historische Entwicklung und junger Wandel in der Agrargesellschaft Israels. Kölner Geographische Schriften, Heft 21.
- Romer, Paul 2009: Charter Cities. A Solution to Global Poverty, Columbia University Press, New York.
- Schmelz, O. Usiel 1987: Modern Jerusalem's Demographic Evolution, Jewish Population Studies 20, Jerusalem Institute for Israel Studies.

- Schölch, Alexander 1986: Palästina im Umbruch 1856-1882. Untersuchungen zur wirtschaftlichen und sozio-politischen Entwicklung, Franz Steiner, Wiesbaden-Stuttgart.
- Shahak, Israel 1994: Jewish History, Jewish Religion, Pluto Press, London; deutsche Ausgabe 2009: Jüdische Geschichte, Jüdische Religion. Israel – eine Utopia für Auserwählte? Melzer Verlag semitediton, Neu Isenburg.
- Sharon, Arie 1976: Kibbuz und Bauhaus, Krämer Verlag, Stuttgart.
- Sharon, Arie 1951: Physical Planning in Israel, Tel Aviv, hebr. mit engl. Kurzfassung.
- SIPRI Stockholm International Peace Institute 2011: SIPRI Yearbook.
- Soffer, Arnon 2001: Israel Demography 2000-2020, Haifa.
- Soffer, Arnon 1999: Rivers of Fire - The Conflict over Water in the Middle East, Rowman and Littlefield Publishers Inc., Oxford.
- Spiegel, Erika 1966 : Neue Städte.- New Towns, Krämer Verlag, Stuttgart-Bern.
- Tarek, Ibrahim 2008: Unprotected Citizens. Amidar public housing company threatens to evict 497 Palestinian families in Jaffa-Tel Aviv, Arab Association for Human Rights (HRA), Nazareth.
- UN UNCTAD Report 1994: united nations conference on trade and development. population and demographic developments in the Westbank and Gaza Strip until 1990.
- Waltz, Viktoria, Zschesche, Joachim 1986: Die Erde hat Ihr uns genommen. 100 Jahre zionistische Siedlungspolitik in Palästina, Das Arabische Buch, Berlin.
- Waltz, Viktoria, Isaac, Jad (Hrsg.) 2010: The fabrication of Israel. About the usurpation and destruction of Palestine through zionist spatial planning. A unique planning issue, Eigenverlag, Dortmund.
- Warhaftig, Myra 2007<sup>2</sup>: They laid the foundation. Lives and works of German speaking Jewish Architects in Palestine 1918-1948, revised and enlarged, Wasmuth, Berlin.
- Watzal, Ludwig 2002<sup>2</sup>: Feinde des Friedens. Der endlose Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern, Berlin. Online unter: [http://www.watzal.com/f\\_fdf.html](http://www.watzal.com/f_fdf.html).
- Watzal, Ludwig 2002: Der Mythos von Camp David, in: Neue Zürcher Zeitung vom 22. 6. 2002. Online unter: [http://www.watzal.com/NZZ\\_Mythos\\_von\\_Camp\\_David.pdf](http://www.watzal.com/NZZ_Mythos_von_Camp_David.pdf).
- Weisgal, Meir, W. (Hrsg.) 1977: The letters and papers of Chaim Weizmann vol. 9, Israel Universities Press, Jerusalem.
- Weitz, Yossef 1952: The Struggle for the Land, Tebersky, Tel Aviv: (Hebrew).
- Weizman, Eyal 2008: Sperrzonen. Israels Architektur der Besatzung. Deutsche Ausgabe, Nautilus, Hamburg.
- WZO Immigration and Absorption Division World Zionist Organization 1984: New Dimensions. Aliyah to Judea, Samaria and Gaza. New York.
- Yapp, Malcolm, Edward 1987: The Making of the Modern Near East 1792-1923, Longman, London.

## Liste der Übersichten

1. Lage in Palästina um 1880
2. Lage in Palästina, ca.1918
3. Lage in Palästina vor der Nakbe und der UN Teilungsbeschluss
  - a. Lage in Palästina vor 1947
  - b. UN-Teilungsbeschluss 181 1947
4. Palästina und die Nakbe
  - a. Nakbe: Vertreibungen zwischen 1947 und 1950
  - b. Lage in Palästina nach der Nakbe
5. Veränderungen bei Boden und Bevölkerung vor und nach der Nakbe
6. Verteilung der Bevölkerung nach 1948
7. Nationalplanung, Schwerpunkte und 30 Neue Städte als Entwicklungszentren
8. Wasserressourcen im Raum Palästina
  - a. Oberflächengewässer des Jordan
  - b. Die zentralen Aquifere
  - c. Das Hule Projekt 1950
9. Beduinen im Sijaq nach 1948
10. Kolonisierung von Jaffa bis zur Staatsgründung
  - a. Jaffa um 1910
  - b. Jaffa und Tel Aviv um 1923
  - c. Jaffa und Tel Aviv um 1930
11. Judaisierung Jaffas nach 1948: Distrikt Entwicklungs-Plan Tel Aviv 1950
12. Jaffa Tel Aviv , 2010
13. UN Teilungsvorschlag 1947zum Vergleich
14. Palästina nach der Staatsgründung Mai 1948 zum Vergleich  
Bevölkerungsanteil und Bodenverteilung
15. Palästina vor der Besetzung um 1965  
Bevölkerungsanteil und Bodenverteilung
16. Kolonisierungspläne für die Westbank
  - a. Allon Siedlungsplan
  - b. Sharon Siedlungsplan
17. Kolonisierungspläne für den Gazastreifen
  - a. Allon Siedlungsplan
  - b. Sharon Siedlungsplan
18. Bezirk Hebron – Lage in der Region
19. Hebron Al Khalil, geteilt nach OSLO 1997
20. Die Altstadt und die Siedler, Ausschnitt
21. Jerusalem Grenzen und Erweiterung in Etappen
  - a. 1947 UN Plan ‚Corpus Separatum‘
  - b. nach 1948, geteilt in Ost (Jordanien) und West (Israel)
  - c. nach 1967: in neuen Grenzen
22. Historische Altstadt von Jerusalem
  - a. bis 1947,: Altstadt und umliegende Viertel

- b. nach 1948: geteilt
    - c. nach 1968: Jerusalem unter Besatzung
  - 23. Demographische Veränderungen in Jerusalem 1870 bis 1990
  - 24. Kolonisierung der Westbank und des Gazastreifens bis Oslo
    - a. Kolonien in der Westbank bis Oslo um 1992
    - b. Kolonien im Gazastreifen bis Oslo um 1992
 Bevölkerungsanteil und Bodenverteilung
  - 25. Kolonisierung der Westbank und des Gazastreifens nach Oslo
    - a. Westbank um 2008
    - b. Gazastreifen bis 2005
  - 26. Palästina um 2000, Oslo und Beginn der 2. Intifada
    - Bevölkerungsanteil und Bodenverteilung
  - 27. Lage in Palästina nach dem Mauerbau, um 2005
    - a. Landraub durch Mauer und Kolonien
    - b. Westbank zersplittert
 Bevölkerungsanteil und Bodenverteilung
  - 28.. Der Gazastreifen 2010
  - 29. Jerusalem und der Mauerbau
    - a. Das sogenannte ‚Holy Basin‘
    - b. Das Projekt ‚Holy Basin‘
 Bevölkerungsanteil 2010, Masterplanung 2012
  - 30. 2010 Mauerbau, Kolonisierung des Umfeldes und E1
  - 31. Lage in Palästina um 2010, nach A,B,C-Zonierung, Mauer und Sperrzonen
  - 32. Wasserverteilung um 2010
- Schlussübersicht: Kolonisierung Palästinas von 1880 bis heute (2011)